

PRINTED
IN GERMANY

Türkei TL 15,50
Ungarn Ft. 1.550,-

Spanien € 5,20
Spanien / Kanaren € 5,40
Thailand Baht 430,-
Tschech. Republik Kč 175,-

Portugal (cont.) € 5,20
Schweden skr 61,-
Slowakei € 6,20
Slowenien € 5,20

Japan (inkl. tax) Yen 1.680,-
Malta € 5,60
Norwegen NOK 60,-
Polen (ISSN 00387452) Zł 29,-

Griechenland € 5,70
Großbritannien £ 4,99
Hongkong HK\$ 79,-
Italien € 5,20

Belux € 4,50
Dänemark dkr 43,-
Finnland € 6,70
Frankreich € 5,20

Österreich € 4,30
Schweiz sfr 7,30

Friedrich der Größte

TRIUMPH UND TRAGÖDIE
EINES PREUSSENKÖNIGS

EURO-KRISE
ITALIEN, DAS NÄCHSTE
GRIECHENLAND?

Hausmitteilung

7. November 2011

Betr.: Preußen, Wagenknecht, SPIEGEL WISSEN

Der 300. Geburtstag Friedrichs des Großen wird zwar erst am 24. Januar gefeiert, doch schon jetzt ist der Hype um den Hohenzollernkönig riesig: Mehr als zwei Dutzend Neuerscheinungen liegen in den Buchhandlungen, darunter ein Friedrich-Lexikon und ein Kochbuch mit seinen Lieblingsgerichten; zudem sind zahlreiche Ausstellungen geplant, die sich mit seiner 46-jährigen Regentschaft befassen. Von jeher liefern die düsteren Seiten Friedrichs viel Stoff für Erzählungen. SPIEGEL-Gründer Rudolf Augstein war so fasziniert von dem schwer berechenbaren Machtmenschen, dass er ihm eine 565 Seiten starke Abhandlung („Preußens Friedrich und die Deutschen“) sowie zwei Titelgeschichten widmete. Augstein schrieb, der König sei ein Genie gewesen, „ein manchmal generöser, zumeist aber recht ekelhafter Kerl“. Titelauteur Klaus Wiegrefe, 46, schildert das Leben eines Mannes, der auch durch einen traumatischen Konflikt mit seinem Vater zum kriegslüsternden Feldherrn wurde. Zugleich brachte Friedrich wichtige Reformen auf den Weg und wurde nach seinem Tod zum beliebtesten König der Deutschen. „Er lässt sich nicht nur als Erzbösewicht beschreiben“, sagt Wiegrefe (Seite 72).



SPIEGEL-Titel 33/1991

Bücher sind ihre Leidenschaft: Mehrmals erzählte Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht, 42, SPIEGEL-Reporter Markus Feldenkirchen, 36, wie wichtig ihr das Lesen sei. Rund um den Fall der Mauer hatte sich Wagenknecht einige Jahre zum Selbststudium in ihre Wohnung in Berlin-Karlshorst zurückgezogen.



CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

Wagenknecht, Feldenkirchen in Berlin

Während des Fototermins vor ihrer mächtigen Bücherwand achtete Wagenknecht dann genau darauf, was hinter ihr zu sehen sein würde. Das Porträt von Karl Marx wollte sie lieber nicht im Hintergrund haben, auch weil der wohl nicht mehr zu ihrem neuen Image einer eher moderaten Kapitalismuskritikerin passt. Wagenknecht erfährt als intellektuelle Linke derzeit große Aufmerksamkeit. „Es hat den Anschein, als könne sie selbst nicht glauben, wie beliebt sie plötzlich ist“, sagt Feldenkirchen (Seite 62).

Hexenschuss, Ischias, Nackenweh – mehr als 80 Prozent der Deutschen spüren mindestens einmal im Leben Schmerzen im Kreuz. Rückenleiden sind, nach dem Schnupfen, der häufigste Grund für Arztbesuche. Im neuen SPIEGEL WISSEN „Rücken ohne Schmerz“, das am Dienstag erscheint, berichten SPIEGEL-Redakteure nach Recherchen unter anderem bei Orthopäden, Chirurgen, Schmerztherapeuten und Psychologen, was gegen die Qual hilft. Das ermutigende Fazit: Kluge Therapien wirken auf Körper und Seele gleichermaßen – und können so den Schmerz besiegen.



Titel

Dämon oder Wohltäter, Despot oder Aufklärer – wer war Friedrich der Große? 72

Deutschland

Panorama: Bundesregierung will Rüstungsexporte erleichtern / CDU diskutiert über Volksabstimmung zur EU / Überwacht Syrien Protestbewegung mit deutscher Technik? 17
Euro: Italiens Schulden-Desaster 22
 Der Ökonom Hans-Werner Sinn plädiert für die Wiedereinführung der Drachme 25
CDU: Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier über die Niederlagen der Konservativen in der Union 30
CSU: Die mühsame Suche nach einem Finanzminister offenbart die Personalkrise der Partei 32
Liberalen: Philipp Rösler kann den Verfall seiner Partei nicht stoppen 34
Essay: Warum es so viele alberne und schräge Politikerfotos gibt 38
Baden-Württemberg: Wie die frühere CDU-Landesregierung die Kosten für Stuttgart 21 geschönt hat 42
Familien: Kuckuckskinder werden erneut zum Fall für den Bundesgerichtshof 44
Unfälle: Eine programmierte Katastrophe – das Drama um einen Epileptiker, der vier Menschen totfuhr 46
Gentrifizierung: In München regt sich Widerstand gegen die Luxussanierungen ganzer Viertel ... 50
Strafjustiz: Neue Missbrauchsvorwürfe gegen den Leiter des ehemaligen Kinderheims „Spatzennest“ 54

Gesellschaft

Szene: Eigenwillige Rasiermethoden in Russland / Ratgeber für Bestattungen 59
 Eine Meldung und ihre Geschichte – ein enteigneter Hausbesitzer greift zur Motorsäge ... 60
Karrieren: Die Wandlungen der Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht 62
Ortstermin: Ein Magdeburger Fußballspieler auf der Flucht vor aggressiven Fans 70

Wirtschaft

Trends: Haben die Stromkonzerne das Kartellamt getäuscht? / ThyssenKrupp will U-Boot-Kooperation kündigen / Schnäppchenflüge für Reiche 84
Sozialpolitik: Mit ihren Mindestlohnplänen macht sich die Union viele Feinde 86
Banken: Die HRE bleibt ein unkalkulierbares Risiko 88
Gesundheit: Die Barmer Ersatzkasse handelt mit den Pharmakonzernen merkwürdige Verträge aus 92
Tourismus: Hoteliers fürchten die Marktmacht des Online-Portals HRS 94
Finanzwelt: Ein Thriller-Autor macht aus dem realen Wahnsinn der Märkte einen Roman 96

Ausland

Panorama: Der chinesische Künstler Ai Weiwei über die Steuerforderungen an ihn / In Schweden wird ein schnelles Verfahren gegen WikiLeaks-Gründer Julian Assange erwartet 98
Griechenland: Die alten Männer und die neue Zeit 100
 Die ehemalige Außenministerin Dora Bakojannis über das Ende einer Ära 104



Schreckgespenst Inflation

Seite 22

Der G-20-Gipfel von Cannes zeigte das wahre Ausmaß der Euro-Krise: Muss die Europäische Zentralbank italienische Anleihen kaufen, um Italien zu retten? Ein Anstieg der Inflation, so fürchten die Deutschen, wäre unvermeidbar.

CDU: Widerstand gegen den Mindestlohn s. 86

Das CDU-Konzept für die Einführung eines allgemeinen Mindestlohns ist wachswich und voller rechtlicher Unwägbarkeiten. Gewerkschafter halten es für nicht verfassungskonform. Auch in der Partei regt sich Widerstand.

Rekonstruktion einer Todesfahrt

Seite 46

Bei einem Autounfall in Hamburg starben vier Menschen, darunter der Schauspieler Dietmar Mues und der Wissenschaftler Günter Amendt. Jetzt wird der an Epilepsie leidende Fahrer wegen fahrlässiger Tötung angeklagt.

Münchner Klassenkampf

Seite 50



Dachterasse in München

München rüstet zum Kultur- und Klassenkampf. Weil in der Metropole die Mieten und Immobilienpreise in astronomische Höhen schießen, werden Geringverdiener und Teile der Mittelschicht aus der Stadt gedrängt. Der Widerstand gegen die schleichende Übernahme durch Vermögende wächst. In etlichen Vierteln kämpfen bereits Bürgerinitiativen gegen Luxussanierungen.



THOMAS COEX / AFP

Europa setzt Griechenland unter Druck s. 100

Erst wollten die Griechen über das Sparpaket abstimmen, dann beugten sie sich dem Druck von Merkel und Sarkozy: Griechenland muss den harten Sanierungskurs bedingungslos durchsetzen, wenn es Europas Milliarden bekommen will.

Drohungen aus Syrien

Seite 114

Großmufti Hassun, höchste islamische Autorität des Landes, droht im SPIEGEL-Gespräch der Nato im Angriffsfall mit Vergeltung. Aber er hält auch einen Rückzug des Diktators Assad für möglich: „Er ist kein Präsident auf Lebenszeit.“

70 Schiedsrichter im Visier der Fahnder Seite 162

Ermittler überprüfen etwa 70 DFB-Schiedsrichter wegen des Verdachts des Steuerbetrugs. Einige Referees sollen über 100 000 Euro am Fiskus vorbeigeschleust haben. Die Fahnder vermuten dahinter ein „System“.

Cronenbergs Kino-Träume

Seite 136

Sie sind die Überväter der Psychoanalyse: Sigmund Freud und C. G. Jung. Im Film „Eine dunkle Begierde“ erzählt David Cronenberg vom authentischen Fall einer Hysterikerin (Keira Knightley), die unter dem Einfluss beider Ärzte stand. Im SPIEGEL spricht der Regisseur über die enge Verbindung zwischen Filmkunst und Seelenkunde: „Die Logik des Kinos ist die Logik des Traums.“



Knightley in „Eine dunkle Begierde“

UNIVERSAL PICTURES

Italien: Unternehmerproteste gegen Regierungschef Silvio Berlusconi	106
Nahost: Die Kampagne des ehemaligen Mossad-Chefs Meir Dagan gegen einen drohenden Angriff auf iranische Atomanlagen	110
Syrien: SPIEGEL-Gespräch mit dem Großmufti Ahmed Badr al-Din Hassun über den drohenden Bürgerkrieg	114
Global Village: Warum ein Fitnesstrainer in London Bürger für den Straßenkampf ausbildet	118

Kultur

Szene: Die Schriftstellerin Thea Dorn über die deutsche Seele / Das Kunstmuseum Wolfsburg feiert „Die Kunst der Entschleunigung“	122
Zeitgeist: Junge jüdische Künstler in Deutschland spielen mit Vorurteilen und Klischees und befreien sich so von der Vergangenheit	124
Bestseller	128
Kino: Roland Emmerichs Film „Anonymus“ behauptet, Shakespeares Stücke seien gar nicht von Shakespeare	130
Essay: Der Wirtschaftshistoriker Niall Ferguson über Europas Auflösung durch die Währungsunion	132
Regisseure: SPIEGEL-Gespräch mit dem Kanadier David Cronenberg über Psychoanalyse und Filmkunst	136
Buchkritik: „Tschick“-Autor Wolfgang Herrndorf hat einen literarischen Thriller geschrieben	139

Wissenschaft · Technik

Prisma: Licht aus dem Drucker / Schwitzende Roboter	141
Geschichte: Zogen Israeliten einst bis nach Schwarzafrika?	144
Energie: Wie der Ruhrkonzern RAG in alten Bergwerken grünen Strom erzeugen will	148
Medizin: Verzweifelte Jagd nach den Killerkeimen in Bremens Frühenchenstation	152
Verkehr: Warum die Autoindustrie ins Car-Sharing-Geschäft einsteigt	154
Medikamente: Experten warnen vor neuen Blutverdünnern	158

Sport

Szene: Sportwissenschaftler Gunter A. Pilz über den möglichen Ausschluss Dynamo Dresdens aus dem DFB-Pokal / Pakistans Cricket-Nationalteam unter Betrugsverdacht	161
Affären: Fahnder verdächtigen DFB-Schiedsrichter des systematischen Steuerbetrugs	162
Fußball: Jean-Marc Bosman – der Mann, der eine Generation von Profis reich machte, lebt heute von Sozialhilfe	166

Medien

Trends: Pilawa folgt Gottschalk / Niggemeiers Medienlexikon	171
TV-Shows: Warum Günther Jauch als Talkshow-Moderator überfordert ist	172

Briefe	10
Impressum, Leserservice	176
Register	178
Personalien	180
Hohlspiegel/Rückspiegel	182

Titelbild: Fotos Interfoto, AKG



SPIEGEL-Titel 44/2011

„Seitdem ich meinen Wecker zur Wand gedreht habe, kann ich nachts nicht mehr feststellen, wie spät es ist – und schlafe weiter. Ein Therapie-Trick, der funktioniert und Wunder wirkt.“

Peter Arnold aus Pullach in Bayern zum Titel „Schlaflosigkeit – Wenn die Nacht zum Alptraum wird“

Nr. 43/2011, Panorama Deutschland:
Die Härte der Frauen

Nachtragender Zickenkrieg

Ich finde es schade, dass die von Frau Schröder und Frau von der Leyen auf offener Bühne ausgetragene Rivalität als „typisch weiblich“ verallgemeinert wird. Solches (Fehl-)Verhalten kommt doch auch zwischen Männern auf der politischen Bühne vor.

KIEL

JUTTA JÜRGES

Wenn Kristina Schröder und Ursula von der Leyen „das Patriarchat in seiner vollen Blüte“ sind, dann ist McDonald's ab heute Haute Cuisine.

BERN (SCHWEIZ)

KATIA VON ARX

Ursula von der Leyen hat ihren Streit mit Kristina Schröder jedenfalls zivilisierter ausgetragen als Herr Pofalla den mit Herrn Bosbach. Allerdings wird noch viel Wasser den Rhein hinunterfließen, ehe wir matriachale Mosuo-Verhältnisse bekommen werden.

ANDERNACH (RHL.-PF.)

EVA EBENER

Das Team Mann/Frau, Mann/Mann ist immer erfolgreicher als Frau/Frau. Die Verschiedenheit der biologisch-emotionalen Veranlagungen kann bei intellektueller Augenhöhe durch gegenseitige Ergänzung zum Erfolg im Beruf führen. Das Verhalten von Frau von der Leyen gegenüber ihrer Ministerkollegin Schröder beweist den nachtragenden, rechthaberischen Zickenkrieg, der sich zwischen Männern so nie austrägt, weil meist sachlicher argumentiert wird.

HAMBURG

SIEGFRIED F. STORBECK

Glauben Sie wirklich, dass eine von Frauen regierte Welt ohne Kriege, Kämpfe und so weiter auskommt? Dass Frauen im Berliner Politik-Theater mit Höflichkeit und Fairness tatsächlich bestehen können? Frau von der Leyen wäre schon längst nicht mehr Ministerin, wenn sie sich nicht gegen die Anfeindungen, die der politische Alltag so mit sich bringt, zur Wehr setzen könnte. Frau Schröder wird das entweder lernen, oder sie wird nicht weiterkommen.

NEURIED (BAD.-WÜRTT.)

SABINE WEISS

Nr. 44/2011, Schlaflosigkeit –
Wenn die Nacht zum Alptraum wird

Schlafwandern am Tag

Die Hauptproblemgruppe sind diejenigen, die um 20 Uhr vor dem Fernseher einschlafen und um 23 Uhr aufwachen und danach keinen Schlaf mehr finden.

GÖTTINGEN

GÜNTER LEICHSERING

Der Wunsch einzuschlafen und die Befürchtung, am nächsten Tag unausgeruht zu sein, verhindern den Eintritt des Schlafs. Dagegen hilft nur Ablenkung, wie das Lesen eines anspruchsvollen Buchs, bis man vom Schlummer übermannt wird.

LÖRRACH (BAD.-WÜRTT.) DR. BERND WARKENTIN

Sehr guter Artikel – bin beim Lesen eingeschlafen.

BERLIN

ALAN BENSON

Wenn man circa eine halbe Stunde vor dem Zubettgehen einen Apfel verzehrt, geht es sehr schnell mit dem Einschlafen.

BERLIN

LUTZ-PETER SCHMITZ

Der tolle Titel hat mich sofort zum Lesen angeregt. In der Therapie gegen meine Schlafstörung habe ich nämlich als Erstes gelernt, die Kampfhaltung aufzugeben und die Störung hinzunehmen. Dies ist zwar keine hinreichende, aber eine absolut notwendige Voraussetzung für die Heilung: Der Kampf vertreibt todsicher den Schlaf. Die passive Haltung des Duldens und Hinnehmens ist in unserer ganz auf Aktivität ausgerichteten Welt eine ungeheuer schwierige Übung. Umso wichtiger wäre es für die Schlaflosen unter Ihren Lesern gewesen, wenn dieser zentrale Zusammenhang zur Sprache gekommen wäre. Stattdessen findet sich das defätistische Extrembeispiel des Mannes, der seltsam gelassen und schicksalsergeben mit seiner Schlafstörung gelebt hat und dann an ihr gestorben ist. Das ist aber genau das falsche Signal.

OLDENBURG (NIEDERS.)

WOLFGANG KOCH

Wenn ein Mensch schlecht schläft, dann hängt er am nächsten Tag rum und baut wenig neue Müdigkeit auf und schläft in der folgenden Nacht noch schlechter. Es gibt bis heute kein Schlafmittel, das man am nächsten Morgen schlagartig vollständig abschalten kann. So wird jedes für die Schlafförderung ausreichend dosierte Medikament in den Folgetag hinein wirken und die Situation weiter verschlechtern.

WASSERBURG (BAYERN) DR. MED. OTTMAR EPPLER



Schlafende Probandin bei Untersuchung
Dulden und Hinnehmen

Ich leide seit vielen Jahren an diesem Trauma. Mir graut oftmals schon am Morgen vor der Nacht. Ganz zu schweigen von den Folgeproblemen von Schlafmangel wie Depressionen, Konzentrationschwäche und soziale Isolation. Der Tag wird zum Schlafwandern; man ist auf halben Wege im Schlaf, auf der anderen Seite hellwach. Schlaflosigkeit ist eine unterschätzte Krankheit, Medikamente können helfen, sind aber keine Dauerlösung für Schlafhygiene.

MANILA (PHILIPPINEN)

JÜRGEN SCHÖFER

Diskutieren Sie im Internet

www.spiegel.de/forum und www.facebook.com/DerSpiegel

- **Titel** Was bleibt von Friedrich dem Großen?
- **Finanzkrise** Wäre es für Griechenland besser, die Euro-Zone zu verlassen?
- **Car-Sharing** Können wir in Großstädten ohne eigenes Auto leben?



Nr. 43/2011, Gaddafis Ende

Arabische Raubtierfratze

Was, bitte schön, hätte es denn mit Hilfe dieses in einer völlig anderen Welt lebenden Psychopathen an brauchbarer Geschichte noch gründlich aufzuarbeiten gegeben? Es ist gut so, wie es gekommen ist!

ISENBÜTTEL (NIEDERS.) RÜDIGER REUPKE

Gaddafis Tötung, Ermordung, Hinrichtung ist wahrhaftig kein Grund zum Jubeln. Er hätte vor ein ordentliches Gericht gestellt werden müssen, vor dem er sich für seine Taten und Untaten hätte verantworten müssen – und gleichfalls seine Mitäter. Die Opfer und Geschädigten hätten als Nebenkläger auftreten müssen.

FRIEDRICHSTHAL (SAARL.) KLAUS P. SCHIKORSKI

Für dieses widerwärtige Foto der Leiche Gaddafis sollte der SPIEGEL-Fotograf sich schämen – bei allem Respekt dafür, dass er damit einen Scoop landen wollte. Es ist eines seriösen Blatts unwürdig.

KRAUTHEIM (BAD.-WÜRTT.) BURKHARD JUNGHANS



Feiernde Libyer nach Gaddafis Tod
Wahrhaftig kein Grund zum Jubeln

Ich befürchte, auf den arabischen Frühling folgt ein langer und dunkler islamistischer Winter. Eine Gesellschaft, die noch immer Leichen durch die Straßen schleift und wie ein totes Stück Vieh mit dem Handy fotografiert, ist der menschlichen Eiszeit der Gaddafi-Ära kein Stück entkommen. Die Raubtierfratze der arabischen Welt macht mir Angst.

WACHTBERG (NRW) CHRISTOPH FACIUS

Nr. 43/2011, Hans Magnus Enzensberger über lösbare und unlösbare Probleme

Fatalistische Bejahung

Zweifelsfrei kann man Enzensberger nicht verantwortlich machen für Fehler der Vergangenheit, zum Beispiel für den mangelnden politischen Einsatz der deutschen bürgerlichen Intellektuellen für die gesellschaftliche Entwicklung in der Weimarer Demokratie. Man muss Enzensberger sogar zugutehalten, dass er in der zweiten deutschen Republik Bewegung

in die verkrusteten Verhältnisse gebracht hat. Heute aber sich als Intellektuellen-Opa zurückzulehnen und souveräne Kommentare abzugeben zu den Schwierigkeiten deutscher und überhaupt jeder Politik, das ist – auch wenn man pseudo-aufklärerische Absicht unterstellt – keine Attitüde, die des Lesens wert wäre.

BAD GRIESBACH (BAYERN) GUSTAV A. MOHRLÜDER

Enzensbergers Äußerungen dienen eher einer fatalistischen Bejahung der Geschehnisse. Hinter den Machenschaften der Finanzwelt stecken aber elementare Verstöße gegen eine vernünftige Ordnungspolitik.

LEOPOLDSHÖHE (NRW) FRANZ HARDER

Nr. 43/2011, Das Bundesland Bremen ist das Griechenland der Deutschen

Tricksen und täuschen

Ihr Artikel treibt mir als stolzem Bremer die Zornesröte ins Gesicht; insbesondere die Überschrift, die Bremen als Bettler der Nation stigmatisiert, ärgert mich. Bremen verbindet hochspezialisierte Arbeitsplätze der Moderne mit den Kaufmannstugenden einer alten Hansestadt in einem lebenswerten Umfeld. Und es unterhält dem südlichen Rest der Republik die zweitgrößte Hafeninfrastruktur nach Hamburg, damit der Export von Wirtschaftsgütern den Wohlstand der Bayern, Badenser, Württemberger und Hessen sichert.

BREMEN UWE PIEHL

Tricksen und täuschen bei Kinderkrippen, Personalabbau im Justizbereich, Sozialprojekte-Kahlschlag, undurchschaubare und steigende Krankenhauskosten, unbegreifliches Bildungschaos und vieles mehr sind unstreitige Belege für den hochaktiven Bremer Schuldenklüngel.

BREMEN DR. UDO KÜPPERS

Bremens Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist nur scheinbar überdurchschnittlich



Bremer Innenstadt
Kaufmannstugenden einer Hansestadt

hoch: dann nämlich, wenn die Wirtschaftsleistung der vielen Pendler dazu gerechnet wird. Pro Erwerbstätigen liegt es im Bundesdurchschnitt. Dafür ist ein Zwei-Städte-Land eine zu teure Kuriosität. Da sich aber die politische Klasse

eines Bundeslandes nicht selbst in die Bedeutungslosigkeit der Kommunalpolitik entlassen will, spart man „lokal-brünningsch“ weiter an Bildung, Kultur und Sozialem und macht trotzdem immer mehr Schulden.

BREMEN

PROF. DR. HANS-HEINRICH BASS

Nr. 43/2011, US-Züchter will Niedergang des Deutschen Schäferhunds stoppen

Kranke Kreatur

Um den Deutschen Schäferhund (DSH) als Gebrauchshund anzutreffen, muss man gar nicht erst über den großen Teich zu den Vereinigten Staaten schauen. Die erfolgreichen Bemühungen, an das Zuchtideal eines gesunden Schäferhundes anzuknüpfen, kann man bei Helmut Raiser sehen, der mit dem RSV2000 einen alternativen und vom VDH anerkannten Verein etabliert hat.

ERKRATH (NRW)

DR. JÜRGEN GRIMM

Warum wird in Deutschland immer wieder der weltweit beliebte Gebrauchshund denunziert? Durch die langjährige Praxis der strengen Zucht voraussetzungen sind bei den Schäferhunden diese Krankheiten nachweislich deutlich zurückgegangen.

NORTORF (SCHL.-HOLST.)

KARSTEN RUMPF

Die Malinois, die Belgischen Schäferhunde, werden weltweit vielerorts gegenüber den DSH bevorzugt, aber nicht, weil sie aggressiver wären, sondern weil sie wesentlich intelligenter sind und selten die bei den DSH verbreitete Hüftdysplasie bekommen.

TIJOCO BAJO (TENERIFFA)

KLAUS SCHWEITZER



MICHAEL URBAN / DAPD

Schäferhunde im Polizeieinsatz

Das Pech einer Rasse, die zur Mode wird

Jetzt jaulen alle, dass der DSH bei der Polizei aussortiert wird. Wer hat denn aus dem Zehnkämpfer der Gebrauchshunde eine traurige und kranke Kreatur gemacht?

FILDERSTADT (BAD.-WÜRTT.)

ULF VOHL

Der DSH West wurde auf Schönheit gezüchtet, der DSH Ost auf Leistung. Letzterer durfte sein Erscheinungsbild behalten, der westdeutsche nicht, mit allen veterinärmedizinischen Konsequenzen. Es ist das Pech einer Rasse, wenn sie zur Mode wird!

BRAUNSCHWEIG

DR. MED. VET. ROLF GRAMM



Louboutin-Kundin Bruni (r.), Prinzessin Letizia
Verführerische Macht

Nr. 43/2011, SPIEGEL-Gespräch mit dem
Schuh-Designer Christian Louboutin

Absatzhöhepunkt

Auch ich wollte mir einen Traum erfüllen. Mit einem wunderbaren Bauchkribbeln und mehr als 1000 ersparten Dollar in der Tasche ging ich in eine Louboutin-Boutique in New York. Bestimmt war ich nicht wie Carla Bruni ausgestattet, und das Verhalten der Verkäufer war entsprechend. Absolut herablassend und arrogant wurde ich behandelt, und die Schuhe, in die ich mich mal verliebt hatte, wurden mir nicht mal in der passenden Größe geholt.

OFFENBACH (HESSEN)

ARIANE OECHLER

Mit seinem Röntgenblick enthüllt Schuh-Designer Louboutin ein weitverbreitetes Klischee. Er schließt von der Absatzhöhe weiblicher Fußbekleidung auf die Höhepunkte ihrer sexuellen Erregung. Das erotische Signal, das eine Frau auf High Heels aussendet, ist kulturhistorisch konditioniert. Die verführerische Macht langgestreckter Frauenbeine beruht auf der Einbildungskraft, und schon läuft dem männlichen Artgenossen der Speichel im Mund zusammen. Doch was haben wir Frauen davon?

BREMEN

RENATE VON STRAUSS UND TORNEY

Wie masochistisch und willenlos muss eine Frau eigentlich sein, um derartiges „Schuhwerk“, entsprungen einem launigen Männerhirn, freiwillig zu tragen und dafür auch noch ein Vermögen auszugeben? Solange Frauen solch albernem Quatsch aufsitzen, haben sie kaum etwas dazugelernt. Lieber leiden als denken und immer schön dem Diktat folgen, wie weh es auch tut!

HASEL (BAD.-WÜRTT.)

BRIGITTA HEYM

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt und auch elektronisch zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: leserbriefe@spiegel.de



Kampfpanzer „Leopard 2“

KATHARINA WINKLER / DPA

RÜSTUNGSEXPORTE

„Nicht unangemessen erschweren“

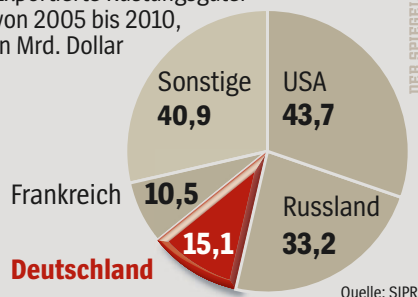
Die Bundesregierung bemüht sich auf breiter Front, deutschen Firmen den Export rüstungsrelevanter Güter zu erleichtern. In einer „Stellungnahme“ des Bundes an die EU-Kommission vom 27. Oktober heißt es, bei der Ausfuhrkontrolle solle das „Bestreben, Proliferationsbemühungen und destabilisierende Waffenanhäufungen zu verhindern, den legalen Handel, insbesondere die Wirtschaftsbeziehungen mit neuen Gestaltungsmächten nicht unangemessen erschweren und verhindern“. In dem Dokument geht es um sogenannte Dual-Use-Güter, die militärisch und zivil nutzbar sind. Sowohl die „außen- und sicherheitspolitischen Interessen“ als auch „die Interessen der Wirtschaft“ sollten „ausgewogen Berücksichtigung finden“, heißt es in der Vorlage. Das Wort Menschenrechte taucht in dem 21-seitigen Dokument nicht auf, obwohl Kanzlerin Angela Merkel (CDU) öffentlich den „wertegeleiteten“ Charakter der Außen- und Sicherheitspolitik betont. Als

„Gestaltungsmächte“ bezeichnet die Bundesregierung auch Staaten wie das autokratisch regierte Saudi-Arabien. Ihnen sollen Dual-Use-Güter, Rüstungsgüter und Kriegswaffen künftig häufiger und freigiebiger geliefert werden. An Saudi-Arabien lieferte Deutschland eine Fabrik zum Bau von Sturmge- wehren des Typs G36 und ein Grenzsicherungssystem; außerdem hat die Bundesregierung den möglichen Export von

etwa 270 Kampfpanzern des Typs „Leopard 2“ gebilligt. Auch Indien gehört zu den umworbenen Auftraggebern, da es sich für den Kampffjet „Eurofighter“ interessiert. In dem Papier äußert die Bundesregierung Bedenken gegen Vorschläge der EU, die Ausfuhrkontrollen für Dual-Use-Güter zu reformieren. Berlin lehnt Ideen ab, die EU-Kompetenzen zu erweitern oder die Exportkontrollen zu harmonisieren. Befürwortet werden dagegen Vorschläge, die der Industrie weniger Bürokratie und bessere Ausfuhrmöglichkeiten versprechen.

Die größten Waffenhändler

Exportierte Rüstungsgüter von 2005 bis 2010, in Mrd. Dollar



DER SPIEGEL

Quelle: SIPRI

EUROPA

Regierung diskutiert Volksabstimmung

In der Bundesregierung gibt es Überlegungen, im Falle einer weiteren Übertragung von Hoheitsrechten an die EU eine Volksabstimmung darüber durchzuführen. Das Thema sei bei der Vorbesprechung von CDU und CSU zu

einer Kabinettsitzung vor wenigen Wochen erörtert worden, heißt es in der Unionsspitze. Auch im Kanzleramt sei diese Möglichkeit in mehreren Runden diskutiert worden, konkrete Beschlüsse seien aber noch nicht gefasst worden. Eine solche Volksabstimmung könnte nötig werden, wenn Berlin mehr Kompetenzen an Brüssel übertragen will, als es das Grundgesetz nach Auffassung des Verfassungsgerichts zulässt. Das könnte der Fall sein, wenn

EU-Institutionen weitgehende neue Eingriffsrechte zum Beispiel in die Haushalte der Mitglieder bekommen. In ihrem Europa-Antrag, der auf dem Leipziger Parteitag am kommenden Montag beschlossen werden soll, fordert die CDU scharfe Durchgriffsrechte gegen Schuldenländer bis hin zur Einsetzung eines Sparkommissars; der soll überwachen, ob die betroffenen Staaten ihren Verpflichtungen gegenüber Brüssel nachkommen.



Soldaten in Syrien

TELEKOMMUNIKATION

Überwacht Syrien mit deutscher Technik?

Der syrische Geheimdienst setzt bei der Überwachung der Protestbewegung im Land offenbar auch auf Technik der Firma Utimaco aus Oberursel. Das Unternehmen verwies auf Anfrage am Freitag darauf, keine Produkte direkt an die syrische Telekom verkauft zu haben. Man habe die italienische Firma Area beliefert, mit der man seit Jahren zusammenarbeite. Dass diese an das Assad-Regime weiterverkauft habe, könne man nicht bestätigen. Utimaco bemühe sich derzeit bei den Italienern um Klärung, an welche Endkunden Area geliefert habe und ob die Ausfuhrbestimmungen eingehalten worden seien. Bis dahin, so das Unternehmen, habe man die Zusammenarbeit mit Area gestoppt. Hacker hatten

in den vergangenen Wochen bereits aufgedeckt, dass bei der syrischen Telekom unter anderem amerikanische Überwachungstechnik im Einsatz ist (SPIEGEL 41/2011). Über die Verwendung von Utimaco-Ausrüstung berichtete am vergangenen Freitag der Wirtschaftsdienst Bloomberg unter Berufung auf Unterlagen und Insider. Der Linken-Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko hatte schon vor 14 Tagen die Bundesregierung nach Exporten deutscher IT-Firmen in Diktaturen und autokratische Regime gefragt und Utimaco benannt. „Diese Überwachungstechnik ist ein zentraler Teil der Repression in vielen Staaten, deshalb brauchen wir dafür endlich eine effiziente Ausfuhrkontrolle“, sagt Hunko.

DEUTSCHE BAHN

Stärkere Kontrolle

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) will die Deutsche Bahn AG stärker kontrollieren und dafür die Kompetenzen der Bundesnetzagentur ausweiten. So soll die bundeseigene Bahn künftig nicht mehr allein über Preise für die Nutzung ihres Schienennetzes entscheiden dürfen. Trassenpreise, die das Unternehmen von seinen Wettbewerbern verlangt, sind künftig von der Bundesnetzagentur zu genehmigen. Dafür muss die Bahn ihre Kostenkalkulation den Kontrolleuren offenlegen. Der Entwurf für das sogenannte Eisenbahn-



Ramsauer

regulierungsgesetz soll im März im Kabinett beschlossen werden. Ramsauer reagiert mit der Initiative auf Druck der FDP und der EU-Kommission. Beide drängen auf eine Trennung von Netz und Betrieb, was einer Zerschlagung des Bahn-Konzerns gleichkäme.

SPD

Reiche zur Kasse

Bei den Sozialdemokraten gibt es Bestrebungen, die Steuern im Fall einer Regierungsübernahme noch stärker zu erhöhen als bisher geplant. Auf dem Parteitag Anfang Dezember wird es zu einer offenen Abstimmung über die sogenannte Reichensteuer kommen. Setzt sich dieses von der Parteilinken verfochtene Konzept durch, bezahlen Alleinstehende ab 150.000 Euro Einkommen 52 Prozent Steuern. Bislang ist im Steuerkonzept der SPD vorgesehen, den Spitzensteuersatz lediglich auf 49 Prozent zu erhöhen.

ATOMENERGIE

Einsamer Dialog

Der von Bundesminister Norbert Röttgen (CDU) geplante Dialog mit den Ministerpräsidenten der Länder über die Suche nach einem Atomendlager droht zum Fiasko zu werden. Lediglich die Ministerpräsidenten von Niedersachsen, David McAllister (CDU), und Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann (Grüne), planen, zu dem Treffen am kommenden Freitag

nach Berlin zu reisen. Die übrigen Länder schicken entweder Fachminister, Staatssekretäre oder, wie etwa Bremen, nur einfache Ministerialbeamte. Die Einladung hatte in den Staatskanzleien der Länder für Irritationen gesorgt, weil normalerweise nur die Bundeskanzlerin die Regierungschefs der Länder zu Gesprächen einlädt. Zudem herrscht offenbar Ärger darüber, dass bislang für das Treffen weder eine Tagesordnung noch ein möglicher erster Entwurf für ein Endlagergesetz vorliegt.

FAMILIE

Schröder kritisiert Länder



JENS-ULRICH KOCH / DDP

Kita-Kinder

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder drängt die Länder, sich stärker beim Ausbau der Kindertagesbetreuung zu engagieren. Von 2,15 Milliarden Euro, die der Bund bis 2013 bereitgestellt hat, sind bis Oktober erst 1,24 Milliarden Euro abgerufen worden. Von 2013 an will der Bund Kindern über einem Jahr einen Betreuungsplatz garantieren. Nach Schätzungen des Familienministeriums müssen dazu aber noch über 200 000 neue Kitaplätze geschaffen werden. „Ich verstehe die Länder nicht, das Bundesgeld ist da, und die Zeit drängt“, sagt Schröder.

„Notfalls nach oben schlafen“

Immer noch sind knapp drei Millionen Menschen in Deutschland erwerbslos und dankbar für jeden Tipp, ihre missliche Situation zu ändern. Eine Buchbesprechung in der Zeitung „Jobs-Kompakt Nord“, die in den Hamburger Büros der Bundesagentur für Arbeit und in den Jobcentern von team.arbeit.hamburg ausliegt, setzt da einen ganz eigenen Akzent. In seiner vorletzten Ausgabe empfiehlt das Blatt unter der Überschrift „Erotisches Kapital einsetzen“ ein Buch über „das Geheimnis erfolgreicher Menschen“. Dieses zu ergründen dürfte gerade Jobsuchende brennend interessieren. In dem 376-Seiten-Werk plä-

diert die britische Soziologin Catherine Hakim dafür, „dass insbesondere Frauen ihr erotisches Kapital als so-

ziale Ressource gezielt einsetzen“ und sich „für die Karriere notfalls auch nach oben schlafen“ sollten. „Das Konzept des erotischen Kapitals“, behauptet der Rezensent allen Ernstes, sei das Ergebnis „fundierter Recherchen, sozial- und kulturwissenschaftlicher Studien und einer Vielzahl an Daten und Fakten“. Angesichts solcher Forschungsergebnisse, unkt ein hanseatischer Arbeitsvermittler, „kö-

nnen wir Prostituierten endlich den Weg in die Führungsetagen großer Unternehmen ebnen“.



STRAFRECHT

„Tragisch verkettet“

Der Münchner Rechtsprofessor und Strafverteidiger Klaus Volk, 67, über den Freispruch für einen Rocker der Hells Angels, der einen Polizisten erschossen hatte



SPIEGEL: Der Bundesgerichtshof hat ein Mitglied der Hells Angels freigesprochen, das bei einer Hausdurchsuchung ohne Vorwarnung einen Polizisten durch die geschlossene Wohnungstür erschossen hat. Können Sie das nachvollziehen?

Volk: Ich hätte genauso entschieden. Der Mann sah sich in einer besonderen Notwehrsituation, und da durfte er sofort schießen.

SPIEGEL: Aber es bestand doch gar keine Notwehrlage. Die Polizisten hatten einen Durchsuchungsbeschluss. Der Mann dachte angeblich, konkurrierende Bandidos wollten bei ihm eindringen und ihn umbringen.

Volk: Das ist eine sogenannte Putativnotwehr, also eine eingebildete Not-

wehrlage. Die kann zwar nichts rechtfertigen, aber entschuldigen. Es kommt dabei rechtlich nur auf die Frage an: Wenn es wirklich einer von den Bandidos gewesen wäre – hätte er sich dann so verteidigen dürfen?

SPIEGEL: Und?

Volk: Normalerweise muss man zwar vorher einen Warnschuss abgeben. Da der Rocker davon ausgehen konnte, er sei in höchster Lebensgefahr, war aber auch das nicht nötig. Er durfte sofort schießen – dass dabei der vermeintliche Angreifer tödlich getroffen wurde, spielt dann rechtlich keine Rolle mehr.

SPIEGEL: Und wenn der Rocker die Waffe illegal besessen hätte?

Volk: Dann wäre er vielleicht wegen illegalen Waffenbesitzes dran. Die Herkunft einer Waffe spielt bei der Notwehr keine Rolle – ihr Einsatz darf nur nicht unangemessen sein.

SPIEGEL: Für Hells Angels ist es eine Auszeichnung, einen Polizisten zu töten. Aus Polizeikreisen heißt es nun, das Urteil sei ein Freibrief für den Schusswaffengebrauch im Bandenkrieg, da müssten die Kontrahenten ja ständig mit Überfällen rechnen.

Volk: Das ist Unsinn. Wenn man etwa den konkreten Angriff, ob eingebildet oder nicht, selbst provoziert hat, muss man sich zurückhalten. Und man darf auch nicht einfach wild auf alles ballern, was sich bewegt. Hier haben sich einfach besondere Umstände tragisch verkettet. Es gab eine konkrete Morddrohung, und die Polizisten haben die Tür aufgebrochen, ohne sich zu erkennen zu geben.

SPIEGEL: Das macht das Spezialeinsatzkommando offenbar immer so.

Volk: Aber nur dadurch konnte sich der Täter auf seinen Irrtum berufen.



Hells-Angels-Mitglieder

VERFASSUNGSSCHUTZ

Islamhasser unter Beobachtung

Radikale Islamhasser sollen stärker kontrolliert werden. Als erstes Bundesland lässt Hamburg die Internetplattform „Nürnberg 2.0“ von seinem Verfassungsschutz beobachten. Auf der Web-Seite werden vermeintlich islamfreundliche Politiker, Journalisten, Staatsanwälte und Richter per Steckbrief angeprangert. Die bislang unbekannten Macher der Seite

schwadronieren von einer „systematischen und rechtswidrigen Islamisierung Deutschlands“ und von „Straftaten linker Faschisten zur Unterdrückung des Volkes“. Eine Arbeitsgruppe der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern will zudem prüfen, ob Seiten wie das Diskussionsforum „Politically Incorrect“ dauerhaft überwacht werden sollen.

KERNFUSION

Sparen für „Iter“

Die Bundesregierung will zahlreiche europäische Forschungsprojekte kürzen, um 1,3 Milliarden Euro Mehrkosten für den internationalen Kernfusionsreaktor Iter aufbringen zu können. Im Vorbericht des Bundesfinanzministeriums für den EU-Wirtschafts- und Finanzrat am Freitag der kommenden Woche heißt es, die höheren Kosten sollten in erster Linie durch Umschichtungen innerhalb des Haushalts für Wettbewerbsfähigkeit erreicht werden. Das bedeutet, dass Wissenschaftler anderer Forschungsgebiete mit erheblichen Kürzungen rechnen müssen. Der europäische Anteil der Kosten für den Bau des Fusionsreaktors im südfranzösischen Cadarache hat sich auf rund sieben Milliarden Euro erhöht. Bis Ende November wollen sich EU-Rat, Kommission und EU-Parlament über die Finanzierung einigen. Grundsätzlich in Frage stellen will die Bundesregierung das Iter-Projekt nicht. Strom könne zwar nicht vor 2050 produziert werden, doch der Anstieg des Energieverbrauchs mache es nötig, die Technologie zu erproben, heißt es im Forschungsministerium. Im Gegensatz zur Kernspaltung werden bei der Kernfusion Atomkerne verschmolzen. Das Verfahren soll neue Energiequellen erschließen.

DAMALS ...

„Einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn lehnen wir ab.“

(Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vom 26. Oktober 2009)

... UND HEUTE

„Die CDU Deutschlands hält es für notwendig, eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen einzuführen, in denen ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert.“

(Empfehlung der Antragskommission für den CDU-Parteitag Mitte November 2011 in Leipzig)



EURO

Rette sich, wer kann

Griechenland wird den Euro behalten, doch die Währungsunion kommt nicht zur Ruhe:
Die Sorgen über Italiens Schuldenberg wachsen. Nun soll der
Internationale Währungsfonds helfen – und am Ende wohl auch die Europäische Zentralbank.

Wenn sich deutsche und amerikanische Regierungschefs treffen, sieht das Protokoll meist größtmöglichen Pomp vor: Ehrenformationen, Hymnen, Flaggenparaden.

Am vergangenen Donnerstag, beim G-20-Treffen im südfranzösischen Cannes dagegen ging es zwischen den beteiligten Regierungsvertretern betont geschäftsmäßig zu. Kanzlerin Angela Merkel und Präsident Barack Obama saßen gemeinsam mit ihren Finanzministern Wolfgang Schäuble und Timothy Geithner in einem nüchternen Konferenzsaal des Fünf-Sterne-Hotels Carlton. Die Runde hatte Ernstes zu besprechen.

Merkel berichtete, wie sie und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy tags zuvor mit dem griechischen Ministerpräsidenten Georgios Papandreou über ein Euro-Referendum gestritten hat-

ten, doch das beeindruckte die US-Politiker überhaupt nicht. Die Euro-Krise schwele weiter, klagten Geithner und Obama. Die Europäer müssten sich ihr endlich entschlossen entgegenstellen, die Beschlüsse des Europäischen Rats von Ende Oktober reichten nicht aus.

Verdruckt zählten Merkel und Schäuble auf, was die Europäer zuletzt alles auf den Weg gebracht hätten. Doch in Wahrheit hatten sie der Analyse aus Washington wenig entgegenzusetzen. Die Euro-Krise, warnte Obama, bedrohe inzwischen die globale Wirtschaft.

Zu wenig, zu spät: So urteilt die Weltöffentlichkeit seit eineinhalb Jahren über die Bemühungen der Europäer, ihre Währung zu retten. Und es spricht vieles dafür, dass das auch nach dem jüngsten G-20-Treffen so bleiben wird. Nach der bislang wohl verrücktesten Woche der Euro-Kri-

se, in der die Nachrichten über griechische Referenden, Rücktritte und Regierungswechsel im Stundentakt wechselten, gibt es wenig Grund für Optimismus.

Die Athener Regierung wird vorerst am Euro festhalten, so viel ist gewiss. Doch genauso ausgemacht scheint, dass damit weder die Zukunft der griechischen Wirtschaft, noch die der Gemeinschaftswährung gesichert ist. Im Gegenteil: An den Finanzmärkten wuchsen in der vergangenen Woche die Zweifel, ob die Beschlüsse des jüngsten europäischen Rettungsgipfels ausreichen.

Auf mehr als eine Billion Euro haben die Regierungschefs ihren Rettungsfonds ausgeweitet. Doch was vor einer Woche noch als „Kraftakt“ und „Durchbruch“ gefeiert worden war, gilt inzwischen schon wieder als halbherzig und unausgegoren. Kaum ein Politiker und Wirtschaftsexper-



Kanzlerin Merkel, US-Präsident Obama Bedrohung für die globale Wirtschaft

Kann die „große Bazooka“, die Panzerabwehrwaffe, von der vor allem US-Politiker gern reden, den Euro retten? Viele Ökonomen sind skeptisch; denn es sind vor allem die wirtschaftlichen Ungleichgewichte, die den europäischen Währungsraum auseinandertreiben. Der ökonomische Abstand zwischen dem exportstarken Norden und dem konsumfreudigen Süden des Kontinents ist weitergewachsen, zugleich verlieren die Bürger das Vertrauen in Europas Krisenmanagement.

Rette sich, wer kann, lautet das Motto nicht nur bei Banken und Versicherungen, die in großem Stil südeuropäische Staatsanleihen verkaufen, sondern auch bei den kleinen Sparern. Überall versuchen Europas verunsicherte Bürger, ihr Geld in Sicherheit zu bringen, registrieren Banken und Aufsichtsbehörden: Die Kapitalflucht aus Italien, Spanien oder Griechenland ist in vollem Gange.

Etwa 50 Milliarden Euro haben Griechenlands Sparer seit Ausbruch der Krise von ihren Konten geräumt, ein Fünftel der gesamten Einlagen. Im Mai, als die ersten Gerüchte über einen möglichen Austritt aus der Euro-Zone die Runde machten, hoben die Griechen binnen 48 Stunden 1,5 Milliarden Euro ab. Es sind längst nicht nur die Reichen, die ihr Geld in Sicherheit schaffen. Eine griechische Nonne löste kürzlich das Konto ihres Klosters auf. Sie brauche die darauf gelagerten 700 000 Euro zum Renovieren, behauptete sie gegenüber dem Bankmitarbeiter. Erst als der nicht lockerließ, gab die fromme Frau zu, Angst um das Vermögen ihres Ordens zu haben.

Ein beliebter Zufluchtsort ist die Schweiz. Rund 280 Milliarden Euro sollen Griechen mittlerweile bei den eidgenös-

sischen Banken gebunkert haben. Bei Kontrollen am Athener Flughafen fallen regelmäßig Geldbündel im Gesamtwert von 100 000 Euro und mehr aus dem Handgepäck, erlaubt sind ohne Anmeldung höchstens 10 000 Euro.

Das Fluchtgeld beschert dem europäischen Immobilienmarkt eine erstaunliche Sonderkonjunktur, etwa in Berlin oder London. Vermögende Griechen legen sich einen Zweitwohnsitz zu. Die Immobilienfirma Knight Frank schätzt, dass allein 2010 etwa 290 Millionen Euro aus Griechenland in der Hauptstadt Großbritannien investiert wurden.

Und die Angst breitet sich aus, auch die Italiener werden nervös. Zahlen der Bundesbank und der Banca d'Italia legen den Schluss nahe, dass im August und September mehr als 80 Milliarden Euro aus Italien abgefließen sind, weil den italienischen Sparern das Risiko einer Staatspleite inzwischen zu groß erscheint.

Das Misstrauen der Anleger gegenüber Volkswirtschaften Südeuropas ist leider allzu berechtigt, wie eine noch unveröffentlichte Studie des Münchner Ifo-Instituts zeigt. Die Wissenschaftler haben untersucht, wie sich die Preise von selbsthergestellten Gütern und Dienstleistungen in den Mittelmeerstaaten entwickelt haben, bevor die Krise ausbrach. Ihre Zahlen belegen eindrucksvoll, wie die Staaten ihre Wettbewerbsfähigkeit systematisch ruiniert haben.

In Griechenland verteuerten sich die selbsterzeugten Waren zwischen 1995 und 2008 demnach um durchschnittlich 67 Prozent, Negativrekord in der Euro-Zone. Spanische Erzeugnisse wurden um 56 Prozent teurer, portugiesische um 47 Prozent, italienische um 41 Prozent. In Deutschland hingegen stiegen die Preise im selben Zeitraum nur um 9 Prozent.

Ein wesentlicher Grund für die unterschiedliche Entwicklung war die Lohn-

te glaubt, dass Griechenland nach dem jüngsten Brüsseler Fahrplan saniert werden kann, und nun wachsen auch noch die Sorgen um Italien. Vergangene Woche kletterten die Zinsen für römische Staatsanleihen auf ein neues Rekordhoch, und die Manager des neuen europäischen Rettungsschirms EFSF wagten es nicht, die Weltfinanzmärkte anzuzapfen. Die geplante Ausgabe einer neuen EFSF-Anleihe wurde kurzfristig abgesetzt.

Entsprechend düster war die Stimmung unter den G-20-Staats- und -Regierungschefs in Cannes. Um die Euro-Krise zu bewältigen, so lautete die Erkenntnis nach zahllosen Krisengesprächen unter den Staatslenkern, sind weit radikalere Maßnahmen notwendig als bisher. Der Internationale Währungsfonds und die Europäische Zentralbank sollen beim Management der Schuldenkrise künftig die Regie führen, und auch die deutschen Währungsreserven sind nicht mehr tabu. Nur mit Mühe konnte die Bundesbank vergangene Woche verhindern, dass Teile davon die IWF-Kasse füllen sollen.



Euro-Politiker Jean-Claude Juncker, Berlusconi, Papandreu (r.): Zu wenig, zu spät

und Sozialpolitik. Während sich die deutschen Arbeitnehmer mit bescheidenen Lohnrunden und harten Reformen arrangieren mussten, gaben die Mittelmeerstaaten das Geld mit vollen Händen aus – mit der Folge, dass die von ihnen hergestellten Güter im internationalen Vergleich jetzt viel zu teuer sind.

In diesen Divergenzen liegt der wahre Grund, wieso die gemeinsame Währung derart unter Druck geraten ist. Und warum die nächtlichen Beschlüsse des EU-Gipfels von Brüssel keine Lösung für die Euro-Krise bieten, jedenfalls keine dauerhafte.

„Glauben die Experten an den Devisenmärkten ernsthaft, dass das neueste ‚umfassende Rettungspaket‘ der Regierungen für den Euro länger als ein paar Monate Bestand haben wird?“, echauffiert sich Kenneth Rogoff, Ökonom an der amerikanischen Elite-Universität Harvard und einer der besten Experten für Staatsschuldenkrisen. Der Wissenschaftler wundert sich darüber, wie positiv die Märkte anfangs die Ergebnisse aufgenommen hatten.

Der Brüsseler Plan basiere auf „einem fragwürdigen Mix von dubiosen finanztechnischen Kunstgriffen und vagen Verheißungen auf bescheidene Mittel aus Asien“, lautet Rogoffs Kritik.

Tatsächlich mehren sich inzwischen die Zweifel, ob die Vereinbarung geeignet ist, den Rettungsschirm effektiver zu machen und den Griechen sowie ganz Europa wieder eine Perspektive zu geben.

So haben die Euro-Retter beschlossen, die Gesamtverschuldung Griechenlands von aktuell mehr als 160 Prozent der Wirtschaftsleistung bis 2020 auf rund 120

Prozent zu drücken. Das Ziel ist ambitioniert, doch selbst wenn es verwirklicht würde, wären die Griechen noch lange nicht aus dem Schneider. Mit rund 120 Prozent hätten sie gerade mal das Niveau erreicht, auf dem sich derzeit die notleidenden Italiener befinden.

Um einigermaßen wirtschaften zu können, muss ein Land eine weit niedrigere Quote erreichen. Rogoff hat gemeinsam mit seiner Kollegin Carmen Reinhart in einer Studie über die Staatsverschuldung der vergangenen Jahrhunderte nachgewiesen, dass spätestens ab einem Verschuldungsgrad von 90 Prozent das Wachstum erlahmt und das Insolvenzrisiko steigt.

Außer der Zentralbank gibt es nicht mehr viele Käufer für italienische Staatsanleihen.

Genauso fragwürdig wie Griechenlands Sanierungsfahrplan ist die Idee, den Rettungsschirm auf Billionengröße zu hebeln. Nur einen Teil der Kredite an notleidende Schuldenstaaten wollen die EFSF-Mitglieder nämlich selbst aufbringen, den Rest sollen private Großinvestoren wie Banken und Investmentfonds sowie kapitalstarke Schwellenländer wie China oder Brasilien beisteuern. Doch die Großadressen aus der globalen Finanzindustrie hatten sich schon im vergangenen Jahr kaum dazu überreden lassen, Staatsanleihen von Problemstaaten zu kaufen; wieso sollten sie es jetzt tun, da das Risiko noch weniger berechenbar ist und selbst die Bonität eines Garantiestaats wie Frankreich in Frage steht?

Selbst wenn der Schirm die gewünschte Dimension erreichte, er wäre bei weitem nicht groß genug, um auch Italien zu retten, den Staat, der vielen in Brüssel, Berlin und Paris derzeit die größten Sorgen bereitet. Das Misstrauen wächst, und so musste das Land vergangene Woche schon eine Verzinsung von mehr als sechs Prozent bieten, um Käufer für eine zehnjährige Anleihe zu finden.

Damit habe man bei den Renditen schon wieder das Niveau von Anfang August erreicht, sagt Andrew Bosomworth, Chef des deutschen Anlagemanagements beim weltgrößten Anleihenhändler Pimco und verantwortlich für 138 Milliarden Euro Anlegergeld. Das ist bedenklich, denn Anfang August fing die Europäische Zentralbank erstmals an, auch italienische Staatsanleihen vom Markt zu kaufen.

Auch vergangene Woche seien die Zentralbanker „jeden Tag am Markt aktiv gewesen“, hat Bosomworth beobachtet. Bis Donnerstag hat die EZB Pimco-Schätzungen zufolge Staatsanleihen in Höhe von rund zehn Milliarden Euro gekauft, hauptsächlich italienische Papiere, vermutet Bosomworth.

Außer der Zentralbank gibt es nicht mehr viele Käufer für italienische Staatsanleihen. Es ist offensichtlich, dass die meisten Anleger ihre Bestände abzubauen versuchen – wenn sie denn Abnehmer finden. Das kommt in die Nähe eines Käuferstreiks.

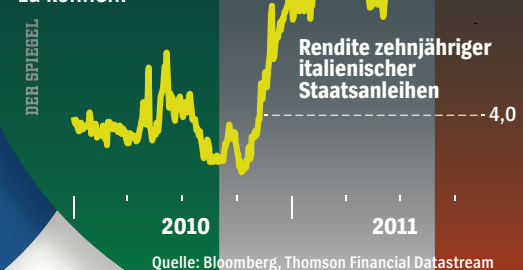
In den kommenden Wochen aber muss Italien Anleihen im Volumen von 30 Mil-

Volumen italienischer Staatsanleihen, die 2012 fällig werden

in Milliarden Euro

306,9

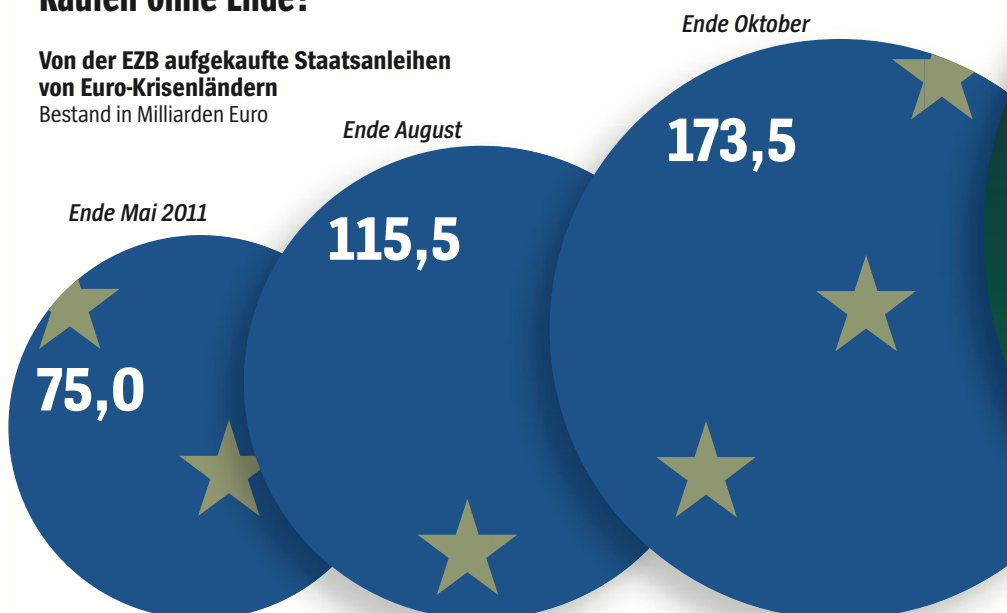
Die Renditen italienischer Staatsanleihen bewegen sich trotz der Stützungskäufe der EZB auf Rekordniveau. Damit sinken die Chancen des Landes, seinen Finanzbedarf im kommenden Jahr zu tragbaren Konditionen am Kapitalmarkt decken zu können.



Kaufen ohne Ende?

Von der EZB aufgekaufte Staatsanleihen von Euro-Krisenländern

Bestand in Milliarden Euro



liarden Euro platzieren. Innerhalb von drei Jahren steigt der Finanzierungsbedarf auf über 600 Milliarden Euro. Die einstmals billig aufgenommenen Kredite hat der Staat dann durch neue, teurere zu ersetzen. Jeder Prozentpunkt mehr kostet mittelfristig 20 Milliarden Euro zusätzlich.

Schon heute muss Italien etwa fünf Prozent seines gesamten Bruttoinlandsprodukts für Zinsen auf Staatspapiere ausgeben. Wenn der Anteil steigt, wird es immer schwieriger, die enorme Schuldenlast zu schultern. Dann hilft nur noch eins, um die Staatsfinanzen zu sichern: eisern sparen.

Doch dazu ist Italiens Regierung unter Ministerpräsident Silvio Berlusconi nicht bereit oder in der Lage. Ein paar Maßnahmen wie den Verkauf staatseigener Immobilien hat die Regierung vorige Woche zwar beschlossen. Aber der „Miniplan“, so die Wirtschaftszeitung „Il Sole 24 Ore“, könne kaum etwas bewirken. Und selbst dessen Realisierung stehe in den Sternen, denn vermutlich bringe Berlusconi nicht einmal mehr dafür eine Parlamentsmehrheit hinter sich. Es herrsche Chaos in der Koalition, so das Wirtschaftsblatt (siehe auch Seite 106).

Solange Italien mit seinem gigantischen Schuldenberg politisch unzuverlässig bleibt, steigt die Sorge, die drittgrößte Wirtschaftsnation in Euro-Land könne zu einem zweiten „Fall Griechenland“ werden. Auch unter den Regierungschefs der großen Wirtschaftsnationen verbreitet sich die Angst, und so nutzten sie das G-20-Treffen in der vergangenen Woche, um die Italiener in die Mangel zu nehmen. Am Donnerstagvormittag versuchten Finanzminister Schäuble sowie sein französischer Amtskollege François Baroin, ihren italienischen Kollegen Giulio Tremonti zu weiteren Sparaktionen zu bewegen.

Mittags saß die Runde wieder beisammen. Dieses Mal stieß auch der amerikanische Finanzminister Timothy Geithner dazu. Das Trio verlangte, Italien müsse sich bereit erklären, seine Reformen und seinen Staatshaushalt künftig vom Internationalen Währungsfonds (IWF) überwachen zu lassen. Tremonti wies das empört zurück. So etwas widerfährt normalerweise nur Dritte-Welt-Ländern, die auf Hilfe der Washingtoner Organisation angewiesen sind.

Dennoch beharrten Franzosen und Deutsche darauf, denn sie misstrauen der Kontrolle durch die EU-Kommission. Sie argwöhnen, dass es Kommissionspräsident José Manuel Barroso mit Rücksicht auf sein ebenfalls angeschlagenes Heimatland Portugal bei der Überwachung der Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht so genau nimmt. Deshalb sei die Aufsicht durch eine unabhängige Organisation wie den IWF umso wichtiger. Am Abend



Wirtschaftswissenschaftler Sinn: „Da muss man durch“

„Dann scheint die Sonne“

Der Ökonom Hans-Werner Sinn, 63, über eine mögliche Wiedereinführung der Drachme in Griechenland

SPIEGEL: Herr Sinn, die Griechen haben das Referendum abgesagt, sie wollen den Euro behalten und sich von Europa retten lassen. Können wir jetzt aufatmen?

Sinn: Was die Politiker als Rettung bezeichnen, rettet Griechenland in Wahrheit nicht. Mit dem Euro kommen die Griechen nie wieder auf einen grünen Zweig. Ihr Land ist nicht konkurrenzfähig. Die Löhne und Preise sind viel zu hoch, und die Retterei fixiert diesen Zustand. Es ist deshalb im Interesse Griechenlands, aus dem Euro auszusteigen und die Drachme wieder einzuführen.

SPIEGEL: Wie soll das funktionieren?

Sinn: Es muss schnell gehen. Die griechischen Banken müssen für eine Woche geschlossen werden. Es werden alle Konten, alle Bilanzen und auch die Staatsschulden auf Drachme umgestellt, und dann wertet die Drachme ab.

SPIEGEL: Jeder Grieche würde versuchen, noch schnell sein Konto zu räumen. Es würde zu Tumulten kommen.

Sinn: Da muss man durch. Es gibt ein lokales Gewitter, und dann scheint wieder die Sonne. Die reichen Griechen haben ihr Geld doch längst im Ausland in Sicherheit gebracht. Das Geld kommt erst wieder zurück, wenn Griechenland seine Wettbewerbsfähigkeit wiederhergestellt hat.

SPIEGEL: Welcher Wechselkurs soll zwischen Euro und Drachme gelten?

Sinn: Wenn Griechenland um 44 Prozent abwertet, ist es so teuer wie die

Türkei. Die griechischen Produkte lassen sich dann wieder verkaufen, und die Touristen kommen zurück.

SPIEGEL: Das Geld, das ausländische Banken und Staaten den Griechen geliehen haben, wäre weg. Ist ein solcher Schaden verkraftbar?

Sinn: Die Gläubiger würden die Hälfte ihres Geldes verlieren, aber das haben sie ja ohnehin schon akzeptiert. Mehr wird es nicht.

SPIEGEL: Und die europäischen Staaten? Welchen Schaden hätten sie?

Sinn: Wirtschaftlich hätten sie eher Vorteile. Die Geberländer müssen weniger helfen, weil Griechenland sich selbst hilft. Es wird für sie erheblich billiger, zumal auch die anderen Staaten, die über ihre Verhältnisse gelebt haben, den Ernst der Lage begreifen und endlich versuchen werden, sich zu retten.

SPIEGEL: Glauben Sie im Ernst, die Griechen könnten es mit einer schwachen eigenen Währung schaffen, ihren Zahlungsverpflichtungen in Euro nachzukommen?

Sinn: Nur wenn sie aus dem Euro austreten, können sie Außenhandelsüberschüsse erwirtschaften. Und nur dann können sie etwas zurückzahlen. Sonst bleiben sie ewig am Tropf.

SPIEGEL: Wenn Griechenland aus dem Euro aussteigt, wer folgt dann als Nächster?

Sinn: Portugal ist gefährdet. Italien kann es schaffen, wenn es seine Reformen nicht nur ankündigt, sondern auch durchführt.

INTERVIEW: ALEXANDER NEUBACHER

dann nahmen sich Merkel, Sarkozy, Obama und Berlusconi des Themas an. Zunächst beschlossen sie, dass der IWF eine neue Kreditlinie an Länder mit drohender Schieflage vergeben darf. Die Hilfen sollen schnell und ohne große Auflagen an Staaten vergeben werden, die kurzfristig in Liquiditätsnot geraten sind, wie Spanien und Italien. Die Höhe der Hilfszahlungen richtet sich dabei nach dem Kapitalanteil, den das Land am IWF hält. Spanien könnte Unterstützung in Höhe von 23 Milliarden Euro bekommen, Italien von 45 Milliarden Euro.

Schließlich pressten Merkel, Sarkozy sowie der überraschend hinzugebetene US-Präsident Obama Italiens Regierungs-

tion Europas, noch dazu ausgestattet mit unendlicher Feuerkraft. Ihr kann nie das Geld ausgehen, sie kann einfach neues drucken.

Deutschlands Vertreter im Rat der Zentralbank sträuben sich nach Kräften. Der frühere Bundesbank-Präsident Axel Weber sowie EZB-Chefvolkswirt Jürgen Stark traten im Streit um die Ankäufe griechischer und portugiesischer Kredite von ihren Ämtern zurück. Und auch der neue Bundesbank-Chef Jens Weidmann ist strikt dagegen, Staatsdefizite mit der Notenpresse zu finanzieren; schließlich hatten die Deutschen gleich zweimal im vergangenen Jahrhundert erleben müssen, wie eine solche Geldpolitik in Hy-

Währungen auf Kredit gibt. Ein weiteres Füllhorn wäre aufgemacht.

Nach Weidmanns Intervention teilte Merkel ihren Kollegen mit, dass die autonome Bundesbank bei der Freigabe der Sonderziehungsrechte nicht mitmachen würde. Eine Schlacht war gewonnen, aber noch nicht der Krieg, wie man bei der Bundesbank befürchtet. Noch auf dem Gipfel in Cannes redete Van Rompuy von einem „Trust“ beim IWF, der mit Kunstgeld aus den Sonderziehungsrechten gepäpelt werden könnte.

Die Euro-Krise, so zeichnet sich ab, steht kurz vor dem Endspiel. Viele Versprechen, die den Deutschen bei der



EZB-Präsident Mario Draghi, Geldzählmaschine: Ausgestattet mit unendlicher Feuerkraft

chef Berlusconi das Zugeständnis ab, weitere Sparaktionen anzukündigen. Nach stundenlangem Hin und Her drehte Berlusconi endlich bei. Doch die Skepsis ist groß. Was, so fragten sich nicht nur die Regierungschefs auf ihrem jüngsten Gipfeltreffen, sind die Ankündigungen angesichts der tiefen politischen Krise des Landes wert?

Wenig, so meint zum Beispiel US-Präsident Obama.

Und so konfrontierte er die Deutschen in Cannes mit einem Vorschlag, dessen Radikalität Merkel und Schäuble verschreckte. Um die Gemeinschaftswährung zu retten, so regte Obama an, sollten sich die Europäer ein Beispiel an der amerikanischen Notenbank Fed nehmen. Die kaufe bei Bedarf nahezu unbegrenzt amerikanische Staatsanleihen auf.

Die Deutschen hielten matt entgegen, dass die EZB in einer gänzlich anderen Tradition stehe als die Fed und auch einem anderen Auftrag gehorche. Doch Merkel und ihr Finanzminister ahnen, dass am Ende tatsächlich nur noch die EZB den Euro retten kann, wenn sich die Krise weiter zuspitzt. Sie ist die einzige handlungsfähige finanzpolitische Institu-

tion Europas, noch dazu ausgestattet mit unendlicher Feuerkraft. Doch wie lange können die Deutschen dem Druck standhalten?

Die meisten europäischen Regierungschefs haben nichts dagegen, die Reserven der Zentralbank als Finanzierungsquelle zu nutzen, wie sich auf dem Gipfel in Cannes zeigte. Wichtige Politiker wie EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy oder Frankreichs Staatspräsident Sarkozy schlugen vor, dem IWF sogenannte Sonderziehungsrechte zur Verfügung zu stellen, damit dieser in Europa und anderswo noch größere Rettungspakete finanzieren kann. Auch die Amerikaner waren einverstanden.

Doch Bundesbank-Präsident Weidmann schlug bei der Bundeskanzlerin Alarm. Sonderziehungsrechte gehörten so wie der Goldschatz und die Devisen zu den Währungsreserven, die die Bundesbank per Gesetzauftrag zu hüten habe, so lautete seine Argumentation. Die Bundesbank fürchtet, dass mit der Freigabe der Sonderziehungsrechte ein weiteres Tor zur monetären Staatsfinanzierung geöffnet werden sollte. Denn Sonderziehungsrechte sind eine künstliche Währung, für die es beim IWF fremde

Einführung des Gemeinschaftsgelds gegeben wurden, sind bereits gebrochen: Nur stabile Länder bekommen den Euro, hieß es, doch dann wurden Italien und Griechenland aufgenommen.

Niemals müssten die Bundesbürger für Schulden anderer Staaten eintreten, lautete die Zusage, doch dann kamen das erste und das zweite Griechenland-Paket und die europäischen Rettungsschirme.

Und nun droht ein weiterer Vertrauensbruch: Die Deutschen sollen sich damit abfinden, dass die Zentralbank notleidenden Euro-Staaten nahezu unbegrenzt als Reservekasse zur Verfügung steht.

Erhalt der Währungsunion oder stabiles Geld – das ist die Frage, vor der die deutsche Regierung steht. Die Entscheidung lässt sich nicht mehr lange hinauszögern. „Um die Situation zu stabilisieren“, sagt der frühere US-Finanzminister Lawrence Summers, müssten die Rettungsmaßnahmen „über die bisherigen Vorschläge weit hinausgehen“.

ALEXANDER JUNG, ALEXANDER NEUBACHER,
CHRISTOPH PAULY, CHRISTIAN REIERMANN,
MICHAEL SAUGA, HANS-JÜRGEN SCHLAMP,
ANNE SEITH

CDU

„Da mache ich nicht mit“

Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier, 59, über den Linksruck seiner Partei unter Angela Merkel und seinen Widerstand gegen einen allgemeinen Mindestlohn in Deutschland



TIM WEGNER / DER SPIEGEL

CDU-Politiker Bouffier: „Wir können nicht die Regeln der Ökonomie außer Kraft setzen“

SPIEGEL: Herr Ministerpräsident, Sie lassen sich gern als letzten Konservativen feiern, gleichzeitig erreicht die Sozialdemokratisierung der CDU auf dem kommenden Parteitag in Leipzig einen neuen Höhepunkt. Geht es nicht langsam um Ihre Glaubwürdigkeit?

Bouffier: Ich lasse mich weder als letzten Konservativen feiern noch wird es mit mir eine Sozialdemokratisierung der CDU geben. Sie können sich auch sicher sein, dass ich mich auf dem Parteitag einmischen werde.

SPIEGEL: Sind Sie das konservative Feigenblatt in Angela Merkels CDU?

Bouffier: Ich bin kein Feigenblatt – und nicht ausschließlich konservativ.

SPIEGEL: Aber Merkel hat die CDU in den vergangenen Jahren doch auf den Kopf gestellt, das letzte Beispiel ist der Mindestlohn. Über Jahre war eine branchenübergreifende Lohnuntergrenze für die CDU tabu. Jetzt will die Parteispitze genau das beschließen. Wie finden Sie das?

Bouffier: Ich halte eine Lohnuntergrenze, die von den Tarifpartnern festgelegt wird,

für richtig, aber nicht einen gesetzlichen Mindestlohn, den die Politik festlegt. Da mache ich nicht mit. Natürlich sollen die Menschen so gut wie möglich verdienen. Aber wir können nicht sämtliche Regeln der Ökonomie dafür außer Kraft setzen.

SPIEGEL: Vor wenigen Wochen haben Sie noch gesagt: „Die Verordnung eines flächendeckenden Mindestlohns ohne Rücksicht auf unterschiedliche regionale Bedingungen ist mit mir nicht zu machen.“ Gilt der Satz noch?

Bouffier: Ja, uneingeschränkt. Wir als CDU haben Jahrzehnte dafür gekämpft, dass wir in Deutschland flexible Tarifverträge bekommen. Man muss ja kein großer Ökonom sein, um zu erkennen, dass Löhne, die in Frankfurt am Main oder Wiesbaden gezahlt werden, nicht unbedingt in die Uckermark passen.

SPIEGEL: Aber Ihre Partei will nun eine feste Lohnuntergrenze für alle Branchen einziehen, die nicht tarifgebunden sind. Und diese Lohnuntergrenze soll sich an dem Tarifabschluss der Zeitarbeit orientieren – das heißt 7,89 Euro im Westen und 7,01 Euro im Osten.

Bouffier: Davon halte ich nichts, um das einmal klar zu sagen. Ich kann nicht erkennen, warum der Abschluss für die Zeitarbeit nun plötzlich anderen Branchen übergestülpt werden soll. Das erschließt sich mir weder unter ökonomischen noch unter sozialen Gesichtspunkten. Schauen Sie sich doch die Erfahrungen von europäischen Ländern mit Mindestlöhnen an. Entweder er ist so niedrig, dass er für die Menschen kaum Verbesserungen mit sich bringt – oder er ist so hoch, dass er Arbeitsplätze vernichtet.

SPIEGEL: Finden Sie es richtig, wenn Menschen in Deutschland für drei oder vier Euro die Stunde arbeiten?

Bouffier: Die Frage ist doch, wie viele Menschen überhaupt von einem Mindestlohn profitieren würden. Es gibt Leute, die behaupten, dass Millionen Menschen in Deutschland im extremen Niedriglohnbereich arbeiten. Ich kenne solche Zahlen nicht. Der Mindestlohn ist in meinen Augen vor allem ein Symbolthema. Ich bin aber dagegen, dass wir in einen politischen Wettbewerb eintreten, bei dem es nur darum geht, wer den höchsten Mindestlohn verlangt.

SPIEGEL: Leipzig war in der CDU immer ein Synonym für Reformen, auf dem Parteitag 2003 beschloss die Partei die Gesundheitsprämie und die Bierdeckel-Steuerreform von Friedrich Merz. Ist es nicht ein Treppwitz der Geschichte, dass der Leipziger Parteitag 2011 die Union so weit nach links rückt wie nie zuvor?

Bouffier: Der Vergleich zwischen Leipzig I und Leipzig II wird die Phantasie der Kommentatoren sehr beflügeln, so viel steht jedenfalls jetzt schon fest.

SPIEGEL: War Leipzig I eine neoliberale Verirrung der Partei?

Bouffier: Nein. Vieles, was wir dort beschlossen haben, war im Grundsatz richtig. Zum Beispiel war Leipzig I von dem Gedanken getragen, dass eine alternde Gesellschaft ohne private Vorsorge nicht auskommt.

SPIEGEL: Was heißt das konkret?

Bouffier: Wir diskutieren im Moment gerade darüber, wie wir die Pflegeversicherung umbauen können. Ich bin mir sicher, dass wir die Bürger dazu verpflichten müssen, für das Alter vorzusorgen. Jeder Vergleich hinkt. Doch lassen Sie mich die Haftpflichtversicherung für das Auto als Beispiel nehmen. Wer Auto fährt, muss eine Versicherung abschließen. Wie die ausgestaltet wird, wie hoch etwa die Eigenbeteiligung ist, das bleibt dem Einzelnen überlassen.

SPIEGEL: Das Signal von Leipzig I war klar: die CDU will Reformen. Wie lautet das Signal von Leipzig II?

Bouffier: Die CDU steht hinter Angela Merkel.

SPIEGEL: Wirklich? Ein großes Thema in Leipzig wird die Bildungspolitik sein, Merkel und ihre Bildungsministerin An-

nette Schavan wollen dort den Abschied von der Hauptschule beschließen. Waren Sie nicht immer ein Freund der Hauptschule?

Bouffier: Das Bildungspapier wird einzig und allein auf dieses Thema zugespißt, dabei steht noch vieles andere darin. Es wird keinen Abschied von der Hauptschule geben, jedenfalls nicht mit meinem Segen.

SPIEGEL: Sie werden also gegen den Antrag der Parteispitze stimmen?

Bouffier: Es wird in Leipzig jedenfalls keinen Beschluss geben, der Hessen dazu veranlassen wird, seine Schulpolitik zu ändern. Natürlich wissen wir, dass die Akzeptanz der Hauptschule schwindet. Aber wir müssen weiter einen Schulzweig für junge Menschen haben, die eher praktisch begabt sind. Deswegen haben wir in Hessen die Mittelstufenschule eingeführt. Dort kann man einerseits einen Realschulabschluss machen. Es wird aber auch weiter einen Hauptschulabschluss geben.

SPIEGEL: Ist es überhaupt Aufgabe der Bundespartei, Beschlüsse zur Bildungspolitik zu fassen?

Bouffier: Ich bin nicht gegen einheitliche Bildungsstandards in Deutschland. Aber der Rest ist Sache der Länder. Was die Schule nicht braucht, ist die ständige, von Ideologie getriebene Reformdiskussion. Wer die anzettelt, verwirrt die Schüler, verschreckt die Lehrer und macht oben-
drein die Eltern unglücklich.

SPIEGEL: Wenn die CDU schon dabei ist, ihre Schulpolitik umzukrempeln, könnte sie doch gleich das Gymnasium abschaffen. Grüne und SPD wollen das im Grunde schon lange, und am Ende findet die Union doch immer das richtig, was die Linken schon immer wollten.

Bouffier: Sehr komisch. Mit mir wird es keine Abschaffung des Gymnasiums geben. Außerdem ist Ihre These Unsinn. Bei den meisten großen Fragen der Republik hat die Union entschieden – und die anderen sind hinterhergelaufen.

SPIEGEL: Die Debatte um die Kernenergie haben wir anders in Erinnerung. Lange haben Sie die Grünen als Ökospinner beschimpft – am Ende konnte der CDU der Atomausstieg nicht schnell genug gehen.

Bouffier: Der schnellere Ausstieg aus der Kernenergie war natürlich der schwindenden Akzeptanz in der Gesellschaft mitgeschuldet. Das Bekenntnis zur Kernkraft gehörte aber nie zum Markenkern der CDU. Und einen Vorwurf muss sich meine Partei schon gefallen lassen. Wenn man so einen dramatischen Schwenk vollzieht wie in der Energiepolitik, dann muss man das auf einem Parteitag debattieren.

SPIEGEL: Fassen wir zusammen: Sie haben immer gegen Mindestlöhne gekämpft, jetzt beschließt der Parteitag eine Lohnuntergrenze. Sie waren für die Atomkraft, jetzt wird abgeschaltet. Der CDU lag immer die Hausfrauenehe am Herzen, jetzt



Kanzlerin Merkel*: „Eine weichgespülte Union wird keinen Erfolg haben“

kümmert sie sich vor allem um berufstätige Mütter. Fehlt den Konservativen die Durchschlagskraft?

Bouffier: Stopp! Wie kommen Sie auf die Idee, dass die Union immer für die Hausfrauenehe war?

SPIEGEL: Die CDU hat sich immer sehr um Frauen gekümmert, die für ihre Kinder zu Hause bleiben.

Bouffier: Dazu stehe ich auch. Ich kann es kaum ertragen, mit welcher Attitüde – um nicht zu sagen Dummheit – manche durch die Welt gehen und auf Menschen herabschauen, die sich freiwillig dafür entschieden haben, ihre Kinder selbst zu betreuen. Diese Menschen verdienen Respekt, nicht Häme.

SPIEGEL: War das jetzt ein Plädoyer für das Betreuungsgeld?

Bouffier: Ja. Es ist doch unerträglich, dass diese Leistung von den Linken als „Herdprämie“ diffamiert wird. Natürlich muss man darüber reden, wie man das Betreuungsgeld gestaltet. Ich finde den Vorschlag von Familienministerin Kristina Schröder sehr vernünftig. Sie will das Betreuungsgeld allen Eltern zahlen, die ihr Kind zu Hause betreuen – also auch Müttern und Vätern, die Teilzeit arbeiten, etwa um den Anschluss im Beruf nicht

zu verlieren. Wenn die Eltern das Geld dann hernehmen, um die Kita zu bezahlen, habe ich da nichts dagegen.

SPIEGEL: Ist es eigentlich noch ein konservatives Anliegen, die Steuern in Deutschland zu senken?

Bouffier: Es ist vor allem ein konservatives Anliegen, unseren Kindern einen riesigen Schuldenberg zu ersparen. Sparen ist deshalb meine erste Priorität. Natürlich bin ich auch dafür, die sogenannte kalte Progression abzuschaffen, und zwar unter der Bedingung, dass unsere konjunkturelle Lage weiterhin so stabil bleibt und es nicht zu Lasten der Länder geht. Wenn es allerdings für Änderungen im Bundesrat keine Mehrheit gibt und eine Senkung des Solidaritätszuschlags möglicherweise kaum Entlastung bringt, dann müssen wir das Projekt Steuersenkung erst einmal auf Eis legen.

SPIEGEL: Beten Sie manchmal heimlich dafür, dass die Berliner Koalition auseinanderbricht, damit Ihre Chancen bei der nächsten Landtagswahl in Hessen steigen?

Bouffier: Ich will, dass die Union insgesamt Erfolg hat, im Bund und in den Ländern. Das erreichen wir aber nicht dadurch, dass wir unsere Positionen schon vorher abschleifen. Die CDU muss klar und erkennbar bleiben. Eine weichgespülte Union wird keinen Erfolg haben.

INTERVIEW: PETER MÜLLER, RENÉ PFISTER

* Mit Familienministerin Kristina Schröder und Arbeitsministerin Ursula von der Leyen.

Parteifreunde Söder, Seehofer
Die Herzkammer ignoriert



GUIDO KRZIKOWSKI / REUTERS

CSU Dritte Wahl

Horst Seehofers mühselige Suche nach einem neuen Finanzminister offenbart die Endzeitstimmung bei den Christsozialen. Gutes Personal wird knapp.

Am Ende dieser sieben Münchner Chaostage steht Horst Seehofer, 62, betont gutgelaunt in seiner Staatskanzlei und spielt den entscheidungsstarken Manager. Er schwadroniert von einem „sehr ruhigen, geordneten Verfahren“, von Feinschliff, mentaler Stärke und der Rückkehr zu voller Handlungsfähigkeit. Das Kabinett habe den Rücktritt des Finanzministers Georg Fahrenschon gut überstanden.

Wenn es so wäre, hätte er sich die Worte sparen können.

Noch vor Seehofers medienwirksamer Show hatte die CSU-Fraktion eine Rundmail von Eberhard Sinner erhalten. Der Abgeordnete, einst Staatskanzleichef unter Edmund Stoiber und Günther Beckstein, ließ unter dem Betreff „Eilt sehr!!!“ mächtig Dampf ab. Er verstehe die Berufung von Markus Söder als neuem Finanzminister inhaltlich nicht, auch gehörten solche Personalentscheidungen in die Fraktion: „Unsere Umfragewerte schießen gefühlt nicht gerade durch die Decke. Die Fraktion ist die Herzkammer der CSU. Ignorieren der Fraktion ist kein guter Stil.“ Und Seehofer solle endlich mal pünktlich zu den Sitzungen erscheinen.

Sinners elektronische Post ist ein ziemlich guter Beleg für die Stimmungslage in der Partei. Knapp zwei Jahre vor der

nächsten Landtagswahl wird manchem Abgeordneten vor der Zukunft bange. Und so stellt sich die Frage, was die mühselige Kandidatenkür mehr dokumentiert: die dünne Personaldecke der Partei, den Ansehensverlust eines Ministeramts oder den Autoritätsverlust des Regierungschefs.

Weite Kreise der CSU jedenfalls lasten Seehofer den Rücktritt des geschätzten Finanzministers an, der im Alter von 43 Jahren lieber Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands in Berlin werden will statt à la longue Premier in München. Auch konnte der Ministerpräsident nicht verhindern, dass im Frühjahr sein Staatskanzleichef Siegfried Schneider in die Landeszentrale für neue Medien abwanderte. Und davor hatte Nachwuchshoffnung und Innenstaatssekretär Bernd Weiß bereits mit Seehofers Führungsstil abgerechnet. Er sah, ganz schnöde, „keine Basis für eine Zusammenarbeit“. Weiß fühlt sich als einfacher Abgeordneter inzwischen wohler.

Als bittere Erkenntnis der jüngsten Rochade bleibt, dass den Christsozialen trotz steiler Karriereaussichten die besten Talente davonlaufen. „Fahrenschon“, sinnt die stellvertretende CSU-Vorsitzende Barbara Stamm, „hätte doch alles werden können, selbst Bundesminister.“ Aber Politik sei für solche Leute „offenbar nicht attraktiv genug“. Ernüchternd zumal, dass sich nicht einmal mehr Außenstehende wie der Ex-Bundesbanker Franz-Christoph Zeitler für ein CSU-Ministeramt interessieren – weil die Partei erstmals ihre Regierungsbeteiligung in Gefahr sieht und keine sicheren Lebensläufe mehr garantieren kann?

Seehofers Suche nach einem Ersatzmann für Fahrenschon geriet zur Demonstration des Zustands der einst so stolzen

bayerischen Volkspartei. Mittwoch vor zwei Wochen hatte er noch mit dem halben Kabinett in der Münchner Allianz-Arena gegessen und missmutig aufs Spielfeld gestarrt. Sein Heimatverein FC Ingolstadt ging im DFB-Pokal gegen den FC Bayern mit 6:0 unter. Am Rande, berichteten Teilnehmer, habe der Regierungschef seinen Finanzminister gefragt, was denn mit dem Job als Sparkassenpräsident sei. Nichts, habe der geantwortet. Er bleibe.

Noch einen Tag später schwärmte Seehofer, Fahrenschon sei „für Bayern und die bayerische Finanzpolitik unverzichtbar“. Er brauche den jetzt, „und ich brauche den für die Zukunftsplanung in Bayern und in der CSU“. So fuhr er im festen Glauben, alles im Griff zu haben, zur Ministerpräsidentenkonferenz nach Lübeck. Doch in München tanzten die Mäuse auf dem Tisch; Fahrenschon kündigte seinen Wechsel an.

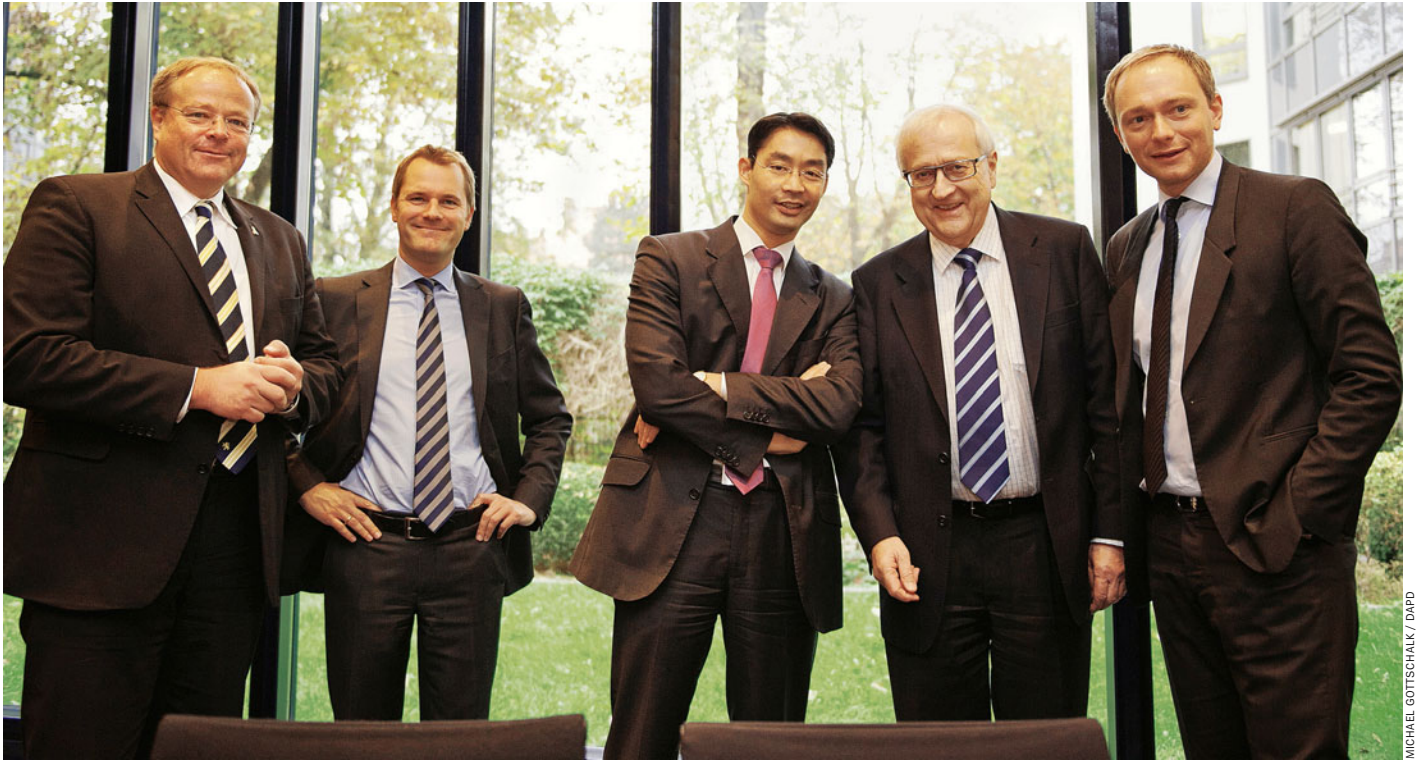
Samstag fand der Premier die Sprache wieder. Er wolle die Nachfolge „noch vor Allerheiligen“ entscheiden. Das Wochenende über versuchte Seehofer anscheinend, den Banker Zeitler und den CSU-Unternehmer Thomas Bauer für das Amt zu erwärmen, während die Fraktion längst deutlich gemacht hatte, dass für sie nur eine interne Besetzung in Frage komme. Sonntag endlich legte sich Seehofer auf Christine Haderthauer fest. Montag bekam die Sozialministerin erste Anrufe aus dem Haushaltsausschuss, mit Glückwünschen zum neuen Amt.

Doch die waren verfrüht. Die Fraktion rebellierte wegen Haderthauers mangelnder Finanzexpertise. Seehofer führte Gespräche mit Edmund Stoiber, dem Ehrenvorsitzenden und großen Markus-Söder-Förderer. Und aus Berlin meldete sich Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner, die dem mächtigen CSU-Bezirksverband Oberbayern vorsteht. Sie sorgte für Konfusion, weil sie angeblich selbst den Posten anstrebte. Man habe, erklärt sie in der Rückschau, „mehrere Varianten durchgespielt“. Doch seien ihre Vorschläge „nicht erhört worden“.

Als Allerheiligen vorbeizog ohne einen Fahrenschon-Nachfolger, kommentierte die „Süddeutsche Zeitung“ das „Chaos in München“. So wurde Seehofer zum Getriebenen seiner grabenkämpfenden Partei – und überließ Umweltminister Söder, dem „einzigen Alphantrieb der CSU“ (Söder über Söder), das Finanzministerium.

Dass Söder, der Mann der dritten Wahl, nun automatisch zum Kronprinzen aufsteigen könnte, sieht die Fraktion im Landtag eher entspannt. Der letzte Christsoziale, der aus dem Finanzressort an die Spitze des Kabinetts wechselte, sei Max Streibl gewesen. Vor 23 Jahren.

CONNY NEUMANN, STEFFEN WINTER



FDP-Vorsitzender Rösler (M.), Parteifreunde*: *Fatale Folgen von Hybris und Kleinmut*

LIBERALE

Der Fluch der schönen Zahl

Der Parteitag am kommenden Wochenende sollte zur Feier einer erneuerten FDP werden. Aber dazu kommt es nicht. Der Vorsitzende Philipp Rösler hat bisher der Partei keine überzeugende Richtung gegeben. Auf Westerwelles Größenwahn ist Kleinmut gefolgt.

Am Montagabend der vergangenen Woche traf sich FDP-Chef Philipp Rösler mit seinem Parteikollegen Wolfgang Kubicki im Hamburger Restaurant „Carls“. Es ging um eine Strategie für den Wahlkampf in Schleswig-Holstein, wo Kubicki Fraktionschef ist. Er bat Rösler, sich möglichst fernzuhalten, die Bundespolitik schade der Landespartei derzeit nur.

Ähnliche Sätze hatte Röslers Vorgänger Guido Westerwelle vor einem Jahr auch von Landespolitikern gehört. Es waren erste Signale, dass er sich im Amt des Vorsitzenden nicht würde halten können. Aber da war Westerwelle schon seit neun Jahren FDP-Chef. Rösler ist seit nicht einmal sechs Monaten in diesem Amt. Er sollte die FDP aus der Krise führen, aber nun steckt er selbst in der Krise. Verliert die FDP in Schleswig-Holstein die Wahl, droht auch Rösler zu stürzen. Zum Abschied sagte er zu Kubicki: „Ihr Schicksal ist mein Schicksal.“

Am kommenden Wochenende trifft sich die FDP zum Bundesparteitag in Frankfurt am Main. Es sollte ein Fest des Aufbruchs werden, die Feier eines geglückten Generationswechsels. Aber diese Feier fällt aus. Nichts ist geglückt. Die FDP wird in den Umfragen noch immer unter die Fünf-Prozent-Linie getunkt. Der Parteivorsitzende Rösler wirkt noch immer wie der Mann, der vielleicht in ein paar Jahren Parteivorsitzender werden könnte.

Es sieht so aus, als könne sich die FDP nicht mehr von ihrem Wahlerfolg von 2009 erholen. 14,6 Prozent holte sie, ein Rekord und ein Triumph für den damaligen Parteivorsitzenden Guido Westerwelle. Von da an rutschte die Partei tiefer und tiefer, bis sie bei den Berliner Wahlen unterhalb von zwei Prozent landete. Die FDP erlebte einen Absturz, wie es ihn nur selten gibt. Wie konnte das passieren? Und wie sind die Aussichten, dass es auch mal wieder aufwärtsgeht?

Die Unglücksgeschichte der FDP beginnt irgendwann in den späten neunziger Jahren, als die New Economy boomte und der rheinische Kapitalismus alt wirk-

te. Damals traf die Partei mit ihrer Forderung nach weniger Staat und mehr Individualismus vor allem das Lebensgefühl junger Männer, die schnell zu viel Geld gekommen waren. Sie fühlten sich als neue Avantgarde. Guido Westerwelle ist ein Mann dieser Zeit, er ist es so sehr, dass er nie so richtig aus dieser Zeit herausgekommen ist.

Er hat die FDP auf dieser Basis zu einer ideologischen Partei geformt: Nehmt dem üblen Staat, gebt den forschenden Wirtschaftssubjekten. Damit hat er gute Wahlergebnisse geholt und die FDP zur bedingungslosen Gefolgschaft verführt.

Vom Wahlsieg 2009 an machte die FDP 14,6-Prozent-Politik. Sie tat, als gäbe es in der Bevölkerung eine breite Begeisterung für die eigene Ideologie. Das war ihr großer Irrtum. Die FDP hatte so viele Stimmen bekommen, weil so viele Mitte-rechts-Wähler nicht noch einmal eine Große Koalition wollten.

Ideologen sind oft blind für die Veränderungen der Welt. Für sie hat der Glaube eine größere Kraft als die Realität. So hat Westerwelles FDP nicht mitbekommen,

* Dirk Niebel, Daniel Bahr, Rainer Brüderle, Christian Lindner.

dass es gar kein politisches und gesellschaftliches Umfeld für Steuersenkungen mehr gab. In den Zeiten der Finanzkrisen kann der Staat nicht abspecken oder noch mehr Schulden aufnehmen.

So wurde aus der schönen Zahl 14,6 Prozent eine schreckliche Zahl, eine Zahl, die zu groß war für vernünftige Politik. Westerwelle verfiel der Hybris, konnte sich damit aber lange halten, da er umgeben war von kleinmütigen Leuten. Hybris und Kleinmut – in diesen beiden Worten steckt das Problem der FDP in der Regierungszeit.

Es gab in diesen zwei Jahren zwei Schlüsselmomente, in denen sich die fatalen Folgen von Hybris und Kleinmut besonders deutlich zeigten.

Es beginnt mit Hybris. Die FDP geht mit breiter Brust in die Koalitionsverhandlungen. Am zweiten Verhandlungssamstag trägt der Finanzexperte Hermann Otto Solms die Wünsche der Liberalen vor: Sie wollen Reformen bei der Einkommen-, Unternehmen- und Erbschaftsteuer. Alles soll so kommen, wie sie es im Wahlprogramm versprochen haben, als hätte die FDP nicht 14,6 Prozent der Wählerstimmen gewonnen, sondern 100.

Nach Solms' Vortrag platzt dem damals stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Christian Wulff der Kragen. Die Forderungen der FDP seien „in hohem Maß unseriös“ und „realitätsfern“, die FDP befinde sich finanzpolitisch im „Blindflug“. Wulff sagt, er werde ein solches Programm „als Ministerpräsident Niedersachsens im Bundesrat nicht mittragen“.

Die Liberalen sind geschockt. Wulffs Angriff ist so vernichtend, dass der FDP-Chef die Verhandlungen eigentlich unterbrechen müsste, aber er tut es nicht. Er hoffe, dass dies nicht die Haltung der CDU sei, sagt Westerwelle bloß. Er versteht nicht, dass sich hier ein Schema für die

Regierungszeit abzeichnet. Die FDP, die sich wie eine 100-Prozent-Partei gebärdet, wird von der CDU von Anfang an behandelt wie eine 2-Prozent-Partei. Man gewährt ihr einen niedrigeren Mehrwertsteuersatz für Hotels, sie darf Steuerpläne ankündigen, die folgenlos bleiben.

Auf dem FDP-Sonderparteitag am 25. Oktober 2009 ruft Westerwelle: „Alle Kernvorschläge der FDP konnten umgesetzt werden.“ Von da an kann es außer im Hotelfach nur noch enttäuschte Wähler geben. Zu großmäuliger Rhetorik gibt es allenfalls Kleinstfolge.

Der zweite Schlüsselmoment, der den Zustand dieser Partei prägt, spielt sich im April dieses Jahres ab. Westerwelle ist am Ende. Er hat denen, die seine Sicht auf Hartz IV nicht teilen, „spätromische Dekadenz“ vorgeworfen. Er hat eine Entourage von Wirtschaftsfreunden auf seine Auslandsreisen mitgenommen, er hat Landtagswahlen in Serie verloren, er hat Deutschland gegenüber dessen Verbündeten in der Libyenpolitik isoliert. Schon lange wird in der Partei gegen ihn gegiftet und gegefirt, aber niemand hat den Putsch gewagt. Kleinmut hat regiert.

Nachdem die FDP bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg aus der Regierung und in Rheinland-Pfalz aus dem Parlament geflogen ist, reist Westerwelle für vier Tage nach China. Der ehemalige Parteichef Wolfgang Gerhardt appelliert an die Jungen, „sich jetzt zu zeigen“. Sie zeigen sich nicht. Generalsekretär Christian Lindner, der niedersächsische Landesvorsitzende Philipp Rösler, der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Daniel Bahr – sie schweigen.

Sie treffen sich oft in dieser Woche, mal in Lindners Berliner Wohnung, mal bei Bahr. Für alle drei kommt ein Führungswechsel zu früh, doch sie wissen, dass es jetzt sein muss. Aber Lindner will

es nicht machen, Bahr will es auch nicht machen, bleibt Rösler. Am Donnerstagabend führen sie per Telefonschale das entscheidende Gespräch. Lindner und Bahr überreden Rösler, Parteichef zu werden. Am Sonntag, nach Westerwelles Rückkehr, wollen die drei mit ihm reden, es soll ein Abendessen im Berliner Restaurant „Cassambalis“ geben.

Westerwelle bekommt Wind von der Sache. Als er am Sonntagmorgen nach Berlin zurückkehrt, weiß er, dass es vorbei ist, aber er will sich nicht in einem Restaurant den Parteivorsitz abnehmen lassen, er hat gehört, dass die „Bild“-Zeitung schon Wind von dem Treffen bekommen hat und einen Fotografen schicken will. Westerwelle lädt Lindner, Bahr und Rösler zu sich in die Wohnung, nachmittags. Aber Rösler kann nur abends, weil er nachmittags seine Kinder hüten muss. Westerwelle, obwohl praktisch schon gestürzt, setzt sich durch.

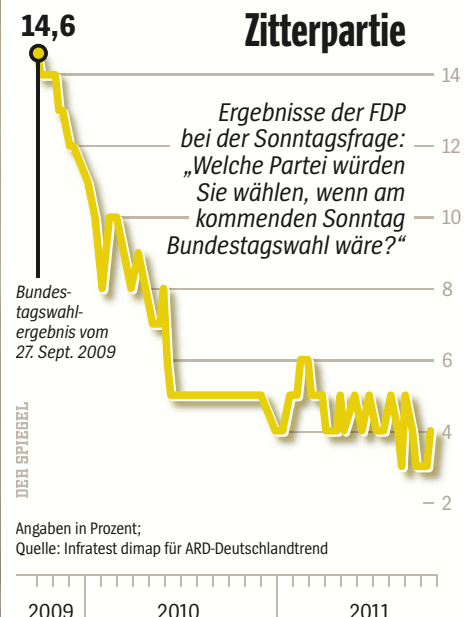
Um halb drei kommt Lindner, kurz darauf Bahr. Rösler ist per Telefon zugeschaltet. Westerwelle findet es jämmerlich, dass sein Nachfolger nicht persönlich da ist, um nach der Macht zu greifen. Er macht klar, dass er den Parteivorsitz nur abgibt, wenn er Außenminister bleiben darf. Die anderen stimmen zu, es ist ein Aufstand der Verzagten. Das Gespräch verläuft kühl und sachlich, gegen halb vier ist es zu Ende. Um 18 Uhr tritt Westerwelle im Thomas-Dehler-Haus auf und sagt, dass er beim Parteitag im Mai nicht erneut als Parteichef antreten werde.

Es ist ein zittriger Machtwechsel. Rösler hat sich nicht getraut, das große Problem der vergangenen anderthalb Jahre ganz von der Bühne zu schieben. Damit wird er zum nächsten Problem der FDP.

Rösler sagt, dass Westerwelle Außenminister bleiben dürfe, weil er ein guter Außenminister sei. Jeder weiß, dass das



Ex-Parteichef Westerwelle



nicht stimmt. Als die libyschen Rebellen Tripolis einnehmen, lobt Westerwelle den deutschen Anteil daran. Weil es den nicht gibt, muss Rösler den Außenminister korrigieren. Die Partei kommt nicht zur Ruhe, bei der Landtagswahl in Berlin rutscht sie unter zwei Prozent.

Aber sie bleibt bei ihrer Ideologie. Rösler war angetreten, um die FDP aus dem Gefängnis eines verengten Liberalismus zu befreien. Er will „liefern“, aber er weiß nicht, was. In seiner Verzweiflung fällt ihm nur ein Thema ein: „Wir müssen in der Regierungskoalition zügig eine Steuerentlastung verabreden“, kündigt er am 20. Juni im SPIEGEL (25/2011) an.

So wirkt die FDP immer noch wie eine Partei aus einer alten Zeit, nun aber mit einem Spitzenpersonal, das zu jung erscheint für die großen Aufgaben, die es lösen muss.

Der Glaube an die Überlegenheit der Märkte hat nach dem Zusammenbruch des Weltfinanzsystems und der Euro-Krise nur noch wenige Anhänger. Zu den neuen Themen wie Internetsicherheit und Datenschutz fällt den FDP-Ministern in der Regierung nicht viel ein. Die Piratenpartei gilt hier als neue Avantgarde.

Die FDP wirkt wie eine alte Partei mit zu jungem Spitzenpersonal.

Keines der Versprechen, das mit dem Wechsel an der Parteispitze verbunden war, hat sich erfüllt. Die FDP hat inhaltlich keine neue Linie. Und selbst die Führungsfrage ist nicht geklärt.

Der starke Mann in der FDP ist nicht Parteichef Rösler, sondern der Fraktionsvorsitzende Rainer Brüderle. Nach ihm richtet sich die Partei, er gibt die Linie vor. Rösler spürt das, er liest die Medienberichte und weiß, was die Abgeordneten tuscheln. Aber er weiß nicht, was er gegen die Erosion seiner Macht tun soll.

Dabei macht Brüderle nicht mehr, als immer die gleiche Botschaft zu verkünden. Die Zusammenarbeit in der Koalition sei gut, die FDP müsse sich auf ihre „Brot-und-Butter-Themen“ besinnen. Das wird die Partei kaum aus der Krise führen. Doch es wirkt zumindest ruhiger und damit professioneller als die zunehmend verzweifelt wirkenden Versuche Röslers, sich Profil zu verschaffen. Brüderle ist stark, weil der Parteichef schwach ist.

Rösler hat bislang nicht erkennen lassen, dass er aus seinen Fehlern gelernt hat. Vor zweieinhalb Wochen trat er mit Finanzminister Wolfgang Schäuble vor die Presse, um überraschend eine Einigung in der Steuerfrage zu verkünden. Dummerweise war CSU-Chef Horst Seehofer nur unzureichend in den Plan eingebunden. Er machte klar, dass es die von Schäuble und Rösler ausgehandelte Steuer-

ensenkung nicht geben werde. Was immer die Koalition stattdessen vereinbart, es wird eine Niederlage für Rösler sein.

So forsch der FDP-Chef manchmal ohne Not vorprescht, so zögerlich ist er, wenn schnelle Entscheidungen gefragt sind. Am vorvergangenen Wochenende ließ die Kanzlerin durchblicken, dass die Union sich einen flächendeckenden Mindestlohn vorstellen könne. FDP-Generalsekretär Christian Lindner sagte, die von der Union vorgeschlagene Kommissionslösung sei eine Diskussion wert. Das war mit Rösler abgesprochen. Es klang, als wolle die FDP ihre Haltung zum Mindestlohn überdenken.

Doch dagegen gab es aus der Partei am Montag heftigen Widerspruch. Rösler äußerte sich nicht eindeutig. Am Tag darauf sagte Brüderle: „Gesetzliche Mindestlöhne halte ich für den falschen Weg.“ Erst danach entschied sich Rösler, die Pläne Merckels ebenfalls abzulehnen.

Eine inhaltliche Idee, wie die Partei aus ihrer tiefen Krise kommen soll, hat niemand in der Führung. Dem klassischen FDP-Wähler, den Brüderle ansprechen will – Handwerker, Freiberufler, mittelständische Unternehmer –, haben die Liberalen nichts mehr anzubieten. Es ist kein Geld dafür da.

Und Rösler hat keine Vorstellung davon, wie er neue Wähler für die Partei ansprechen soll. Er sieht die Defizite, den Verlust an Glaubwürdigkeit, die inhaltliche Verengung. Aber er weiß nicht, wie er die FDP auch in jungen, großstädtischen Milieus attraktiv machen soll.

Eigentlich sollte das geplante neue Grundsatzprogramm ein Schritt in diese Richtung sein, aber die Diskussion darüber wurde erst einmal verschoben. Der Partei steht derzeit nicht der Sinn nach theoretischen Debatten.

In der Euro-Krise wird die FDP vor allem als Hindernis wahrgenommen. Die Liberalen haben definiert, was alles in Europa nicht geht. „Das ist keine gute Politik“, schimpfte der FDP-Ehrenvorsitzende Hans-Dietrich Genscher kürzlich im kleinen Kreis. „Man wird nicht gewählt für die Dinge, gegen die man ist.“

Aber die Parteispitze ist gelähmt durch den Mitgliederentscheid zum Euro, den der Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler initiiert hat. Sie fürchtet eine Abstimmungsniederlage und versucht deshalb, es Euro-Skeptikern und Euro-Befürworter recht zu machen. Das ist eine Position, die niemanden überzeugt.

Der Euro könnte das Schicksal der Liberalen werden. Wenn die Mitglieder sich für Schäfflers Linie entscheiden, wäre die FDP kaum noch regierungsfähig. Die Partei müsste in die Opposition. Dort kann man nach Herzenslust ideologisch sein.

DIRK KURBJUWEIT, RALF NEUKIRCH,
MERLIND THEILE



WOLFGANG KUMM / DPA

Bundespräsident Wulff mit Leibwächtern in Afghanistan: *Wer sich mit Kriegern inszeniert, will profitieren von deren Aura*

ESSAY

TRIUMPH DER ALBERNHEIT

WARUM POLITIKERFOTOS OFT SO SELTSAM WIRKEN

VON DIRK KURBJUWEIT

Als der Schauspieler Robert De Niro einen Boxer darstellen sollte, lernte er mühsam boxen. Er ließ sich von Könnern vermöbeln, um mit dem Schmerz vertraut zu sein, und er nahm 27 Kilo zu, um auch einen verfetteten Boxer spielen zu können, dann nahm er sie wieder ab. In dem Film „Wie ein wilder Stier“ spielt De Niro einen Boxer, als wäre er ein Boxer. Er bekam einen Oscar dafür.

Als der Politiker Philipp Rösler einen Boxer darstellen sollte, zog er Boxhandschuhe an und guckte verwegen. Das Foto illustrierte ein Interview mit „Bild am Sonntag“. Rösler wirkte nicht kämpferisch, sondern wie die Karikatur eines Kämpfers.

Ein Politiker kann nicht den Aufwand eines Schauspielers betreiben, aber er muss sich ja nicht als Boxer inszenieren. Rösler wollte das so. Er wollte sich mit diesem Bild aufwerten und auf Eigenschaften hinweisen, die er entweder nicht hat oder die bislang allen verborgen geblieben sind. Das geht häufig schief.

Die Inszenierung von Politikerfotos ist kürzlich ins Gerede gekommen, weil sich Peer Steinbrück und Helmut Schmidt an

einen Schach Tisch gesetzt haben und für ein Foto miteinander spielten, ohne auf das Spielfeld zu achten. Das stand falsch; wo die weißen Felder sein mussten, waren die schwarzen und umgekehrt. Schach ist in der politischen Welt ein Symbol für den Strategen, für den geistigen Krieger. Weil Steinbrück und Schmidt tatsächlich viel Schach miteinander spielen und dabei Politik durchaus mit Niveau diskutieren, sagt das Foto nicht grundsätzlich etwas Falsches, es sagt das Richtige falsch. Das Bild ist peinlich, aber es ist nicht albern.

Der schmale Rösler als Boxer ist albern. Leider gibt es eine Menge Fotos mit schrägen oder albernem Inszenierungen von Politikern. Sie haben offenbar einen starken Drang, sich auf seltsame Art darstellen zu lassen. Warum ist das so? Und warum gibt es so wenig gute Politikerfotos?

An das Auftreten von Politikern in Demokratien gibt es zwei Erwartungen, die einander widersprechen. Sie sollen nicht König sein, sondern Mensch unter Menschen, aus dem Volk kommen und im Volk geblieben sein, damit sie die Nöte der Leute kennen. Wer abgehoben wirkt, ist unten durch. Andererseits soll auch



Politiker Merkel, Guttenberg, Kohl, Steinmeier, Beck: Sie sollen normal sein, und sie sollen anders sein

etwas von einem König in ihnen stecken, Würde und Glanz, eine Art von erhabener Nichtalltäglichkeit. Nur so ist zu erklären, dass teilentrückte Adelsabkömmlinge wie Richard von Weizsäcker und Karl-Theodor zu Guttenberg in besonderer Weise verehrt wurden. Die Selbstinszenierungen von Politikern für Kameras sind von diesen beiden Erwartungen geprägt. Politiker sollen normal sein, und sie sollen anders sein. Heraus kommen schräge Fotos, die manchmal wie Selbstveralerbungen wirken.

Es gibt drei Grundtypen des politischen Posierens: Männer spielen gern den Krieger, Frauen gern die Frau und Männer wie Frauen gern den normalen Menschen.

Könige haben sich oft als Krieger darstellen lassen, und demokratische Politiker halten das nicht viel anders. Im Archiv der schrägen Selbstinszenierungen finden sich auffallend viele Fotos, die Politiker als wehrhaft zeigen. Rösler boxte einen Boxsack, Kurt Beck, der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, stülpte sich den Helm eines römischen Legionärs über, Guttenberg posierte wie ein Drachentöter auf dem Modell eines Dinosauriers, und Bundespräsident Christian Wulff ließ sich in Afghanistan inmitten einer Rotte kriegerischer Leibwächter ablichten.

Es sind breite Burschen, die ihn umgeben, muskulös, schwer bewaffnet, gut gepanzert, Sonnenbrillen statt Augen. In der Mitte steht Wulff, graues Haar, unter seiner Schutzweste lugt der Zipfel seiner Krawatte hervor. Der französische Denker Blaise Pascal hat im 17. Jahrhundert auf einen kleinen Zettel geschrieben: „Die Gewohnheit, den König von einer Leibwache, Trommlern und Offizieren und all dem Zeug umgeben zu sehen, (...) bewirkt, dass sein Antlitz den Untertanen, wenn er einmal

Politikerinnen zeigen sich gern von ihrer erotischen Seite. Was sollen diese Bilder dem Wähler sagen?

allein und ohne Begleitung ist, Respekt und Schrecken einflößt; denn in Gedanken scheidet man seine Person nicht von dem Gefolge, das ihn gewöhnlich umgibt.“ Wer sich mit Kriegern inszeniert, will also profitieren von der Aura des Kriegers.

Der Krieger ist eine Sozialfigur, die es in Deutschland lange nicht gab, weil sie sich durch die bösen Taten der Wehrmacht unmöglich gemacht hatte. Durch den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan kehrt sie langsam zurück, aber nicht als Held. Zudem geht der gesellschaftliche Trend zum innerlich aufgeweckten Mann, der sich in einer Familie besser bewährt als in einem Kampf. Rösler, Beck, Guttenberg und Wulff sind genau diese Typen, in deren Händen man eine Kinderrassel erwartet, nicht eine Waffe. Selbst zu einem kleinen Trupp vereint läge

die Kampfkraft dieser vier unter der eines durchschnittlichen Hooligans.

Aber sie zeigen sich als Krieger, den es offenkundig noch als Mythos gibt, als Traum vom verlorenen Mannsbild: ausgehärtet, stark, gefährlich.

Aber mit solchen Adjektiven kann man heutzutage nicht mehr protzen. Das zeigt, wozu die fotografische Inszenierung häufig dient, sie soll das Unsagbare sagen. „Ich bin ganz schön gefährlich“ ist ein Satz, mit dem man sich lächerlich macht. Das Kriegerfoto transportiert diese Botschaft in einer mildernden Form, oft ironisiert, aber doch in der Hoffnung, dass etwas hängen bleibt.

Wenn man bei den Politikerinnen nach einer Häufung sucht, findet man seltsamerweise das üppige Dekolleté oder andere Inszenierungen von Weiblichkeit. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich vor der Oper in Oslo mit einem tiefen Ausschnitt gezeigt. Danach ließ sie dementieren, dass damit eine



Politiker Nahles, Merkel, Westerwelle, Rösler, Gabriel: Gezeigt wird das, was nicht gesagt werden kann

Botschaft verbunden gewesen sei, doch wurde hier ohne Zweifel „die Beredsamkeit des Körpers“ eingesetzt, wie es im „Handbuch der politischen Ikonographie“ heißt. Die CDU-Politikerin Vera Lengsfeld plakatierte dieses Foto im Wahlkampf von 2009 neben einem ähnlichen Foto von sich selbst. Ihr Spruch dazu hieß: „Wir haben mehr zu bieten.“ Die heutige SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles zeigte viel von dem, was sie hat, als sie 2008 ein Oktoberfest in Berlin im Dirndl besuchte.

Die Botschaft des Busens vereint Eros und Mütterlichkeit, womit klassische Rollen von Frauen angesprochen sind. Die Parallele zu den Männern ist, dass auch diese Rollen kein hohes Ansehen mehr im politischen Diskurs genießen. Auch hier scheint es allerdings eine Unterströmung zu geben, die Politikerinnen bedienen wollen. Der auf politischer Bühne unsagbare Satz „Ich bin erotisch“ oder „Ich bin mütterlich“ wird durch ein Foto zugleich gemieden und plakatiert. So kann man Weibsbild sein und für eine androgyne Gesellschaft kämpfen.

Das weibliche Pendant zu dem Foto von Wulff mit den Kriegern ist ein Foto, das die Bundeskanzlerin in der Kabine der Nationalmannschaft zeigt. Sie ist umgeben von Spielern mit nacktem Oberkörper, und eine eigentümliche, leicht verstörende Erotik liegt über der Szene. Pascals Satz könnte auch hier funktionieren, wenn man einige Wörter austauscht.

In der dritten Rubrik im Archiv der schrägen Politikerfotos soll der Eindruck einer harmlosen Normalität erweckt werden. Es ist eine Maßnahme gegen den Verdacht der Abgehobenheit, eine fotografische Wiedereingliederung in das Volk. Der Politiker tut Dinge, die andere auch tun. Guido Westerwelle spielt Volleyball am Strand, Horst Seehofer tolt mit Kindern in einer Hüpfburg, und Frank-Walter Steinmeier besorgt seiner Familie

einen Weihnachtsbaum. Da er ihn offenkundig selbst gefällt hat, streicht er nebenbei Pluspunkte für Mannhaftigkeit ein, inszeniert sich also zwischen Krieger und Papa. Ungezählt sind die Fotos, auf denen Politiker lieb mit Tieren sind; auch sie fallen in die Kategorie der harmlosen Normalität. Helmut Kohl war ein Meister der Streichelsymbolik: Wer nett zum Rind ist, ist auch nett zum Volk.

Keine dieser Inszenierungen gelingt. Die Männer sind zu offensichtlich nicht einmal Kriegerchen und wirken deshalb lachhaft. Aus üppiger Weiblichkeit lassen sich keine politischen Stärken ableiten, folgerichtig wurde Vera Lengsfeld 2009 trotz großer Brüste nicht in den Bundestag gewählt. Und eine Inszenierung von Normalität kann per se nicht gelingen. Was hergestellt wird, um normal auszusehen, sieht in besonders drastischer Weise hergestellt aus.

„Das Porträt Cäsars ist Cäsar“, heißt ein Satz der Logiker von Port-Royal, zu denen Pascal gehörte. Das Porträt Westerwelles beim Volleyball ist aber nicht Westerwelle. Gegen solche Fotos hat sich schon so viel Misstrauen angesammelt, dass Betrachter zu der Deutung neigen: Westerwelle spielt Spielen, weil es ihm politisch nützlich ist.

Wegen der schrägen Fotos wirkt die Demokratie infantiler und spaßiger als die konkurrierenden Staatsformen. Monarchen waren fast immer auf Inszenierungen ihrer Würde bedacht, auch Diktatoren oder sozialistische Parteiführer. Kaum ein anderes Bild zeigt das besser als das Porträt Ludwigs XIV. von Hyacinthe Rigaud, der den französischen Sonnenkönig in einem kostbaren Mantel gemalt hat, mit gewaltigem Schwert, aber auch mit den Beinen eines Balletttänzers, und das ergibt eine übergeschlechtliche Mischung aus Herrscher, Krieger und

grazilem Eros, die nur in der Nähe Gottes entstehen kann. Dieser König ist weit weg von den Menschen, und genau das will er darstellen lassen. Er allein ist der Staat. Politik thront in solchen Regimen über der Gesellschaft.

In Demokratien dagegen muss Politik Teil der Gesellschaft sein. Heutzutage heißt das auch: Teil des Unterhaltungsbetriebs. In Demokratien braucht die Politik die freiwillige Aufmerksamkeit der Bürger mehr als in anderen Systemen, weil sie sich zu einem großen Teil über diese Aufmerksamkeit legitimiert, also über Wahlbeteiligung, Umfragen oder Präsenz bei Versammlungen. Politik steht demnach in Konkurrenz zu anderen Formen der Beschäftigung, vor allem der Zerstreuung.

Mit Worten ist nicht mehr viel zu holen. Auguste Comte, einer der Mitbegründer der Soziologie, wusste schon im 19. Jahrhundert, dass der Text eine sterbende Spezies ist. Wolf Lepenies schreibt in seinem Buch „Auguste Comte – Die Macht der Zeichen“: „Er war davon überzeugt, dass die Zeit des Journalismus, der sich auf das geschriebene Wort stützte, zu Ende ging und das ‚Zeitalter der Plakate‘ bereits begonnen hatte. Die Menschen ließen sich nur durch Bilder bewegen.“ Die Medien entwickeln sich tatsächlich in diese Richtung, zum Glück nicht so schnell, wie Comte erwartet hat, aber doch stetig. Wer seit längerer Zeit im Journalismus arbeitet, hat noch keine Layout-Reform erlebt, in der nicht die Bilder größer geworden sind und Textraum verschwunden ist. Der Bildredakteur ist der Sieger der Geschichte.

In dieser Welt hat die Politik einen strukturellen Nachteil. Ihr Alltag produziert die immer gleichen Bilder. Merkel redet im Bundestag, Merkel steigt aus dem Auto, Merkel steigt ins Auto, Merkel trifft Seehofer, Seehofer trifft Merkel. Auch solche Ödnis führt zu schrägen Inszenierungen. Politiker und Fotografen verbrüdern sich als Verzweifelte. Sie wollen Erinnerungsfähiges schaffen und rutschen dabei in die Albernheit.

Allerdings gerät das alberne Politikerfoto rasch in Vergessenheit. Es verschwindet im riesigen Haufen der Albernheiten aller Bereiche. In die Ikonographie der Bundesrepublik haben es nur Bilder geschafft, die den Politiker in würdiger Pose zeigen, als Staatsmänner. Auffallend oft sind es Versöhnungsfotos. Bundeskanzler Willy Brandt sinkt vor dem Mahnmale zum Aufstand im Warschauer Ghetto auf die Knie und repräsentiert damit seine Politik der Versöhnung gegenüber dem Osten. Bundeskanzler Helmut Kohl reicht Präsident François Mitterrand über den Gräbern von Verdun die Hand und repräsentiert damit die deutsch-französische Versöhnung. Bundeskanzler Gerhard Schröder posiert im luxuriösen Anzug von Brioni und repräsentiert damit die Versöhnung der wilden Nachkriegsgenerationen mit den herrschenden Verhältnissen.

Von Angela Merkel ist noch ungewiss, ob ein Foto zum Zeichen ihrer Ära werden kann. In Grönland hat sie eine aufwendige Inszenierung versucht, als sie sich mit dem damaligen Umweltminister Sigmar Gabriel in roten Jacken vor einen schmelzenden Gletscher stellte. Sie spielte die Klimakanzlerin, also Versöhnung mit der Natur, aber dann

Obama zeigt sich als König und als Mensch unter Menschen. So sollten Spitzenpolitiker auch sein.

konnte sie sich nicht zu einer konsequenten Klimapolitik aufraffen. So wurde das Foto eher eine Albernheit als eine Ikone. Das Bild, das bleiben kann, muss das, was es ausdrücken soll, ohne Zweifel ausdrücken. Auch den ikonographischen Bildern der Bundesrepublik liegen manchmal Inszenierungen zugrunde, aber es sind Inszenierungen einer Wahrheit.

Authentische Fotos mit Bedeutung sind eine Seltenheit. So wie Politiker ihre Worte hüten, aus Angst vor der Öffentlichkeit, achten sie auch auf ihre Gebärden und Handlungen. Sie spielen sich selbst in geglätteter Fassung für die Kameras, ihre Gesichter wirken dabei wie Masken. Gerade Angela Merkel achtet penibel darauf, dass nicht ungewollte Bilder von ihr in Umlauf kommen. Als sie einmal von Kampfjets donnernd überflogen wurde, steckte sie sich die Finger nicht in die Ohren, anders als die Soldaten, die sie umgaben. Merkel hielt den immensen Schmerz aus, weil sie nicht wollte, dass es ein Foto von ihr gibt, dass zum Symbol ihres Nichtzuhörens werden kann. Wenn sie Fotografen da entdeckt, wo sie keine haben will, kann sie fuchsig werden.

Ihre Bilderscheu ist manchmal verständlich, ist aber auch ein Problem. Den öden und albernsten Bildern von Politikern stehen zu wenig gute Fotos eines ernsthaften Regierens gegenüber. Die Amerikaner können das besser. Ihre Präsidenten gewähren Fotografen ihres Vertrauens fast jederzeit Zugang, so dass eine fotografische Erzählung aus den Zimmern der Macht entstehen kann. Auch sie ist sicherlich zu einem Teil inszeniert, bringt aber wunderbare Momente von Authentizität hervor.

Eines der schönsten Bilder zeigt Barack Obama beim Lesen an seinem monumentalen Schreibtisch, während sich seine Tochter Sasha hinter einem Sofa anschleicht. Der Abend dämmt, Papa, zwischen zwei großen Flaggen sitzend, war heute lange mit den Vereinigten Staaten von Amerika und der Welt befasst, nun will das Kind sein Recht. Man ahnt, dass ihm dieses Recht nicht verwehrt wird. Obama ist hier König und Mensch unter Menschen, und das ist genau die Rolle, die ein demokratischer Spitzenpolitiker einnehmen sollte: würdevoll, weil Träger von Staatlichkeit, zugleich dem normalen Leben nicht entrückt.

Obama telefoniert, Obama ballt die Fäuste, Obama hört seinen Beratern zu, Obama verfolgt am Bildschirm, wie Osama Bin Laden erschossen wird. Dabei vergisst er den Fotografen oder vertraut ihm einfach. So sieht man nicht eine Maske, sondern Emotionen, die vermitteln, dass es in diesen Momenten um sehr viel geht. Man sieht der Geschichte beim Gemachtwerden zu. Und man sieht einen Mann, der für sein Volk schuftet. Auch das ist, bei aller Kritik, eine Wahrheit über die Arbeit vieler Politiker.

In Deutschland fehlt diese fotografische Kultur. Merkel hat zwar auch einen Hoffotografen aus dem Bundespresseamt, aber sie lässt kaum zu, dass intime Momente des Regierens an die Öffentlichkeit kommen. So wie deutsche Politiker das Pathos der Worte scheuen, scheuen sie das Pathos der Bilder. Sie wollen lieber heimlich und still vor sich hin regieren. Aber man würde solche Arbeitsfotos lieber sehen als Pseudo-Krieger, Busenwunder oder Scheinnormale. ◆



Präsident Obama: Authentische Fotos sind selten

PETE SOUZA/THE WHITE HOUSE (VIA GETTY IMAGES)



BADEN-WÜRTTEMBERG

Schwäbische Rechnung

Vor der Volksabstimmung geraten die Planer von Stuttgart 21 in Erklärungsnot: Dokumente belegen, dass die frühere CDU-Regierung interne Kostenberechnungen verheimlicht hat.

Eine ganze Regalwand mussten die Beamten frei räumen, als die neuen Bahn-Akten zu Stuttgart 21 bei ihnen eintrafen. Zehn laufende Meter füllten im zuständigen Innenministerium allein die Unterlagen für den Bahnhofsbau.

Nur für die Kosten brauchte es wenig Platz. Sie passten in zwei Aktenordner. Und für die wichtigste Botschaft reichte ein Blatt Papier: Die Ausgaben für das Projekt, errechneten die Prüfer der Landesregierung, könnten nun bis zu 6,5 Milliarden Euro betragen, mehr als doppelt so viel wie bis dahin veranschlagt.

Das war im Herbst 2009, kurz bevor die letzten Einspruchsfristen Baden-Württembergs abliefen. Neue Zahlen hätten die Öffentlichkeit verschreckt. Und so verschwanden sie schnell wieder in den Schubladen. Die Beteiligten, allen voran der damalige Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU), taten einfach so, als hätte es die „Indizierung der Projektkosten“ nie gegeben.

In drei Wochen sollen die Bürger in einer Volksabstimmung über Stuttgart 21 entscheiden. Der unterirdische Bahnhof und die Tunnel seien schwäbisch durchgerechnet und für Baden-Württemberg ohne nennenswertes Risiko: Mit dieser

Botschaft kämpfen die Befürworter zurzeit energisch um Zustimmung.

Aber die jetzt aufgetauchten Unterlagen nähren erneut Zweifel an der Finanzierung. Parlament und Öffentlichkeit wurden zentrale Zahlen – offenbar bewusst – vorenthalten.

Die Bahn-Unterlagen, die die Controller im Innenministerium 2009 begutachten konnten, betrafen drei Bereiche: den Bahnhofsbau, den Filder-Tunnel und eine unterirdische Gleiszufahrt zu den Bahnsteigen von Obertürkheim aus. Zu den anderen Bauabschnitten hatte die Bahn keine prüffähigen Planungen vorgelegt.

Auf dieser Grundlage ließen die Beamten mehrere Szenarien errechnen. Im günstigsten Falle würde Stuttgart 21 demnach mit 4,9 Milliarden Euro um mehr als die Hälfte teurer, als es mit der Bahn vereinbart war. Aber nur, wenn bei den noch nicht vorgelegten Projektteilen bis zur geplanten Fertigstellung keine höheren Kosten entstehen. Für wesentlich wahrscheinlicher hielten die Prüfer allerdings eine Gesamtrechnung von 5,5 Milliarden Euro. Bei jährlich steigenden Preisen für Personal und Materialien um 2,5 Prozent nahmen sie sogar einen Endbetrag von 6,5 Milliarden Euro an.

Optimistisch oder pessimistisch, eines haben die Berechnungen der Landesre-

Neubau-Befürworter Grube, Oettinger (r.)*
Schlechte Nachrichten verschieben?

gierung gemeinsam: Sie liegen allesamt über der vereinbarten Kostengrenze von 4,5 Milliarden Euro. Das Überschreiten dieser Schwelle jedoch hätte laut Finanzierungsvereinbarung zwischen Bahn und Baden-Württemberg einen Projektabbruch bis Ende 2009 ermöglicht. Wären diese Zahlen damals bekannt geworden, wäre Stuttgart 21 womöglich sofort erledigt gewesen.

Das wollten Oettinger, heute EU-Kommissar in Brüssel, und seine damalige Landesregierung verhindern. Stuttgart 21 war sein großes Projekt als Ministerpräsident und sollte für immer mit seinem Namen verbunden bleiben. Im April 2009 hatte er den Vertrag mit der Bahn perfekt gemacht, nur der Landtag hätte das Projekt noch stoppen können.

Weitere Rechenübungen der Controller aus dem Innenministerium verbat sich Oettinger deshalb. „Auf Wunsch des Herrn MP“ solle derzeit von einer „neuen Kostenberechnung abgesehen werden“, heißt es in einem Ministeriumsvermerk vom Herbst 2009.

Dabei wurde es den Beamten in der Stuttgarter Ministerialbürokratie immer mühsamer zumute, wie das ausführliche Papier aus jenen Tagen belegt. „Eine konkrete Überprüfung der Kosten ist derzeit nicht möglich, da die vorgelegten Unterlagen von der vereinbarten Kostenstruktur abweichen“, heißt es darin. Zudem sei es fraglich, ob die neuen Zahlen durch Fakten „unterlegt“ seien oder nur „als günstiges Szenario in den Raum gestellt werden“. Auf das Land könnten „zusätzliche Finanzierungsbeiträge zukommen“.

Bürger und Parlament sollten davon jedoch nichts erfahren. Knapp einen Monat später, am 12. November 2009, sprach sich Oettinger dafür aus, Berechnungen, die über der Kostengrenze von 4,5 Milliarden Euro liegen, nicht „aktiv“ in die Öffentlichkeit zu tragen. Sie seien, so seine Mitarbeiter, „in der Öffentlichkeit schwer kommunizierbar“.

Oettinger will sich dazu nicht mehr äußern und verweist an die neue Landesregierung, wegen „der Kontinuität der Sachbearbeitung und der Aktenführung“.

Während der Konflikt um den Bahnhof die neue grün-rote Landesregierung täglich einer Zerreißprobe unterzieht – die Sozialdemokraten sind Befürworter, die Grünen Erzfeinde des Tiefbahnhofs –, spielt die Bahn auf Zeit. So weigerte sich der Konzern, eine unterbrochene Lenkungs-kreissitzung der Projektpartner noch vor dem Plebiszit wieder aufzunehmen. Wegen laufender Auftragsvergaben

* Mit Stuttgarts Oberbürgermeister Wolfgang Schuster, der Regionaldirektorin des Verbands Region Stuttgart, Jeannette Wopperer, und Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer in Stuttgart im Februar 2010.

„Schlechte Nachrichten über die Kostenentwicklung sollen offensichtlich auf einen Zeitpunkt nach der Volksabstimmung verschoben werden“, glaubt indes die Grünen-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Edith Sitzmann. Ihr SPD-Kollege Claus Schmiedel blaffte gereizt zurück, man möge doch bitte den „Ball flachhalten“. „Bei Stuttgart 21 liegen alle Fakten auf dem Tisch – auch zu den Kosten“, jetzt habe der Bürger das letzte Wort.

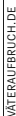
Dass sich die Lage nach der Abstimmung entspannt, ist ohnehin nicht zu erwarten. Auch weil die Hürde zur Anerkennung der Volksabstimmung in Baden-Württemberg so hoch liegt wie in kaum einem anderen Bundesland. Damit das Quorum erfüllt wird, müssen ein Drittel der Wahlberechtigten für das Ausstiegs-gesetz votieren. Das wären 2,5 Millionen – und damit mehr Wähler, als bei der jüngsten Landtagswahl für Grün und Rot zusammen gestimmt haben.

Als Väter der Volksabstimmung hoffen die Sozialdemokraten, mit einem Pro-Bahnhof-Ergebnis endlich auch die Kritiker in den eigenen Reihen zu beruhigen. Weitere Enthüllungen über die wahren Kosten des Tunnelbaus könnten da wenig zuträglich sein.

Schon in ihrem Vermerk hatten die Beamten im Herbst 2009 Bedenken, die Genossen über die neuesten Berechnungen zu informieren. Es sei damit zu rechnen, „dass die SPD bei Bekanntwerden der Kostenentwicklung von dem Projekt abrücken wird“.

SIMONE KAISER,

SIMONE KAISER,
ANDREAS WASSERMANN



Protestierende 2010 in Berlin: „Der Unterhalt war sehr willkommen“

Getäuschte Väter

Der Junge, den er für seinen Sohn gehalten hatte, war fast ein Jahr alt. Da bekam Reinhard Sch. vom Familiengericht bestätigt, dass er nicht der Vater ist.

„Ich fühlte mich hintergangen und betrogen, das konnte ich so nicht stehenlassen“, sagt er. Doch seine ehemalige Lebensgefährtin weigerte sich, den Namen des Mannes preiszugeben, von dem sie inzwischen Unterhalt für den Sohn bekommt.

und Glauben“, befand das Schleswig-Holsteinische Oberlandesgericht, bestehe hier eine Auskunftspflicht. Doch die Mutter legte auch gegen dieses Urteil Rechtsmittel ein. An diesem Mittwoch wird der Bundesgerichtshof (BGH) den Fall verhandeln. Die Richter wollen dann entscheiden, „ob und auf welcher gesetzlichen Grundlage“ ein Scheinvater „zur Vorbereitung eines Unterhaltsregresses“ verlangen kann, dass die Mutter ihm den Namen des mutmaßlichen Erzeugers nennt.

Aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2007 kann ein zweifelnder Vater eine solche Klärung nun auch gegen den Willen der Mutter herbeiführen. Doch darf er, wenn das negative Testat vorliegt, von der Frau auch Auskunft darüber verlangen, wer an seiner Stelle als Erzeuger in Frage kommt?

Eine gesetzliche Regelung gibt es nicht, auch höchstrichterlich ist nicht abschließend geklärt, ob ein solcher Auskunftsanspruch besteht. Vor 1998 waren auch die Jugendämter mit solchen Fällen befasst; im Konfliktfall sorgten sie für Klarheit. Seit der sogenannten Kindschaftsrechts-

reform sind die Ämter aber außen vor. Familienrechtler wie der Bielefelder Anwalt Georg Rixe erwarten, dass der BGH nun Aufklärung gebietet: „Der Zug der Zeit geht eindeutig dahin, dass man die Abstammung offenlegt.“

So entschied Anfang dieses Jahres etwa das Amtsgericht Bonn, dass ein Telekommunikationsunternehmen Name und Anschrift eines Kunden herausgeben muss, wenn ein Kind wissen will, wer sein leiblicher Vater ist, die Mutter von ihrem damaligen Sexualpartner aber nur den Vornamen und die Handy-Nummer hat.

Im Fall Sch. war die Schwangerschaft alles andere als geplant. Knapp zwei Jahre waren er und seine heutige Prozessgegnerin ein Paar, mehrere Monate hatte sie mit ihrem Sohn aus einer früheren Beziehung sogar bei ihm gewohnt. Schließlich gab es immer häufiger Meinungsverschiedenheiten, Auszug, Trennung, Versöhnungsversuche. „Und dann war sie plötzlich schwanger“, erinnert sich Sch.

Noch vor der Geburt des Kindes erkannte er die Vaterschaft an: „Aus Freude über mein erstes eigenes Kind.“ Und er wollte die Verantwortung übernehmen, „mit allen Konsequenzen“.



DNA-Analyse im Labor: *Unsicherheit beseitigen*

Doch die beiden zerstritten sich weiter. Im Januar 2007, Monate nach der endgültigen Trennung, kam der Junge zur Welt. Mehrfach, sagt Sch., besuchte er Mutter und Baby im Krankenhaus. Bald darauf verweigerte die Ex-Freundin ihm aber, das Kind zu sehen. Sch. musste sein Umgangsrecht einklagen – nur alle 14 Tage für zwei Stunden durfte er seinen Sohn besuchen, so Sch.: „Der Unterhalt für den Kleinen war dagegen sehr willkommen.“

Irgendwann einmal zeigte sich Sch. verwundert über fehlende Ähnlichkeit mit seinem Sohn, worauf ihm die Mutter einen Vaterschaftstest anbot. „Das Ergebnis“, so Sch., „hat einige erschreckt.“

Offenbar sogar die Mutter. Nach dem letzten Sex mit Sch., machte sie vor Gericht geltend, habe sie mit keinem anderen Mann verkehrt. Deshalb habe sie angenommen, dass Sch. der Vater des Kindes sei – eine naheliegende, aber nicht zwingende Annahme, die sich als Irrtum erwies.

Von „Täuschung“ oder gar einem „Erschleichen des Status des Kindes“ könne keine Rede sein, argumentiert ihr Karlsruher Anwalt Siegfried Mennemeyer. Das Gesetz sehe einen solchen Auskunftsanspruch „mit Bedacht“ nicht vor, „weil damit das Persönlichkeitsrecht und insbesondere die geschützte Intimsphäre der Kindsmutter berührt würde“.

Dabei wollte Sch. noch nicht einmal unbedingt den Namen des Kindsvaters: Auch mit einer „anonymen Erfüllung“ des Rückzahlungsanspruchs hätte er sich im Prozess zufriedengegeben – doch dazu kam es nicht.

DIETMAR HIPPE

UNFÄLLE

Todesfahrt mit Ansage

Ein Epileptiker verursachte seit 2004 drei schwere Verkehrsunfälle. Weil er trotzdem seinen Führerschein behielt, konnte es im März zur Katastrophe kommen: In Hamburg starben vier Menschen. Jetzt wird Anklage erhoben wegen fahrlässiger Tötung. *Von Bruno Schrep*



Unfallstelle in Hamburg: „Unter einem Autowrack ragte ein Kopf hervor“

Die Lebensfreude der Kauffrau Barbara Prinz endete an einem sonnigen Vorfrühlingsnachmittag auf dem Bürgersteig einer stark befahrenen Hamburger Straßenkreuzung. „Bis zu diesem Tag war ich ein glücklicher Mensch“, sagt die sportlich wirkende 50-Jährige, „seitdem hat sich alles verändert, grausam verändert.“

Prinz kann kaum noch schlafen, sich nicht mehr konzentrieren, bricht scheinbar grundlos in Tränen aus. Die Bilder dieses Sonnabends verfolgen sie Tag und Nacht.

Für das, was sie am 12. März dieses Jahres sah, hörte und miterlebte, fallen der dreifachen Mutter nur Begriffe wie Krieg, Chaos, Inferno ein: „Überall war Blut, auf der Straße lagen zerstörte Fahrräder, einzelne Schuhe, Einkaufstüten und Brillen. Unter einem Autowrack ragte ein Kopf hervor.“

Barbara Prinz wurde Zeugin eines der schlimmsten Verkehrsunfälle in der Geschichte der Hansestadt. Auf einer großen mehrspurigen Kreuzung im gediegenen

Stadtteil Eppendorf geriet ein silbergrauer Fiat Punto auf die Gegenfahrbahn, rasste mit rund hundert Stundenkilometern bei Rot über eine Ampel, rammte ein schwarzes Golf-Cabrio, überschlug sich mehrfach und zerschellte inmitten einer Gruppe Passanten. Drei Radfahrer, die an einer Verkehrssampel auf Grün warteten, waren sofort tot, eine Frau verstarb kurz danach im Krankenhaus. Mehrere Personen wurden verletzt, einige Zeugen erlitten einen Schock. So auch Barbara Prinz.

Das Geschehen löste bundesweit Erschütterung und Anteilnahme aus, denn etliche Opfer waren prominent. Vom Unglückswagen erschlagen wurden der Schauspieler Dietmar Mues, 65, bekannt als Darsteller in Fernsehserien wie dem „Tatort“, und seine 60-jährige Ehefrau Ulla, eine

Grundschullehrerin. Beide waren mit ihrem Tandem unterwegs.

Ebenfalls ums Leben kamen der renommierte Sozialwissenschaftler Günter Amendt, 71, Autor von Büchern über Sexualforschung und Drogenpolitik, sowie die Hamburger Designerin Angela Kurrer. Im geramten Cabrio überlebten der Schauspieler Peter Striebeck, 73, ehemals Intendant des Hamburger Thalia Theaters, und seine Ehefrau Ulla, 69, früher Schauspielerin am Wiener Burgtheater.

„Sie waren zur falschen Zeit am falschen Ort“, beklagt ein Freund von Dietmar Mues. Der Satz soll die Schicksalhaftigkeit des Geschehens ausdrücken, als sei alles zufällig passiert, unabwehrbar, höhere Gewalt.

Die Hamburger Staatsanwaltschaft sieht das ganz anders. Noch in diesem Jahr soll der Mann am Steuer des Fiat, Caesar S., wegen fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Körperverletzung und fahrlässiger Straßenverkehrsgefährdung angeklagt werden.

S. ist seit vielen Jahren Epileptiker. Die Ermittler gehen davon

aus, dass die Katastrophe mit hoher Wahrscheinlichkeit durch einen schweren Krampfanfall des Autofahrers ausgelöst wurde. Und dass Caesar S. jederzeit mit einem epileptischen Anfall rechnen musste.

Der Mann, so legt seine Biografie nahe, war wie eine Art tickende Zeitbombe im Straßenverkehr unterwegs. Er hätte eigentlich längst nicht mehr im Besitz eines Führerscheins sein dürfen. Dass er ihn

doch noch hatte, beruhte auf juristischen Winkelzügen, großzügigen Richtern, nachlässigen Ärzten und offenbar auch eigener Verantwortungslosigkeit. Denn schon vor seiner Todesfahrt in Hamburg-Eppendorf verursachte der heute 39-Jährige drei schwere Verkehrsunfälle.

Im Alter von 21 Jahren wurde bei Caesar S. erstmals Epilepsie vermutet, eine Krankheit, an der in Deutschland



Unglücksfahrer S.
Keine Erinnerung

über eine halbe Million Menschen leiden. Epileptische Anfälle werden durch abnormale, sich schnell wiederholende elektrische Entladungen ganzer Nervenzellengruppen im Hirn ausgelöst. Sie reichen von kurzen Bewusstseinsstörungen und leichten motorischen Ausfällen bis zu schweren Verkrampfungen und Zuckungen des ganzen Körpers bei gleichzeitiger Bewusstlosigkeit.

Einen derart heftigen Krampfanfall, einen sogenannten Grand Mal, erlitt Caesar S. erstmals in einer Nacht des Jahres 1993. In den Tagen zuvor hatte er offenbar zu wenig geschlafen und zu viel Alkohol getrunken. Beim anschließenden Klinikaufenthalt wurde ein Gelegenheitsanfall vermutet und noch keine regelmäßige Einnahme von Medikamenten verordnet. Ob es bis zum ersten Verkehrsunfall zu weiteren Anfällen kam, ist nicht bekannt.

Dieser Verkehrsunfall geschah am 5. Juli 2004. Caesar S. geriet mit seinem Auto auf der Bundesstraße 5 Richtung Pinneberg ohne erkennbaren Grund auf die Gegenfahrbahn. Sein Wagen prallte mit zwei entgegenkommenden Fahrzeugen zusammen, riss ein Verkehrszeichen aus der Verankerung und kam schließlich an einem Baum zum Stehen. Eine Frau wurde erheblich verletzt, S. erlitt eine Platzwunde am Kopf und einen Bandscheibenvorfall. Der Fahrer habe „zitternd und mit weit aufgerissenen Augen“ im Auto gesessen, erinnert sich ein Zeuge.

Zum Unfallhergang gab S. an, ihm fehle jede Erinnerung – ein Phänomen, das sich noch mehrfach wiederholen sollte. Ein Verfahren gegen ihn wurde von einem Itzehoer Amtsanwalt gegen Zahlung einer Geldbuße eingestellt.

Nur knapp sechs Monate später, zwei Tage vor Heiligabend 2004, verursachte Caesar S. erneut eine folgenschwere Kollision. Mit dem Audi seiner Mutter rampte er auf einer Landstraße bei Elmshorn dreimal den vor ihm fahrenden Wagen, kam dann in einer Linkskurve von der Fahrbahn ab. Der Audi flog zehn Meter durch die Luft und stieß gegen eine Lärmschutzwand. S., der aus den Trümmern herausgeschnitten werden musste, brach sich zahlreiche Knochen, schwebte tagelang in Lebensgefahr.

Wieder versicherte er, sich an nichts erinnern zu können. Zeugen war aufgefallen, dass Caesar S. unmittelbar nach dem Unfall, noch hinter dem Steuer eingeklemmt, heftig gekrampft hatte. Auch im Krankenhaus, wo er vier Wochen lang stationär behandelt wurde, vermuteten die Ärzte einen cerebralen Krampfanfall als Unfallursache. Sie forderten S. dringend auf, nicht mehr Auto zu fahren und seine Fahrtüchtigkeit überprüfen zu lassen. Ein Er-

mittlungsverfahren wurde wie nach dem ersten Unfall eingestellt. Die Staatsanwaltschaft schloss sich dem Argument des damaligen Verteidigers Vinzenz Graf von Baudissin an, S. habe mit so einem Krampfanfall nicht rechnen müssen.

Bei einer neurologischen Untersuchung im Hamburger Universitätsklinikum Eppendorf, bei der auch eine Kernspintuntersuchung vorgenommen wurde, diagnostizierten die Ärzte im Juli 2005 eine „generalisierte idiopathische Epilepsie“ –

epileptische Anfälle handelte, blieb ungeklärt.

Den Rat seines Hausarztes, er solle, statt Auto zu fahren, „eher zu Fuß gehen“, ignorierte S. Der gelernte Immobilienkaufmann, der seit April 2004 für eine kommunale Wirtschaftsförderungsgesellschaft den Verkauf von Gewerbegrundstücken abwickelte, fuhr regelmäßig zu Terminen.

So verursachte er am 28. November 2008 seinen dritten schweren Unfall, diesmal auf der A7 in Höhe der Anschlussstelle Kaltenkirchen. Sein Auto krachte auf der freien Überholspur plötzlich links in die Mittelschutzplanke, schleuderte quer über den Asphalt in die rechte Außenschutzplanke und landete entgegen der Fahrtrichtung wieder auf der Überholspur. Ein nachfolgender Wagen, dessen Fahrer nur durch eine Notbremsung einen Zusammenstoß verhindern konnte, wurde von einem Lastwagen gerammt.

Auch diesmal vermochte sich Caesar S. nicht zu erinnern, wie es zu der Karambolage kommen konnte. Noch am Unfallort berichtete er Autobahnpolizisten und Zeugen von seinem Blackout, seiner Epilepsieerkrankung und seiner Medikamenteneinnahme – Grund genug für die Polizei, den Führerschein von S. zu beschlagnahmen. Und Anlass für das Amtsgericht Kiel, die Fahrerlaubnis vorläufig zu entziehen.

Hätte Caesar S. angesichts dieser Entscheidung auf seinen Führerschein verzichtet, wäre vielen Menschen viel Leid erspart geblieben. Doch der Hamburger Rechtsanwalt Henry Schultz legte im Auftrag seines Mandanten Beschwerde ein – mit neuen, überraschenden Angaben.

Der Unfall sei nicht wegen eines Krampfanfalls passiert, so die Argumentation, sondern vermutlich infolge eines technischen Defekts, womöglich einer abgenutzten Bremsscheibe. Vielleicht habe aber auch ein auf der Fahrbahn befindlicher Fremdkörper zum Ausbrechen des Wagens geführt – mithin Mutmaßungen, von denen S. nach dem Unfall selbst kein Wort gesagt hatte und denen auch nicht weiter nachgegangen wurde.

Die Annahme eines epileptischen Anfalls bezeichnete der Anwalt als „unzutreffend“ und „fernliegend, wenn nicht sogar abwegig“. Die Beschlagnahme des Führerscheins sei deshalb „rechtswidrig und verletzt Herrn S. in seinen Rechten“.

Zur Unterstützung seiner These legte Anwalt Schultz eine Kopie des drei Jahre alten Attests vor, das sich auf Ereignisse aus den Jahren 1993 und 2004 bezog und überdies fehlerhaft war. Eine Kieler Straf-



Gedenken an Opfer Mues, Amendt: Wut auf den Fahrer

eine Epilepsieform, deren Ursache weitgehend ungeklärt ist. Erbliche Veranlagungen können eine Rolle spielen.

Die Mediziner verschrieben S. das Anti-Epileptikum Valproinsäure, ein Medikament, das die Erregbarkeit der Nervenzellen im Gehirn vermindert, aber auch dämpfend wirken kann.

Trotz der Krankheit bescheinigte eine Hamburger Nervenärztin im Oktober 2005 Caesar S. per Attest die Fahrtüchtigkeit. Dabei blieb unberücksichtigt, dass nach den Begutachtungsleitlinien zur Kraftfahrereignung Epileptikern in der Regel erst dann das Autofahren gestattet werden kann, wenn sie mindestens ein Jahr anfallsfrei geblieben sind. Der letzte Unfall lag zum Zeitpunkt des Attests jedoch erst neunzehn Monate zurück.

Zwischen 2006 und 2008 musste Caesar S. mehrfach zum Arzt, diagnostiziert wurden unter anderem eine Gehirnerschütterung, eine Platzwunde und eine Schädelprellung. Ob es sich um

kammer wies die Anwaltsversion vom technischen Defekt zwar als reine „Schutzbehauptung“ zurück und stellte fest, dass die Unfallursache „in einem epilepsie- oder medikamentenbedingten Ausfall des Beschuldigten zu suchen ist“. Seinen Führerschein bekam Caesar S. trotzdem zurück.

Der letzte Unfall sei nämlich fast vier Jahre her, befand das Gericht, den neuerlichen Krampf habe S. nicht voraussehen können. Dies sei nur der Fall, wenn ein Kranker ständig Gefahr laufe, von Krampfanfällen überrascht zu werden. Bei S. habe man jedoch von 2004 bis 2008 keine weiteren Anfälle feststellen können – ob er außerhalb des Straßenverkehrs womöglich welche hatte, spielte für das Gericht keine Rolle.

Folgerichtig stellte die Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen fahrlässiger Straßenverkehrgefährdung ein. Wegen des zweimonatigen Führerscheinverlusts erstritt Anwalt Schultz für seinen Mandanten sogar noch eine Entschädigung.

Caesar S. hat zu diesem Zeitpunkt gelernt, mit seiner Krankheit zu leben. Und wie so viele Betroffene will er sie verbergen. Dafür gibt es Gründe: Epileptiker, die Berufe wie etwa Pilot, Zugführer oder Lastwagenfahrer nicht ergreifen dürfen, sind weitaus häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Gesunde, gelten als Risikofaktor. In seiner Firma, der Chef bewertet seine Leistungen als „tadellos“, versucht S. die Krankheit ebenso geheim zu halten wie im Bekanntenkreis.

Obwohl er regelmäßig seine Tabletten nimmt, wird S. zwischen 2008 und 2011 mehrfach von Anfällen heimgesucht, unter anderem kollabiert er im Büro. Zeitweise erhöhen die Mediziner seine Medikamentendosis. Allein im Jahr 2009 sind drei Krampfanfälle dokumentiert.

Nur zwei Wochen vor der Katastrophe wird Caesar S. in der S-Bahn von einer Schwindelattacke überrascht. Sein Hausarzt ermahnt ihn erneut, sich nicht ans Steuer zu setzen und sich bei seinem Neurologen einem EEG zu unterziehen, einer Messung der elektrischen Aktivität des Gehirns. Ob der Patient die Ratschläge



Abtransport von Schauspieler Striebeck
Bundesweite Erschütterung

befolgt, ist nicht bekannt und wird offenbar auch nicht überprüft.

Was seine Ärzte nicht wissen: Caesar S. raucht Cannabis-Produkte, Laborwerte weisen auf regelmäßigen Konsum hin. Auch bei dem Unfall in Eppendorf steht er unter Drogeneinfluss. Hinterher wird er zugeben, in der Nacht zuvor eineinhalb Joints geraucht zu haben; ein Umstand, der seine Reaktionsfähigkeit erheblich vermindert und die dämpfende Wirkung seines Epilepsie-Medikaments zusätzlich verstärkt haben könnte. Ob der vermutete Krampfanfall jedoch durch die Droge ausgelöst wurde, ist unklar.

Caesar S. konnte zum Hergang des Dramas nichts beitragen. Nachdem ihn Passanten aus dem Wrack gezogen und auf einen Stuhl gesetzt hatten, rief er über Handy seine Freundin an, seine gebrochene rechte Hand blutete. „Er stand neben sich“, schilderte ein Sanitäter den ersten Eindruck. „Ich kann mich an nichts erinnern“, erklärte Caesar S. gegenüber Zeugen. Er sei erst wieder zu sich gekommen, als sein Wagen seitwärts auf dem

Bürgersteig lag. Freunde der Opfer legten schon Stunden später am Unglücksort Blumen nieder, stellten Kerzen und Fotos der Opfer auf. In die Trauer mischte sich jedoch auch schnell Wut auf den Unfallfahrer. Bürger, die nichts von seiner Krankheit ahnten, forderten seine sofortige Festnahme.

In einer Hamburger Klinik, in der er aus Sicherheitsgründen unter falschem Namen behandelt wurde, bestätigte sich die Epilepsie-Diagnose – ganz im Sinne von Verteidiger Schultz. Mit der gleichen Vehemenz, mit der er beim Unfall von 2008 das Vorliegen eines Krampfanfalls bestritten hatte, kämpft der Anwalt jetzt darum, dass die Todesfahrt seines Mandanten als anfallsbedingt zu werten sei.

Damals galt es, zum Rückerhalt des Führerscheins die Epilepsie in Frage zu stellen. Jetzt, angesichts von vier Verkehrstoten, könnte der Nachweis eines plötzlichen Krampfes, dem Caesar S. hilflos ausgeliefert war, Schuldunfähigkeit und Straffreiheit bedeuten. Ob diese Rechnung aufgeht, ist jedoch nicht sicher.

Die Staatsanwaltschaft ist vom schuldhaften Verhalten des Autofahrers überzeugt. Caesar S. habe den Unfall infolge „geistiger oder körperlicher Mängel“ nach Paragraph 315c des Strafgesetzbuchs fahrlässig verursacht. Der Epileptiker habe das Risiko eines jederzeit möglichen Anfalls genau gekannt – und es ignoriert.

Für Klarheit über etwaige Krampfanfälle vor dem Unglück könnte der Neurologe sorgen, bei dem S. in Behandlung war. Der Unfallfahrer hat den Arzt auf Anraten von Anwalt Schultz jedoch nicht von der Schweigepflicht entbunden.

„Ich will den Fahrer auf jeden Fall vor Gericht sehen“, sagt Wanja Mues, Sohn des Opfers Dietmar Mues und wie dieser Schauspieler. Die Frage der Schuld am tragischen Tod seiner Eltern müsse unbedingt in einer Hauptverhandlung geklärt werden, und im Übrigen trage auch der Anwalt, der die Wiedererlangung des Führerscheins erstritt, „eine Mitschuld“.

Anwalt Schultz will sich zu dem Ermittlungsverfahren gegen seinen Mandanten nicht äußern. Auf Anfrage des SPIEGEL erklärte der Jurist, er habe zu dem Fall „keinen Gesprächsbedarf“.

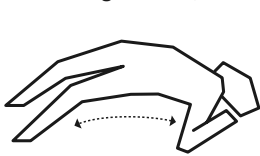
Lässt das Gericht die Anklage zu, wollen Mues und seine beiden Brüder als Nebenkläger auftreten, ebenso wie der Sohn der Designerin Angela Kurrer und das Ehepaar Striebeck.

Caesar S. steht vor den Trümmern seines Lebens. Bei Gesprächen mit Ärzten und Therapeuten hat er versucht, das Thema moralische Schuld auszuklamorn oder wegzuschieben. Seine Firma hat ihm wegen des Drogenkonsums gekündigt. Zwei Monate nach der Katastrophe versicherte S. schriftlich, dass er „derzeit und bis auf weiteres“ nicht mehr Auto fahren werde. ♦

Epileptischer „Grand Mal“-Anfall (frz. „großes Übel“)

Vor dem Anfall

Tage vorher eventuell Stimmungsschwankungen oder Nervosität. Minuten vor dem Anfall können ein Vorgefühl und/oder Sinnestäuschungen auftreten – die sogenannte Aura.



1 Tonische Phase

10 bis 60 Sekunden. Die Gliedmaßen versteifen sich. Der Körper ist überstreckt. Das Gesicht kann blau anlaufen. Zungenbiss möglich.



2 Klonische Phase

Rhythmische Muskelzuckungen. Dauer: Sekunden bis Minuten. Unwillkürliche Blasen- oder Darmentleerung möglich.



3 Postiktale Phase

Die Muskeln erschlaffen, das Bewusstsein kehrt langsam zurück. Keine Erinnerung an den Anfall. Häufig Verwirrung.

DER SPIEGEL



Blick vom Rohbau des Münchner Luxusobjekts „The Seven“: Ein Penthouse für angeblich mehr als 14 Millionen Euro

GENTRIFIZIERUNG

Ein Herz für Reiche

In keiner anderen deutschen Großstadt sind die Mieten und Immobilienpreise so hoch wie in München.

Luxussanierungen verändern das Gesicht ganzer Viertel, Einkommensschwache werden aus der Stadt vertrieben. Jetzt regt sich Widerstand gegen die Übernahme der Metropole durch den Geldadel.

Wohnungssuche in München kann etwas Wunderbares sein. Am Karlsplatz beispielsweise, hoch oben auf dem Dach eines frisch sanierten Stadthauses. Das Penthouse, so verspricht es die Maklerin, werde eine in die Fassade integrierte „allergikergetestete Raumklimatechnik“ haben. Eine Dachterrasse mit Zen-Garten, Alpenblick, Wasserfall und Glasboden-Whirlpool. Das Objekt besteche durch Sauna, Dampfbad und „ein überdimensioniertes, für Meerwasserfische geeignetes Aquarium“. Kurzum: eine innerstädtische „Wohlfühl-oase“ auf 522 Quadratmetern.

Wohnungssuche in München kann auch ernüchternd sein. Die Monatsmiete für das Penthouse am Karlsplatz beträgt 19 000 Euro plus 1300 Euro Nebenkosten, die Kautions liegt bei 57 000 Euro.

Der Immobilienmarkt in München kennt viele Superlative. Das Internetportal Immowelt hat die bayerische Metropole erneut zur teuersten Großstadt Deutschlands gekürt. Die Mieten liegen im Durchschnitt bei 12,50 Euro pro Quadratmeter – mehr als doppelt so hoch wie in der restlichen Bundesrepublik. Wer auf Eigentum ausweichen will, braucht einen Spitzenjob oder eine üppige Erbschaft. 3680 Euro kostet der Quadratmeter im Schnitt, 124 Prozent mehr als im statistischen Mittel der Republik.

Die „Großstadt mit Herz“ wandelt sich zum Schickeria-Ghetto. In München, bi-

lanziert der Immobilienverband Deutschland (IVD), „erreichen alle Objekttypen historische Höchstwerte“. Im Vorjahr wurden 7,6 Milliarden Euro mit Häusern und Wohnungen umgesetzt. Jetzt suchen scharenweise ängstliche Anleger Schutz vor einer drohenden Inflation, der Markt ist laut IVD „nahezu leergefegt“. Im Zentrum der Stadt wechseln neue Eigentumswohnungen für 20 000 Euro den Besitzer – pro Quadratmeter.

Es ist ein Trend, der nirgendwo so extreme Ausschläge zeitigt wie in München – der aber generell in vielen Ballungszentren der Republik zu beobachten ist. Bundesweit verkaufen sich Immobilien so gut wie lange nicht mehr. In den ersten sechs Monaten des Jahres wurden nach Hochrechnungen des IVD Häuser und Wohnungen im Wert von 80,75 Milliarden Euro umgesetzt. Ein Anstieg im

Vergleich zum Vorjahr um 20 Prozent. Finanzexperten sehen eine regelrechte Flucht der Anleger in Sachwerte. Wegen der Unsicherheit auf den Finanzmärkten und der sehr günstigen Kreditzinsen entscheiden sich Deutsche für „Betongold“. Umfragen von Forsa ergaben, dass 25 Prozent der Privatanleger künftig in Immobilien investieren wollen.

In Berlin nahm der Umsatz mit Immobilien um 48 Prozent zu. Die Kaufpreise für Wohnungen verteuerten sich um 10 Prozent. Die Mieten stiegen im ersten Halbjahr um 6 Prozent. Der Makler Jones Lang LaSalle spricht bereits von einer „Berliner Mietpreis-Rallye“. Hamburg setzte 3,7 Milliarden Euro im ersten Halbjahr um, auch Hessen und Schleswig-Holstein ziehen an. Und selbst ostdeutsche Sorgenkinder steigen im Kurs: Mecklenburg-Vorpommern registriert einen Ansturm der Investoren, Städte wie Halle (Saale) oder Dessau in Sachsen-Anhalt werden attraktiv.

Wohin ein überhitzter Markt führen kann, zeichnet sich am dramatischsten in München ab. Dort fallen die Reichen und Schönen in die einstigen Arbeiterquartiere der Stadt ein – und treffen auf organisierten Widerstand. Gegner der unerwünschten Landnahme haben einen Aufkleber kreiert, der ein Stoppschild imitiert. In dem roten Achteck steht „Snob“ statt „Stop“. In manchen Stadtteilen werden Neuzugänge mit besonders herzlichen Slo-



Käufer Sattler, Holzapfel

„Es findet generell Vertreibung statt“

PETER SCHNITZER / DER SPIEGEL

gans empfangen wie: „Willkommen in Giesing Ihr Arschlöcher“. Eine direkte Ansprache wählt auch die Giesinger Stadtteilzeitung „Unser Viertel“ im Internet: „Spekulanten und Yuppies raus“.

Bürgerinitiativen, vernetzt über Facebook und das World Wide Web, kämpfen in bedrohten Stadtteilen für bezahlbaren Wohnraum, gegen „Heuschrecken“, Luxussanierer und den Zuzug von Ferraristi. Künstler wie der Kabarettist Frank-Markus Barwasser alias Erwin Pelzig und der Komiker Michael Mittermeier solidarisieren sich mit Kleinverdienern, Liedermacher Konstantin Wecker warnt vor „Wohlstandsgesindel“.

So steckt die Stadt in einem Kultur- und Klassenkampf, der längst nicht mehr zwischen den unteren und höchsten Einkommen tobt. Mieterverein und DGB haben in einer gemeinsamen Studie ermittelt, dass wegen der hohen Nachfrage und der horrenden Preise bereits „erhebliche Marktzugangs- und Versorgungsschwierigkeiten für viele Haushalte bestehen“. Dies gelte nicht nur für Geringverdiener, sondern auch für die Mittelschicht. Immer mehr Menschen „leben, um zu arbeiten, ohne davon leben zu können“.

Dass 50 Prozent des Einkommens für Mieten ausgegeben werden, ist in München keine Seltenheit. Bei vielen übersteigt das Preisniveau nun selbst diese



Top-Lage Hamburger HafenCity: Warnung vor dem Wohlstandsgesindel

Grenze, für sie ist München trotz zusätzlicher Minijobs unbezahlbar geworden.

Die Gentrifizierung hat erste Folgen für die Versorgung der Großstädter. Der DGB registriert einen Arbeitskräftemangel bei Altenpflegern, Feuerwehrleuten, Polizisten und Handwerkern. Ausbildungsplätze blieben unbesetzt, weil Bewerber keine Wohnung fänden. Der Immobilienboom könnte die ökonomische Entwicklung der Stadt gefährden.

Helga Flattinger macht sich längst keine Illusionen mehr über ihre Zukunft in München. Die 60-Jährige lebt im Tiefparterre eines verwitterten Betonklotzes, der bei den olympischen Sommerspielen 1972 als Pressezentrum diente.

Zwei kleine Zimmer, eine enge Küche für 630 Euro. Fliesen und malern musste die Frau beim Einzug selbst. Wenn es dunkel wird, patrouilliert ein Wachdienst durch das anonyme Ghet-



HANS-CHRISTIAN PLAMBECK / LNF

Townhouse-Quartier Prenzlauer Gärten: „Berliner Mietpreis-Rallye“

to. Die Glitzerwelt der Maximilianstraße ist weit weg.

Kürzlich war Helga Flattinger für einige Stunden in dieser Welt, die sie als Vorarbeiterin einer Putzkolonne auch mit am Leben hält. Mit Kolleginnen demonstrierte sie in der Fußgängerzone. Sie ist in der IG Bau und will für ihre Truppe 1,45 Euro mehr Stundenlohn – damit sie sich die Miete noch leisten können.

Auf dem Boulevard hatten die Protestler einen Quadratmeter Bodenfliesen ausgelegt. Laut Tarifkatalog haben Putzfrauen für die Reinigung dieser Fläche exakt 0,8 Sekunden Zeit. Es ist eine Arbeit im Laufschrift, die Besten kommen am Monatsende auf 1500 Euro brutto, die anderen benötigen Zweitjobs. In 0,8 Sekunden waren auch die meisten der pikierten Passanten wieder verschwunden. „Die dachten wohl, ich will ihnen einen Wischmopp verkaufen“, sagt Flattinger enttäuscht.

Ein paar Jahre lang wird sie in ihrer Betonburg noch leben können. Dann kommt die Rente, „und ich muss raus aufs Land, wo ich keinen kenne. Abgeschoben nach 50 Jahren harter Arbeit“.

München, so sagte der damalige Oberbürgermeister Georg Kronawitter schon Ende der achtziger Jahre, erinnere ihn mit seinem ungebremsten Wachstum an einen Dampfkessel. Immer wenn dieser den Überdruck ablässt, werden Bürger wie Helga Flattinger aus der Stadt gedrückt. An nachdrängenden Menschen besteht kein Mangel. In den vergangenen zehn Jahren wuchs die Bevölkerung in München um 11,8 Prozent. Bis 2025 wird von einem weiteren Zuwachs um 6,8 Prozent ausgegangen.

Alles drängt in den 310 Quadratkilometer großen Raum, der kleiner ist als Dresden, in dem aber 1,35 Millionen statt 520 000 Menschen leben – und in dem es kaum noch Flächen für Neubauten gibt.

Retten könnte München bestenfalls der Bau von Hochhäusern, doch da geben

sich die Bayern provinziell. 2004 legten sie per Bürgerentscheid fest, dass nichts in ihrer Stadt höher sein darf als der Nordturm der Frauenkirche: 98,57 Meter.

Die Folge dieser Melange ist ein Monopoly, bei dem Urbewohner, Geringverdiener und die Mittelschicht auf der Strecke bleiben. Dafür gibt es jetzt Objekte wie das ehemalige Heizkraftwerk in der Müllerstraße, das unter dem Namen „The Seven“ firmiert und die edelste Adresse der Stadt ist. 700 Quadratmeter misst das Penthouse, das teuerste Wohnprojekt Münchens. Ein anonymen Unternehmer soll es sich gesichert haben, für angeblich mehr als 14 Millionen Euro.

Josef Sattler und Dietmar Holzapfel haben sich in die Etage darunter eingekauft. 12. Stock, rund 50 Meter über der Stadt, 200 Quadratmeter. Zum Preis von gut fünf Millionen Euro. Die beiden betreiben im Gärtnerplatzviertel das Hotel Deutsche Eiche, einen angesagten Treffpunkt der schwulen Szene. 1993 haben sie das Hotel gekauft, die Zimmer hatten weder Bad noch Toilette. Es war verkommen wie das ganze Viertel.

Sattler und Holzapfel haben gesehen, wie sich ihr Kiez verändert hat – wie auch sie ihn verändert haben. „Es findet generell eine Vertreibung statt“, sagt Holzapfel. In der Nachbarschaft verschwinden Mieter, die mit 95 000 Euro aus ihren Verträgen gekauft würden. Nach der Sanierung kämen Millionärskinder, Bestverdiener, Menschen mit doppeltem Einkommen. Vom Dach der Deutschen Eiche aus kann man die Terrasse von FC-Bayern-Profi Bastian Schweinsteiger sehen.

Hätte die Politik diese Entwicklung verhindern können? Das Heizwerk, das nun als „The Seven“ den Gipfel der Dekadenz darstellt, war in städtischem Besitz. Die Stadtwerke haben es zum Höchstpreis verkauft; im Stadtrat war von einem „Wahnsinnspreis“ die Rede. Damit war vorgegeben, dass hier nur

sündhaft teurer Wohnraum entstehen konnte.

„Soll ich alles künstlich runtersubventionieren?“, klagt Oberbürgermeister Christian Ude gern. „Ich könnte natürlich Millionen ausgeben, um im Kraftwerk an der Müllerstraße eine günstige Wohnung mit 360-Grad-Panoramablick zu schaffen.“ Es gab darüber Debatten im Stadtrat. Doch die Verwaltung forderte eine wirtschaftliche Verwertung. Als der Stadt einfiel, dass ein Kindergarten in den Turm gehöre, musste sie sich mit Millionen Euro in die ehemals eigene Immobilie wieder einkaufen.

Die Stadt hat Instrumente, um den Markt zu beruhigen. Über Erhaltungssatzungen für alte Stadtquartiere kann sie größere Umbauten oder Abrisse verhindern. Und sie kann sich ein Vorkaufsrecht sichern. Doch das kommt, vor allem aus fiskalischen Gründen, selten vor.

Es gibt auch tolle städtische Initiativen mit schönen Namen. Sie heißen „Perspektive München“, „Wohnen in München IV“, „München Modell“ und „SoBoN“ (Sozialgerechte Bodennutzung), doch nichts davon reicht aus, um den Mangel an Wohnraum spürbar zu beheben. Und manche Chance wird verpasst, wie kürzlich, als es um die Zukunft des Frauengefängnisses in der Münchner Au ging.

Ein Verein wollte daraus ein Hotel bauen, das sozial benachteiligte Jugendliche ausbildet. Er hatte 14 600 Unterschriften gesammelt und 1,5 Millionen Euro an Spenden. Die Unterstützerliste reichte von FC-Bayern-Präsident Uli Hoeneß über Schauspielerin Uschi Glas bis zu Ex-Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel. Es half nichts. Das Objekt ging an den meistbietenden Investor. Die Verfassung, so hieß es, zwinge den Freistaat zur Ausschreibung. In Wahrheit hätte der Haushaltsausschuss eine Ausnahme genehmigen können. Er tat es nicht.

Dafür bangen bereits die nächsten Münchner. Sie gehören zu den 85 000 Mietern der einst gemeinnützigen GBW, die in der Landeshauptstadt mehr als 10 000 Wohnungen im Bestand hat. 92 Prozent der GBW-Anteile gehören der BayernLB, die sich nun auf Druck der EU von dem Investment trennen muss. Mieter, Grüne und SPD fürchten den Verkauf an eine „Heuschrecke“ – mit steigenden Mieten und sozialen Umschichtungen.

Der Stadtsoziologe Detlev Sträter glaubt ohnehin, dass es nur eine Perspektive für die Metropole gibt. Irgendwann werde der Zustrom einfach aufhören, weil schlicht kein Wohnraum mehr da sei. Doch wer wird dann in München leben?

Maximilian Heisler vermittelt bei seiner Stadteinführung eine Vorstellung davon. Der Student ist Teil der Aktionsgruppe Untergiesing. Heisler führt zur alten Bäckerei Petermeier, die einer Back-Kette weichen musste; zum alten Schuhmacher in der Hans-Mielich-Straße, der sich die

Miete nicht mehr leisten konnte; und zu den 23 Architekturbüros, die sich hier angesiedelt haben. Sie sind die Vorboten der Gentrifizierung eines Stadtteils.

Auf der Pilgersheimer Straße entdeckt Heisler das Symbol für den Wandel im Arbeiterviertel: einen schwarzen Porsche. Er murmelt: „So etwas gibt es bei uns nicht.“ Parkuhren gab es hier auch lange nicht. Als die Stadt 60 Stück aufstellte, stülpten Aktivisten Müllsäcke darüber.

Es ist schwierig, mit Tüten den Lauf der Welt aufzuhalten. Die Protestler hatten sich auch für den Erhalt der alten Kutscherhäuser in Untergiesing starkgemacht. Jetzt sind die historischen Häuschen weg, ein vierstöckiger Neubau entsteht auf dem Grund. Es gab in dem Sprengel einst die GBW. Die Mieten waren günstig, bis der neue Besitzer kam, die Firma Rock Capital. Das Unternehmen verschickte Briefe an die Bewohner: Man habe „die einzelnen Mietverhältnisse geprüft“ und sei „leider gezwungen, den Mietzins auf die ortsübliche Miete anzupassen“. „Des guten Willens halber“ versichern sie dem Mieter, er könne nach der Erhöhung natürlich auch kündigen.

Heisler hat mit seinen Getreuen eine Demo organisiert. 400 besorgte Bewohner kamen. Die Wut in den Quartieren steigt. Im Internet gibt es eine „München Gentrifizierungsmap“. Die Hotspots sind



PETER SCHINZLER / DER SPIEGEL

Mieterin Flattinger

Als Rentnerin „raus aufs Land“

darauf mit lodernnden Flammen gekennzeichnet. 17 allein in Zentrumsnähe.

Konstantin Wecker unterstützt die Protestler. Er sitzt im Café Münchner Freiheit, vor sich ein kleines Frühstück. „Ich hätte nie gedacht“, sagt er, „dass ich in meinem Leben mal nach einem starken Staat rufen würde.“ Doch jetzt sieht er keinen anderen Ausweg mehr. Gerade hat er mit Künstlerkollegen für die alte Heimat demonstriert. Zunächst nur für den Erhalt der legendären Kneipe Schwabinger 7, doch eigentlich gehe es um mehr. „Wir dürfen nicht alles der Ökonomisierung opfern“, sagt Wecker. Die Stadt müsse Auflagen schaffen, Spekulanten behindern, Finanzgewinne besteuern, um Wohnraum zu subventionieren: „Wir

brauchen eine Gemeinwohlökonomie. Solche Ideen teilt auch der Soziologe Detlev Sträter. Er hat sie sogar in der bayerischen Verfassung gefunden. Artikel 161 handelt von Bodenverteilung und Wertzuwachs. Wörtlich: „Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.“

Wie die Bodenwerte in München seit Kriegsende ins Utopische gestiegen sind, ohne dass die Allgemeinheit partizipiert hat, zeigt sich im Stadtteil Lehel. Konstantin Wecker ist hier aufgewachsen. Heute gilt Lehel als das angesagteste Viertel, Eigentumswohnungen erreichen Millionenwerte. „Es ist kein lebendiger Stadtteil mehr“, klagt Wecker. Seine Mutter lebte im Quartier bis zu ihrem Tod. Es war eine große Wohnung, 130 Quadratmeter. Als die Mutter starb, übernahm der Besitzer die Wohnung und verband sie mit seiner eigenen nebenan.

Wecker verachtet solche Leute. Im konkreten Fall war es ein angesehenes Mitglied der Regierung Stoiber.

CONNY NEUMANN, STEFFEN WINTER



360°-Foto: Das „Schickieria-Ghetto“ im Panoramabild

Für Smartphone-Benutzer:
Bildcode scannen, etwa mit

der App „Scanlife“.



Verteidiger, Angeklagter Sch.

„Alle meine Zeugnisse sind hervorragend“

2007 nur in 5 Fällen – angeklagt waren 21 – eindeutig als Straftaten identifiziert werden konnten. Andere musste das damalige Gericht zu Sch.s Gunsten als vielleicht gerade noch medizinisch notwendig werten.

Sch. war bei dem Ferienaufenthalt der einzige Mann neben acht Betreuerinnen gewesen. Trotzdem kümmerte ausgerechnet er sich intensiv um die Intimpflege der Mädchen, untersuchte und wusch sie eigenhändig und „half“ beim Eincremen. Unter dem Vorwand, sie seien gesundheitlich angeschlagen, ließ er einzelne Mädchen in seinem Zimmer übernachten. Der Herbergsvater, dem diese Betriebsamkeit, wenn es um Medizinisches bei Mädchen ging, merkwürdig vorkam, erstattete Anzeige.

Es folgten Festnahme, Untersuchungshaft, weitere Ermittlungen – und das Aus für das Kinderheim „Spatzennest“ im pfälzischen Ramsen, das Sch. Anfang der neunziger Jahre zusammen mit seiner späteren Ehefrau konzipiert hatte. Was ihm damals vorschwebte, war eine Langzeiteinrichtung, in der Kinder unter familienähnlichen Bedingungen bis zum Erwachsenenalter aufwachsen sollten.

Der Kardinalfehler damals war, dass man dem Berufsanfänger Sch. innerhalb weniger Tage sieben Kinder ins Haus setzte, die ihren Eltern im Vorfeld der berichtigten Wormser Prozesse vor dem Landgericht Mainz wegen angeblich massenhaften Kindesmissbrauchs überfallartig weggenommen worden waren. Es gab niemanden, der es für möglich gehalten hätte, die verdächtigten Väter und Mütter, Onkel und Tanten könnten eines Tages freigesprochen werden, wie es dann geschah. Sch. weist heute triumphierend darauf hin, ihre Verurteilung zu langen Freiheitsstrafen habe „bei allen Fachleuten“ schon festgestanden, ehe die Prozesse überhaupt begonnen hätten. Für diese unprofessionelle, in hysterischer Verblendung getroffene Entscheidung, die Kinder

dauerhaft ins Heim zu stecken, hat keiner der Verantwortlichen je eintreten müssen.

2007 wurde das Spatzennest geschlossen. Sch. verschwand. Er sei „ins Exil“ gegangen, nennt er es. Einzelne Heimkinder waren schon volljährig, andere wurden es bald.

Plötzlich waren sie allein und auf sich gestellt. Wohin nun? Zu ihren Müttern? Zu ihren Vätern? Einige Eltern wollten ihre Kinder sofort zurückhaben – und mussten feststellen, dass da schwierige junge Menschen kamen, zu denen sie keinen Zugang fanden. Sie waren sich

STRAFJUSTIZ

Keine Wurzeln, keine Identität

Dem Leiter des ehemaligen Kinderheims „Spatzennest“ wird wieder Kindesmissbrauch vorgeworfen. Erst jetzt zeigt sich das ganze Ausmaß der Wormser Tragödie. *Von Gisela Friedrichsen*

Hätte von jenen jungen Frauen, die seit dem Kleinkindalter bis fast zur Volljährigkeit von Stefan Sch. abhängig waren, nur eine einzelne Vorwürfe gegen ihn erhoben – es hätte als Ausnahme gelten können. Auch der Gedanke, diese eine könnte sich etwas ausgedacht haben oder wolle sich aus welchem Grund auch immer an ihm rächen, wäre zumindest nicht ganz absurd gewesen. Doch Sch. wird nicht nur von dieser einen jungen Frau beschuldigt. Es sind mehrere. Es ist eine ganze Reihe.

Ein Komplott? Recht unwahrscheinlich.

Die jungen Frauen wären weniger glaubwürdig, wenn jede eine andere Geschichte über Sch. erzählte. Oder wenn sie ihn sturzflutartig, inflationär und mit Belastungstendenz bezichtigten. Doch auch das trifft nicht zu. Die jungen Frauen haben anscheinend alle Ähnliches erlebt. Was sie unabhängig voneinander berichten – zögernd, voller Scham, weinend, hin und her gerissen zwischen Loyalitätsgefühlen, Angst und Abscheu –, es geht immer wieder um das Gleiche.

Der Sozialpädagoge Stefan Sch., 44, stand schon einmal wegen ähnlicher Vorwürfe vor Gericht. Nur damals waren die-

se nicht so gravierend und vor allem weniger eindeutig. 2008 verurteilte ihn das Landgericht Kaiserslautern wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern in Tateinheit mit sexuellem Missbrauch von Schutzbefohlenen zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr. Dazu wurde ein drei Jahre währendes Berufsverbot in der Jugendarbeit verhängt. Die milde Strafe erklärt sich dadurch, dass die Übergriffe während einer Ferienfreizeit in Österreich im Jahr



Staatsanwältin Herzog: Vier Stunden lang plädiert



STEPHANIE PILICK / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Erster Worms-Prozess 1994: Niemand hielt Freisprüche für möglich

fremd, gegenseitig. „Meinen Sohn Kevin habe ich vor acht Wochen zurückbekommen“, sagte eine Mutter in der polizeilichen Vernehmung ratlos. „Er ist jetzt 18 Jahre alt.“ Da stand ein junger Mann, den sie nicht kannte, und er kannte sie nicht.

Die Kinder aus dem Spatzennest, vor allem die Wormser, haben keinen Boden unter den Füßen. Sie erinnern sich nicht mehr an ihr früheres Zuhause und wissen nicht, ob ihnen dort etwas angetan wurde oder nicht. Vielleicht war da ja doch etwas, fragen sich einige.

„Als dann die Täter freigesprochen wurden“, sagt Sch. heute, habe er weiter daran geglaubt, dass die Eltern „schuldig sind an diesen Kindern“. Entsprechend verhielt er sich. Im Spatzennest habe es geheißt, die Eltern, das seien „Dreckschweine und Arschlöcher“, und wer Kontakt zu denen wolle, der habe „verschissen“, berichten ehemalige Heimkinder. Sch. bestreitet dies.

Zu der Tragik des Falls gehört, dass diese jungen Menschen ohne Wurzeln, ohne Identität nun zum zweiten Mal ihre Familie verloren haben. Denn trotz der Übergriffe, die Sch. angelastet werden, sahen sie in ihm eine Art Vater, an dem sie hingen und dem sie dankbar waren.

Keine der jungen Frauen wollte ihn anzeigen. Sie schwiegen, um zu vergessen. Nur Jacqueline, das jüngste der Wormser Kinder, das 1993 im Alter von sechs Monaten ins Spatzennest gekommen war, vertraute sich 2009 einer Tante an, der ersten Vertrauensperson für sie außerhalb der Pseudofamilie in Ramsen. Die Tante ging sofort zur Staatsanwaltschaft.

Es ist drei Frauen zu verdanken, dass nun erstmals sichtbar wird, was von Worms blieb: der ermittelnden Kripo-Beamtin Jeanette Schmitt, die mit viel Ein-

fühlungsvermögen und beruhigender Zuwendung die jungen Frauen vernommen hat; der Sachverständigen Petra Retz-Junginger, die mit ihrer aussagepsychologischen Sachkunde dem Gericht eine große Hilfe war; und der Kaiserslauterner Staatsanwältin Daniela Herzog, der Sachbearbeiterin und Anklagevertreterin.

Seit Mai verhandelt die 1. Große Jugendschutzkammer des Landgerichts Kaiserslautern mit dem Vorsitzenden Richter Manfred Holler erneut gegen Sch., und jetzt sind die Vorwürfe greifbarer. Aber auch das ganze Elend von Kindern kommt zum Vorschein, die als Erwachsene Zeugnis ablegen sollen über das, was ihnen einst wohl angetan wurde.

In kindlicher Naivität hatten sie für „normal“ gehalten, was immer und immer wieder geschehen sein soll. Und heute nun sollen sie exakt Zeit und Ort und Details benennen zwecks Konkretisierung der Art und Zahl der Übergriffe. „Eine solche sprachliche Eindeutigkeit können Sie angesichts des Entwicklungs-



GUSTAVO ALABISO / ALABISO.DE / DER SPIEGEL

Früheres Heim „Spatzennest“ in Ramsen
„Pseudopädagogische Beziehungen“

standes und des zurückhaltenden Äußerungsstils der Zeuginnen nicht erwarten“, erklärte Psychologin Retz-Junginger dem Gericht. Sie sehe angesichts der Aussageentstehung keinen Grund, am Wahrheitsgehalt der Angaben zu zweifeln, selbst wenn die Aussagequalität im Einzelfall nicht sehr hoch sei.

„Da stand eine junge Frau vor mir“, berichtete Jeanette Schmitt als Zeugin, „sehr verhalten, sehr ängstlich und völlig unvorbereitet. Durch ihre Halbschwester hatte sie von den Ermittlungen gehört und dass bei dieser früher auch was war. Sie war fürchterlich erschrocken darüber, denn sie dachte, sie sei die Einzige gewesen. Man tauschte sich unter den jungen Mädchen ja nicht aus. Anderen erging es genauso.“ Jede dachte offenbar, sie allein sei die Schönste, die Liebste, der „Goldspatz“ im „Spatzennest“. Die Kinder stritten sich darum, wer bei Sch. schlafen durfte – bis sie, älter geworden, merkten, „wie krank das alles war“ und wie perfide sie anscheinend in Abhängigkeit gehalten und manipuliert worden waren.

Es geht den jungen Frauen gar nicht so sehr um die Übergriffe, die Vorwürfe des Unter-die-Schlafanzug-Hostiens, des Manipulierens und Massierens, was Sch. als „Vertrauensübung“ ausgab. Nur die Juristen interessiert, ob der Täter „drin“ oder „dran“ war, denn das ist rechtlich ein Unterschied. Für die emotional bedürftigen Kinder war entscheidend, auf welche Weise sie sich in dem abgeschotteten System die Gunst dessen erwerben und erhalten konnten, der das Sagen hatte. Und das war Sch.

Staatsanwältin Herzog plädierte fulminant. Über vier Stunden beschrieb sie eine „pseudopädagogisch erotisierende Beziehung“ des Angeklagten zu Mädchen im vorpubertären Alter und die Folgen des Versagens jener Aufsichtsbehörden, die ihm stets beste Zeugnisse ausgestellt hatten. Als die Staatsanwältin dann eine Freiheitsstrafe von neun Jahren und ein lebenslanges Berufsverbot forderte, war es einen Moment lang ganz still im Saal. Die Wormser Tragödie war plötzlich fassbar, in Worte gefasst.

Sch. bestreitet von jeher alle Vorwürfe. Er habe immer sein Bestes gegeben. Die Anschuldigungen seien frei erfunden. Fünf Stunden, das hat er angekündigt, will er in eigener Sache plädieren. Wie er sie schildert, erscheinen die Zeuginnen als Diebinnen, Herumtreiberinnen und Schlampe, die ja schon als kleine Kinder vor Gericht gelogen hätten.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er noch einmal Kinder bei sich aufnehmen würde, sagte er: „Wenn man mit Herzblut mit jungen Menschen arbeitet, dann begibt man sich in Lebensgefahr. Mein Rat ist: Finger weg, vor allem, wenn man ein Mann ist!“ Richtig: Finger weg. ♦

Was war da los, Herr Karpenko?

Der russische Englischlehrer Alexander Karpenko, 35, über Gesichtspflege: „Mein Großvater hat mir erzählt, dass er sich im Zweiten Weltkrieg im Feld mit den unterschiedlichsten Dingen rasiert hat, Hauptsache, sie waren scharf. Als Jugendlicher habe ich mal ausprobiert, mich mit einem Messer zu rasieren, wie die Leute in alten Zeiten. Die Neugier war mein Antrieb, ich wollte wissen, ob das geht. Seitdem habe ich verschiedene Gegenstände als Rasierer verwendet: Meißel, Schere, Spaten, Sichel, Sense, Axt – eigentlich alles, was man schön schärfen kann. Ich besitze eine große Kollektion von Schleifsteinen, der älteste gehörte meinem Urgroßvater, der ihn zum Säbelschleifen benutzte. Im Alltag benutze ich eine normale Rasierklinge, um mich zu rasieren, aber wenn mich jemand bittet, etwas zu schärfen, teste ich an meinem Bart, ob der Gegenstand scharf genug ist. Ich benutze für die Rasur normalen Schaum. Ich habe nie Rasurbrand.“



Karpenko

OLGA MANJEWITSCH / DER SPIEGEL

BESTATTUNGSKULTUR

„Leichen sind harmlos“

Der Bestatter Peter Wilhelm, 52, über die Gesetze des Todes

SPIEGEL: Ihr Ratgeber hat den Titel „Darf ich meine Oma selbst verbrennen?“. Darf ich das?

Wilhelm: Nein, dürfen Sie nicht. Die Landesbestattungsgesetze verbieten es, dass Sie eine Leiche zu Hause verbrennen. Über kaum etwas haben sich deutsche Bürokraten mehr Gedanken gemacht als über Bestattungen. Die tote Oma gehört laut Gesetz in die Hände eines Bestatters.

SPIEGEL: Muss ich die Beerdigung meiner Oma bezahlen, obwohl ich meine Oma gehasst habe?

Wilhelm: Die Beerdigung ist Ihre Pflicht, das ist ähnlich wie beim Erbrecht, nur dass Sie bei einer Beerdigung zahlen müssen. Aber Sie dürfen dann auch bestimmen, wie die Beerdigung abläuft.

SPIEGEL: Darf ich Möhrchen auf das Grab meiner Oma pflanzen?

Wilhelm: Das hängt von der Friedhofsatzung ab. Normalerweise nicht.

SPIEGEL: Machen Sie sich in Ihrem Buch über den Tod lustig?

Wilhelm: Eigentlich nicht, ich gehe mit dem Thema ja pietätvoll um. Wenn die Menschen über den Tod lachen, beschäftigen sie sich endlich damit. Sie werden an das Tabu Tod herangeführt.

SPIEGEL: Ist der Tod tatsächlich so ein Tabu?

Wilhelm: Ich glaube schon. Die Menschen wollen sich nicht mit ihrer Vergänglichkeit beschäftigen. Der Staat hat unser Verhältnis zum Tod beeinflusst. Die Behörden nehmen uns den Umgang mit Leichen aus der Hand.

SPIEGEL: Das ist doch gut.



Kreuz auf Münchner Friedhof

JOERG KOCH / DDP IMAGES / DAPD

Wilhelm: Früher konnten Sie die Leiche noch zu Hause waschen, schön herrichten und dann persönlich zum Friedhof tragen. Heute muss der Verstorbene 36 Stunden nach dem Todeszeitpunkt in der Kühlung einer Leichenhalle liegen. Wenn jemand in einer Tiefkühltruhe liegt, sind die persönliche Betreuung und das Abschiednehmen schwierig.

SPIEGEL: Wieso sind die Gesetze so streng?

Wilhelm: Ich glaube, das liegt am übertriebenen Hygienedenken der Deutschen. Die Menschen haben Angst vor etwas, das sie Leichengift nennen. Es gibt aber gar kein Leichengift. Leichen sind harmlos, aber sie werden so behandelt wie Giftmüll.

SPIEGEL: Wieso sollten sich Menschen überhaupt mit dem Tod beschäftigen, solange sie leben?

Wilhelm: Wenn sie sich damit beschäftigen, sind sie vorbereitet. Sie können selbst entscheiden, ob sie verbrannt oder in der Erde oder in der See bestattet werden. Und sie können in Ruhe die Preise der Bestatter vergleichen. Das macht man meistens nicht, wenn ein geliebter Angehöriger stirbt.

Peter Wilhelm: „Darf ich meine Oma selbst verbrennen? ... und andere skurrile Fragen an Deutschlands bekanntesten Bestatter“. Knauer Taschenbuch Verlag, München; 224 Seiten; 8,99 Euro.

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE

Kettenreaktion

Warum ein Heimatvertriebener zur Motorsäge griff

Norbert Switalla schaute noch einmal lange auf das Haus, das bis vor kurzem ihm gehört hatte. Die Obstbäume hatte er selbst gepflanzt, vor zehn Jahren, zur Geburt seines Sohnes. Die Wände hatte er isoliert und gestrichen, weiß und lindgrün. Hier hat er gewerkelt und gegrillt, der Sohn lernte auf dem Grundstück laufen. Dieses Haus im schwäbischen Türkheim sollte ein Heim werden, für ihn und seine Familie, aber es war ganz anders gekommen, und deshalb stand Switalla nun hier. Mit einer Kettensäge in der Hand.

Als Erstes fielen die Obstbäume, dann zersägte Switalla das Garagentor, rammte mit der rechten Schulter die Haustür auf und richtete die Säge auf die Deckenisolierung.

Ein Nachbar hörte den Lärm des Benzinmotors und schrie: „Hören Sie sofort auf!“, aber Switalla hörte erst auf, als die Polizei ihn stoppen wollte.

Eine Woche später sitzt Switalla, 54, im Unterallgäu vor einem Glas Bier und sucht nach einer Erklärung für seinen Ausraster. Er ist ein stämmiger Mann mit ordentlicher Kleidung, er sagt, eigentlich lege er viel Wert auf Regeln. Die Frage nach dem „Warum“ surrt durch den Raum wie eine lästige Fliege. Switalla zögert lange, schließlich sagt er: „Es war eine Kettenreaktion.“

Am Anfang dieser Kette steht, so sieht es jedenfalls Norbert Switalla, die Suche nach der richtigen Frau. Switalla, Sohn eines schlesischen Bauern, hat nicht viel Erfahrung mit Frauen. Er kommt in Sternalice, einem 800-Seelendorf, auf die Welt. 1981 zieht er von Schlesien nach Ost-Berlin, jobbt herum, geht später im badischen Freiburg ins Kloster, landet schließlich im Allgäu und wird Schaffner bei der Bahn. Seinen 43. Geburtstag feiert er allein. Er hat das Gefühl, dass etwas fehlt. Etwas, das glücklich macht. Eine Frau.

Norbert Switalla macht sich im Jahr 2000 auf die Suche nach dem Glück, allerdings so, wie andere Menschen nach

der richtigen Waschmaschine suchen. Er überlegt sich, was die Frau können muss: Ordnung halten und Kinder kriegen. Mit diesen Vorstellungen geht er zu einer Heiratsvermittlung. Die Vermittlung findet eine 35-jährige Polin. Sie kommt mit dem Bus von Polen nach München, am Bahnhof steht Switalla. Sie sind sich sympathisch. Sie erwarten beide nicht allzu viel vom Glück. Sie küssen sich beim ersten Treffen und heiraten im selben Jahr. „Es sollte schnell gehen“, sagt Switalla.



WOLFGANG MARIA WEBER / DER SPIEGEL

Mann wütet mit Kettensäge

Türkheim – Aus Wut über die Zwangsentwignung seines Hauses hat ein Mann im schwäbischen Türkheim (Landkreis Unterallgäu) sein früheres Anwesen mit einer Kettensäge gestürmt. Der 54-Jährige

Aus der „Süddeutschen Zeitung“

Seine Frau wird schwanger und wünscht sich ein eigenes kleines Haus, Switalla kauft ihr eins. Das Einkommen ist klein für ein Eigenheim, aber die Bank gibt einen Kredit, 133 000 Euro zu fünf Prozent Zinsen. Gemeinsam, glaubt Switalla, kann man es schaffen. Familie ist wichtig.

Die Frau gebärt einen gesunden Sohn. Switalla pflanzt den Garten voller Obstbäume. Er isoliert die Wände, streicht das Haus von außen. Aber drinnen rumpelt es.

Wenn Switalla abends nach Hause kommt, streiten sie sich. Anfangs nur gelegentlich, dann immer. Switalla sagt, die Frau habe Schreianfälle bekommen. Er habe es ihr nie recht machen können. „Ich mache dich fertig mit Hilfe der deutschen Gesetze“, soll sie ihm irgendwann gedroht haben.

Norbert Switalla glaubt, die Frau sei krank. In einer Illustrierten liest er von einer durch Strahlung ausgelösten Schilddrüsenunterfunktion. Die Symptome sollen ein dicker Hals und ein korpulenter Körper sein. Switalas Frau ist dick. Ihr Hals auch. Ist sie verstrahlt? Er geht mit ihr zum Arzt. Der Arzt findet nichts.

Switalla fühlt sich betrogen vom Leben. Er sucht Gründe für das Unglück und findet sie bei seiner Frau.

Noch vor dem dritten Hochzeitstag verschwindet sie mitsamt dem Sohn. Switalla kommt abends nach Hause, steht in einem leeren Haus und weint.

Er soll jetzt Unterhalt für die Frau zahlen, aber er weigert sich. Gerichtskosten entstehen. Die monatlichen Rechnungen für das Haus, 950 Euro, kann er nicht mehr zahlen. Es kommen Schreiben von der Bank. Immer mehr. 2009 zieht Switalla in ein Nachbardorf und meldet Insolvenz an. Er hat über 100 000 Euro Schulden, das Sorgerecht für seinen Sohn

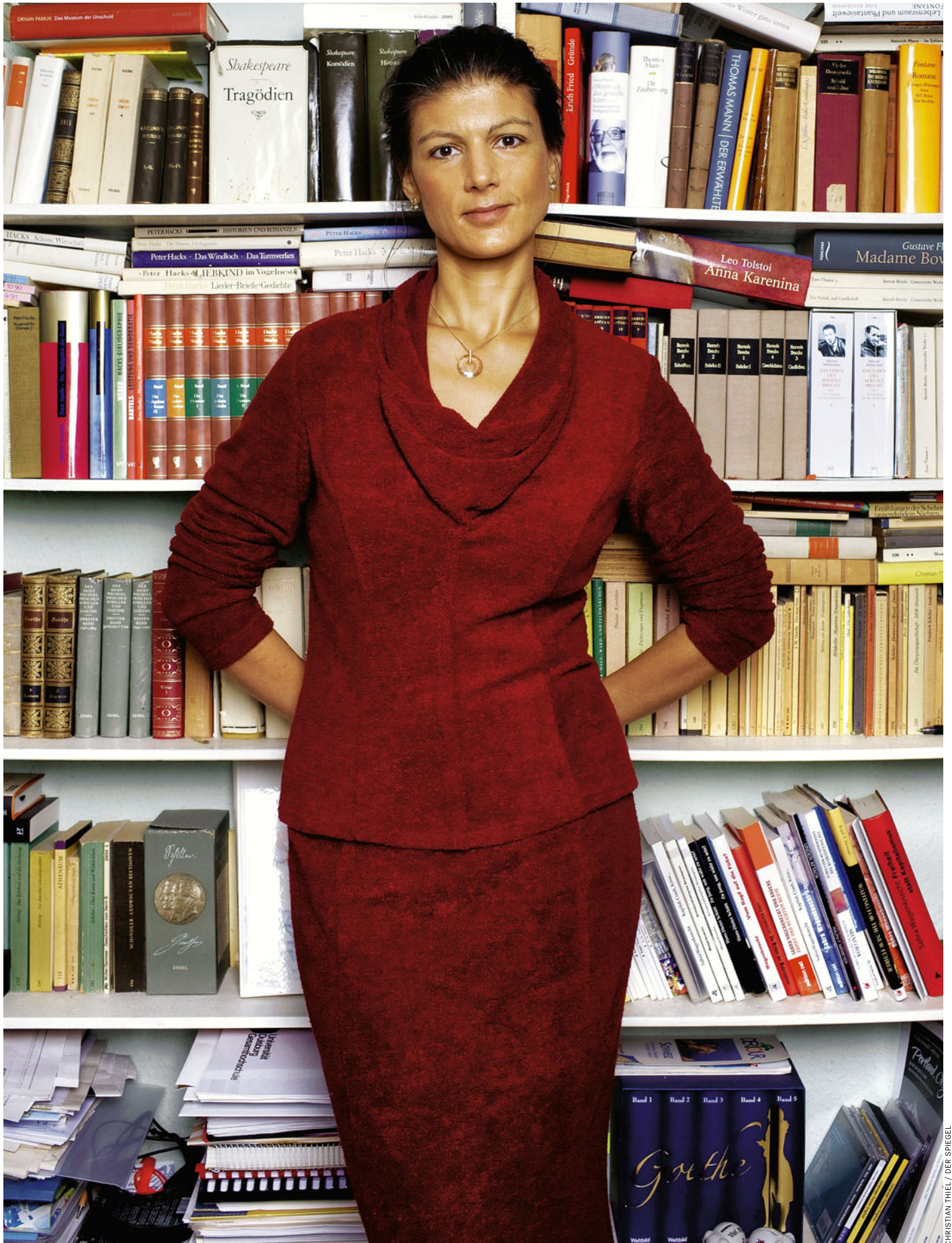
bekommt seine Frau. Switalas Ehe endet, wie tausend Ehen enden.

Im September dieses Jahres wird das Haus vom Amtsgericht Memmingen zwangsversteigert, für 66 000 Euro. Obwohl Switalla nicht mehr in dem Haus wohnt, bestellt er weiterhin den Garten. Die Bäume, die so alt wie sein Sohn sind, pflegt er weiter.

Als die neuen Eigentümer feststehen, fragt Switalla die Besitzerin, ob sie ihm etwas Geld für die Obstbäume und die Isolierung bezahle. Er sagt, dass er in einer Notsituation sei. Die neue Besitzerin soll gelacht und geschrien haben, genau so wie seine Frau. Da habe es ihm gereicht.

Sein Gehalt wird jetzt gepfändet, er wohnt zur Miete und fährt Rad. Von der Polizei hat Switalla eine Anzeige wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruchs bekommen. Wenn wieder etwas Geld da ist, sagt er, möchte er eine neue Frau suchen.

NORA GANTENBRINK



Linken-Politikerin Wagenknecht in ihrer Wohnung: Abends „etwas Leichtes“, also Goethe, Shakespeare

CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

Die neue Mitte

Als die Mauer fiel, war Sahra Wagenknecht traurig. Sie glaubte, der Kapitalismus werde für lange Zeit triumphieren. Nun, da sich Krise an Krise reiht, hofft die Sozialistin, ihn doch noch besiegen zu können. Dabei hat sie sich gut mit dem System arrangiert. *Von Markus Feldenkirchen*

Sie steht im Foyer des Heinrich Pesch Hauses, unweit von Oggersheim, unweit des Bungalows, den Helmut Kohl bewohnt, und wird begafft. Um sie herum Männer in Anzügen, Frauen in Blusen, Sekt in der Hand, westdeutsches Bürgertum. Sie verfolgen jede ihrer Bewegungen, fasziniert, neugierig, vorsichtig, als dürfe man sie weder anfassen noch ansprechen.

Sahra Wagenknecht fühlt sich unwohl, ihre Stirn zerknittert, ihr Blick schweift über die Leute hinweg ins Nirgendwo, als wären sie gar nicht da. Sie trägt ein typisches Wagenknecht-Kleid, eine seltsame Mischung aus Pariser Laufsteg und Großmutter Erbstück, die Haare sind am Hinterkopf festgetackert. Eigentlich müsste das Taxi schon da sein, es wird knapp, den letzten Flieger noch zu erwischen, sie will weg.

Jetzt aber fasst sich ein Mann ein Herz, geht ein paar Schritte auf sie zu und spricht sie an. „Ich habe immer den Helmut Kohl gewählt, und trotzdem muss ich Ihnen sagen: Sie sprechen mir aus der Seele! Sie sind eine wunderbare Frau. Und wenn ich das noch hinzufügen darf: eine wunderschöne Frau!“ Wagenknecht sieht sich um, als könne eine andere gemeint sein. Aber da ist niemand.

Drinnen im Saal hat sie eben mal wieder den Kapitalismus bekämpft. Sie wurde gefeiert von den Leuten, die jetzt um sie herumstehen, ihr Gegner, ein Professor und Freund des Kapitalismus, hatte keine Chance. Vor einigen Jahren wäre dies hier im Westen ein ungleicher Kampf gewesen, Wagenknecht hätte gar nicht erst anreisen müssen. Sie hätte nicht nur den Professor gegen sich gehabt, sondern auch das Publikum. Den Zeitgeist sowieso.

Sie, die immer am Rande stand, die ihr Leben lang Außenseiterin war, scheint plötzlich in der Mitte der Gesellschaft angelangt zu sein, sogar hier, in der Nachbarschaft von Helmut Kohl, dessen Wiedervereinigung sie niemals wollte.

Ihr Bewunderer steht noch immer neben ihr und wartet auf eine Reaktion. „Ja, ähm, gut“, sagt Wagenknecht

schließlich, sie wirkt hilflos, sie ist so viel Zuneigung noch nicht gewöhnt. Dann ist das Taxi endlich da.

Die Kombination aus Schönheit, Geheimnis und Kapitalismuskritik ist in diesen Zeiten eine äußerst attraktive – nicht nur in Oggersheim. In ihrer Partei, der Linken, sprechen sich inzwischen selbst politische Gegner wie Bodo Ramelow dafür aus, Wagenknecht zur Parteivorsitzenden zu küren. Sie selbst lehnt eine Kandidatur zwar noch ab, weil ihr der Job zu stressig sei und weil sie sich nicht

mehr funktioniert“, sagt Wagenknecht, „ist dieses: Ihr habt doch alles versiebt in der DDR, jetzt haltet mal den Mund.“ In den Neunzigern sei das ein Totschlagargument gewesen. Es schien, als habe der Kapitalismus auf ewig gesiegt.

Die Neunziger waren jene Zeit, als die Deutschen Sahra Wagenknecht für Stalins Tochter hielten. „Ich wurde hingestellt als potentieller Gewaltdiktator, als Frau, die Gulags in Deutschland errichten will.“ Was sie verschweigt, ist, was sie selbst zu diesem Image beigetragen hat.

Sie glaubt, dass es viele solche Missverständnisse um ihre Person gebe. Um ihre Version zu erzählen, hat sie einen Sonntagabend in der Havanna-Bar vorgeschlagen. Sie liegt in der Nachbarschaft ihrer Wohnung im Berliner Stadtteil Karlshorst, vereinbart war 17 Uhr. In ihrer SMS hieß es: „Um die Zeit ist es da auch noch relativ ruhig, und es gibt, glaube ich, die Cocktails sogar zum halben Preis.“

Das Havanna ist ein Ort, der die Mallorca-Hits des Sommers mit einem Hauch von Kuba vereint. Wagenknecht möchte drinnen sitzen, weil die Haare noch feucht sind vom Duschen nach dem Joggen. Sie nimmt Platz unter einem

Porträt von Ernesto „Che“ Guevara und bestellt einen Daiquiri Hemingway. „Cocktail Happy Hour ist super“, sagt sie.

Sie sitzt da, erzählt von ihrem Leben und wirkt lustiger als die strenge Dame aus dem Fernsehen.

Dass ihre Geschichte die einer Außenseiterin werden würde, war ihr schon in die Wiege gelegt. 1969 in Jena geboren, wächst sie ohne ihren Vater auf. Der stammt aus Persien, studiert in West-Berlin und darf nur als Tagesbesucher ins andere Deutschland. Als Sahra drei Jahre alt ist, bricht der Kontakt ab. Zurück bleiben das H in der Mitte ihres Vornamens, ein Anklang ans Persische, sowie die dunklen Haare und Augen.

Weiß sie, was aus ihm geworden ist? Hat sie je nach ihm gesucht?

Sie schaut auf die Tischplatte. Eigentlich möchte sie nicht über das Schicksal des Vaters reden, dann aber sagt sie, dass



Linken-Parteichefs Ernst, Löttsch: Der Druck wird wachsen

auf eine Kampfkandidatur gegen die Vorsitzende Gesine Löttsch einlassen wolle. Doch der Druck auf sie wird wachsen.

Es gibt dieser Tage kaum eine Talkshow, in die sie nicht eingeladen wird. „Immer wenn ich den Fernseher anmache, sehe ich dich“, hat ihr ein Parteifreund neulich sehr beeindruckt erzählt.

Sie hat ihr ganzes Leben einsam gegen den Kapitalismus gekämpft, und nun, nach all den Finanzkrisen, geben 83 Prozent der Deutschen an, ebenfalls das Vertrauen in den Kapitalismus verloren zu haben. Vor den Banken schlafen jetzt Menschen in Zelten, um zu protestieren. Es scheint, als wolle die Geschichte ihr doch noch recht geben.

Später im Taxi zum Frankfurter Flughafen sitzt sie unruhig auf der Rückbank. Sie will auf keinen Fall den letzten Flieger verpassen, die Zeit ist jetzt knapper als früher, sie ist gefragt. „Was heute nicht



CLEMENS BILAN / DAPD

Parteifreunde Wagenknecht, Lafontaine (r.): Freude am Aufstieg

es bekanntlich nicht leicht sei, in Iran zu recherchieren. „Und vielleicht will ich gar keine Gewissheit haben, was sie mit ihm gemacht haben.“ Wagenknechts Blick verliert sich im Raum. Im Iran des Schahs wurden Systemkritiker in der Regel gefoltert. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass er sich nicht gemeldet hätte, wenn er noch am Leben wäre.“

Mit drei Jahren verweigert sie den Besuch im Kindergarten. „Ich wollte lesen. Im Kindergarten aber musste man hüpfen, springen und singen. Das fand ich langweilig“, erzählt sie im Havanna.

Eine Rolle spielt auch das Erbe des Vaters, die dunklen Augen, das Haar, der Teint. „Als Kind hatte ich deshalb Angst, die anderen würden mich nicht mögen.“ Sie hört Sprüche wie „Huch, was ist denn das für ein Wesen?“ Von da an zieht sich Sahra Wagenknecht in sich zurück. Sie wird zum Sonderling.

„Bei Ihnen alles okay?“, fragt die Bedienung. Wagenknecht schaut ihr leeres Cocktailglas an und kichert. „Wenn ich nicht aufpasse, trinke ich viele von dem Zeug.“ Man kann sich das nur schwer vorstellen, so diszipliniert, wie sie wirkt.

In der Schule, zur DDR-Zeit, bleibt sie Außenseiterin. Während des Zivilverteidigungsunterrichts in Wittstock, einer vormilitärischen Ausbildung für Schüler, soll sie Uniform tragen, den Gleichschritt proben und mit Gasmasken über den Boden robben. Die Nächte muss sie mit drei Mädchen in einer Stube schlafen. „Für mich ist das Vollstress, nicht alleine sein zu können.“ Vom ersten Tag an verweigerte sie die Nahrungsaufnahme. „Wenn ich mich wirklich unwohl fühle, dann kann ich nicht mehr essen. Das ist bis heute so.“

In der DDR wird ihr die Unfähigkeit zu essen als Hungerstreik ausgelegt, der Vorgang wird aktenkundig, später ist er der entscheidende Grund, warum sie nicht studieren darf. In ihrer Beurteilung

heißt es, dass sie „nicht genügend aufgeschlossen“ sei „fürs Kollektiv“.

Statt zu studieren soll sie erst mal arbeiten, als Sekretärin. Dass man ihr ausgerechnet eine Stelle an der Universität zuweist, gehörte wohl zu den kleinen Perversitäten dieses Staates. Nach drei Monaten kündigt sie, „weil mir die Arbeit zu eintönig war. Ich wollte lesen“. Sie zieht sich in ihre Karlsruher Wohnung zurück und unterrichtet sich selbst.

Das Klingelschild ist verwittert, die Stimme aus der Gegensprechanlage klingt schüchtern wie die eines Mädchens. „Ja bitte?“ Wagenknecht wohnt noch heute in derselben Wohnung wie damals als 19-Jährige, zu DDR-Zeiten zahlte sie 40 Ostmark für die drei Zimmer.

Oben im Arbeitszimmer steht sie in einem ihrer roten Samtkleider vor mint-

Sie hört Sprüche wie „Huch, was ist das für ein Wesen“ und zieht sich zurück.

grüner Tapete und erläutert die einzelnen Phasen ihres Selbststudiums. An der Wand hängen Porträts von Marx und Goethe, auf einem Schaukelstuhl aus Bambus sitzt ein kleiner Stoffhund.

Der Raum ist übersät mit Büchern, sie lagern in den weißen Holzregalen, die ihr Großvater ihr gezimmert hat, auf dem Schreibtisch, selbst auf dem Teppich.

Sie deutet auf einen Abschnitt ihrer Bücherwand. „Hier ging’s los“, sie zeigt den kompletten Goethe, Thomas Mann, Shakespeare, Peter Hacks, die deutschen Klassiker. „Und hier ist der Faust.“ In ihrer Hand hält sie nun ein 30 Jahre altes, zerfleddertes Reclam-Heftchen, das sich in fünf Teile aufgelöst hat. In der 10. und 11. Klasse hat sie mal eben Faust I und II auswendig gelernt, einfach so, weil es ihr gefiel. Sie konnte jede Zeile aufsagen.

Im Regal gegenüber die Philosophen, eine ganze Wand mit allem, was Marx, Engels, Lenin und die anderen Kommunisten je von sich gegeben haben, auch eine 13-bändige Stalin-Gesamtausgabe. Zwischen den Herren steht ein Foto von Rosa Luxemburg, Wagenknechts Lieblingskommunistin. Und hier die Ökonomie, ein drittes Regal, sie streicht mit dem Handrücken über Buchrücken, auf denen Namen wie Adam Smith oder Alan Greenspan stehen. Man müsse die kapitalistischen Feinde kennen, sagt Wagenknecht. Sie lesen, deuten, verstehen.

Ende der achtziger Jahre, während draußen vor dem Fenster die DDR dahinsiecht, sitzt Wagenknecht in diesem Zimmer und unterrichtet sich selbst, diszipliniert, „wie eine Besessene“. Tagsüber die Philosophen, abends „was Leichtes“, wie sie sagt, Goethe und Shakespeare. Sie gibt Nachhilfe, ab und zu ruft ihre Mutter an, sonst redet sie mit niemandem. Ihr Leben nimmt autistische Züge an.

In der DDR gilt sie nun als Asoziale, wird geächtet, sogar von der eigenen Familie. Das Strafgesetzbuch der Republik untersagte, „sich aus Arbeitsscheu einer geregelten Arbeit“ zu entziehen. Als Strafe drohen bis zu zwei Jahre Knast.

Als sie am 10. November aus dem Radio vom Fall der Mauer hört, empfindet sie dies als schlimmsten Tag ihres bisherigen Lebens. Sie weiß jetzt, dass es um den Sozialismus geschehen ist, dass sie verloren hat. Das ihr zustehende Begrüßungsgeld Holt sie niemals ab.

Es ist die erste große Paradoxie im Leben der Sahra Wagenknecht. Sie trauert einem Staat nach, der sie zur Hungernen werden ließ, sie zur Asozialen erklärte und einsam machte.

In einer Ecke läutet jetzt ihr Handy mit der Titelmelodie aus dem Film „Die fabelhafte Welt der Amélie“. Eben habe auch noch die „Tagesschau“ angerufen, erzählt sie, sie wollten ein Statement von ihr zur Griechenland-Krise. Die „Tagesschau“ ruft nun fast täglich bei ihr an.

An einem lauen Herbstabend läuft sie nach einer Lesung durch den örtlichen Bahnhof und sagt, dass sie riesigen Hunger habe. „Holen wir uns eine Tüte?“ Sie steuert einen Imbiss namens Asia Hung an und bestellt Reis mit Wok-Gemüse. Das mit dem Essen ist gerade kein Problem für sie. Es geht ihr gut.

Dies ist die zweite Paradoxie ihres Lebens. Jenes System, das sie einst so verfluchte, bietet ihr jene Möglichkeit zur Entfaltung, die sie offenkundig zufrieden macht. Die Asia-Tüte nimmt sie mit in die 1. Klasse. Auf der Höhe von Lutherstadt Wittenberg ist es Zeit, mal wieder über Walter Ulbricht zu reden, ihr einstiges Idol. Sie erzählt, dass sie kurz nach der Wende das Archiv der SED besucht hat und sich die Protokolle der Sitzungen des Politbüros geben ließ. „Wenn schon



JÜRGENS PHOTO

DDR-Staatsgrößen Honecker, Ehepaar Ulbricht 1968: „Riesige Chance vertan“

alles den Bach runtergeht, wollte ich wenigstens wissen, warum“, sagt sie. „Warum wurde diese riesige Chance vertan, nach dem Zweiten Weltkrieg einen anderen Weg zu gehen?“

In der Kurzfassung lautet ihre Erklärung so: Bis zu Erich Honeckers Machtübernahme 1971 lief es gut für den Sozialismus. Walter Ulbrichts Konzept des „Neuen Ökonomischen Systems“ hätte den Kapitalismus des Westens durchaus in die Knie zwingen können. Dann aber kam Honecker und verspielte den Sieg. Er schmiss mit sozialen Leistungen um sich, zerstörte die Kleinbetriebe und erstellte Fünfjahrespläne ohne Ehrgeiz. Während Ulbricht noch Ziele hatte, war Honecker ein Weichei. Dies ist Wagenknechts Version. In Wahrheit verfolgte Ulbricht zwar ein anderes Konzept als Honecker. Die Vorstellung, damit den Westen überholen zu können, ist jedoch abenteuerlich.

Aus dem SED-Archiv zurück in ihrer Wohnung, verfasst sie einen langen Artikel, der 1992 in den „Weißenseer Blättern“ abgedruckt wird, einer kommunistischen Postille, die ein Stasi-Theologe herausgibt. Der Essay trägt den Titel „Marxismus und Opportunismus“ und ist ihr frühes Glaubensbekenntnis. Sie verteidigt darin den Mauerbau, preist die Verdienste Ulbrichts und Josef Stalins. Über Terror und Gulags verliert sie kein Wort. Sie schreibt: *Was immer man – berechtigt oder unberechtigt – gegen die Stalin-Zeit vorbringen mag, ihre Ergebnisse waren jedenfalls nicht Niedergang und Verwesung, sondern die Entwicklung eines um Jahrhunderte zurückgebliebenen Landes in eine moderne Großmacht.*

„Das war ein ausgezeichnete Aufsatz“, sagt Hans Heinz Holz. Er liegt auf einem Sofa im Tessiner Bergdorf Sant’Abbondio und kann durch sein Wohnzimmerfenster auf den Lago Maggiore sehen. Bei Holz hat Wagenknecht Examen gemacht, er

war nach der Wende ihr Professor, Mentor und auch ihr Bruder im Geiste.

Holz saß als 17-Jähriger wegen Widerstands gegen die Nazis in Gestapo-Haft, er ist sein Leben lang glühender Kommunist geblieben. Er trägt ein blaues Hemd, blaue Krawatte, neben dem Sofa lehnt eine Krücke. Einige Rippen sind gebrochen, die Folgen einer Krankheit, aber er lächelt, wenn er von Sahra, seiner Studentin, erzählt. „Wir haben unglaublich intensiv geredet. Über Stalin, Marx und die Richtigkeit des Mauerbaus.“ Natürlich sei sie damals schon attraktiv gewesen, doch zugleich ungeheuer scharfsinnig und intelligent. „Sie war eine junge, begeisterte Revolutionärin.“

Wagenknecht besuchte ihn auch in Sant’Abbondio, er lud sie ein zu seinen Philosophischen Seminaren, eine ganze

Ihr Professor sagt: „Sie ist keine Revolutionärin mehr. Sie ist jetzt sehr anpasserisch.“

Woche tagten sie unter einer Pergola oder im Schatten seiner Zeder. Unten funkelte die Sonne auf dem tiefgrünen See.

Holz hätte es gern gesehen, wenn seine Sahra Professorin geworden wäre, aber sie ging in die Politik. „Sie hat sehr zielstrebig ihre Karriere verfolgt“, sagt er. „Unter Preisgabe erheblicher Positionen. Sie ist nicht mehr das, was sie mal war: die begeisterte Revolutionärin. Sie ist jetzt sehr, sehr anpasserisch.“

Vor ein paar Jahren trafen sie sich noch einmal bei einem Kongress der „Jungen Welt“, Wagenknecht begleitete Oskar Lafontaine, sie saßen am Tisch und redeten. „Da zeigte sich sehr deutlich, dass Sahra sich auf den Kurs von dem Lafontaine eingelassen hatte.“ Er klingt jetzt enttäuscht, wie ein Vater, der seine Tochter an einen anderen verloren hat.

„Ich war sehr beeindruckt von ihm“, sagt Wagenknecht heute über ihren Professor. „Aber mit Diktatur des Proletariats kann man heute keinen Blumentopf mehr gewinnen.“

Sie sitzt im ICE von Berlin nach Leipzig, am Abend soll sie aus ihrem neuen Buch „Freiheit statt Kapitalismus“ lesen. Zwischen dem Artikel „Marxismus und Opportunismus“ und diesem Buch liegen 19 Jahre, zwei Jahrzehnte, in denen sie sich von einer Verteidigerin Stalins zur gemäßigten Kritikerin der Marktwirtschaft gewandelt hat. In ihrem Buch taucht Stalin nicht mehr auf, selbst ihren Ulbricht hat sie verschwiegen, es fehlt auch die Absicht, eine Mauer zu errichten. Dafür ist jetzt viel von Ludwig Erhard und Walter Eucken die Rede, den Vätern der sozialen Marktwirtschaft.

Dass Wagenknecht heute keine Außenseiterin mehr ist, dass sie zur Stimme ihrer Zeit werden konnte, liegt nicht allein daran, dass der Kapitalismus in Not geraten ist. Die Verhältnisse mögen ihr entgegengekommen sein, aber sie hat sich auch selbst auf sie zubewegt. Man hat sich quasi in der Mitte getroffen.

Wagenknecht redet nicht gern über ihren eigenen Wandel, vielleicht verbietet es ihr Stolz, einfach zu sagen, dass sie früher ziemlichen Unsinn erzählt hat.

Stattdessen spricht sie von einem Dortmunder Unternehmer, der sie Ende der Neunziger eingeladen habe, seinen Maschinenbaubetrieb zu besuchen. Der Mann sei freundlich, sozial engagiert und die Angestellten seien zufrieden gewesen. „Das ist dann doch etwas anderes, als wenn man es nur aus den Büchern oder Statistiken kennt.“ Sie habe erkannt, sagt sie, dass der Kapitalismus produktiver gewesen sei als die DDR, vor allem innovativer, dass er viel größeren Wohlstand generiere als die Planwirtschaft, auch wenn dieser Wohlstand leider falsch verteilt werde.

Auch die Vorzüge der offenen Gesellschaft weiß sie inzwischen stärker zu würdigen. Bei „Günther Jauch“ kann sie den Kapitalismus in Grund und Boden reden. Im „Schwarzen Kanal“ wäre das mit dem real existierenden Sozialismus nicht gegangen. „Wenn ich in der DDR eine so massive Systemkritik geäußert hätte, dann wäre Gott weiß was geschehen.“

1997 heiratete sie den Filmproduzenten Ralph Niemeyer aus Bonn, der heute in Irland lebt. Dank ihm, seinen Freunden, seiner Verwandtschaft, habe sie erstmals verstanden, wie der Westen tickte.

Den entscheidenden Anteil an ihrem Wandel aber dürfte Oskar Lafontaine haben. Was er und Wagenknecht heute von sich gäben, sei nahezu deckungsgleich, lästern sie in der Linken. Die Frage sei, wer von wem abschreibe. Lafontaine hat ihr die Freude am Aufstieg beigebracht. Seit Jahren setzt er sich in der Linken für sie ein, hat ihren Aufstieg aus der „Kom-



Funktionärin Wagenknecht, Genossen auf dem Erfurter Parteitag im Oktober: Die Gutenachtgeschichte des Kapitalismus

munistischen Plattform“ zur stellvertretenden Parteichefin und nun voraussichtlich auch zur Vize-Fraktionschefin befördert. Vermutlich ist es so, dass sie sich mit der Bundesrepublik weit besser arrangiert hat, als sie es mit der DDR je konnte.

„Das ist offenbar in 'ner Kleingartenanlage, wo ich gleich lese“, sagt Wagenknecht kurz vor dem Aussteigen. Das Wort Kleingartenanlage klingt, als spräche sie über alte Strümpfe. Am Leipziger Bahnhof wartet der Siegfried von der örtlichen Linken mit seinem scheckheftgepflegten Chevrolet Nubira.

Vor einem Tor mit der Aufschrift „Kleingartenverein Seilbahn“ sagt der Siegfried, dass er sie hier leider rauslasse, weil er den Wagen noch parken müsse.

Wagenknecht steigt aus dem Nubira und trippelt einen Schotterweg entlang, vorbei an Gartenlauben und Gartzenzwergen. Ihr Gesicht verrät, dass ihr das hier nicht schmeckt. „Sie hätten gestern dabei sein sollen, da war ich in Bielefeld in einem richtig schönen großen Theater.“ Wagenknecht denkt nicht nur in ökonomischen, sondern auch in ästhetischen Kategorien. Jetzt steht sie vor einem Schild mit der Aufschrift „Samstag ab 11 Uhr Kesselgulasch aus der Kanone“. Im Saal wird es nicht besser: An den Wänden hängen 28 Collagen zur Geschichte des Kleingartenvereins „Seilbahn“. Ein Büchertisch bietet „Freiheit statt Kapitalismus“ und Werke wie „Ossis fallen immer auf. Ein Rentner-Trio auf Reisen“. Auf den Stühlen sitzt ihre Klientel von früher, viele Jeanshemden, viele Herrenhandtaschen.

„Nun zum Thema“, sagt die Moderatorin: „Das Thema heißt:“ Kurze Pause. „Das Thema heißt: Sahra wird aus ihrem Buch vorlesen.“ Wieder Pause. „Und die-

ses Buch hat 'nen Titel.“ Sie schaut runter auf das vor ihr liegende Buch: „Freiheit statt Kapitalismus“. Selten ist eine Lesung umständlicher angekündigt worden.

Leider fehlt ein Mikrofonständer. „Das ist jetzt etwas ungewohnt, mit dem Mikro in der Hand zu lesen“, sagt Wagenknecht. Sie hat nun schlechte Laune. Als sie loslegen will, pfeift auch noch die Anlage, ihr Blick wird immer genervter. Sie, die für eine menschlichere Gesellschaft kämpft, kann sehr ungemütlich wirken, wenn ihr etwas nicht passt. Dann endlich der erste Satz ihres Buchs:

„Wer möchte überhaupt noch im Kapitalismus leben?“

Mit der Bundesrepublik hat sie sich besser arrangiert, als sie es mit der DDR je konnte.

Sie liest langsam, mit dunkler, weicher Stimme, betont die Worte, als erzählte sie von bösen Löwen und Schlangen. Es ist ihre Gutenachtgeschichte, die Gutenachtgeschichte des Kapitalismus.

An seine Stelle will sie einen „kreativen Sozialismus“ setzen. In diesem werden die Banken und andere Industrien wie die Energiebranche verstaatlicht sein. Erben wird man nur noch bis zu einer Million Euro, Betriebe sollen nach dem Tod des Unternehmers in den Besitz der Belegschaft übergehen, generell sollen die Mitarbeiter über die Mehrheit des Betriebs verfügen, in dem sie arbeiten. Eine „neue Eigentumsverfassung“ nennt sie das. Private Vermögen und hohe Einkommen werden massiv besteuert. Dass ein solches Modell nirgendwo auf der Welt erfolgreich probiert wurde, stört sie nicht.

Im Kleingartenverein Seilbahn kommt ihr „Kreativer Sozialismus“ ausgezeichnet an, im Westen dagegen weniger. In Ludwigshafen gibt es einen kurzen Moment, in dem die Stimmung gegen sie kippt. Es ist der Moment, da sie den Menschen erzählt, dass sie Erbschaften stark begrenzen will. „Ach du grüne Neune“, raunt einer im Publikum, ein anderer ruft „Heiliger Strohsack“.

Das Problem der Sahra Wagenknecht ist, dass die meisten Menschen sie nur als Kritikerin des Kapitalismus schätzen, weil sie klug und belesen ist. Sie feiern ihre Zerstörungskraft, ohne zu mögen, was sie errichten will. Sie wollen die Exzesse des freien Markts bändigen, aber keinen Sozialismus, nicht mal einen „kreativen“. Auch deshalb profitiert ihre Partei bis heute nicht von der Krise.

Die Mehrheit sehnt eher den Rheinischen Kapitalismus der alten Bundesrepublik zurück, jener goldenen Zeit, als die Marktwirtschaft noch Konkurrenz hatte, als der Kapitalismus nicht nur effizienter, sondern auch anständiger sein wollte als sein sozialistischer Gegner.

Trotzdem hätte Wagenknecht nach dem Ende des Kalten Krieges, des Wettbewerbs der Systeme, nie geglaubt, dass der Sieger so rasch seinen Ruf ruinieren würde. So ist am Ende eines langen Abends in der Havanna-Bar noch eine Frage offen: Hat sie, seine schärfste Kritikerin, den Kapitalismus am Ende überschätzt?

Die Frage gefällt ihr, sie lächelt, ein ambivalentes Lächeln, das die alte wie die neue Wagenknecht vereint.

„Ja“, sagt sie, als sie ausgelächelt hat. „Das muss man wohl so sagen.“ ♦



Der Fluch von 1974

Ortstermin: In seinem rheinland-pfälzischen Heimatdorf versteckt sich der Magdeburger Fußballprofi Daniel Bauer vor aggressiven Fans.

Der Fluchtwagen war natürlich nicht optimal. Es ist ein Škoda, der auf allen Seiten mit Werbung für den 1. FC Magdeburg beklebt ist. Als Mannschaftskapitän hatte Daniel Bauer ein Anrecht auf das Sponsorenfahrzeug eines Magdeburger Autohauses. Das blau-weiße Fanmobil fällt schnell ins Auge, hier in der blassen Seitenstraße einer kleinen rheinland-pfälzischen Ortschaft, wo sich Bauer seit über einer Woche versteckt hält.

Bauer steht mit seiner Freundin Olga, die ihm hierher gefolgt ist, im Vorgarten seines Elternhauses. Der kleine Bruder hat für die beiden sein Zimmer geräumt. Es ist ein schlichtes Einfamilienhaus mit Garten, in dem eine Hollenbachschaukel steht. Vorm Haus steht der Škoda, hinterm Haus gibt es einen Hügel, in der Ferne summt die A 61 zwischen Koblenz und Bonn. Der Fußballprofi ist so tief in den Westen geflüchtet, wie es ging. Aber die Flucht ist noch nicht vorbei.

Momentan wartet er auf eine Nachricht der Koblenzer Polizei, wo er zum Fall aussagen soll.

Wenn man ihm folgt, geht der Fall so: Vor über einer Woche klingelte es abends in Bauers Wohnung in der Magdeburger Innenstadt. An der Sprechanlage meldete sich ein Pizza-Service. Bauer hatte keine Pizza bestellt, und als er die Haustür öffnete, sah er, dass es auch keine gab. Dort standen etwa zehn Männer mit blau-weißen Sturmmasken. Sie blockierten die Tür und forderten ihn auf, im nächsten Ligaspiel gegen den Lokalrivalen Halle endlich zu gewinnen, ansonsten würden sie wiederkommen. Dann verschwanden sie in der Nacht.

Bauer stand einen Moment schlotternd in der Tür, sagt er, dann rief er seinen Trainer an, einen Mitspieler und den Zeugwart. Sie sprachen ihm Mut zu, aber das half nicht viel. Er sagt, dass er erst im Morgengrauen für zwei Stunden eingeschlafen sei.

An eine Anzeige habe er nicht gedacht, sagt er. Er fürchtete, dass es die Fans nur noch wütender machen könnte. Außer dem setze er nicht allzu viel Vertrauen in die Magdeburger Polizei. Schon in der

vorigen Saison habe die vergebens versucht, einen anonymen Anrufer zu ermitteln, der ihm mit Mord gedroht hatte.

Bauer erschien am Tag nach dem nächtlichen Besuch noch einmal zum Training, aber er konnte sich nicht auf Fußball konzentrieren, sagt er. Er erklärte seinem Trainer, dass er im Moment nicht in der Lage sei, der Mannschaft zu helfen. Der Trainer hatte Verständnis. Bauer packte das Sponsorenauto und fuhr viereinhalb Stunden lang westwärts.

Daniel Bauer glaubt nicht, dass sich der Zorn der Fans gegen ihn als Fußballer

hocken im Keller der Regionalliga, und das Budget wird immer kleiner. Bauer ist mit 4000 Euro brutto im Monat ein Spitzenverdiener. Im Moment hat der Verein nicht einmal mehr einen Trikotsponsor. Doch die Fans und auch die Vereinsführung haben das Gefühl, ganz oben mitspielen zu müssen, sagt Bauer. Wie früher. Es ist ein 37 Jahre währender Fluch. Der Club ist zum Erfolg verdammt. Und er auch. Das wollten sie ihm wohl an seiner Tür mitteilen. Die Vereinsführung hatte den Vorfall zunächst verschwiegen. Auf ihrer Website meldete sie, Bauer falle

eine Zeitlang wegen familiärer Probleme aus.

Bauer sah das Spiel gegen Halle mit seinen Eltern im MDR-Regionalfernsehen. Irgendwann sagte der Moderator, Bauer könne nicht spielen, weil er seine Mutter besuchen musste, die einen Nervenzusammenbruch erlitten habe. Als sie das hörte, sei seine Mutter aufgesprungen und durchs Zimmer gehüpft, sagt Bauer. Da hat er beschlossen, dass die richtige Geschichte erzählt werden soll. Aber er hat die Wucht dieser Geschichte unterschätzt, die mitten in eine hitzige Diskussion über Fan-gewalt fiel. Tagelang ging er nicht mehr ans Telefon.

Der Club hat bekanntgegeben, dass er ihn gern zurückhaben wolle, aber Bauer kann sich das im Moment nur schwer vorstellen. „Der Verein würde mir eine neue Wohnung suchen“, sagt er, „aber Magdeburg ist eine sehr kleine große Stadt. Ich will ja auch mal rausgehen.“ Seine Freundin nickt. Sie studiert in Magdeburg und kellnert nebenbei in einem der bekanntesten Restaurants.

Sie machen einen Spaziergang zu dem Dorfplatz, auf dem er begonnen hat, Fußball zu spielen. Das Tor ist abgeschlossen, aber Bauer findet das Loch im Zaun, das es immer gab, und sie schlüpfen durch. Sie laufen eine kleine Böschung hinunter, an der zugewucherten Weitsprunggrube vorbei zum Spielfeld, das zwischen den bunten Laubbäumen liegt wie eine Insel. Es ist ganz still. Bauer schaut sich um. Hier ist er so weit weg von den verfluchten Magdeburger Europapokal-Geistern, wie es geht.

ALEXANDER OSANG



Fußballer Bauer: „Ich will ja auch mal rausgehen“

richtete. Er sei als defensiver Mittelfeldspieler, der keinen Zweikampf scheue, immer sehr beliebt gewesen. Er denkt, dass sie ihn aussuchten, weil er bekannt ist, weil das Auto vor der Tür stand und weil sie sich immer noch nicht damit abfinden können, dass ihr Lieblingsverein nur in der Regionalliga spielt. Der 1. FC Magdeburg war vor vielen Jahren mal eine große Nummer. Er ist der einzige DDR-Fußballclub, der jemals einen Europapokal geholt hat, 1974 gegen den AC Mailand. Die Magdeburger Helden trugen den Pokal in weißen Siegerbademänteln durch die Nacht wie einen Traum. Davon hat sich der Club offenbar bis heute nicht erholt.

„Sie haben das schon in meinem Einstellungsgespräch abgefragt“, sagt Bauer, der in Rheinland-Pfalz geboren und 29 Jahre alt ist. „Du weißt doch? ‘74!“

In jeder Krise meldet sich ein alter Europapokal-Held zu Wort, und Krisen gibt es seit 20 Jahren ununterbrochen. Sie

SASCHA RHEKER / DER SPIEGEL

Der kleine König

Vor 300 Jahren wurde der populärste Herrscher der Deutschen geboren: Friedrich der Große. Das Leben des Hohenzollern ist reich an Mythen, Legenden und Widersprüchen. Doch wer war er wirklich: Dämon oder Wohltäter, Despot oder Aufklärer?

Wie muss ein Monarch sein, damit ihm sein Volk den Beinamen „der Große“ verleiht? Kühn, gerecht, gütig, großherzig?

Als König Friedrich II. von Preußen in den frühen Morgenstunden des 17. August 1786 im Alter von 74 Jahren starb, zündeten die Menschen in vielen Häusern Berlins vor Freude Kerzen an, und auf den Straßen machte das Wort die Runde, man solle Gott danken, das „alte Ekel“ sei endlich tot.

Auch unter den oberen Zehntausend trauerten nur wenige, wie der französische Abgesandte Honoré Graf de Mirabeau erstaunt registrierte. Alle Gesichter hätten „Erleichterung und Hoffnung“ gezeigt, nicht „ein Bedauern, nicht ein Seufzer, nicht ein Wort des Lobes“ sei zu vernehmen gewesen.

Von Friedrich Schiller ist überliefert, dass er den Vorschlag eines Freundes, er möge ein ehrendes Gedicht verfassen, nach mehreren Jahren Bedenkzeit ablehnte. Friedrich sei „kein Stoff“ für ihn, schrieb er, er könne „diesen Charakter nicht lieb gewinnen“.

Zum „Liebgewinnen“ eignete sich der Preußenkönig mit den vorstehenden Augen in der Tat wenig. Die Ärzte diagnostizierten bei dem 1,60 Meter kleinen Mann „temperamentum cholericum-melancholicum“ – er war ein Leuteschinder, der seine Untergebenen mit Stockschlägen und Flüchen („Esel“, „Windbeutel“, „Halunken“) traktierte; ein Despot, der sich amüsierte, wenn Soldaten unter seinem Fenster Speißrutenlaufen mussten und ihnen die blutigen Hautfetzen vom Rücken hingen.

Erschien er auf seine alten Tage bei Festen, erstarben die Gespräche und erstarrten die Gesichter. Ein kalter Intrigant, durchtrieben und verschlagen. Thomas Mann wird später über ihn schreiben, er sei ein „boshafter Troll“ gewesen.

Und doch vermochten sich die Deutschen schon wenige Jahrzehnte nach seinem Ableben in einer Weise für ihn zu begeistern wie für keinen anderen deutschen Herrscher. Es gibt ja schließlich auch den anderen Friedrich, dessen Bi-

lanz sich so eindrucksvoll liest: den aufgeklärten Reformator mit der Querflöte, der Schloss Sanssouci in Potsdam bauen ließ und mit Geistesgrößen wie dem Dichter Voltaire auf Augenhöhe verkehrte. Und den Feldherrn, der Preußen in drei Schlesischen Kriegen als Großmacht etablierte. Ohne diese Waffengänge wäre der deutsche Nationalstaat vermutlich unter der Führung Österreichs gegründet worden, mit Wien als Hauptstadt.

Friedrich der Große: Apostel der Aufklärung und Machtmensch zugleich.

Unter seinen Bewunderern fanden sich daher Vertreter aller politischen Richtungen: Liberale und Marxisten, Nazis und Widerständler, Demokraten und Diktatoren. Unter seinen Kritikern freilich auch.

Und fast immer verband sich mit der Lobpreisung oder Verdammung Friedrichs eine politische Aussage. Wenn Liberale im 19. Jahrhundert die Aufgeklärtheit des Verstorbenen rühmten, monierten sie zugleich den Muff ihrer Zeit. Adolf Hitler schwärmte wiederum vom „Helden von Sanssouci“, weil er mit Friedrichs Präventivkriegen seinen eigenen Griff nach der Weltmacht zu rechtfertigen suchte. Und auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker und DDR-Chef Erich Honecker verfolgten in den 1980er Jahren ein geschichtspolitisches Anliegen, indem sie Friedrich öffentlich Bewunderung zollten: Beide wollten das preußische Erbe für die Kunststaaten Bundesrepublik Deutschland respektive DDR reklamieren.

Andererseits verstand die Öffentlichkeit, was 1969 der damals frisch vereidigte Verteidigungsminister Helmut Schmidt aussagen wollte, als er bei seinem Antritt eine Büste Friedrichs aus dem Ministerbüro entfernen ließ: Mit dem Präventivkrieger Friedrich, diesem „Alexander dem Großen im Taschenformat“, mochte der Sozialdemokrat nichts zu tun haben.

Die Episode auf der Hardthöhe liegt mehr als eine Generation zurück, und inzwischen haben sich die Umstände deutlich verändert; die Deutschen leben in einem saturierten Staat, der zu den libe-

Idol Friedrich der Große (Druck von Andy Warhol,



1986): Apostel der Aufklärung und Machtmensch zugleich

ralsten der Welt zählt; niemand führt mehr Friedrich als Eroberer oder Aufklärer ins Feld, um politisch zu punkten. Und so steht eine neue Form der Auseinandersetzung bevor: eine sachliche, eine differenzierte.

Denn es ist wieder einmal Friedrich-Zeit in Deutschland. Am 24. Januar jährt sich zum 300. Mal der Geburtstag des Hohenzollern, und schon jetzt zeichnet sich ab, dass das öffentliche Gedenken historische Ausmaße annehmen wird. Die Verlage überschwemmen den Buchmarkt in diesen Wochen mit mehr als zwei Dutzend Neuerscheinungen zu Friedrich dem Großen. Weltrekord. Es sind gelehrte Studien darunter, etwa die neue Biografie von Jürgen Luh, und viel Unterhaltsames wie das Friedrich-Lexikon von Norbert Leithold.

Andere Autoren wandeln auf Friedrichs Spuren in Brandenburg und Berlin, kochen seine bevorzugten Gerichte nach oder vergleichen ihn mit George Washington. Fritz sells.

Im nächsten Frühjahr wird die „Stiftung Preussische Schlösser und Gärten“ im Neuen Palais in Potsdam auf 6000 Quadratmetern die teuerste Ausstellung ihrer Geschichte eröffnen: „Friederisko“. Der Titel, zusammengesetzt aus „Friedrich“ und „Risiko“, spielt auf die Neigung des Königs an, im Krieg eine Strategie des „Alles oder nichts“ zu verfolgen.

Zahlreiche Räume des Schlosses werden dann erstmals für das Publikum geöffnet. Fast alle Aspekte der 46-jährigen Regentschaft werden dort oder in den anderen Schauen zum 300. Jahrestag behandelt: die Kronprinzenzeit (im Schloss Rheinsberg), seine Haltung zu Schlesien (im Oberschlesischen Landesmuseum Ratingen), seine Verklärung durch die Nachwelt (im Deutschen Historischen Museum



Feldherr Friedrich in der Schlacht von Zorndorf 1758*: *Welkender Ruhm*

Berlin). Sogar Friedrichs Einsatz für den Anbau von Kartoffeln wird gewürdigt (im Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte in Potsdam).

Friedrich der Größte, dem auch das geiente Deutschland seine Referenz erweist: Staatsoberhaupt Christian Wulff hat sich bereits zum offiziellen Festakt angesagt, den die Landesregierungen von Brandenburg und Berlin am 24. Januar im Konzerthaus am Berliner Gendarmenmarkt ausrichten.

Verständlich ist der Hype um das Leben des Hohenzollern durchaus. Es ist von jeher ein faszinierender Stoff, auch wenn die Ausschläge in der Debatte um Friedrich kleiner werden. Denn Wissenschaft und Publizistik sind mit der Entdämonisierung weit vorangekommen.

Friedrich gilt nicht länger als einer der Erzbösewichte der deutschen Geschichte.

* Kopie eines Gemäldes von Carl Röchling, 1904.

Trotz der Schlesischen Kriege hielt Preußen während seiner Regentschaft länger Frieden „als jede andere große europäische Macht“, betont der Historiker Christopher Clark.

Der 51-jährige Australier Clark zählt zu jener Generation Wissenschaftler, welche die Versäumnisse des Königs inzwischen mit Nachsicht beurteilt. Etwa dessen Verzicht darauf, die Lage der Landbevölkerung zu verbessern, die immerhin 80 Prozent der Einwohner Preußens ausmachte. Der Vergleich zeigt schließlich, dass es den Landsleuten unter Friedrich immer noch besser erging als ihren Schicksalsgenossen in vielen Teilen Europas.

Andererseits schreitet auch die Entzauberung des Monarchen voran. Der volkstümliche Mythos vom „Alten Fritz“, der sich – bescheiden und sparsam in seinen Ansprüchen – für das Gemeinwohl aufrieb, ist widerlegt. Der Mann lebte stan-

Der Weg zum Ruhm

1712 Friedrich wird am 24. Januar in Berlin geboren. Er wächst mit neun Geschwistern auf.

1730 Der Kronprinz will mit Unterstützung seines Freundes Hans Hermann von Katte vor dem tyrannischen Vater fliehen. Die Flucht scheitert, Katte wird hingerichtet.

1740 Krönung zum König in Preußen. Der neue Regent Friedrich II. schränkt die Folter ein. Erste Begegnung mit Voltaire, später bleibt der Aufklärer fast drei Jahre bei ihm.



ARCHIV BRIDGEMAN

1740–1742 Erster Schlesischer Krieg: Friedrich erobert Schlesien, das zum Haus Habsburg gehört.

1744 Friedrich sichert sich Hoheitsrechte in Ostfriesland. Als der ostfriesische Fürst ohne Nachkommen stirbt, fällt die Provinz an Preußen, das dadurch einen Zugang zur Nordsee erhält.

1744–1745 Im zweiten Schlesischen Krieg behauptet Friedrich Schlesien.

Kronprinz Friedrich, Gemälde von Antoine Pesne, 1718

1745–1747 Bau des Rokoko-Schlusses Sanssouci in Potsdam.

1746 Beginn von Justizreformen, die das Gerichtswesen vereinfachen und vereinheitlichen. Die Reformen münden 1794 in das Allgemeine Landrecht für die Preussischen Staaten, das teilweise bis 1900 in Kraft bleibt.

ab 1747 Oder-, Warthe- und Netzebruch werden trockengelegt. Friedrich siedelt auf dem gewonnenen Land Kolonisten aus Pommern, Sachsen, Schwaben und anderen Teilen Deutschlands an.



WOLFGANG PFAUDER

Schloss Sanssouci in Potsdam: Derbe Witze in der Herrenrunde

desgemäß und gab von allen preußischen Königen am meisten Geld für Repräsentationsbauten aus.

Selbst sein aufklärerisches Engagement wird inzwischen überwiegend kritisch beurteilt; fast alle Reformen blieben Stückwerk, was aber nicht nur Friedrich zuzuschreiben ist. Experten haben herausgefunden, dass die Macht der Monarchen im Absolutismus ziemlich relativ war. So regierte der berühmte Preußen-König mit gerade einmal 500 oft eigenwilligen Staatsdienern über mehr als 5 Millionen Untertanen. Da ließ sich nur wenig bewirken. Im Guten wie im Bösen.

Die Faszination, die sein an Dramen reiches Leben ausübt, wird von solchen Befunden freilich nicht geschmälert. Schon gleich am Anfang steht ja der berühmteste Vater-Sohn-Konflikt der deutschen Ge-



Porzellangefäß von KPM, um 1780

1756 Friedrich gibt seinen Beamten Order, die Bauern für den Anbau von Kartoffeln zu gewinnen. Doch erst nach der Hungersnot von 1771/72 lassen sich die Bauern davon überzeugen.

1756–1763 Preußen fällt in Sachsen ein und beginnt damit den dritten Schlesischen Krieg, den sogenannten Siebenjährigen Krieg, der eingebettet ist in den Machtkampf zwischen Großbritannien und Frankreich um die Vorherrschaft in Nordamerika. Der Friede von Hubertusburg bestätigt Friedrich den Besitz Schlesiens. Preußen wird Großmacht.

schichte, und man kann die Widersprüchlichkeit Friedrichs nicht erklären ohne die traumatische Kindheit, von der er sagen wird, sie sei eine „Schule der Widerwärtigkeiten“ gewesen.

Friedrich Wilhelm I., genannt der Soldatenkönig, ist ein autoritärer Knochen. Er glaubt, wenn der Sohn nicht zu seinem Ebenbilde reife, werde Preußen untergehen. Das freudlose Lebensmotto des calvinistischen Herrschers lautet, „Parol auf dieser Welt ist nichts als Mühe und Arbeit“, und sein Nachfolger soll daher praktisch werden, fleißig und fromm. Außerdem natürlich dem Militär so zugeneigt wie der väterliche Regent, der seine Armee zur viertgrößten Streitmacht Europas aufrüstet, obwohl das kleine Preußen von der Einwohnerzahl her nur an 13. Stelle steht. Auf dem Erziehungsplan für den Kronprinzen findet sich die „wahre Liebe zum Soldatenstande“ ganz oben.

1763 Friedrich erwirbt eine Porzellan-Manufaktur in Berlin. Als „Königliche Porzellan-Manufaktur“ (KPM) wirkt sie stilbildend.

nach 1763 Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Dörfer und Städte. Friedrich reformiert die Verwaltung und modernisiert die Infrastruktur.

1772 Erste polnische Teilung: Preußen, Österreich und Russland zwingen Polen, rund ein Viertel seines Staatsgebiets und mehr als ein Drittel seiner Bevölkerung abzutreten. Preußen erhält Westpreußen und damit die Landverbindung nach Ostpreußen. Friedrich

Doch der kleine Friedrich will nicht mit Zinnsoldaten spielen, er fürchtet sich vor Kanonendonner und fällt beim Reiten vom Pferd. Er ist ein verträumtes, scheues Kind, das gern liest und bei Mutter und Schwester hockt, was den Vater erzürmt: „Ich weiß wohl, dass Fritz nicht dieselben Neigungen hat wie ich.“

Der jähzornige König macht fortwährend Druck. Als er eines Tages das Zimmer betritt, in dem der Junge mit seinem Privatlehrer lernt, fragt er streng, was sie gerade durchnahmen. Freudstrahlend berichtet Friedrich, er dekliniere das Wort „mensa“. Der Sohn ahnt nicht, dass sein Vater Latein als unnütz erachtet.

Und Friedrich Wilhelm, ein Mann von zweieinhalb Zentnern, verliert die Beherrschung. Er prügelt den Erzieher in den Nebenraum,

packt den verängstigten, unter den Tisch geflüchteten Prinzen bei den Haaren, zieht ihn hervor und schleift ihn in die Mitte des Zimmers, wo er ihm von links und rechts ins Gesicht schlägt: „Komm mir wieder mit deiner mensa, und du wirst sehen, wie ich dir den Kopf zurechteste.“

Friedrich erweist sich gegenüber der schwarzen Pädagogik als erstaunlich zäh. Zwar plagen ihn bis ins Alter Alpträume, in denen sein Vater auftaucht. Aber er zerbricht nicht, und vermutlich geht sein später vielgerühmtes Durchhaltevermögen auf diese Zeit zurück.

Der aufgeweckte Junge wehrt sich auf seine Weise. Er schreibt Gedichte, lernt Querflöte, begeistert sich für die vom Vater verachtete französische Sprache, die er zeitlebens besser beherrschen wird als Deutsch. Und je älter er wird, umso offener spottet er über den derben Lebensstil bei Hofe, die Sauhatz, das Saufen und Zotenreißen.

ist nun „König von Preußen“ und nicht mehr nur „in Preußen“.

1786 Tod Friedrichs. Er wird in der Potsdamer Garnisonkirche beigesetzt. Ende des 2. Weltkriegs wird der Sarkophag in einem thüringischen Salzstollen gelagert, später nach Marburg und 1952 auf die Burg Hohenzollern bei Hechingen gebracht. Die Hohenzollern lassen den Sarkophag 1991 nach Sanssouci überführen.



Totenmaske von König Friedrich II.

AKG

Bald befeuern geradezu modern anmutende Teenager-Themen den Konflikt. Friedrich Wilhelm schimpft über die Musik des Sohnes („Querpfeiferei“), dessen Haarschnitt („wie ein Narr sich frisiret“), den Eigensinn („zu nichts Lust als seinem Kopf zu folgen“). Er demütigt den Prinzen öffentlich und höhnt: „Wenn mein Vater mich so behandelt hätte, so hätte ich mich längst umgebracht.“

1730 eskaliert die Situation. Der verzweifelte Friedrich plant eine Flucht nach England, wo sein Onkel König Georg II. regiert. Es ist eine ungeheuerliche Idee, die eine Staatskrise auslösen muss, wenn sie gelingt. Während einer Reise mit dem Vater an die Höfe im Westen und Süden Deutschlands will er sich im Dorf Steinsfurt bei Mannheim absetzen – doch der Plan fliegt auf.

Friedrich Wilhelm lässt den Sohn unter scharfer Bewachung auf preußisches Territorium nach Wesel bringen, wo er ihn persönlich verhört.

Theodor Fontane hat die Szene rekonstruiert. Frage des Königs: „Warum habt Ihr entweichen wollen?“ Antwort des Prinzen: „Weil Sie mich nicht wie Ihren Sohn, sondern wie einen gemeinen Sklaven behandelt haben.“ Friedrich Wilhelm glaubt fälschlicherweise, sein Sohn habe einen Staatsstreich geplant und trachte ihm nach dem Leben. Außer sich vor Wut zieht er den Degen, zum Glück wirft sich ein Offizier dazwischen: „Sire, durchbohren Sie mich, aber schonen Sie Ihres (sic) Sohnes.“

Der König lässt ab. Friedrich kommt auf die Festung Küstrin in Isolationshaft. Er muss die braune Strafgefangenenkluft tragen, um 19 Uhr wird die Zelle verdunkelt. Wochenlang wartet er auf ein Verdict des Vaters, der ihn der Fahnenflucht bezichtigt. Friedrich droht die Todesstrafe.

Wie der führende Friedrich-Biograf Johannes Kunisch schreibt, will der Vater den Sohn endgültig „auf die Knie zwingen“. Den Preis dafür muss Leutnant Hans Hermann von Katte zahlen, der in die Fluchtpläne eingeweiht war. Der gebildete Offizier ist Friedrichs engster Freund; ein Zeitgenosse berichtet, sie seien miteinander umgegangen „wie ein Liebhaber mit seiner Geliebten“.

Das in Köpenick tagende Kriegsgericht verurteilt Katte zu lebenslanger Festungshaft, aber Majestät verlangt dessen Tod: „Das Kriechgericht soll wieder zusammen kommen und ein anderes (Urteil – Red.) sprechen.“ Den Bewachern des Sohnes befiehlt er, den Häftling zu zwingen, die Hinrichtung von der Zelle aus „mit anzusehen“.

Für den Kronprinzen ist das die Höchststrafe. Vergebens bietet er sein Leben für das des Freundes, eine der wenigen selbstlosen Gesten Friedrichs.



Freunde Friedrich (o.), Katte (Kupferstich um 1770): „Ich bitte Sie tausendmal um Vergebung“



Unterwerfungsgeste Friedrichs 1731 (Holzschnitt von Adolf Menzel): Schwarze Pädagogik

Am 6. November 1730 betritt der um Haltung ringende Katte den Hinrichtungs-ort unterhalb des Gefängnisses. „Mon cher Katte, ich bitte Sie tausendmal um Vergebung“, ruft Friedrich noch. Der Freund nimmt die Perücke ab, reißt sich das Hemd von der Brust und legt den Kopf auf den Block. Da bricht der Kronprinz ohnmächtig zusammen. Der Anblick des Schlages, mit dem der Scharfrichter seinen Freund köpft, bleibt ihm erspart.

Der Tod Kattes markiert den blutigen Höhepunkt des Vater-Sohn-Konflikts, und Friedrich steht vor der wichtigsten Entscheidung seines Lebens. Er könnte dem Thron entsagen, sich zurückziehen, dem Druck ausweichen.

Doch er geht den anderen Weg, er fügt sich zum Schein dem Vater. Knapp zwei Wochen nach der Hinrichtung legt er einen Eid ab, künftig zu gehorchen. Als ihn der König erstmals wieder empfängt, fällt er vor ihm auf die Knie und küsst die Stiefel. Friedrich Wilhelm entlässt den Sohn aus der Haft. Der Kronprinz muss in Küstrin in der Verwaltung hospitieren, ein Jahr später übernimmt er ein Infanterieregiment in Ruppın.

Die seelischen Verletzungen aber bleiben. Aus Friedrich, dem Opfer, wird peu à peu Friedrich, der Täter. In den Berichten der Zeitgenossen häufen sich Hinweise auf wenig sympathische Charakterzüge. Der geistreiche, schlagfertige, außergewöhnlich belesene junge Mann entpuppt sich als Besserwisser, verletzend in seinem Spott und süchtig nach Geltung.

Auf Geheiß des Vaters heiratet er die drei Jahre jüngere Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern; insgeheim hofft er, der König werde ihn dann in Ruhe lassen. Elisabeth langweilt ihn, aber er behandelt sie freundlich und kümmert sich angeblich auch um die Nachfolge: „Sie kann sich nicht beklagen, dass ich nicht mit ihr zu Bette gehe.“

Viel Spaß können die beiden nicht miteinander gehabt haben; nach dreijähriger Ehe vertraut Friedrich einem Freund an, er liebe „mehr pflichtmäßig als aus Neigung“. Später schiebt er Elisabeth nach Schönhausen ab, ein Schloss vor den damaligen Toren Berlins. Sie übernimmt einen Teil der Repräsentationsaufgaben, die in der Hauptstadt anfallen; die Eheleute kommen nur noch zu offiziellen Anlässen zusammen. Die Verbindung bleibt kinderlos.

Oder wurde die Ehe nie vollzogen?

Der Leibarzt Friedrichs berichtet nach dem Tod seines Patienten von einem „grausamen Schnitt“, den er an dessen Unterleib habe setzen müssen. Manche Biografen spekulieren, Friedrich habe sich in jungen Jahren einen Tripper bei einem Bauernmädchen eingefangen, mit denen Männer seines Standes üblicherweise erste Erfahrungen sammelten.

Andere Historiker glauben hingegen, Friedrich sei schwul gewesen, und verweisen auf seine Vorliebe für gutaussehende junge Männer in der Entourage. Auch der Zeitzeuge Voltaire berichtet von „Leutnants oder Pagen, Heiduken oder jungen Kadetten“, denen der König „das Taschentuch zugeworfen“ habe und die dann mit ihm eine „halbe Viertelstunde“ allein geblieben seien, wobei es „nicht bis zum Äußersten gekommen“ sei. Obwohl die Kinderlosigkeit ein Politikum darstellt, belastet sie Friedrich nicht. „Königreiche finden immer Nachfolger“, schreibt er 1736 einem Vertrauten. Da ist er 24 Jahre alt.

Das Kronprinzenpaar wohnt nun im Schloss Rheinsberg nordwestlich Berlins. Er sammelt einen Kreis Gleichgesinnter um sich, sie diskutieren, feiern, musizieren. Zudem verschlingt der bildungshungrige Prinz die Werke der Aufklärung.

Das neue Denken beeindruckt ihn: dass man sich von der Vernunft leiten lassen solle, dass Kritik Fortschritt verheißt, dass den Menschen von Natur aus gleiche Rechte zukämen. Es ist das Kontrastprogramm zur Willkür des Vaters, und Friedrich schreibt lange Traktate, die heute selbst als Klassiker gelten. Sein literarisches Werk wird am Ende mehrere Dutzend Bände umfassen.

Seit dem Fluchtversuch von Steinsfurt ist Friedrich unter den Gebildeten eine Berühmtheit. Deren Herzen fliegen ihm zu; er genießt den Ruf, ein Freigeist zu sein. Während in anderen Teilen Europas Frauen als Hexen verbrannt werden, Kritiker von Staat oder Kirche den Galgen fürchten müssen und Monarchen glauben, sie seien von Gottesgnaden eingesetzt, erklärt der Hohenzollern-Prinz öffentlich, der Herrscher sei nur „erster Diener des Staates“. Er habe die Gesetze zu achten und solle sich vom „allgemeinen Besten“ leiten lassen.



Friedrichs Frau Elisabeth Christine*
Ehe ohne Sex?

„Die Genugtuung, meinen Namen in den Zeitungen und später in der Geschichte zu sehen, hat mich verführt.“

Allerdings finden sich auch andere, rückwärtsgewandte Sätze in seinen Schriften, die paradoxerweise ebenfalls auf den Vater-Sohn-Konflikt zurückgehen. Denn der väterliche Despot mit der Liebe zum Militär verfolgt eine überaus vorsichtige Politik, um seine ihm kostbaren Soldaten nicht einsetzen zu müssen.

Friedrich schwärmt hingegen für Fürsten, die „durch Kühnheit und Gewandtheit“ über ihre Feinde triumphieren. Er bewundert Feldherrn wie Alexander den Großen und will wie dieser „neue Welten erobern“.

Das Staatsziel des „allgemeinen Besten“, auf das sich der Kronprinz beruft, reduziert sich in solchen Zusammenhängen allein auf den militärisch erlangten Ruhm des Herrschers.

Friedrich, der Widersprüchliche. Was für ein Tribun er gern sein will, zeigt sich schon kurz nach dem Tode des Vaters. Friedrich Wilhelm stirbt am 31. Mai 1740 im Alter von 51 Jahren. Und gleich in den ersten Wochen zündet Friedrich II., wie der Nachfolger nun genannt wird, ein Feuerwerk an Reformen.

Der König ist tot, lang lebe der König. Eine Auswahl seiner ersten Ankündigungen:

- 3. Juni: „Seine Königliche Majestät haben resolviret, in Dero Landen bei den Inquisitionen die Tortur gänzlich abzuschaffen.“
- 5. Juni: „Dem hiesigen Berlinischen Zeitungsschreiber (soll) eine unbeschränkte Freiheit gelassen werden zu schreiben, was er will, ohne dass solches zensiert werden soll.“
- 22. Juni: „Die Religionen müssen alle toleriert werden, denn hier muss ein jeder nach seiner Façon selig werden.“

Das klingt fortschrittlich, und bis heute neigt das bildungsbürgerliche Publikum dazu, in der Person des sogenannten Philosophenkönigs die Aufhebung des Gegensatzes von Geist und Macht zu sehen.

Er sei „fritzsich gesinnt“ gewesen, schreibt später Johann Wolfgang von Goethe, das habe bedeutet, gegen den „alten Zopf“ zu sein.

Aber schon nach wenigen Wochen zeigt der janusköpfige Friedrich seine andere, dunkle Seite.

Am 20. Oktober 1740 stirbt in Wien Karl VI., Habsburger und Kaiser des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, und die Mächte Europas hadern, ob der Anspruch seiner Tochter, der 23-jährigen Maria Theresia, rechtmäßig sei – oder ob ein Mann auf den Thron folgen müsse.

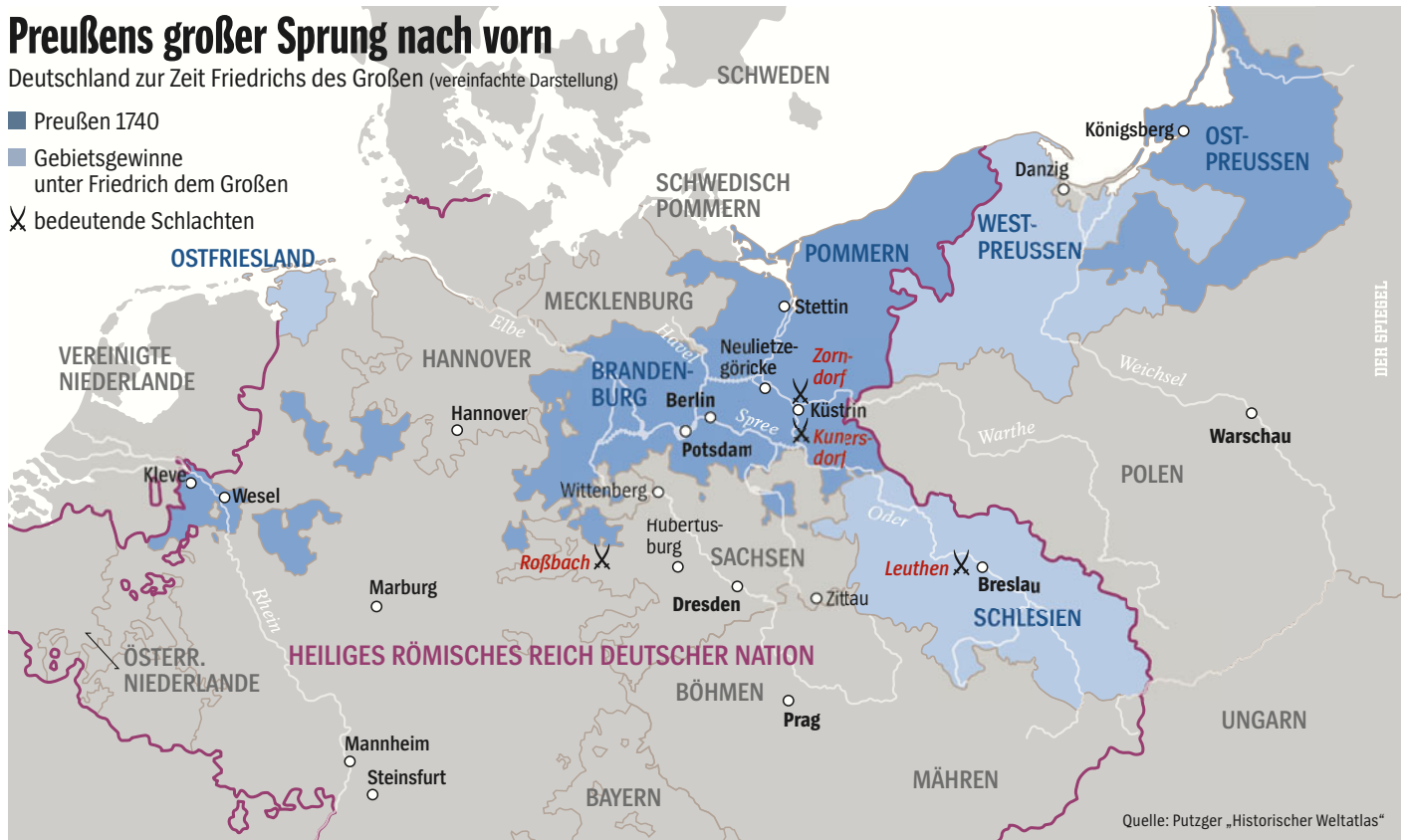
Die Herrscher wollen den sogenannten österreichischen Erbfolgestreit nutzen,

* Gemälde von Antoine Pesne, um 1735.

Preußens großer Sprung nach vorn

Deutschland zur Zeit Friedrichs des Großen (vereinfachte Darstellung)

- Preußen 1740
- Gebietsgewinne unter Friedrich dem Großen
- ✕ bedeutende Schlachten



um die eigene Position zu verbessern. Ideologien und Nationen spielen noch keine Rolle. Europas Royalties teilen Länder und Regionen auf, wie es ihnen beliebt.

Doch ausgerechnet der Neue in Berlin setzt den ersten Schlag und überrollt im Dezember 1740 mit 20000 Soldaten das wohlhabende und strategisch wichtige Schlesien, das zum Reich des Hauses Habsburg gehört. Es ist ein Coup, der Friedrich in die Geschichtsbücher bringen soll. Aber es ist auch ein für die Zeit ungewöhnlich brutaler Rechtsbruch.

Einem Freund schreibt der König: „Die Genugtuung, meinen Namen in den Zeitungen und später in der Geschichte zu sehen, hat mich verführt.“

Beim Abmarsch der Offiziere der Berliner Regimenter nach Schlesien rief er den Soldaten zu: „Brechen Sie auf zum Rendezvous mit dem Ruhm.“ Chauffiert von seinem Leibkutscher Pfund und begleitet von den elf Wagen der Königlichen Feld-equipage, folgte er den eigenen Truppen.

Friedrich will zu den Großmächten aufschließen, zu England, Frankreich, Russland und vor allem Österreich, der Supermacht im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Auf friedlichem Wege ist dieses Ziel nicht zu erreichen, das kleine Preußen ist dazu viel zu schwach. Seine Territorien bilden einen Flickenteppich, der sich von der holländischen Grenze im Westen bis zur heute litauischen Stadt Memel im Osten erstreckt. Die Landwirtschaft ist rückständig, das Ge-

werbe unterentwickelt. Die Böden Brandenburgs sind so sandig, dass die Zeitgenossen über die Provinz spotten, sie sei eine „Streusandbüchse“. In Ostpreußen sind Dörfer verlassen, seit die Pest ein Menschenalter zuvor deren Bewohner hinwegraffte. In der Hauptstadt Berlin leben viele der gut 80 000 Einwohner in engen, dunklen Fachwerkhäusern.

Andererseits ist das Erbe, das sein überaus sparsamer Vater hinterlassen hat, nicht schlecht: Friedrich findet einen Staatsschatz von acht Millionen Talern in Gold vor; er liegt in Jutesäcken verpackt im Keller des königlichen Schlosses in Berlin. Und er kann auf die formidabel geschulte Armee zurückgreifen, um sich nun dem „schönsten Spiel der Welt“ zu widmen, wie er seinen blutigen Überfall nennt.

Und wie ein Spieler führt er auch die Schlesischen Kriege: Er besiegt die österreichische Armee, findet in Frankreich einen Verbündeten, lässt diesen im Stich, schließt einen Waffenstillstand mit Wien, bricht diesen, siegt erneut gegen die Österreicher, schließt Frieden mit Wien, verbündet sich wieder mit Frankreich, überfällt erneut Österreich – und gewinnt ein weiteres Mal.

Krieg und Frieden, das ist Friedrichs Hauptbeschäftigung in den ersten fünf Jahren auf dem Thron. Und er hat Glück, dass er diese Zeit überlebt, denn im Ge-

gensatz zu den anderen Monarchen kommandiert er seine Soldaten persönlich.

Mehrfach wird ihm im Getümmel das Pferd unter dem Sattel weggeschossen. In der Schlacht von Mollwitz fällt er feindlichen Husaren beinahe in die Hände. In einer anderen Schlacht prallt eine Kugel an seiner Tabakdose ab. Genießt er den Nervenkitzel?

Friedrich sammelt Erfahrungen als Feldherr, er sucht das Risiko und die Nonchalance, mit der er Niederlagen hin-nimmt, lässt Beobachter glauben, er sehe in der Welt nur eine Bühne – mit sich

selbst in der Hauptrolle. Es klingt ja auch theatralisch, wenn er verkündet, er wolle „lieber in Ehren untergehen, als für mein ganzes Leben Ruhm und Reputation verlieren“.

Vielleicht steht er aber auch unter einem inneren

Mann neben Mann, gestaffelt in drei Reihen, rücken die Soldaten vor wie eine Mauer, 90 Schritt pro Minute.

Zwang, den traumatischen Konflikt mit dem Vater immer wieder neu zu inszenieren, in dem er sich existentieller Gefahr aussetzt. Der Psychoanalytiker Ernst Lürßen hat diese These vor einigen Jahren aufgestellt und dafür viel Zustimmung erfahren.

Den Sieg jedenfalls verdankt Friedrich nicht seinem Genius, sondern der preußischen Infanterie. Mann neben Mann, gestaffelt in drei Reihen, rücken die Soldaten vor wie eine Mauer, 90 Schritt pro Minute, wie Historiker Clark schreibt. Marschieren, laden, feuern, alles klappt



THE BRIDGEMAN ART LIBRARY

Aufklärer Friedrich, Voltaire in Sanssouci*: Schmeichelnde Briefe

mit großer Präzision. Geht es mit den Bajonetten gegen den Feind, verlangsamen die Männer auf 70 Schritte. Eine unerbittliche Tötungsmaschine, die ihrerseits durch Todesfurcht zusammengehalten wird. Denn unter dem preußischen Drill fürchtet der gemeine Soldat den Offizier mehr als den Feind.

Am 8. Dezember 1745 zieht der König als Sieger in Berlin ein, vermutlich wird die Jubelveranstaltung von oben gesteuert. Entsprechende Hinweise hat der Historiker Luh jüngst gefunden. Demnach holen Offiziere die Claqueure an Treffpunkten ab und bringen sie zu vorab festgelegten Plätzen entlang der Straße, die vom Schloss zum Kottbusser Tor führt. Als der König auftaucht, ruft die Menge: „Vivat Fridericus Magnus“.

Friedrich der Große ist geboren. Schlesien gehört nun zu Preußen, das sich als zweite deutsche Großmacht etabliert hat. Jedoch ist der Preis hoch: Habsburg ist nicht gewillt, den Verlust hinzunehmen. Friedrich muss sich auf einen dritten Krieg vorbereiten, und manchmal scheint er in diesen Friedensjahren selbst daran gezweifelt zu haben, ob die Eroberung Schlesiens unter dem Strich ein lohnendes Unterfangen gewesen ist.

Im Kernland der Hohenzollern ist die Bilanz der Friedrich-Jahre rundweg positiv. Regionen wie der Oderbruch profitieren vom neuen Herrscher. Der König begradigt die Oder, lässt Deiche bauen

und gewinnt 56 000 Hektar Bauernland, die zuvor mehrfach im Jahr von Hochwasser überflutet wurden.

Er gründet neue Dörfer wie Neulietzegörke, einen langgestreckten Ort, durch den zwei Straßen verlaufen mit einem Wasserabzugsgraben in der Mitte. Mit der ausgehobenen Erde erhöhten die Arbeiter die Bauplätze für die Häuser der Siedler.

Friedrich treibt seine Beamten ordentlich an, und so entsteht der Mythos vom selbstlosen König, der sich für das Allgemeinwohl aufreißt. Historische Dokumente, die seit kurzem sogar im Internet einsehbar sind, erzählen allerdings eine andere Geschichte. Derzufolge liebt Friedrich kostbar bestickte Seidenhemden und vergoldete Tabatières, er schätzt Champagner und italienische Polenta, Boeuf à la Russe und englische Johannisbeertorte. Um zu jeder Jahreszeit die von ihm so begehrten Kirschen knubbern zu können, gibt Friedrich ein kleines Vermögen aus.

Es ist ein ziemlich lockeres Leben; den Sommer verbringt der König in Sanssouci, einem luftigen Rokokobau oberhalb der berühmten Weinbergterrassen, von denen der Blick über den herrlichen Park geht. Er spielt Flöte, reitet, plaudert. Wie Voltaire berichtet, erledigt Friedrich die täglichen Dienstgeschäfte „in einer Stunde“.

Voltaire ist Frankreichs damals berühmtester Aufklärer, er zählt zum kleinen Kreis großer Männer, die der Monarch an die Spree gelockt hat. Friedrich sucht Entspannung in (französisch geführter) Unterhaltung über Mathematik und Metaphysik, Literatur und Philosophie. So lautet zumindest die freundliche Version.

Vermutlich geht es auf dem idyllisch anmutenden Olymp der Künste jedoch mehr als einmal derbe zu. Die Herren schätzen schlüpfrige Witze. Zu Friedrichs Gästen zählen Autoren von Werken wie „Die Kunst des Fickens“ oder „Der kleine Mann mit dem großen Schwanz“.

Und über der Runde liegt ein penetranter Geruch, denn Körperhygiene ist im 18. Jahrhundert allseits verpönt. Auch Friedrich wechselt ungern die Kleidung. Da es keine Aborte für Gäste oder Personal auf Sanssouci gibt, erleichtern sich die Menschen in Ecken und hinter Vorhängen. In Vasen deponierte Duftstoffe sollen die Folgen mindern.

Den Kontakt zu Voltaire hat Friedrich schon als Kronprinz gesucht. Später bat er den 18 Jahre älteren Starautor, seine Texte zu redigieren, was der eitle Franzose gern übernahm. Eine vielfach verklärte und wechselvolle Freundschaft begann, von der Voltaire wie Friedrich vor allem hofften, dass sie den eigenen Ruhm mehrte.

Jahrelang tauschen sie schmeichelnde Briefe aus, deren Gelehrsamkeit und Stilsicherheit beeindrucken. „Ihr Geist hat Werke hervorgebracht, die allen Jahrhunderten im Gedächtnis bleiben“, säuselt Friedrich; er habe „wahrhaft hübsche Verse aus der Feder meines wunderbaren Königs erhalten“, flirtet Voltaire retour.

Es sind Friedrichs beste Jahre. Er fördert die Wirtschaft, reformiert die Justiz, kümmert sich um Forschung und Wissenschaft und treibt in Berlin den Ausbau des Forum Fridericianum voran, jenes eleganten Ensembles an dem Boulevard

Friedrich liebt bestickte Seidenhemden, Champagner, italienische Polenta und Boeuf à la Russe.

„Unter den Linden“ aus Oper, der Alten Bibliothek, der St.-Hedwigs-Kathedrale und dem Prinz-Heinrich-Palais, heute das Hauptgebäude der Humboldt-Universität.

Doch den Fluch der bösen Tat – des Raubes Schlesiens – wird der Preußen-König nicht los. Österreichs Kaiserin Maria Theresia und ihr Staatskanzler Kaunitz sinnen auf Rache und wollen den Rivalen Preußen „zurückführen auf seinen ursprünglichen Zustand einer kleinen, zweitrangigen Macht“. Obwohl Friedrich um diese Absicht weiß, begehrt er im Sommer 1756 einen kapitalen Fehler, der zu einem ersten Weltkrieg führt.

Ohne Not verbündet er sich mit den Briten und vergrätzt damit nachhaltig seinen wichtigsten Verbündeten, Frankreich, das sich bereits mit England in einem

* Lithografie aus dem 19. Jahrhundert.

Krieg um Kolonien befindet. Zur Verblüfung des Preußen-Königs begräbt Paris daraufhin seine Erzfeindschaft mit Österreich. Als „renversement des alliances“ ist diese Wende in die Diplomatiegeschichte eingegangen. Und da Zarin Elisabeth auch an Wiens Seite steht, sieht sich Friedrich auf dem Kontinent den drei verbündeten Supermächten Frankreich, Österreich und Russland gegenüber, von denen jeder allein über größere Ressourcen verfügt als er selbst.

Dennoch gibt sich der Hohenzoller optimistisch, was bis heute Spekulationen schürt: War dem machthungrigen Feldherrn die Entwicklung willkommen? An dem grauenvollen dritten Schlesischen Krieg, der nun beginnt und der als Siebenjähriger Krieg in die Geschichte eingeht, trägt er jedenfalls ein beträchtliches Maß an Verantwortung. Er schlägt wieder als Erster los, fällt am 29. August 1756 in Sachsen ein und hofft auf einen entscheidenden Feldzug („kurz und vif“) gegen die Österreicher.

Das Kalkül geht nicht auf. Im Juni 1757 erleidet er die erste große Niederlage und zieht fortan kreuz und quer durch Mitteleuropa, um ein Zusammengehen der Feinde zu verhindern. Er siegt – jeweils in Unterzahl – bei Roßbach in Sachsen gegen die Franzosen, bei Leuthen in Schlesien gegen die Österreicher, bei Zorndorf nahe Küstrin gegen die Russen. Die drei Schlachten werden „Preußens größter Stolz“, so urteilt der Historiker Sebastian Haffner.

Doch der Krieg ist für Friedrich nicht zu gewinnen.

Bei Kunersdorf an der Oder kommt es zur Katastrophe. Österreicher und Russen können sich vereinen, ihren fast 80 000 Mann stehen knapp 50 000 preußische Soldaten gegenüber. Friedrich will den Gegner einmal mehr umgehen, das Vorhaben scheitert jedoch, und der Gegenangriff lässt seine Armee in Panik fliehen.

Verzweifelt schreibt er an Minister Graf Finck von Finckenstein: „Ich habe kein Hilfsmittel mehr, und um nicht zu lügen, ich halte alles für verloren. Den Untergang meines Vaterlandes werde ich nicht überleben. Leben Sie wohl für immer.“

Nach einigen Tagen fängt er sich wieder. Aber er steht am Abgrund. Russische Truppen halten Ostpreußen besetzt und plündern gemeinsam mit österreichischen Soldaten Berlin. Zudem marschieren Einheiten Maria Theresias in Schlesien ein.

In seiner Not greift Friedrich immer wieder zu unkonventionellen Mitteln. Der Geschäftsmann Veitel Ephraim, Pächter diverser Münzprägestätten, hat angeboten, insgeheim den Silbergehalt von Groschen und Talern zu senken, und Friedrich findet die betrügerische Idee „ganz admirabel“.

Es ist Regierungskriminalität in großem Stil. Schwer beladene Wagen verteilen das Falschgeld über das Land. Der König lässt alle ihn belastenden Unterlagen vernichten, und auch Ephraim achtet darauf, dass ihm Straffreiheit garantiert wird. Von dem Gewinn baut der eine Schurke das prachtvolle Ephraims-Palais in Berlin, der andere finanziert die Fortsetzung des Krieges.

Auf viele Betrachter übt die Standhaftigkeit des Hohenzollern in dieser hoff-

Insgesamt kostet dieser Krieg bis zu einer Million Menschen das Leben. Das Ausmaß der Gewalt erinnert dabei „eher an einen totalen als einen begrenzten Krieg“, wie der Historiker Marian Füssel schreibt. Preußische und andere Freikorps ziehen mordend und marodierend durch die Lande; Städte wie Wittenberg, Dresden oder Zittau werden verwüstet; britische, französische und vor allem russische Soldaten plündern die Zivilbevölkerung aus.

Von den 230 000 Soldaten, die St. Petersburg 1756 in Marsch setzt, verendet fast die Hälfte an Sumpf- oder Fleckfieber. Und auf dem Schlachtfeld sterben an manchen Tagen Zehntausende Soldaten.

„Wie sausten da die Eisenbrocken ob unsern Köpfen hinweg, fuhren bald vor, bald hinter uns in die Erde, bald mitten



Friedrich-Denkmal in Berlin 1939: Nazi-Propaganda für den Präventivkrieg

nungslosen Lage eine seltsame Faszination aus. In der preußisch-deutschen Erklärung wird daraus die fatale Legende, dass Präventivkrieg und Vabanquespiel sich lohnten und man ansonsten nur ausreichend lange durchhalten müsse.

Dabei welkt Friedrichs Feldherrenruhm in der Geschichtsforschung. Dass er so lange nicht final besiegt wurde, lag insbesondere an zwei Faktoren: Während der Preußen-König weitgehend allein entscheiden kann, kämpfen seine Gegner als Allianz. Sie müssen sich miteinander abstimmen, trauen einander aber nicht.

Zudem operiert Friedrich in oder nahe der Heimat, während die feindliche Koalition Pferde, Proviant, Gerät oft erst heranschaffen muss. Vor allem die Russen können mehrfach Siege nicht nutzen, sondern müssen sich zurückziehen, weil ihre Versorgung stockt.

ein und spickten uns die Leute weg, als wenn's Strohhalme wären“, notiert Ulrich Bräker, ein Schweizer in preußischen Diensten, „da mussten wir über Hügel von Toten und Verwundeten hinstolpern. Preußen und Panduren lagen überall durcheinander; und wo sich einer von diesen letzten noch regte, wurde er mit dem Kolbe vor den Kopf geschlagen oder ihm ein Bajonett durch den Leib gestoßen.“

In Relation zur Gesamtbevölkerung hat Preußen in diesem Inferno mehr Opfer zu beklagen als Deutschland im Zweiten Weltkrieg. Jeder zehnte Untertan Friedrichs stirbt.

Ein Ende findet das Gemetzel eher unverhofft durch das sogenannte „Mirakel des Hauses Brandenburg“. 1762 stirbt Zarin Elisabeth, und der nachfolgende, etwas einfältige Zar Peter III. bewundert den Preußen-König glühend; er wechselt

die Seiten und rettet Friedrich vor dem sicheren Untergang. Im Jahr darauf schließen alle Frieden. Schlesien bleibt endgültig bei Preußen.

Das sieht aus wie ein Sieg, aber Friedrichs Reich ist am Boden: verwüstete Felder, zerstörte Dörfer, ruinierte Finanzen. Und der 51-jährige König klagt, er sei „grau wie ein Esel“ und halblahm von der Gicht.

Doch in dieser Lage reißt sich der Monarch zusammen – und glänzt als Krisenmanager.

Er lässt die Schäden registrieren, um herauszufinden, welchen Untertanen „zu helfen und solche vorerst wieder auf die Beine zu bringen seyndt“. Er stellt kostenlos Bauholz zur Verfügung, gewährt Bauern Steuernachlässe, fördert Handel und Gewerbe, wirbt in Südwestdeutsch-

verwirklichen, die er weiterhin bejaht. Denn die Zeichen stehen auf Wandel. In Großbritannien bahnt sich die industrielle Revolution an, die Vereinigten Staaten von Amerika bekennen sich in ihrer Unabhängigkeitserklärung 1776 zu den unveräußerlichen Menschenrechten, zur Volkssouveränität, zum Recht auf Widerstand. Und zwischen Friedrichs Tod und der Französischen Revolution 1789 liegen nur knapp drei Jahre.

In der preußischen Praxis ist die von Friedrich gewährte Freiheit sehr relativ: „Lassen Sie einen in Berlin auftreten, der für die Rechte der Unterthanen seine Stimme erheben wollte und Sie werden bald die Erfahrung haben, welches Land das sklavischste Land von Europa ist“, schreibt der Dichter Gotthold Ephraim Lessing.

rich bekommt Teile Westpreußens und das Ermland.

Gemessen an den autokratischen Zaren oder den phantasielosen Verschwendern auf dem französischen Thron ist Friedrich ein Großer. Vor dem Hintergrund der angloamerikanischen Entwicklung wirkt sein aufgeklärter Absolutismus jedoch gestrig.

Am Ende scheitert er auch an den eigenen Ressentiments. Um Preußen nachhaltig voranzubringen, müsste er sich mit den oft überschuldeten 20 000 Adelsfamilien des Landes anlegen, die ihre Bauern in Leibeigenschaft halten und Preußens Start in die Moderne behindern.

Friedrich weiß um dieses Problem. Die Leibeigenschaft bezeichnet er als „barbarische Unsitte“, kein Mensch sei dazu

geboren, „Sklave seinesgleichen zu sein“. Mutig erklärt er, er wolle solche Zustände abschaffen. Allerdings stößt er bei seinen Standesgenossen auf Widerstand, und da Friedrich das Bürgertum verachtet („Hin und wieder kommt auch Verdienst und Talent bei Nichtadeligen vor, aber das ist doch recht selten“), steht er in diesem Konflikt weitgehend allein. Er gibt nach: Mit einer echten Reform „würde man die ganze Landwirtschaft über den Haufen werfen“, rechtfertigt er sich 1777.

Adelige in Schlesien und Ostpreußen können weiterhin ihre Bauern verkaufen, darüber entscheiden, was deren Kinder zu lernen haben, wen sie heiraten. Angeblich „faules und widerspenstiges Gesinde“ darf man sogar züchtigen.

So ist die Geschichte von Friedrich dem Großen auch die Geschichte einer großen verpassten Chance. Und daher wundert es nicht, dass am Ende viele Preußen dem Tod ihres greisen Königs ohne Bedauern entgegensehen.

Für den inzwischen gut 70-jährigen Friedrich ist es eine quälende Zeit. Er wird von Koliken und Gichtanfällen geschüttelt, meidet das Bett, denn im Liegen fällt ihm das Atmen schwer. Oft döst er Tag und Nacht in seinem Lehnstuhl. Nicht einmal Flöte kann er mehr spielen, weil die Vorderzähne ausgefallen sind.

Am 17. August 1786 ist es vorbei, und Mirabeau beobachtet: „Alle Welt beglückwünscht sich.“

Schon wenige Jahre später ist diese Art Freude vergessen. Die Legendenbildung kann beginnen.

KLAUS WIEGREFE



Überführung von Friedrichs Sarkophag nach Potsdam 1991: Kult um den Preußen-Herrscher

land und anderswo Hunderttausende Einwanderer an.

Rastlos reist er jetzt durch das Land, treibt Beamte an, straft faule Handwerker, denen er das montägliche Blaumachen verbietet. Wiederholungstätern drohen vier Wochen Zuchthaus.

Friedrich jammert nicht, er kümmert sich. Wahr ist aber auch, dass er sich damit in die lange Liste jener Staatsmänner einreihet, die jene Probleme lösen, die sie zuvor geschaffen haben. Reuevoll schreibt er an einen Freund: „Unser Kriegerhumb ist aus der Ferne betrachtet sehr schön, aber wer Zeuge ist, mit welchem Jammer und Elend dieser Ruhm erkauft wird, ... der lernt über den ‚Ruhm‘ ganz anders zu urteilen.“

Immerhin bietet sich dem König jetzt die Möglichkeit, endlich jene fortschrittlichen Ideale seiner Kronprinzenzeit zu

Bei Verbrechen wie Majestätsbeleidigung wird weiterhin gefoltet, um Verständnisse zu erpressen. Zeitungen werden weiterhin zensiert. Selbst die famose Religionsfreiheit hat ihre Grenzen: Der Atheist Friedrich braucht katholische Einwanderer für das protestantische Preußen, da muss er großzügig sein. Doch volle Gleichberechtigung garantiert er weder ihnen noch den Juden, über die er schreibt, sie seien von allen „Sekten die gefährlichste“ und man müsse „verhindern, dass ihre Zahl wächst“.

Friedrichs engster Verbündeter nach dem Siebenjährigen Krieg wird ausgerechnet das Zarenreich, die reaktionärste Macht Europas. Der große Preußen-König verachtet den Partner im Osten, aber er kooperiert mit ihm. Gemeinsam mit Österreich machen sich die Alliierten 1772 über Polen her; Fried-

ENERGIE

Falsche Daten für das Kartellamt?

Die großen Stromversorger E.on, RWE, EnBW und Vattenfall sollen dem Bundeskartellamt „massiv falsche Informationen“ geliefert und damit mögliche Sanktionen gegen die Unternehmen verhindert haben. Diesen schwerwiegenden Verdacht äußert die auf Energierecht spezialisierte Anwaltskanzlei Becker Büttner Held in einem Gutachten. Konkret geht es bei dem von den Grünen im Bundestag in Auftrag gegebenen Gutachten um die sogenannte Sektorenuntersuchung des Bundeskartellamts. Mit der aufwendigen Untersuchung wollte das Kartellamt nachweisen, dass die Energieversorger in der Vergangenheit bewusst Kraftwerkskapazitäten zurückgehalten haben, um den Strompreis zu manipulieren. Doch selbst nach monatelanger Arbeit konnten die Wettbewerbshüter diesen Nachweis trotz „erheblicher Zweifel“ nicht erbringen. Glaubt man dem Gutachten, ist das auch kein Wunder. So hätten E.on und Co. dem Kartellamt wohl falsche Daten und Begründungen über Kapazitäten geliefert, die seitens der Behörde nicht nachgeprüft wurden. Letzteres, so die energiewirtschaftliche Spre-



Überlandleitungen

cherin der Grünen, Ingrid Nestle, habe auch etwas mit der mangelnden Personalausstattung der Behörde zu tun. So fehle nach wie vor die von der Bundesregierung versprochene Markttransparenzstelle, die Fehlentwicklungen auf den Energiemärkten permanent beobachten sollte. Die Energiekonzerne weisen die Vorwürfe „entschieden“ zurück.

LEBENSMITTEL

Verkäufer von Gammelfleisch werden geschützt

Für große Verärgerung bei Opposition und Verbraucherschützern sorgt die Novelle des Verbraucherinformationsgesetzes: Der Entwurf garantiere Verbrauchern immer noch keinen Zugang zu notwendigen Informationen, heißt es. So werden zum Beispiel Verkäufer von Gammelfleisch weiterhin geschützt: Eine unverzügliche Informa-

tionspflicht für Täuschungs- und Hygieneverstöße ist nicht geplant, stattdessen gibt es einen Ermessensspielraum und die Bedingung, dass bereits ein Bußgeld verhängt worden sein muss. „Bis das rechtskräftig ist, ist das Fleisch längst aufgegessen“, kritisiert etwa die Verbraucherorganisation Foodwatch. Hinzu kommt: Künftig sol-

len umfangreiche Anfragen nicht nur kostenpflichtig werden, sondern auch abgelehnt werden können, wenn sie die Arbeit der Behörden „beeinträchtigen“. Das richtet sich vor allem gegen Anträge, die von Verbraucherorganisationen und Nichtregierungsorganisationen kommen.

„Die jetzt vorgelegte Novelle stellt weiterhin einseitig die Interessen der Unternehmen über die der Konsumenten“, kritisiert auch Nicole Maisch, verbraucherpolitische Sprecherin der Grünen.



Lebensmittelprüfer

MAXIMILIAN STOCK / VARIO IMAGES

KORRUPTION

MAN-Affäre zieht Kreise

Zweieinhalb Jahre nach der Schmiergeld-Razzia beim Münchner MAN-Konzern ist die Affäre hierzulande zwar weitgehend abgeschlossen. In Norwegen beginnt die Aufarbeitung des Skandals dagegen erst. Bereits Mitte September nahm die dortige Staatsanwaltschaft den Technikchef eines Nahverkehrsbetriebs in Oslo fest. Er gab inzwischen zu, von früheren MAN-Managern 565 000 Dollar entgegengenommen zu haben – als Gegenleistung dafür, dass sein Unternehmen in den Jahren 2004 und 2005 Busse von den Münchnern kaufte und nicht etwa bei Mercedes, Volvo oder Scania. Die stolze Summe sei bei einem Treffen in Budapest vereinbart worden, erzählte der Mann in seiner Vernehmung, allerdings habe er sie nicht allein eingestrichen. Vielmehr sei ein Teil davon an ausgewählte Kollegen weitergefließen. Insgesamt ermitteln die norwegischen Behörden zurzeit gegen acht Beschuldigte wegen Korruptionsvorwürfen.

RÜSTUNGSINDUSTRIE

Thyssen will U-Boot-Kooperation kündigen

Der Konzern ThyssenKrupp will die Zusammenarbeit mit dem Essener Industriedienstleister Ferrostaal beim Verkauf von U-Booten „schnellstmöglich“ beenden – „notfalls auch durch einseitige Kündigung“. So jedenfalls steht es in einem Brief, den der Vorstand der ThyssenKrupp Marine Systems am 20. Oktober an Ferrostaal-Vorstand Joachim Ludwig schrieb. Beide Konzerne sind bislang zu gleichen Teilen an der Vertriebsfirma Marine Force International (MFI) in London beteiligt. Das Unternehmen wurde 2004 gegründet, um von der Thyssen-Tochter HDW gebaute U-Boote in alle Welt zu verkaufen. Hintergrund des Ausstiegs von ThyssenKrupp ist offenbar die Korruptionsaffäre um Ferrostaal. Die Münchner Staatsanwaltschaft wirft dem Unternehmen vor, beim Verkauf von Schiffen der 214er-Klasse an Griechenland Schmiergelder in Millionenhöhe gezahlt zu haben. Insider vermuten jedoch, dass ThyssenKrupp auch aus dem Konsortium aussteigen will, weil die MFI selbst zuletzt immer wieder in Korruptionsverdacht geriet. So spielte die Londoner Firma etwa in der Affäre um fragwürdige Zahlungen im Zusammenhang mit dem Verkauf von U-Booten an Südkorea eine Rolle. Nach einem SPIEGEL-Bericht vergangene Woche musste ThyssenKrupp einräumen, an einen unter Korruptionsver-

dacht stehenden Vermittler in Seoul Millionen überwiesen zu haben, obwohl MFI spätestens seit 2007 wusste, dass dieser schon 1993 wegen Bestechung koreanischer Militärs verurteilt worden war.

Die Geschäfte der MFI wurden auch in einem streng vertraulichen Bericht der US-Anwaltskanzlei Debevoise & Plimpton durchleuchtet. Die konnte bei ihrer Untersuchung zwar keine Hinweise auf konkrete Schmiergeldzahlungen über MFI finden, listete in ihrem Bericht aber zahlreiche Ungereimtheiten bei U-Boot-Projekten mit Pakistan, Indonesien, der Türkei, Italien und Ägypten auf. Bei dem Türkei-Geschäft stießen die Anwälte zum Beispiel auf ein dubioses Darlehen über zwei Millionen Euro an einen Vertriebspartner vor Ort. In Indonesien soll der dortige Vermittler vor Auftragsvergabe unverhohlen „Schmiermittel in die Taschen meiner Freunde“ gefordert haben.



HDW-Werft in Kiel



Neue Lufthansa-First-Class

LUFTHANSA

Rabatt für Reiche

Neben Schnäppchenflügen für 99 Euro hat die Lufthansa auf ihrer Internetseite neuerdings auch First-Class-Flüge im Sonderangebot. Noch bis zum 15. Dezember können Gutbetuchte die Tickets dort mit bis zu 30 Prozent Nachlass erwerben. Bedingung ist unter anderem, dass der Kunde gut einen Monat im Voraus bucht und die Rechnung gleich nach Ausstellung des elektronischen Flugscheins bezahlt. Mit dem Angebot will die Lufthansa vor allem vermögende Privatreisende in ihre runderneuten Premium-Kabinen locken. Sie bieten Annehmlichkeiten wie separate Betten oder luxuriöse Bäder, werden bislang aber stark von Geschäftsleuten oder Vielfliegern genutzt, die ihre Meilen für ein Upgrade in die First Class einsetzen. Das soll sich durch die zeitlich befristete Rabattaktion nun ändern. Die günstigste Strecke ist die von Düsseldorf nach New York und zurück, sie kostet allerdings immer noch stolze 5499 Euro.



Niedriglohnjob Gebäudereiniger: „Der Antrag für den Parteitag ist das Papier nicht wert, auf dem er steht“

ILONA STUDRI / D-FOTO

SOZIALPOLITIK

Kehrtwende der Kanzlerin

Die CDU will nach jahrelanger Ablehnung die Einführung eines Mindestlohns beschließen, der aber nicht so heißen darf. Die Gewerkschaften kritisieren den Vorschlag als verfassungswidrig. Der Wirtschaftsflügel der Union will den Vorstoß torpedieren.

Parteivorsitzende haben drei Möglichkeiten, mit einer aufkommenden Welle umzugehen: Sie können sich ihr entgegenstemmen. Sie können sich wegducken und abwarten. Oder sie können versuchen, auf ihr zu surfen.

Angela Merkel hat sich für die dritte Variante entschieden. Seit Wochen sieht die CDU-Chefin in ihrer Partei eine Forderung auf sich zukommen, die sie weder stoppen noch schadlos an sich vorbeiziehen lassen kann – das Ja zu einem flächendeckenden Mindestlohn.

In der Bevölkerung stößt das Thema auf breite Zustimmung. In einer Umfrage sprachen sich Ende vergangener Woche 86 Prozent der Befragten für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns aus, selbst Unionsanhänger votierten mit 78 Prozent dafür.

Jahrzehntelang gehörte die Ablehnung einer gesetzlichen Lohnuntergrenze zu den Glaubenssätzen der CDU. Gegen den Widerstand des Partei-Establishments kippte Karl-Josef Laumann, der Chef des Arbeitnehmerflügels CDA, in den vergan-

genen Monaten die Stimmung in der Partei, indem er die Parteibasis für das Thema sensibilisierte. Mittlerweile sprechen sich sieben Landesverbände unter Führung des größten Verbandes Nordrhein-Westfalen für den Mindestlohn aus.

Deshalb wird der CDU-Parteitag in Leipzig in der kommenden Woche mit Merkels Segen einen Antrag durchwinken, der die Reizworte „gesetzlich“ und „Mindestlohn“ peinlichst vermeidet, letztlich aber genau das fordert: Es sei notwendig, eine „allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen einzuführen, in denen ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert“.

Doch mit der neuerlichen Volte werden Merkels Probleme erst beginnen: Der Wirtschaftsflügel wird seinen zähen Widerstand gegen das Vorhaben nicht aufgeben. Und es droht weiterer Ärger mit dem Koalitionspartner FDP, der Mindestlöhne noch immer ablehnt. Außerdem schließt der Koalitionsvertrag die Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns aus. Zudem sind die Arbeit-

geber empört, die Gewerkschaften unzufrieden.

Vor allem muss die Kanzlerin erklären, was sie mit ihrem Vorschlag eigentlich meint. Der innerparteiliche Formelkompromiss der CDU zum Mindestlohn stiftet mehr Verwirrung als er Klarheit schafft.

Denn die Forderung nach einem allgemeinen Mindestlohn wirft grundsätzliche Fragen auf: Wie wirkt er auf die Arbeitsplätze und den Wettbewerb zwischen den Unternehmen? Greift er in die grundgesetzlich geschützte Tarifautonomie ein? Wie passt er in das bestehende deutsche Mindestlohnsystem?

Gesetzliche Lohnuntergrenzen gibt es in vielen Industriestaaten innerhalb und außerhalb Europas. In den USA und Frankreich legt der Staat die Mindestlöhne fest, in Japan und Großbritannien machen sich Kommissionen Gedanken über das rechte Maß.

Das deutsche System ist differenzierter und unübersichtlicher als in den meisten anderen Staaten. Es kennt keinen einheitlichen Mindestlohn, sondern nur Lohn-

untergrenzen für einzelne Branchen, und auch diese können über verschiedene gesetzliche Regelungen festgelegt werden. Die Tarifpartner sind immer beteiligt.

In zehn Branchen gibt es von Tarifpartnern ausgehandelte Mindestlöhne, die jeweils für allgemeinverbindlich erklärt wurden. Das heißt, sie gelten in allen Betrieben der jeweiligen Branche, gleich, ob sie tarifgebunden sind oder sich dem Tarifsystem entzogen haben, unabhängig davon, ob der Arbeitgeber im Inland oder im Ausland sitzt.

Doch diese Branchenregelungen verhindern nicht, dass Millionen anderer Arbeitnehmer außen vor bleiben und zu Niedrigstlöhnen arbeiten, die zum Leben nicht reichen. Rund 20 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten verdienen weniger als zwei Drittel des Durchschnittslohns. 1,2 Millionen Menschen müssen mit Stundenlöhnen von unter fünf Euro auskommen.

Mit Merkels Kehrtwende steht nun wieder eines der großen Symbolthemen auf der Tagesordnung, das in Deutschland emotionsbehaftet und umstritten ist wie sonst nur Ladenschluss und Kündigungsschutz.

Dass es Widerstand aus dem Arbeitgeberlager geben würde, war Merkel klar. Kaum war der Vorschlag in der Öffentlichkeit (SPIEGEL 44/2011), kommentierte Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt reflexartig: „Wir benötigen keine weiteren gesetzlichen Regelungen.“ Schon heute gebe es genug tarifliche und gesetzliche Werkzeuge, um Löhne festzusetzen. Ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn werde geringer Qualifizierte von der Teilnahme am Arbeitsleben ausschließen.

Die Gegner eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns argumentieren, dass er Arbeitsplätze vernichten würde, weil sich dann vor allem einfache Jobs nicht mehr für die Unternehmen rechnen. Doch eine im Auftrag der Bundesregierung verfasste Studie von sechs Wirtschaftsforschungsinstituten bestätigte das nicht. In keiner der untersuchten Branchen kam es zu einem negativen Einfluss auf die Beschäftigung.

Besonders gut ist das im Elektrowerkzeug zu beobachten, einer Branche mit vielen Kleinstbetrieben. Dort wurde 1997 ein Mindestlohn eingeführt und ab 2003 für vier Jahre ausgesetzt, um dann wieder in Kraft zu treten. „Weder für Ost- noch für Westdeutschland lassen sich Wirkungen der Einführung, des Auslaufens oder der Wiedereinführung des Mindestlohns auf die Beschäftigung feststellen“, heißt es in dem Abschlussbericht. Das Einzige, was stieg und fiel, war der Lohn.

Die Gewerkschaften unter ihrem DGB-Chef Michael Sommer könnten sich nun als Sieger fühlen, hatten sie doch jahrelang vehement mit dem Slogan „Arm trotz Arbeit“ für den Mindestlohn gekämpft. Doch ihnen geht der Merkel-Vor-

schlag nicht weit genug. Zudem zweifeln sie, dass daraus überhaupt ein Gesetz der Koalition werden kann.

„Der Antrag für den Parteitag ist das Papier nicht wert, auf dem er steht“, sagt Ver.di-Chef Frank Bsirske. Er begrüßt zwar, dass sich die Partei generell mit dem Thema Mindestlohn auseinandersetzt, sieht aber inhaltliche Schwächen. „Er ist inkohärent und in sich widersprüchlich.“

„Die Initiative ist vor allem soziale Kaskadierung“, sagt IG-BCE-Chef Michael Vassiliadis. „Würde sie so umgesetzt, wie sie jetzt formuliert ist, könnten sich Scheingewerkschaften in Stellung bringen, um niedrigere Tarifverträge auszuhandeln, wie es in der Zeitarbeitsbranche schon zu beobachten war“, so Vassiliadis. „Der CDU-Vorstoß wäre eine Farce.“

Für Klaus Wiese ist die CDU-Initiative ein Etikettenschwindel. „Es ist

erkennbar ein Wahlkampfmanöver“, so der Vorsitzende der IG Bau. „In der jetzigen Form ist der CDU-Antrag gar nicht verfassungskonform. Der Kaiser sieht schön angezogen aus, in Wahrheit ist er nackt.“

Tatsächlich steckt der Antrag der CDU voller Ungereimtheiten. Die Partei spricht bewusst von einer „allgemein verbindlichen Lohnuntergrenze“, nicht von einem „gesetzlichen Mindestlohn“. Eine Kommission aus Tarifpartnern soll diese Lohnuntergrenze festlegen, sie soll sich an dem Branchenmindestlohn der Zeitarbeit orientieren, der derzeit bei knapp acht Euro liegt. Die CDU will eine durch die „Tarifpartner bestimmte“ Lohnuntergrenze und „keinen politischen Mindestlohn“.

Hier lauert ein erstes Problem. Arbeitgeber und Verbände, die sich in ihrer Branche bisher mit den Gewerkschaften auf keinen Tarifvertrag einigen konnten, könnten es als Eingriff in ihre

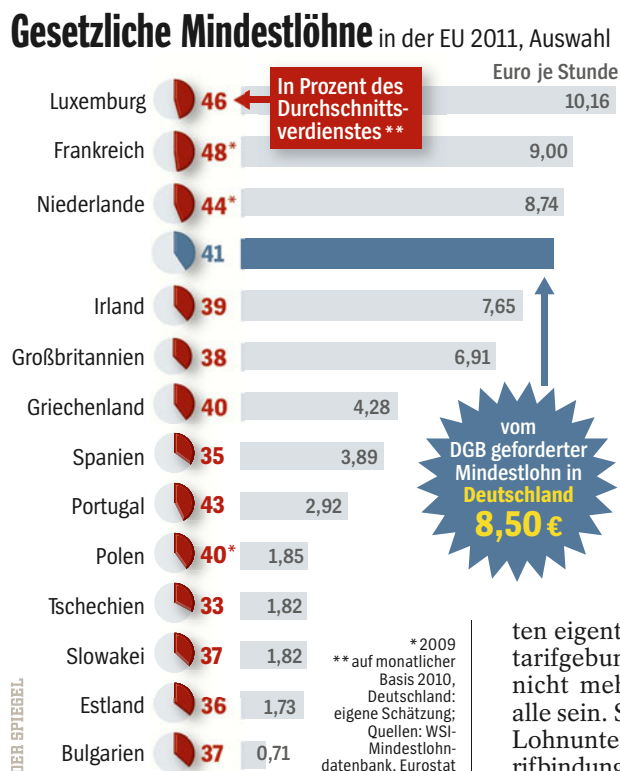
Tarifautonomie sehen und dagegen klagen, dass Verbände aus anderen Branchen in einer Kommission Mindestlöhne für ihren Bereich festlegen.

Ein weiteres Problem ist die Gültigkeit. Die geplante Untergrenze soll nur dort gelten, wo es keine Tarifverträge gibt. Im Osten arbeiten rund 80 Prozent aller Betriebe nicht tarifvertragsgebunden, im Westen 60. Das Konzept steckt voller rechtlicher Unwägbarkeiten, es wirft drei Hauptfragen auf:

- Arbeitnehmer, für die Gewerkschaften bereits heute in bestimmten Branchen Tariflöhne von sieben Euro pro Stunde oder weniger ausgehandelt haben, weil sie zu schwach waren, höhere Löhne auszuhandeln, würden nicht profitieren.
- Arbeitgeber in Branchen ohne Tarifvertrag könnten sich willfährige Mini-Gewerkschaften suchen, um mit ihnen Löhne auszuhandeln, die unter der staatlichen Lohnuntergrenze liegen, etwa die umstrittenen christlichen Gewerkschaften.
- Die bisherigen Branchenmindestlöhne dürften eigentlich künftig nur noch für die tarifgebundenen Betriebe gelten und nicht mehr allgemeinverbindlich für alle sein. Schließlich gäbe es dann eine Lohnuntergrenze für Firmen ohne Tarifbindung. Arbeitgeberverbände könn-



Verbandsvertreter Sommer, Hundt, Kanzlerin Merkel



ten dann mit dem Hinweis auf diesen gesetzlichen Mindestlohn Druck auf die bestehenden Tarifverträge ausüben, um künftig niedrigere Abschlüsse zu erreichen. In manchen Branchen, wie dem Baugewerbe, im Elektrohandwerk oder bei Dachdeckern, gelten bereits heute Mindestlöhne zwischen 9,70 Euro und 13 Euro.

Auch in der CDU ist die Debatte noch nicht ausgestanden. Ihre Ministerpräsidenten sind – einmal mehr – unterschiedlicher Meinung. Streitpunkt ist vor allem die Empfehlung an die künftige Tarifkommission, sich beim Mindestlohn an der Lohnuntergrenze für die Zeitarbeit zu orientieren. Hessens Regierungschef Volker Bouffier lehnt dies im SPIEGEL-Interview (siehe Seite 30) strikt ab: „Ich kann nicht erkennen, warum der Abschluss für die Zeitarbeit nun plötzlich anderen Branchen übergestülpt werden soll.“

Reiner Haseloff hingegen, CDU-Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, hält die Orientierung an der Zeitarbeit für richtig. Er will aber die Differenzierung zwischen Ost- und West-Mindestlöhnen kippen. „Wenn wir zu einer einheitlichen Lohnuntergrenze kommen, dann sollte es bundesweit einheitlich geschehen.“

Niedersachsens Regierungschef David McAllister wird noch deutlicher: „Als Ministerpräsident und Landesvorsitzender der CDU Niedersachsens bin ich nicht mehr bereit, bestimmte Verwerfungen im Niedriglohnbereich zu akzeptieren. In der sozialen Marktwirtschaft legt der Staat die Spielregeln fest.“

Diese Haltung stößt allerdings auf den Widerstand des Wirtschaftsflügels, der das Vorhaben in letzter Minute kippen will. Josef Schlarmann, der Chef der Unions-Mittelständler und Parteirebell, will die Beschlussempfehlung der Bundespartei in Leipzig mit einem eigenen Antrag torpedieren. „Eine staatliche und flächendeckende Lohnfestsetzung ist grundsätzlich abzulehnen“, heißt es darin. Wo keine Tarifverträge existieren, sollten „fachlich und regional benachbarte Tarifverträge analog herangezogen werden“, fordert Schlarmann.

Er wundert sich über die Kanzlerin, die sich am vorvergangenen Freitag vor Unionsmittelständlern in Deggendorf klar positioniert hatte. „Ich möchte keinen flächendeckenden, gesetzlich festgesetzten einheitlichen Mindestlohn, weil die Gegebenheiten in Deutschland sehr unterschiedlich sind“, hatte Merkel da gesagt.

Ihr früherer Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) wollte einst gar eine „Brand-schutzmauer“ errichten, um die flächendeckende gesetzliche Einführung des Mindestlohns zu verhindern. Das kommentiert Ver.di-Chef Frank süssant: „In Deutschland sind schon ganz andere beim Bau einer Mauer gescheitert.“

MARKUS DETTMER,
PETER MÜLLER, JANKO TIETZ



Managerin Better: Zum Rapport ins Berliner Finanzministerium

BANKEN

Kartell des Schweigens

Die Skandalbank HRE kommt nicht zur Ruhe: Die 55-Milliarden-Euro-Panne bei ihrer Nachfolgesellschaft zeigt, welche gewaltigen Risiken noch in der Bilanz schlummern.

Die meisten Steuerzahler mögen sich darüber wundern, wie es ausgerechnet bei einer Staatsbank zum größten Buchungsfehler in der deutschen Wirtschaft kommen konnte. Die Bad Banker der Hypo Real Estate (HRE) verrechneten sich um insgesamt 55,5 Milliarden Euro, weil sie es irgendwie versäumt hatten, zwei Zahlen gegeneinander aufzurechnen.

Den Unternehmer Martin Hillebrandt aus Eckental bei Nürnberg überraschte das Chaos nicht. Denn auch bei ihm hatte sich die HRE verrechnet. Die Raten für einen Immobilienkredit waren über Jahre falsch berechnet worden. „Ich glaube der Bank nichts mehr“, sagt er.

Hillebrandt hat seinen Steuerberater angewiesen, alle Kontoauszüge der vergangenen Jahre noch einmal nachzurechnen, und seinem langjährigen Kreditinstitut im September gekündigt. Die Geschäftsverbindung sei „schlicht geschäfts- und berufsschädigend“, schrieb der Unternehmer der Bank.

Seit mehr als drei Jahren sorgen die Hypo Real Estate (HRE) und die Bad Bank FMS Wertmanagement (FMSW) für Schlagzeilen. Und immer geht es um re-

kordverdächtige Zahlen und beispielloses Missmanagement. Mit vielen Milliarden Euro mussten die Steuerzahler die HRE im wilden Bankenhurst 2008 retten. Die Skandalbank wurde verstaatlicht, Manager kamen und gingen, immer neue Verlustszenarien erschreckten die Bürger.

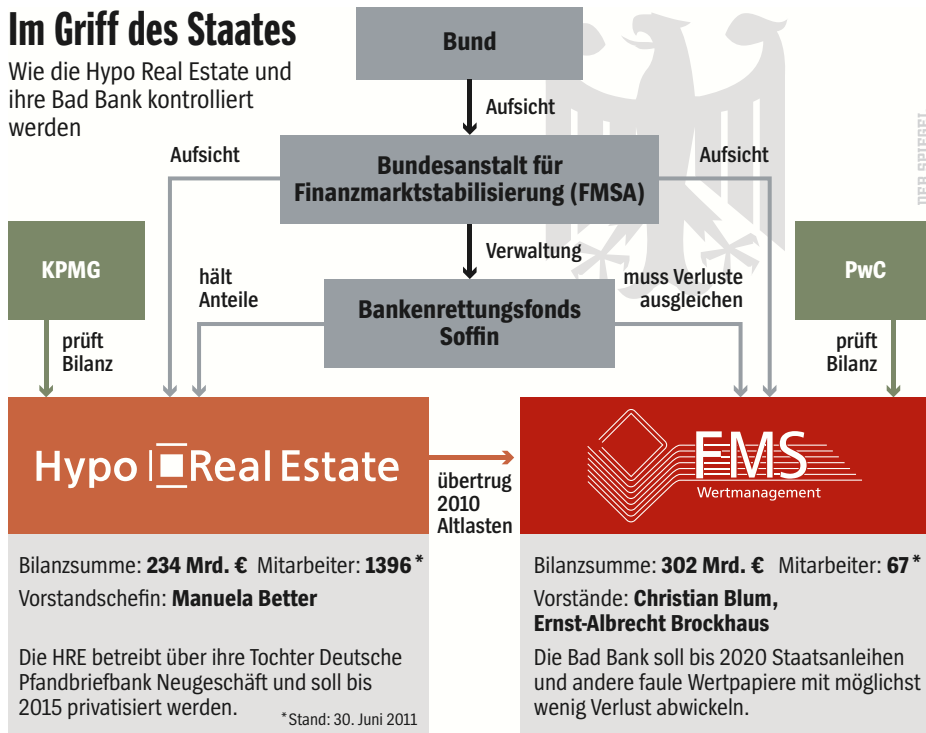
Im Herbst 2010 spaltete der Bund als neuer Eigentümer die HRE auf. In eine vermeintlich gesunde Bank, die Deutsche Pfandbriefbank (PBB) heißt und eigentlich bis 2015 privatisiert werden soll, und in eine Bad Bank, die die Altlasten aus den Schreckensjahren der HRE abbauen soll.

Die Aufspaltung sollte ein Befreiungsschlag sein. Doch die 55-Milliarden-Euro-Panne zeigt, welche Risiken für die Steuerzahler in beiden Instituten immer noch stecken, auch wenn der wirtschaftliche Schaden des Buchungsfehlers gleich null ist.

Die eigentliche Gefahr kommt aus dem Giftmüll, der insbesondere in der Bilanz der FMSW steckt. Die hat Kredite und Anleihen an die öffentliche Hand in den Krisenländern Italien, Spanien, Griechenland, Irland und Portugal im Nennwert von rund 50 Milliarden Euro vergeben,

Im Griff des Staates

Wie die Hypo Real Estate und ihre Bad Bank kontrolliert werden



Bad-Bank-Manager Blum

OLIVER LANG / DAPD

so viel, wie keine Bank in Deutschland. Allein in Italien ist die Bad Bank mit fast 34 Milliarden Euro im Risiko.

Eine Staatspleite Griechenlands könnte die FMSW und damit die Steuerzahler bis zu 10,4 Milliarden Euro kosten. Weil die meisten von ihr gehaltenen Griechent-Bonds eine Laufzeit bis weit über das Jahr 2020 haben, wurden bisher nur völlig unzureichende Abschreibungen vorgenommen. „Aufgrund des großen politischen Willens der Mitgliedstaaten der Währungsunion, Griechenland finanziell zu stabilisieren“, seien „Anhaltspunkte für eine dauerhafte Wertminderung nicht gegeben“, heißt es allen Ernstes noch im Halbjahresbericht der Bad Bank, der Mitte Oktober veröffentlicht wurde. Selbst ohne das Griechenland-Risiko vollständig zu erfassen, wies die FMSW stille Lasten von 23 Milliarden Euro aus.

Die Probleme sind also gewaltig. Doch angesichts der Buchungspanne stellt sich die Frage, ob die Verantwortlichen ihrer Aufgabe gewachsen sind. Selbst Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) macht im Krisenmanagement eine schlechte Figur.

Am vergangenen Mittwoch lud Schäuble die beiden FMSW-Vorstände und die HRE-Chefin Manuela Better zum Rapport nach Berlin. Aber er überließ es Mitarbeitern seines Stabs, die Manager zu vernehmen. Die Ergebnisse verkündete Schäuble später per Pressekonferenz – und ließ Milde walten. Es habe sich um ein Missverständnis gehandelt, sagte er und macht schlechte Kommunikation für den Fehler verantwortlich.

Die Verantwortlichkeiten sind schwer zu durchschauen, weil der HRE-Nachfol-

ger, die Pfandbriefbank PBB, noch immer wesentliche Teile der Buchführung für die Bad Bank FMSW organisiert und ihrerseits die Firma Capco als Subunternehmer beschäftigt.

Im Finanzministerium konnten die FMSW-Manager die E-Mail eines PBB-Mitarbeiters vorlegen. Danach hat die PBB ihren Dienstleister Capco nicht ausreichend informiert. Zwischen PBB und FMSW bestehe „aussagegemäß eine Netting-Vereinbarung. Entsprechend hätten die Salden genettet werden müssen“. Was nichts anderes heißt als: Forderungen und Verbindlichkeiten bei einem Kunden müssen gegenseitig aufgerechnet werden. Das ist allgemeine Praxis in der Finanzwirtschaft, die in diesem Fall aber nicht befolgt wurde.

Demnach trägt die Verantwortung für den Fauxpas wohl letztlich die HRE, deren Chefin Better gerade mit einem neuen Fünfjahresvertrag ausgestattet wurde. Doch auch die Vorstände und Prüfer der FMSW hätten sicherlich schon vor der Durchsicht der Halbjahreszahlen für 2011 den dicken Fehler entdecken müssen.

Wieder einmal stehen die Steuerzahler staunend vor dem Chaos der HRE und ihrer Bad Bank. Sie fragen sich, wie teuer das Abenteuer noch wird, das bereits 2003 begonnen hatte – und zwar ebenfalls mit der Gründung einer Art Bad Bank.

Als die Münchner HypoVereinsbank 2003 in Existenznot geriet, bündelte sie riskante Immobiliengeschäfte in einer Holding und brachte sie als Hypo Real Estate an die Börse. Mit der Führung der ungeliebten Bank wurde ein bis dahin unbekannter Manager betraut: der Westfale Georg Funke, damals 48 Jahre alt.

Bald galt Funke als Mann der Stunde. Er jubelte Finanzinvestoren faule Kredite unter, kaufte die Württembergische Hypothekendarbank und baute das internationale Geschäft stark aus. Mit einem Börsenwert von über 5,5 Milliarden Euro ersetzte die HRE 2005 ausgerechnet die ehemalige Mutter HypoVereinsbank im Elite-Index Dax.

Doch Funke wollte mehr. Im Juli 2007 kaufte er die Depfa Bank mit Sitz in Dublin – das war der Anfang vom Ende. Als am 15. September 2008 die Investmentbank Lehman Brothers pleiteging, musste der Staat in einer spektakulären Rettungsaktion mit Garantien von bis zu 142 Milliarden Euro bei der HRE einspringen. „Ohne die Rettung hätte sich ein Abgrund klaffertief aufgetan, in dem ... das Weltfinanzsystem möglicherweise zur Hölle gefahren wäre“, gab Jochen Sanio, Chef der Finanzaufsichtsbehörde BaFin, in einem Untersuchungsausschuss des Bundestags zu Protokoll.

Im Oktober 2009 verstaatlichte die Bundesregierung die HRE komplett und drängte die privaten Aktionäre gegen deren Willen aus dem Unternehmen. Doch auch das Management kam mit dem neuen Eigentümer nicht klar. Viele, möglicherweise zu viele hochrangige Mitarbeiter verließen die HRE, weil sie mit der gesetzlich gedeckelten Vergütung nicht zufrieden waren oder keine Perspektive für die Skandalbank sahen.

Die neue Chefin Better sollte schließlich mit der Aufspaltung der HRE den Weg in eine bessere Zukunft ebnen. Wertpapiere im Volumen von 173 Milliarden Euro wurden in die Bad Bank FMSW abgeschoben. Doch die Geburt misslang,

weil beide Institute über den Kooperationsvertrag bis 2013 aneinander gekettet sind; hier die Pfandbriefbank mit fast 1400 Mitarbeitern, dort die FMSW mit mittlerweile 80 Beschäftigten. Es ist, als hinge die FMSW bis heute an der Nabelschnur der Pfandbriefbank, die aber zu schwach ist, um ihr todkrankes Kind zu versorgen. Hinzu kommt, dass das Klima zwischen den Chefs beider Finanzkonzerne, Better und Christian Bluhm, als vergiftet gilt.

Neben den Bankern haben auch die Wirtschaftsprüfer bei den Fehlbuchungen und deren späterer Aufdeckung eine unrühmliche Rolle gespielt. „Die Geschehnisse in München sind ein Super-GAU für die Wirtschaftsprüfer“, sagt Michael Gschrei, Präsident der Wirtschaftsprüferkammer. Er will die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen.

Die 21 000 Mitglieder seiner berufsständischen Organisation führten ein Berufssiegel, das Vertrauen schaffen soll, sagt er. Wenn Skandale wie bei der HRE passierten, würden er und seine Kollegen von den Kunden nicht mehr ernst genommen.

„Die Wirtschaftsprüferkammer hat heute ein berufsrechtliches Verfahren eingeleitet, das die Hintergründe aufarbeiten und untersuchen wird, ob die Abschlussprüfer ihren Pflichten nachgekommen sind“, heißt es auf der Web-Seite dieser Körperschaft des öffentlichen Rechts, die unter anderem für die Berufsaufsicht ihrer Mitglieder zuständig ist.

Das Verfahren richtet sich gegen die beiden Wirtschaftsprüfer der PwC, die den falschen Jahresabschluss 2010 der Bad Bank der HRE testiert haben. Den beiden hochbezahlten Prüfern waren die Fehlbuchungen über 55 Milliarden Euro nicht aufgefallen.

Nun müssen sie innerhalb weniger Tage ihrer Kammer in Berlin plausibel darlegen, wie es zu den grotesken Fehlern kommen konnte. „Wird ein Fehlverhalten festgestellt, kann dies zu berufsrechtlichen Maßnahmen führen“, heißt es bei der Kammer.

Die mangelhafte Prüfung der FMSW ist umso erstaunlicher, weil PwC mit der Frage eigentlich bestens vertraut ist, wie Forderungen und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Derivaten bei einer Abwicklungsanstalt zu verbuchen sind. PwC prüft auch die Bilanzen der einzigen anderen deutschen Bad Bank, der Ersten Abwicklungsanstalt (EAA). Die EAA war Anfang 2010 aus der Landesbank WestLB hervorgegangen.

Dort hat PwC von Anfang an Bilanzen unterschrieben, in denen die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber einem Kunden stets gegeneinander aufgerechnet – also netto ausgewiesen – wurden. Warum nickte die gleiche Prüfungsgesellschaft bei der FMSW eine Bilanz ab, die

mit Bruttozahlen arbeitete? Und warum wurde das Testat für den 2010er Abschluss der FMSW nicht widerrufen, wenn die Zahlen dort falsch waren?

Auch die KPMG, die seit 2003 die Bilanzen der HRE prüft, steht nicht viel besser da. In einem Artikel für ein Fachmagazin weist Kammerpräsident Gschrei selbst auf die zahlreichen Fehleinschätzungen der KPMG-Kollegen hin. Während die Finanzaufsicht von der BaFin schon im Januar 2008 die Gefahren bei der HRE erkannte und täglich Liquiditätsmeldungen forderte, waren der KPMG die existentiellen Probleme keinen Hinweis im Geschäftsbericht wert. So bekamen die Anleger der damals noch börsennotierten AG nichts mit und investierten weiter in das Zockerpapier.

Die KPMG wischt solche Vorhaltungen gern mit dem Hinweis weg, dass ihre detaillierten Prüfberichte ja nicht für die Öffentlichkeit bestimmt seien. Sie habe die Finanzaufsicht und die Aufsichtsräte sehr

Die existentiellen Probleme waren den Prüfern nicht einmal einen Hinweis wert.

wohl und mehrfach auf die Risiken hingewiesen.

Doch Kammerpräsident Gschrei hält nichts von so viel Diskretion, wenn die Existenz des geprüften Unternehmens auf dem Spiel steht.

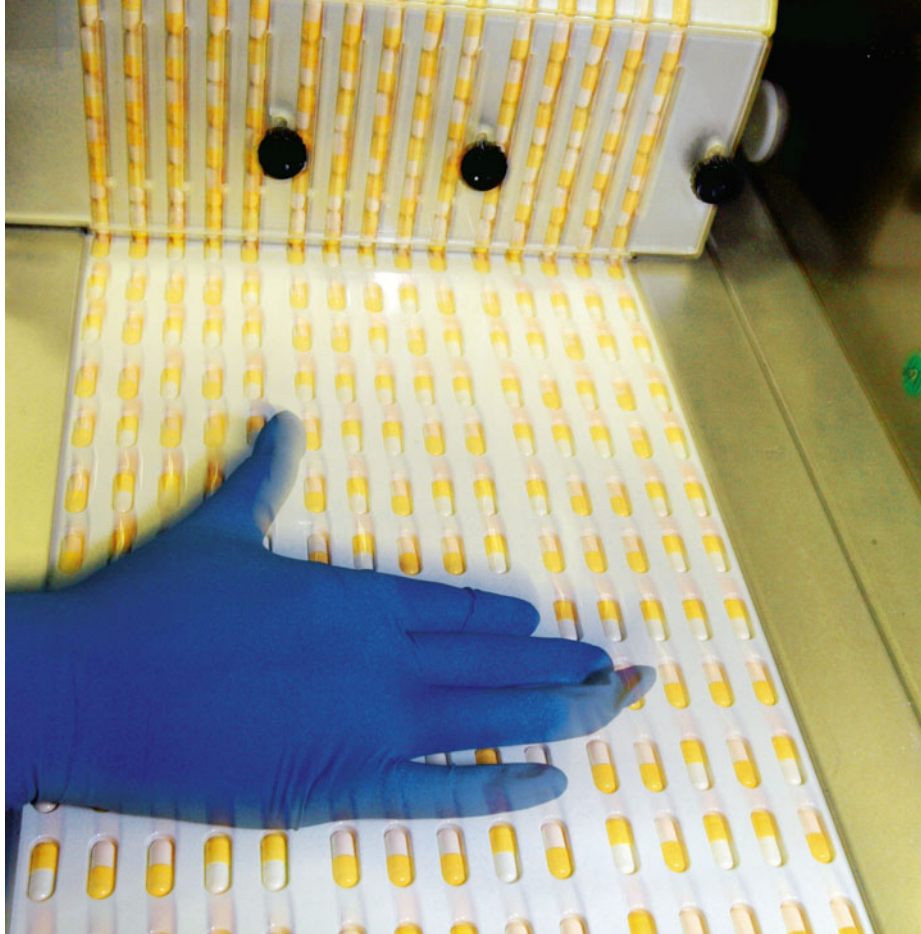
Außerdem stellt Gschrei die Frage, warum die KPMG im Jahr 2007 eigentlich elf Millionen Euro Honorar von der HRE bekommen hat, wenn die wichtigsten Fragen von den Prüfern nicht beantwortet worden waren. Auch die PwC kassierte schon damals mit. Sie bekam ein Honorar von zwei Millionen Euro von der Katastrophenbank Depfa.

Vier Jahre und einige Katastrophen später stellt sich die Frage, warum ausgerechnet die damals verantwortlichen Prüfer immer noch nicht ausgewechselt sind. Es entsteht der ungute Eindruck eines Kartells des Schweigens, das auf Kosten der Steuerzahler die Versäumnisse von Politik, Finanzaufsicht und Prüfung in der Finanzkrise deckt. Der Untersuchungsausschuss des Bundestags, der die HRE-Affäre aufklären sollte, brachte jedenfalls nur Zufallsfunde ans Licht. Wirkliche Insider packten nicht aus.

Es reicht offenbar nicht, nur ein paar Banker zur Verantwortung zu ziehen. Es braucht unabhängige Aufklärer, die Interesse an der Wahrheit haben.

Für die Steuerzahler steht einfach zu viel Geld auf dem Spiel. Die Bilanzsumme der Bad Bank der HRE ist fast so hoch wie die gesamten Schulden Griechenlands.

MARTIN HESSE, CHRISTOPH PAULY



GESUNDHEIT

Gigantischer Spielraum

Die Barmer Ersatzkasse bezahlte für Arzneimittel jahrelang überhöhte Preise. Der Pharmakonzern Stada bedankte sich dafür mit zwei Millionen Euro.

Nach den Gesetzen der Marktwirtschaft bekommt der Kunde mit der größten Marktmacht die höchsten Rabatte – jedenfalls dann, wenn er richtig verhandelt. Und wenn er sich nicht so generös gibt wie die Barmer Ersatzkasse, die in Verträgen mit Pharmakonzernen auf Millionen verzichtet.

Der Gesetzgeber hatte den Krankenkassen im Jahr 2007 ermöglicht, vor allem mit den Generika-Herstellern wirksame Rabatte auszuhandeln. Generika sind Wirkstoffe, deren Patentschutz abgelaufen ist und die deshalb von jeder Pharmafirma nachgebaut werden dürfen. Die meisten dieser Präparate können für wenige Cent hergestellt werden, dennoch verlangen die Firmen für die Pillen in Deutschland erstaunlich hohe Preise.



Ex-Barmer-Chefin Fischer
Auf Kuschelkurs

Krankenkassen wie die AOK verhandeln seit 2007 mit den Herstellern hart über einen Rabatt. Der AOK-Verband schreibt dazu jeden Generika-Wirkstoff einzeln aus und lässt sich von den Firmen ein Angebot machen. Der günstigste Anbieter erhält in der Regel den Zuschlag, die Firmen bekommen im Gegenzug die Garantie, dass die AOK-Patienten exklusiv mit ihrem Präparat versorgt werden. Das muss für die Patienten kein Nachteil sein, weil der Wirkstoff des Medikaments identisch ist, egal, ob die Packung von Ratiopharm, Hexal oder Stada kommt.

Wie gigantisch der Spielraum gerade bei Generika-Preisen ist, sieht man an den Rabatten, die die AOK einstreicht. Der Vorstandschef der AOK Baden-Württemberg, Christopher Hermann, gibt offen zu, dass die Hersteller ihm ihre Pillen oft 90 Prozent unter Listenpreis anbieten. Die AOK will laut Hermann durch ihre Rabattverträge allein in diesem Jahr rund 700 Millionen Euro Versicherungsgelder sparen.

Die Barmer GEK, die größte Krankenkasse des Landes, hat dagegen noch nie einen Vertrag über einen einzelnen Wirkstoff abgeschlossen. Sie setzte bisher lieber auf sogenannte Sortimentsverträge. Das heißt: Sie mauschelt mit Ratiopharm, Hexal und Co. einen bestimmten Rabatt über das gesamte Sortiment aus. Für die Hersteller sind diese Verträge äußerst lukrativ, weil

Arzneimittelproduktion beim Stada-Konzern
„Schmiergeld in jeder Form untersagt“

sie meist nur rund 20 Prozent Nachlass einräumen müssen und nicht deutlich mehr, um zum Zug zu kommen.

Seit Jahren kritisiert das für die Kassen zuständige Bundesversicherungsamt (BVA) die Sortimentsverträge als vergaberechtswidrig. Das BVA hat der Barmer deshalb „die klare Anweisung erteilt“, die Verträge zu kündigen – ohne Erfolg.

Im Jahr 2007 wollte auch Stadapharm, eine Tochtergesellschaft des Generika-Herstellers Stada, unbedingt einen solchen Sortimentsvertrag mit der Barmer abschließen – und lockte die Kasse mit einer Geldzahlung. Stadapharm-Geschäftsführerin Anneliese Demberg stellte der Krankenkasse eine Extrazahlung in Höhe von zwei Millionen Euro in Aussicht. In dem Vertrag, den Demberg mit der Barmer am 30. März 2007 unterzeichnete, wird die Summe zwar verschämmt als „einmalige Rabattzahlung“ bemäntelt.

Doch die Frage, welche konkrete Leistung mit dieser Zwei-Millionen-Zahlung honoriert wurde, beantworten weder die Kasse noch der Pharmakonzern. Stada teilt lediglich mit, dass „eine spezifische Zahlung zur Vertragsunterzeichnung („Signing fee“) ... in keiner Weise angreifbar“ sei. Außerdem untersage das Regelwerk des Konzerns „Schmiergeldzahlungen in jeder Form“. Der Abschluss von Rabattverträgen falle zudem in den „Zuständigkeitsbereich der Tochtergesellschaften“.

Die Barmer erklärt, dass die zwei Millionen Euro „Teil des vertraglich vereinbarten Rabatts“ gewesen seien, der sich eben „aus mehreren Komponenten zusammensetzte“.

Das BVA sieht die Sache wohl weniger harmlos. Der Vertrag sei der Behörde bekannt, teilt das Amt auf Anfrage mit. „Es wird derzeit insbesondere geprüft, ob und inwieweit der Vertrag mit den gesetzlichen Vorgaben vereinbar ist.“

Aus der Sicht von Stada ergab die Zahlung durchaus Sinn. Die Ausgaben von zwei Millionen Euro und einige Prozent Rabatt, die das Unternehmen der Kasse einräumte, wurden mehr als wettgemacht durch den Zugang zu den heute 8,5 Millionen Versicherten der Barmer. Pharamanagerin Demberg freute sich deshalb nach der Unterzeichnung auch, dass der „Kooperationsvertrag mit der Barmer einmal mehr ein Zeichen dafür ist, dass Kostenprobleme im Gesundheitswesen auch partnerschaftlich gelöst werden können“.

Nicht zum Nachteil war dieser Kuschelkurs auch für Barmer-Chefin Birgit Fischer, die den Stada-Vertrag unterschrieb. Die SPD-Frau wechselte im Mai dieses Jahres direkt vom Chefposten der Barmer GEK zum Pharma-Verband VfA. Die Interessen der Pillenindustrie vertritt sie seitdem ganz offiziell. MARKUS GRILL

TOURISMUS

Verderbliches Gut

Das Kölner Unternehmen HRS beherrscht den Online-Markt für Übernachtungen – sehr zum Ärger der Hoteliers. Die fürchten um ihren Profit.

Die Sanduhr ist legendär. Sie gewährte den Hoteliers ein paar Minuten Zeit. Wer nicht schnell genug unterschrieb, war draußen. Er wurde nicht in den „Hotel Directory“ aufgenommen, den zentimeterdicken Hotelkatalog des Kölner Unternehmers Robert Ragge.

Die Eieruhr gibt es immer noch, sie steht inzwischen im Büro von Ragges Sohn Tobias, dem heutigen Chef von HRS. Aus dem Katalog wurde inzwischen ein Buchungsportal für Hotelzimmer im Internet. Die Uhr habe symbolischen Charakter, sagt Ragge junior. „Irgendwann kamen immer mehr Hoteliers zu meinem Vater und boten ihre Zimmer an, da musste die Zeit einfach im Auge behalten werden.“

Der Senior hatte den „Hotel Reservation Service“ 1972 in einem ehemaligen Gemüseladen in Köln gegründet. Er wollte vor allem Geschäftsreisenden, die zu den Messen kamen, Hotelzimmer zu guten Preisen anbieten. 1986 erschien der erste HRS-Katalog mit 2500 Hotels, ab Mitte der achtziger Jahre arbeitete man mit einem eigenen, computergestützten Reservierungssystem, und schon 1995 wurde die Web-Seite www.hrs.de freigeschaltet.

Heute bietet HRS über 250 000 Hotels in 180 Ländern an. Das Unternehmen hat im Schnitt sechs Millionen Nutzer im Monat und 25 000 Unternehmen als Firmenkunden, es erwirtschaftet mit mehr als 550 Mitarbeitern in Köln, Shanghai, London, Paris, Rom, Warschau, Moskau und Istanbul einen Umsatz von über hundert Millionen Euro.

Aber die Kölner wollen mehr. Im Oktober übernahmen sie die Mehrheit von hotel.de, mit einem Umsatz von zuletzt rund 36 Millionen Euro die Nummer drei im Markt. Neben HRS gibt es damit nur noch zwei relevante Online-Hotel-Portale: booking.com und expedia.de.

Mehr als jedes zweite Hotelbett wird inzwischen im Netz gesucht und gebucht, schätzt der Hotel-Branchenverband IHA, Tendenz steigend. Mit Hilfe der Portale ist es ein Leichtes, Preise und Angebote zu vergleichen – zum Vorteil der Kunden. „Portale wie HRS haben



Hotelanlage in der Türkei: „Portale haben die Preishoheit an sich gezogen“

in den vergangenen Jahren die Preishoheit an sich gezogen – und die Preise sind dadurch definitiv nicht gestiegen“, sagt der Branchenexperte Stephan Gerhard.

Kein Wunder also, dass sich die Begeisterung über den Zusammenschluss von HRS und hotel.de bei den Hotelanbietern in Grenzen hält. Die müssen für jede Vermittlung 13 Prozent des Übernachtungspreises an HRS zahlen. Viele Hotels bekommen ihre Gäste kaum noch auf anderen Wegen. „Die Abhängigkeit ist groß, denn es gibt kein verderblicheres Gut als ein Hotelzimmer“, sagt IHA-Geschäftsführer Markus Luth. „Deshalb erliegen viele Hotels bei schwacher Auslastung auch der Versuchung, ihre Zimmerpreise auf den Buchungsportalen mit großer Verbreitung herabzusetzen – auch wenn sie sich damit langfristig selbst schädigen.“

Wie hilflos die Anbieter dem Vertriebsweg über das Netz inzwischen ausgeliefert sind, zeigt das Eckpunktepapier zum fairen Miteinander, das der europäische Hoteldachverband vor einem knappen Jahr veröffentlicht hat. Man wolle die Hoheit über Raten und Produkte behalten, heißt es da, und poche auf transparente Kriterien zur Platzierung auf den Ergebnislisten. Provisionszahlungen für Betten, die reserviert, aber nicht in Anspruch genommen würden, verbitte man sich.

HRS-Chef Ragge wundert die Aufregung. „Wir sind lediglich Vermittler, die Angebot und Nachfrage zusammenführen.“ HRS habe seit knapp zehn Jahren mit die günstigsten Konditionen, die für kleine wie große Hotels gleich seien. „Ohne unsere günstige Vertriebsleistung ist es für mittelständische Häuser wie ein ‚Hotel zur Post‘ schwieriger, an Gäste zu kommen.“

Das Wachstum des Portals soll künftig vor allem aus dem Ausland kommen, in China, Russland und Osteuropa sieht das Unternehmen riesiges Potential. Allein in China buchen 30 Millionen Menschen ihre Hotels online, und das sind erst sechs Prozent der Internetnutzer.

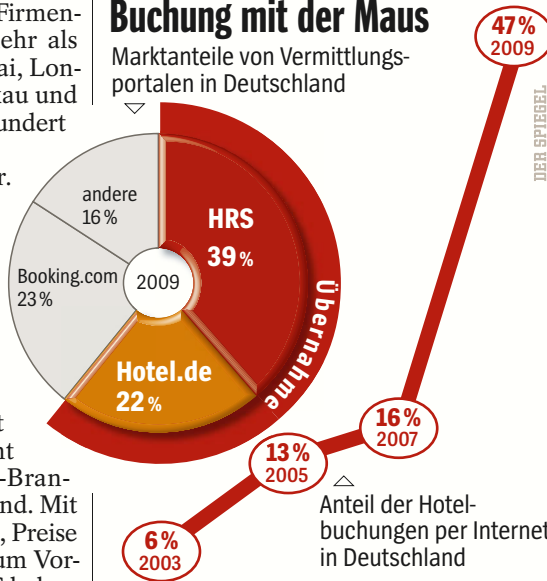
Nach Branchenschätzungen soll sich China bis 2013 zum weltweit zweitgrößten Reise- und Tourismusmarkt nach den USA entwickeln, und HRS will davon profitieren. „Schon jetzt bietet HRS Hotels in chinesischen Städten an, von denen ich noch nicht mal den Namen kenne“, staunt Branchenexperte Gerhard.

Beim Kartellamt ist die Übernahme von hotel.de durch HRS im Übrigen nicht angemeldet worden. Das wird erst notwendig, wenn die Umsatzschwelle von 500 Millionen Euro überschritten wird. Das ist bei HRS nicht der Fall – noch nicht.

SUSANNE AMANN

Buchung mit der Maus

Marktanteile von Vermittlungsportalen in Deutschland



Quelle: Hotelverband Deutschland; Marktstudie 2011



Schriftsteller Harris vor seinem Haus in Berkshire

viel wie an normalen Tagen. Der Kurs vieler Papiere fiel ins Bodenlose. Kurze Zeit später war der Spuk vorbei.

Verursacht hatte den Flash Crash ein einziger Investmentfonds. Waddell & Reed hatte Index-Kontrakte im Wert von 4,1 Milliarden Dollar abgestoßen. Dieser Mammutverkauf löste bei den Computern anderer Marktteilnehmer Verkaufsbefehle aus, die zu weiteren Kursverlusten führten, die wiederum Verkaufssignale generierten. So kam die Welle in Gang und verstärkte sich weiter.

Die automatischen Systeme reagierten so schnell, dass kein Halten mehr möglich war. Danach hat die US-Börsenaufsicht eine Bremse installiert: Verändert sich der Kurs einer wichtigen Aktie innerhalb von fünf Minuten um mehr als zehn Prozent, wird der Handel ausgesetzt. Dennoch fürchten Experten, dass der computergesteuerte Hochgeschwindigkeitshandel die Stabilität der Finanzmärkte bedroht. 70 Prozent des US-Börsenhandels wird von Computern dominiert. „Wir

befinden uns im Griff eines Finanzsystems, das außerhalb menschlicher Kontrolle agiert“, sagt Harris. Die Technik habe uns infantilisiert und hilflos gemacht: „Wir haben ein Monster erschaffen.“

Der gelernte Journalist, der früher unter anderem für die BBC und die Tageszeitung „Observer“ arbeitete, hat das Untier selbst besichtigt. Einen Tag lang durfte er beim Hedgefonds Bluecrest in Genf hinter die Kulissen schauen. Was er sah, war das

Gegenprogramm zu den Zigarre lutschenden Milchbärten mit den breiten Hosenträgern, die in den Achtzigern die Wall Street beherrschten: Vor den Computern saßen Doktoren und Professoren der Physik und Mathematik. „Die Branche zieht international die besten Talente ab“, sagt Harris, dem habe die Politik längst nichts mehr entgegenzusetzen.

Eine „eigentümliche Mischung aus Gier und Wissenschaft“ habe er „in der Geldwaschmaschine Genf“ vorgefunden: „Hochintelligente Leute ohne jeglichen moralischen Kompass, ohne irgendeinen Bezug zur wirklichen Welt, dafür aber mit irrationalen Mengen an Geld, steuerfrei das meiste“. Als Harris bei einem seiner Treffen mit einem Hedgefonds-Manager nach dessen Befinden fragte, kam die Antwort: „Gut. Am Donnerstag haben wir 700 Millionen Dollar gemacht.“

Wahrlich ein Stoff für absurdes Theater. Derzeit schreibt Harris in seinem Pfarrhaus westlich von London am Drehbuch für einen Film. Regisseur Paul Greengrass („Das Bourne Ultimatum“) wird die Welt in Harris' „Angst“ versetzen.

MICHAELA SCHIESSL

FINANZWELT

Missratene Kreatur

Bestseller-Autor Robert Harris hat einen Thriller über die Welt der Finanzmärkte geschrieben. Aber deren ganz realer Wahnsinn lässt sich kaum toppen.

Es war nicht nur der Zeitgeist, der den britischen Bestseller-Autor Robert Harris („Vaterland“, „Enigma“, „Pompeji“) dazu brachte, eine fast 400 Seiten lange Gruselgeschichte über einen mörderischen Hedgefonds zu verfassen, es war auch Wut, die ihn zum Schreiben seines diese Woche erscheinenden Buchs „Angst“ trieb*.

„Wir haben total die Kontrolle verloren“, klagt der einstige Vertraute des ehemaligen britischen Premierministers Tony Blair. „Wir sind die Deppen, stehen für die irren Risiken der Banker ein, die jetzt schon wieder absahnen. Wir füttern die Bestie.“

In „Angst“ verlieh er der Bestie die Form eines in Genf ansässigen Hedgefonds. Dessen Gründer, ein Mathematik-Genie, hat ein selbstlernendes, auf Algorithmen basierendes Computersystem erfunden, das mit Angst gefüttert wird. VIXAL-4 scannt das Netz nach furchtbesetzten Worten wie Unglück oder Pleiten, zieht daraus Schlüsse über das potentielle



Börse in New York: „Außerhalb menschlicher Kontrolle“

Verhalten von Anlegern und setzt die Erkenntnis in Sekundenbruchteilen in Investmentstrategien um.

Natürlich wird die ständig schlauer werdende Maschine bald größenwahnsinnig, sie hört nicht mehr auf die programmierten Befehle der Menschen und versucht am Ende (auf leider etwas unerfindlichen Wegen), ihrem Schöpfer den Garaus zu machen. Der überlebt arg angekokelt, kann seine missratene Kreatur jedoch nicht mehr bändigen. Hilflos muss er zusehen, wie sie einen sogenannten Flash Crash auslöst, einen nur wenige Minuten anhaltenden Börsenzusammenbruch, der ihren Besitzern Milliarden Euro einspielt.

Sieht man von Mord und Totschlag und dem etwas angestaubten Mensch-gegen-Frankensteins-Plot ab, so ist Harris' Fiction-Szenario längst real. In London scannt ein Hedgefonds sogar schon Twitter-Nachrichten, um Anlegerverhalten zu antizipieren. Auch einen Flash Crash gab es bereits: Am Nachmittag des 6. Mai 2010 sank der US-Leitindex Dow Jones plötzlich um mehr als neun Prozent. Innerhalb von zehn Minuten wurden knapp 1,3 Milliarden Aktien gehandelt, sechsmal so

* Robert Harris: „Angst“. Heyne Verlag, München; 384 Seiten; 19,99 Euro.

LIBYEN

„Die Höchststrafe wäre lebenslänglich“



Der Völkerrechtsprofessor Claus Kreß, 45, über ein mögliches Verfahren gegen den Gaddafi-Sohn Saif al-Islam vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH)

SPIEGEL: Saif al-Islam al-Gaddafi verhandelt gerade mit dem Gericht über seine Auslieferung. Was erwartet ihn in Den Haag?

Kreß: Ein mehrjähriges Strafverfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach einem Völkerstrafprozessrecht, das eigens für den IStGH geschrieben wurde. Die Höchststrafe wäre eine lebenslängliche Freiheitsstrafe.

SPIEGEL: Libyen will ihn aber lieber selbst verurteilen. Wer ist verantwortlich für den Diktatorensohn, sein Heimatland oder der IStGH?

Kreß: Bei der Gründung des Gerichts haben die Staaten entschieden, dass die nationale Strafverfolgung grundsätzlich Vorrang hat. Das Herzstück staatlicher Souveränität geben die Staaten nicht gern her. Allerdings ist das Verfahren vor dem IStGH bereits ziemlich weit. Und ab einem gewissen Stadium bleibt der Fall beim internationalen Gericht.



SPIEGEL: Wäre Libyen, angesichts der Bilder von der Tötung Gaddafis, überhaupt ein faires Verfahren zuzutrauen?

Kreß: Damit das Land den Fall bekommt, müsste es fähig sein, über Gaddafi junior zu

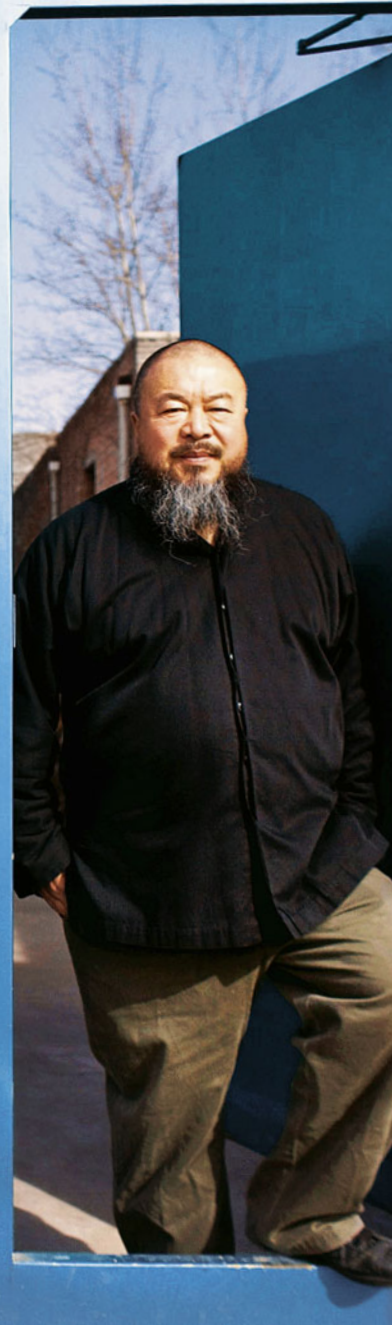
richten. Die Libyer wollen der Welt beweisen, dass sie ihre Verbrecher selbst verurteilen können. Ob sie aber in der Lage sind, nach diesem blutigen Bürgerkrieg quasi über Nacht auch ein so umfangreiches Verfahren zu führen, muss eine Kammer des IStGH entscheiden. Die neue libysche Regierung könnte so klug sein und sich helfen lassen, so wie es der Irak bei Saddam Hussein getan hat.

CHINA

Alle für einen

Im chinesischen Internet formiert sich Unterstützung für den regimekritischen Künstler Ai Weiwei. Nachdem die Behörden vergangene Woche von Ai eine Steuernachzahlung von rund 1,7 Millionen Euro gefordert hatten, überweisen User der Mikroblog-Seite Sina Weibo jetzt Geld für ihn. Ai selbst sagte gegenüber dem SPIEGEL: „Es heißt immer, dass die Leute sich nicht beteiligen oder ihre Stimme erheben. Aber das ist nicht wahr. Sie wissen oft nur nicht, wie sie es tun können.“ Er sei „sehr aufgeregt“, denn jetzt hätten seine Unterstützer einen Weg gefunden. „Hoffe, unsere kleine Anstrengung verhilft dir zu einem großen Sieg“, schrieb einer und gab 1000 Yuan (114 Euro). „Jahrelang habe ich Geld für streunende Tiere gespendet, du bist der einzige Mensch, der es bekommt“, schrieb ein anderer. Ai ließ wissen, dass man später alles zurückzahlen wolle. Mal sind es 152, mal 1512 Yuan, die Ais Fans überweisen, den Beleg stellen sie gleich mit ins Internet. Das sei wirklich beschämend für den Staat, sagt Ai. „Ich hoffe, die sehen sich das an. Die wollten meinen Ruf ruinieren. Aber die Menschen wissen, wer hier der Kriminelle ist. Sie wissen, wer da trickst.“ Er habe jetzt vor, das Haus seiner Mutter als Pfand zu benutzen und vor Gericht zu ziehen. Ai glaubt, dass die Behörden sich auch für seinen Artikel im Magazin „Newsweek“ rächen wollen. Man habe ihm gedroht, dass er beim nächsten Mal nicht mehr so glimpflich davonkomme. Der Wunsch einer seiner Blogger-Fans lautet: „Bitte iss gut und schlaf gut. Lass dich von denen nicht dünn machen.“

SHIHO FUKADA / THE NEW YORK TIMES / LAIF



SCHWEDEN

Schnelles Verfahren

Nach der Entscheidung des britischen High Court, die Berufung von WikiLeaks-Gründer Julian Assange gegen seine Auslieferung nach Schweden abzulehnen, rechnen schwedische Rechtsexperten mit einem schnellen Fortgang des Verfahrens. Sven-Erik Alhem, ehemals Oberstaatsanwalt in Stockholm und Malmö, geht davon aus, dass nach einer Auslieferung und

Befragung Assanges durch die Staatsanwaltschaft in Göteborg in „wenigen Wochen“ feststehen werde, ob Anklage gegen ihn erhoben wird. Anders als in Großbritannien, wo er gegen Kautions auf freiem Fuß ist, würde er in Schweden wohl in Untersuchungshaft sitzen. Zwei Schwedinnen werfen dem Chef der Enthüllungsplattform sexuelle Belästigung und in einem Fall Vergewaltigung vor, Assange bestreitet beides. Alhem, der das Verhalten seiner ehemaligen Kollegen in dem Fall scharf kritisiert hat, hält es „durchaus für

THAILAND

Tödliche Kugel vom Dach

Eine Autopsie des vor eineinhalb Jahren in Bangkok getöteten italienischen Fotografen Fabio Polenghi bestätigt, was bisher bloß Befürchtung war. Der flüchtende Fotograf, der auch für den SPIEGEL gearbeitet hatte, starb während der sogenannten Rot-hemden-Proteste im Mai 2010 durch eine Kugel, die ihn im Rücken traf. Sie zerfetzte Herz, Lunge und Leber. Die Schwester des Toten, Elisabetta Polenghi, ist sich sicher, dass es eine Armeekugel war, die ihren Bruder tötete. Seit dessen Tod recherchiert sie, gemeinsam mit dem kanadischen Anwalt Robert Amsterdam, was an diesem 19. Mai in Bangkok passierte. „Wir haben Aussagen von Zeugen aus der Armee, dass gezielt auf Journalisten geschossen werden sollte“, sagt Amsterdam. Es gab wohl auch die Order, deren Material zu beschlagnahmen: Noch während Polenghi im Sterben lag, wurde ihm seine Kamera entwendet. Die Szene wurde von anderen Fotografen festgehalten. Amsterdam verlangt nun, dass der Fall von der Polizei untersucht wird. Die Befehle für den Kampf gegen die meist unbewaffneten

Oppositionellen kamen, das belegen nun neu aufgetauchte Dokumente, von Verantwortlichen aus Armee und Politik. Denn an jenem Maitag, so geht aus den Papieren hervor, postierte die Armeeführung Scharfschützen auf „allen hohen Gebäuden im Bereich Lumpini-Park“. Nachzulesen ist da auch, dass der „Gebrauch von Waffen, um sich zu schützen und den Frieden zu erhalten“ explizit erlaubt wird. Entsprechende Befehle tragen nicht nur die Unterschrift des damaligen Armeechefs Anupong Paochinda, sondern auch die des damals stellvertretenden Premiers.



Erschossener Fotograf Polenghi

Künstler Ai

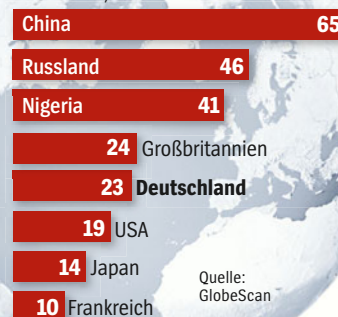
STATISTIK

Traurige reiche Welt

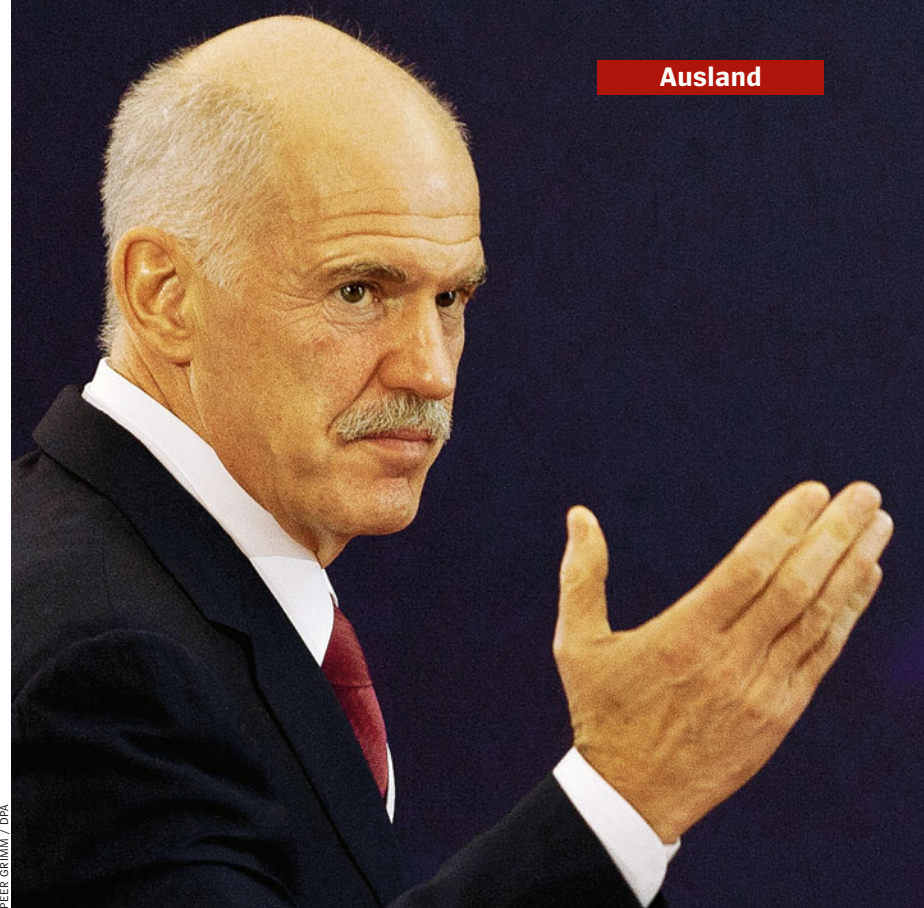
Wo bleiben Optimismus und Zuversicht in diesen krisengeschüttelten Zeiten? Das kanadische Umfrageinstitut GlobeScan hat zwischen Juli und September dieses Jahres versucht, genau das zu ermitteln. Mehr als 25 000 Menschen aus 25 Ländern sind befragt worden, ob „sich die Welt in die richtige Richtung entwickelt“. Ihre Antworten zei-

gen: Japaner, Amerikaner und Franzosen, der reiche Teil der Welt also, sind besonders pessimistisch. Die Deutschen zum Beispiel sehen ihre Zukunft um einiges düsterer als die wirtschaftlich viel schwächeren Philippiner. Es mutet merkwürdig an, aber am zuversichtlichsten ist man laut Umfrage in Entwicklungs- und Schwellenländern: Im Unruhestaat Nigeria etwa ist die Bevölkerung erstaunlich optimistisch; auch in Russland, China und Indien wird auf das vertraut, was kommt.

Anteil der Zuversichtlichen an der Bevölkerung in Prozent, 2011



möglich“, dass sich die zuständige Staatsanwältin Marianne Ny nach der Anhörung gegen eine Anklage entscheidet. Falls es doch zur Anklage kommt, würden Alhem zufolge nur wenige Wochen bis zum Prozess vergehen. Wegen Vergewaltigung drohen Assange mindestens zwei Jahre Haft. Seine Anwälte haben noch bis Mitte kommender Woche Zeit, über eine weitere, dann letztinstanzliche Berufung zu entscheiden. Um damit erfolgreich zu sein, müssten sie die große öffentliche Bedeutung des Falles nachweisen.



Sozialistenführer Papandreou, Demonstration gegen die Sparpolitik in Thessaloniki am 28. Oktober: „Ich würde so gern die Welt verändern,

GRIECHENLAND

Ouzo mit Wasser

Der gescheiterte Vorschlag, das Volk über die radikalen Sparbeschlüsse entscheiden zu lassen, verändert die Parteienlandschaft in Athen. Das Ende der Ära Papandreou ist absehbar, die Traditionspolitiker haben das Vertrauen der Wähler verloren.

Der eine, Georgios Papandreou, 59, war der Mann Europas, der Musterknabe. Er setzte um, was die Euro-Partner von den Griechen verlangten: Er entwarf Sparpläne, bis die Demonstrationen vor dem Athener Parlament immer größer und immer gewalttätiger wurden. Auf Anordnung aus Brüssel – viele seiner Landsleute sagen: aus Berlin – hat er Steuern und Abgaben erhöht und versucht, einen ausufernden Staatsapparat zurückzuschneiden, bis der empört zurückbiss. Er riskierte – und verlor – seine Popularität unter Anhängern, die ihn einmal als Retter des Vaterlands ins Amt gewählt hatten.

Und als all das Griechenland noch immer nicht auf Sanierungskurs gebracht hatte, lief – in den Augen seiner Kontrolleure – der verlässliche Mann plötzlich aus dem Ruder und wollte die Bürger darüber abstimmen lassen, ob er für diese drakonischen Maßnahmen überhaupt noch das Mandat habe. Da hatte er sich's

mit seinen Partnern plötzlich gründlich verdorben.

Der andere, Antonis Samaras, 60, Papandreous konservativer und tief nationalistisch eingefärbter Rivale, war dagegen Europas Buhmann, Mitglied jener griechischen Regierung, die das ererbte staatliche Organisationsprinzip, Klientelismus und Korruption, auf die Spitze getrieben und gefälschte Haushaltszahlen nach Brüssel durchgegeben hatte. Er lehnte, inzwischen Oppositionsführer, alle Sparmaßnahmen ab, schließlich wollte er, wenn er erst einmal an der Macht sei, „nicht über Ruinen herrschen“.

Er verlangte umfassende Steuersenkungen und wollte die Abmachungen zwischen dem Schuldner Griechenland und den Helfern aus Brüssel neu verhandeln. Europas konservative Staatenlenker, Nicolas Sarkozy etwa oder Angela Merkel, konnten ihren Zorn über den unbotmäßigen Gesinnungsgenossen kaum verbergen. Sie hielten ihn für machtlüster, für

einen Politiker, der bereit sei, seinem Ziel das ganze Land zu opfern.

Bis zu jenem Tag in der vergangenen Woche, an dem Samaras glaubte, dass der Griff nach der Macht nunmehr erfolgversprechend sei. Da war sein Geschwätz von gestern vergessen, Samaras erklärte sich bereit, die europäischen Forderungen anzuerkennen und erhielt dafür prompt Lob von Sarkozy, der ihn als „tapfer und verantwortungsbewusst“ pries.

Eine griechische Wende voller Ironie: Beide, Papandreou wie Samaras, hatten sich einst, vielleicht nicht in vollem Ernst, aber auch nicht nur im Scherz, vorgenommen, das Land gemeinsam zu regieren. Damals, Anfang der siebziger Jahre, herrschten die Militärs in Athen, die beiden jungen Männer waren Studenten in den USA und hatten gemeinsame Räume am noblen Amherst College in Massachusetts gemietet.

Samaras organisierte damals Partys mit Studentinnen, und Papandreou spielte



NIKOLAS GAKOUMIDIS / AP

wenn ich nur wüsste wie“

auf seiner Gitarre Lieder, wie das des britischen Rockers Alvin Lee: „I'd love to change the world, but I don't know what to do“, ich würde so gern die Welt verändern, wenn ich nur wüsste wie.

Heute sind die beiden Politiker nach eigener Aussage zwar nicht verfeindet, aber eins ist sicher: Zusammenarbeit kommt für die erbitterten politischen Gegner nicht in Frage. Sie können es nicht – und müssen es nun womöglich doch.

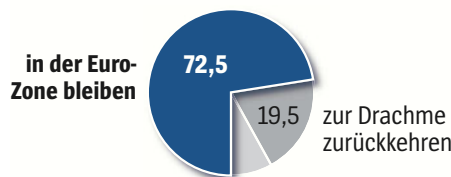
Denn schon am 15. Dezember geht Griechenland, nach dem Eingeständnis von Finanzminister Evangelos Venizelos, das Geld aus, um Renten und Gehälter zu bezahlen. Bis dahin muss, um die nächste Tranche aus dem europäischen Hilfspaket zu erhalten, das griechische Parlament mit einer nur überparteilich zu erreichenden deutlichen Mehrheit den Brüsseler Beschlüssen vom 27. Oktober zugestimmt haben. Zwar war Freitagnacht, als die sozialistischen Abgeordneten mit einer knappen Mehrheit Papandreou noch mal das Vertrauen aussprachen, noch nicht abzusehen, wie diese Mehrheit zustande kommen kann. Immerhin, die Nea Dimokratia von Samaras hat sich bereit erklärt, nach einem Rücktritt Papandreous eine Übergangsregierung mit den Sozialisten einzugehen.

Wenn Griechenland nicht riskieren will, im nächsten Monat aus der Euro-Zone rausgeschmissen zu werden, muss es eine Koalition geben und dann, nach der entscheidenden Zustimmung zum Brüsseler Sparpaket, vermutlich bald Neuwahlen.

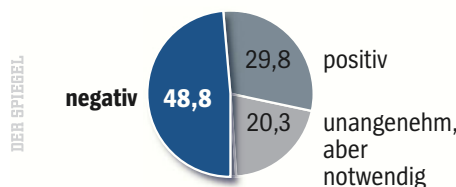
Es werden Wahlen, die das Land grundlegend verändern könnten. Die Griechen scheinen laut Umfragen den ewigen Hahnenkampf zwischen Papandreou und Samaras nicht länger zu ertragen. Sie machen die gesamte politische Klasse für das Elend des Landes verantwortlich, und voraussichtlich wird keine der beiden großen Parteien nach Neuwahlen allein regieren können. Die Traditionsparteien werden Koalitionen mit den aufstrebenden Kleinparteien schließen müssen, die Zeit der großen Einzelkämpfer in der

Umfrage in Griechenland

„Soll Griechenland in der Euro-Zone bleiben oder zur Drachme zurückkehren?“



„Wie beurteilen Sie die Kontrolle der Reformen durch Europa?“



Umfrage: Kapa Research vom 27. Oktober; Angaben in Prozent; 1009 Befragte; an 100 fehlende Prozent: keine Antwort

Politik geht zu Ende – und das haben sie sich ausschließlich selbst zuzuschreiben.

Das spätherbstliche Athen fühlt sich an, als läge, unsichtbar, ein Grauschleier über der Stadt. Die Stimmung, so heißt es in der Hauptstadt, sei „wie Ouzo mit Wasser – trübe“. Nach mehr als einem Jahr voller Katastrophenmeldungen ist es, als sei vielen einst stolzen Athenern das Selbstwertgefühl abhandengekommen. Als sie zunehmend die Erschöpfung über den Zorn.

Der Rentner in Anzug und Krawatte, der neuerdings zu „Gregoris“ am Syntagma-Platz geht, um dort seinen Kaffee vor steriler Fastfood-Kulisse zu trinken, nutzt ein Sonderangebot: die Tasse zu nur einem Euro, statt wie andernorts zu 2,30 Euro. Und die Menschen, die am Fleischmarkt zu Füßen der Akropolis um die besten Stücke zu niedrigen Preisen streiten, wissen auch, dass sie hier besonders günstige Ware finden.

Die Krise hat das Land schwer verwundet. Erkennbar ist das nicht nur an einer Arbeitslosenquote von 17,5 Prozent plus einer hohen Dunkelziffer oder an der Erwerbslosigkeit unter jungen Leuten, von der fast 43 Prozent betroffen sind.

Zu besichtigen sind die Auswirkungen der Wirtschaftsflaute in Athen auf Schritt und Tritt. Hunderte von Geschäften stehen zum Verkauf, in manchen Einkaufstraßen vornehmerer Stadtteile wie Kolonaki ist jeder dritte Laden leer.

Ein Lehrergehalt von 800 Euro reicht für eine Dreizimmerwohnung im Zentrum Athens. Aber nicht fürs Essen, für

Kleidung, Kultur. „Und schon gar nicht, um eine Familie zu gründen“, sagt die junge Vagia.

Mit zwei Bachelor- und einem Master-Abschluss dekoriert, sitzt sie seit mehr als einem Jahr zu Hause und schreibt erfolglos Bewerbungen. Sie ist 26, will arbeiten und hat ihr ganzes bisheriges Leben lang fleißig gelernt. Jetzt denkt sie, die außer Griechisch perfekt Deutsch und Englisch sowie ein wenig Russisch spricht, bei jeder Bewerbung ins Ausland schon an die Reaktion des dortigen Arbeitgebers in spe: „Oje, sagt sich der wahrscheinlich – schon wieder eine, die weg aus Griechenland will.“

Nach der neuen einheitlichen Gehaltsliste für Beamte und Staatsangestellte, die am 1. November in Kraft trat, werden Lehrergehälter im kommenden Jahr auf durchschnittlich 15 000 Euro sinken. Finanzbeamte, die zu den bestverdienenden Staatsdienern gehörten und in der Regel zwei- bis dreimal so viel wie Lehrer verdienten, müssen mit Einkommensverlusten von bis zu 50 Prozent rechnen.

Denn die neuen Gehaltsbestimmungen streichen ein buntes System von über hundert zum Teil absurden Zulagen für Beamte auf ein halbes Dutzend zusammen. Weniger betroffen sind – wieder einmal – die börsennotierten halbstaatlichen Betriebe, wie der Stromkonzern DEI, in dem die radikalen Gewerkschaften behutsamere Einschnitte erkämpfen konnten.

Auch die Belastungen für Steuerzahler und Verbraucher wachsen immer schneller, unter anderem durch das zwölfte Steuergesetz in zwei Jahren, das schon bis Mitte November im Parlament gebilligt werden muss.

Der Politikwissenschaftler Panos Kazakos nennt es einen „Konstruktionsfehler“ der Politik Papandreou, dass er sich in seinem letzten Wahlkampf auf die Beamten und vor allem die Gewerkschaften gestützt hat und sich deshalb nicht traute, deren zahlreiche Privilegien allzu kräftig zu beschneiden. Durchschnittsgehälter von 70 000 Euro bei staatlichen Betrieben wie dem Energiekonzern Hefpe gehören dazu, oder Spitzenverdienste für Lokomotivführer von bis zu 7 000 Euro monatlich.

„Horizontale Sparmaßnahmen waren für Papandreou der leichte Weg, aber das falsche Signal“, sagt Kazakos. Denn sie belasten alle Einkommens- und Reichtumsklassen gleichermaßen. „Die Griechen sind bereit zu großen Opfern“, sagt er, aber sie verlangten auch Gerechtigkeit. Und die lässt sich angesichts doppelter Pensionen für Abgeordnete oder Tausender Luxusyachten in den Häfen der Hauptstadt, deren Eigner fast keine Steuern zahlen, leider selten finden.

Nun scheinen vielen Griechen die ganzen Opfer umsonst. Der internationale



Merkel-Hassplakat in Athen*: Suche nach Schuldigen

Aufschrei nach Papandreous Referendumsvorschlag hat ihnen gezeigt, wie nah sie daran sind, trotz aller Einschränkungen ihre Währung zu verlieren. Ihre Bilanz des Sparkurses fällt bitter aus.

Was Oppositionsführer Samaras stets prophezeit und Premier Papandreou als notwendiges Übel auf dem Weg zur Sanierung ausgegeben hatte, ist inzwischen eingetreten: Griechenlands Wirtschaft ist aufgrund der Roskur komplett eingebrochen. Vor allem die Steuereinnahmen bleiben weit hinter den Kalkulationen zurück, während die Ausgaben etwa für die Arbeitslosen explodieren.

Die Mehrwertsteuer wurde schon 2010 zweimal auf inzwischen 23 Prozent erhöht, die Tabaksteuer stieg binnen weniger Wochen dreimal. Schätzungen zufolge verloren griechische Haushalte insgesamt ein Viertel ihres Einkommens. Jede neue Reform wird deshalb zum Nervenkrieg. Siebenmal wurde allein im vorigen Jahr der Generalstreik ausgerufen.

Doch im Juni 2011, ein Jahr nach dem ersten Rettungspaket, fehlten erneut 78 Milliarden Euro in der Kasse. Die Troika der Helfer, die Kontrolleure der EU, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds, verlangten neue Sparvorschläge für die nächste Kreditauszahlung. Papandreou lieferte: Ein weiteres Mal wurden die Beamtengehäl-

ter gekürzt, die Abgaben auf Heizöl und Autos wurden erhöht, es gab eine Luxus- und eine neue Immobiliensteuer. Zusätzlich sollen alle Griechen regelmäßig einen Solidaritätsabschlag in Höhe von etwa fünf Prozent des Nettoeinkommens bezahlen.

Den größten Batzen Geld aber soll ein gigantisches Privatisierungsprogramm bringen: Unternehmen und Staatsimmobilien sollen im großen Stil verkauft werden und insgesamt 50 Milliarden Euro bringen. Die Reaktion war pures Entsetzen. Das Traditionsblatt „Vradini“ titelte: „Boden und Blut für die 5. Kredittranche“.

Bislang aber ist das Interesse der Investoren zurückhaltend. Etliche Unternehmen auf der Liste gelten als unverkäuflich, wie etwa die griechische Staatsbahn, die bis vor kurzem noch jährlich Hunderte Millionen Euro Verlust einfuhr.

Und die Griechen murren immer lauter gegen das Sparregime. Regelmäßig finden Massendemonstrationen in den großen Städten des Landes statt, es kommt zu Krawallen. Politiker, die sich der Menge stellen, werden mit Eiern oder sogar Steinen beworfen. Parlamentarier bekommen Drohmails. Restaurants, in denen Politiker essen gehen, werden von Demonstranten blockiert.

Der vorvergangene Freitag, ein Nationalfeiertag, der mit Paraden im ganzen Land begangen wird, geriet zur Generalabrechnung mit den Politikern. Sobald sie

* Poster an einer Bäckerei mit der griechischen Aufschrift „Staatsfeind“.

sich wie gewohnt bei den Umzügen blicken ließen, wurden sie ausgepiffen, angespuckt oder geschlagen, nicht einmal der Staatspräsident kam unbehelligt davon.

Karolos Papoulias, 82, hatte Tränen in den Augen, als er vor die Kameras trat. Er sei „für Griechenland in den Krieg gezogen“, sagte der greise Politiker, „ich habe mit 15 gegen die Nazis gekämpft, und jetzt sagen die, dass ich ein Verräter bin“.

Papoulias war einmal ein angesehener Mann. 2004 wurde er, obwohl Mitgründer der sozialistischen Pasok, von den Konservativen zum Präsidenten vorgeschlagen und vier Monate später mit der größten Mehrheit der griechischen Geschichte vom Parlament gewählt. Jetzt fühlt er sich nur noch als Opfer einer Bürgerwut, die sich an der Finanzkrise entzündet hat. Dass er sich anhören musste, er sei ein „Faschist“, empfand er als Schand: „Das tut mir weh.“

Es war ein schwarzer Freitag für Griechenland und vor allem für die Regierung Papandreou. Vor dem Hintergrund der Gewalt bei den Paraden reifte beim Regierungschef an diesem Wochenende ein Plan, den er schon länger im Kopf trug. Am Montagabend trat Papandreou vor die verdutzte Regierungsfraktion und kündigte ein Referendum an. Das Volk habe „die Weisheit und das Wissen“, selbst über die Rettungspläne im Kampf gegen die Krise zu entscheiden, erklärte er: „Es geht darum, ob wir in der Euro-Zone bleiben wollen oder nicht.“

Papandreou spielte Vabanque, es ging um alles oder nichts, einen „Zocker“ nannten ihn Kritiker wie der Schriftsteller Takis Theodoropoulos: „Er hat sein politisches Kapital verspielt, möchte aber als Held abtreten können und sagen: Ich bin nicht schuld.“

Diesmal hatte Papandreou, der allen volltönenden Worten zum Trotz auch ein gewiefter Taktiker ist, zu hoch gepokert.

Die Euro-Manager Merkel und Sarkozy machten dem Regierungschef am vergangenen Mittwoch in Cannes klar, dass sie Griechenland aus der Euro-Zone ausschmeißen würden, falls die Bürger sich gegen die zusätzlichen Sparmaßnahmen aussprechen sollten.

Zwar hatte Papandreou in dem zuweilen lauten Gespräch offenbar darauf hingewiesen, dass in Griechenland bei anhaltendem Spardiktat aus Brüssel womöglich ein Staatsstreich drohe, aber Merkel hat sich davon nicht beeindrucken lassen. Ein Minister berichtete, die deutsche Kanzlerin habe sogar versucht, den Griechen das Datum und die Fragestel-

„Er hat sein Land bloßgestellt, um Kapital daraus zu schlagen.“

lung vorzuschreiben, wenn es denn ein Referendum geben müsse.

Auf dem Rückweg von Cannes nach Athen kündigte Finanzminister Venizelos, Papandreous härtester Rivale und einer seiner möglichen Nachfolger, seinem Premier die Gefolgschaft und forderte ihn auf, die Volksbefragung aufzugeben. Am nächsten Tag brach bei den Sozialisten ein Aufstand gegen das Referendum aus, und Papandreou musste seine schöne demokratische Idee einkassieren. Seither ist klar: Die Ära Papandreou geht zu Ende.

Der in den USA geborene Regierungschef, der lange Jahre im Ausland gelebt hat, war seiner Partei immer ein bisschen fremd geblieben. Er galt als intellektueller und wortgewandter Führer, aber als „Auslandsgrieche“, ohne eigene Hausmacht.

Papandreou, Sohn und Enkel ehemaliger Ministerpräsidenten, schien sich stets als eine Art Global Player zu fühlen, der sich mit den Niederungen der Politik daheim nie recht anfreunden konnte. „Er

sah sich als Mitglied einer Weltregierung, aber nicht als Führer der Griechen“, sagt der Buchautor Stavros Lygeros.

Lygeros, dessen gerade erschienenen Buch „Von der Kleptokratie zum Bankrott“ binnen einer Woche zum Bestseller avancierte, begleitet Papandreou seit 30 Jahren und kennt ihn wie kaum ein anderer. Er glaubt beim Premier die „Psychologie eines Prinzen“ erkannt zu haben, der im Unterbewusstsein das Selbstverständnis eines Feudalherren kultiviere – gegenüber der eigenen Partei und gegenüber dem eigenen Land.

Es fällt Papandreou leicht, sich von Griechenland zu distanzieren: „Ich regiere ein korruptes Land“, gab er in Brüssel zu und beeindruckte mit solcher Offenheit die europäischen Partner. Zu Hause waren solche Worte allerdings weniger geschätzt. „Er hat sein Land bloßgestellt, um für sich persönliches Kapital daraus zu schlagen“, sagt Lygeros, so etwas verzeihen die Griechen nur schwer.

Dass Papandreou sich im Amt verändert hat, ist augenscheinlich. Aus dem intellektuellen, freundlichen Plauderer und scharfsinnigen politischen Analytiker ist ein dünnhäutiger und nach Ansicht eines Parteifreundes „trotziger“ Regierungschef geworden. Vergangene Woche hielten ihn nicht nur politische Gegner, sondern auch das Staatsfernsehen für „verwirrt“, als das Hin und Her seiner politischen Volten zwischen der Ankündigung eines Rücktritts und dem Willen zum Durchregieren kaum noch nachzuvollziehen war.

Tasos Pappas, Kolumnist und Pasok-Experte der linksliberalen „Eleftherotypia“, entdeckte bei Papandreou „Anzeichen von Panik“. Er habe engen Verbündeten oft nicht mehr geglaubt und ständig seine Vertrauten gewechselt. Immer häufiger sah er eine „große Verschwörung gegen ihn“, so Pappas, ein



Finanzminister Venizelos, Oppositionsführer Samaras: „Suche nach dem größtmöglichen Konsens“

Komplott von übelmeinenden Abgeordneten, Bankern, Medien und sogar Militärs, die mit ihrem Einfluss in die Partei hineinreichten.

Nun bereiten sich seine Sozialisten unabhängig vom Vertrauensvotum auf eine Zukunft ohne Papandreou vor. Finanzminister Venizelos versicherte vorigen Freitag Kollegen am Telefon, dass das Referendum in der Tat vom Tisch sei und dass es jetzt darum gehe, „zum Wohl des Landes den größtmöglichen Konsens sowie engste Zusammenarbeit zu suchen und zu finden“. Und, natürlich: „eine entsprechende neue Regierung“.

Gesundheitsminister Andreas Loverdos schrieb in seinem Blog: „Es ist unvorstellbar, dass die Regierung das Vertrauensvotum gewinnt, und dann so tut, als sei nichts gewesen.“ Den ganzen Tag lang überboten sich Sozialisten wie Konservative mit Plänen, wie eine überparteiliche Zustimmung zu den Beschlüssen von Brüssel zu erreichen sei.

Dass die Griechen sich durch die vorübergehende Einmütigkeit der beiden ungeliebten Großparteien leichter mit ihrem Schicksal abfinden werden, scheint allerdings ausgeschlossen, glaubt Nikos Dimou, Schriftsteller und Publizist. Er habe, wie er selbst sagt, das „erfolgreichste griechische Sachbuch seit der Antike“ verfasst. Es handelt vom „Unglück, ein Grieche zu sein“ und erschien erstmals vor 36 Jahren.

Die Griechen, sagt er, seien jetzt am Scheitelpunkt der politischen Krise, wieder einmal auf der Suche nach Schuldigen – vor allem außerhalb Griechenlands.

Als „Weltmeister im Aufspüren von Großverschwörungen, hinter denen mal die Amerikaner, mal die Juden, mal das globale Kapital stecken“, seien die Griechen schon länger bekannt, sagt Dimou.

Dass aber nun in der Euro-Krise vor allem die Deutschen ins Schussfeld gerieten, dass Merkel mit einem Hitler-Bärtchen abgebildet wurde und von einer „zweiten Besatzung“ Griechenlands die Rede sei, das gehe zu weit. Schließlich habe er erlebt, wie es wirklich war, als die Deutschen 1941 das Land besetzt hielten, sagt Dimou. „Ich sah, wie die Leute auf der Straße starben.“

Aber, natürlich, auch in Deutschland habe sich der Ton zum Schlechteren verändert, jedenfalls gemessen an den Zeiten des Philhellenen Johann Joachim Winckelmann, der im 18. Jahrhundert das Bild vom edlen Griechen geprägt habe. Damals habe niemand die Frage gestellt, ob Griechenland noch Europa-verträglich sei. Deutschlands Dichter hätten Griechenland vielmehr besungen: „Ohne die Freiheit, was wärest Du Hellas? Ohne Dich, Hellas, was wäre die Welt?“

MANFRED ERTTEL, WALTER MAYR, ANNE SEITH,
DANIEL STEINVORTH

„Das alte System ist tot“

Die Parlamentsabgeordnete Dora Bakojanis, Vorsitzende der Demokratischen Allianz, über die Notwendigkeit einer Koalitionsregierung und die Vorzüge des griechischen Volks



NIKOS PILOS / DER SPIEGEL

Bakojanis, 57, war bis 2006 Oberbürgermeisterin von Athen und anschließend dreieinhalb Jahre Außenministerin der konservativen Nea Dimokratia. Vergangenes Jahr gründete sie die Partei Demokratische Allianz.

SPIEGEL: Wie sollte die Regierung aussehen, die Griechenland aus der Krise führt?

Bakojanis: Das Parteiensystem mit seiner Schwarzweißlogik, nach der die eine Partei immer recht hat und die andere unrecht, hat uns dahin gebracht, wo wir jetzt sind. Das alte System ist tot. Wir brauchen eine Koalitionsregierung, die an die europäische Perspektive glaubt.

SPIEGEL: Also auch Neuwahlen, so schnell wie möglich?

Bakojanis: Die Koalitionsregierung brauchen wir schon vor den Wahlen, damit wir unseren Partnern wieder in die Augen sehen und ihnen glaubhaft machen können, dass Griechenland aus seinen Fehlern gelernt hat. Dazu benötigen wir unabhängige Fachleute und Persönlichkeiten an der Spitze, die die Brüsseler Entscheidungen auch wirklich umsetzen.

SPIEGEL: Was soll anders werden, wenn statt Georgios Papandreou erneut die Nea Dimokratia an der Macht ist? Die hat doch bis 2009 das Land mit Bilanztricks und Statistikfälschungen in die Schuldenkrise gesteuert.

Bakojanis: Es wird keine absoluten Mehrheiten mehr geben, die Nea Dimokratia wird mit anderen zusammen regieren müssen. Das ist wichtig, weil die Partner dann gar nicht umhinkommen, sich auf ein verbindliches Programm festzulegen.

SPIEGEL: Am Ende regiert das gleiche Machtkartell, nur mit vertauschten Rollen.

Bakojanis: Wir werden ein völlig anderes Parlament bekommen, mehr Parteien, die in der Regierung mitreden wollen. 95 Prozent der Mitglieder unserer Demokratischen Allianz sind junge Leute, die noch nie in der Politik waren.

SPIEGEL: Oppositionschef Antonis Samaras hat keiner einzigen Sparmaßnahme zugestimmt und kritische Mitglieder wie Sie kurzerhand aus der Partei geworfen, nachdem Sie bei einer Abstimmung für die Pasok votierten. Warum sollte sich Samaras auf einmal ändern?

Bakojanis: Weil er muss. Man kann sich für eine Weile mit populistischen Argumenten über Wasser halten. Aber jetzt wird es ernst. Außerdem müssen wir erst mal sehen, ob er überhaupt die nächste Regierung anführen wird.

SPIEGEL: Nochmals: Was soll anders werden nach einem Machtwechsel?

Bakojanis: Wir müssen wieder kreditwürdig sein, politisch und finanziell, damit wir unseren Partnern auf Augenhöhe begegnen können. Ich würde zum Beispiel gern an einem Tisch mit unseren deutschen Kollegen sitzen und ihnen sagen, wir brauchen in Griechenland Wachstum. Wachstum heißt, die Möglichkeit zu haben, unser Geld, euer Geld schneller wieder zurückzuzahlen, daran haben wir doch beide ein Interesse.

SPIEGEL: Papandreou hat gesagt, Griechenland sei kein schlechtes und kein armes Land, sondern ein schlecht verwaltetes.

Bakojanis: Mich trifft es schwer, wenn die Griechen als faules Volk dargestellt werden, wir arbeiten mehr als andere Europäer. Haben Sie sich noch nie die Frage gestellt, warum die Griechen der ersten Gastarbeitergeneration sehr gute deutsche Bürger geworden sind? Warum sie unter den Minderheiten in den USA die Nummer eins bei Bildung und Reichtum sind? Oder warum die Griechen die größte Flotte Europas besitzen?

SPIEGEL: Weil die Schiffe ausgeflaggt wurden und kein Reeder in Griechenland mehr Steuern zahlt.



HARTMUT SCHWARZBACH / ARGUS / DER SPIEGEL

Nobelstrand auf der Insel Mykonos: „Griechenland hat über seine Verhältnisse gelebt, das ist ganz klar“

Bakojannis: Ja, sie haben nichts mehr mit dem griechischen Staat zu tun. Wir müssen den Staat und seine Strukturen radikal ändern.

SPIEGEL: Der Politikwissenschaftler Panos Kazakos behauptet, das Ordnungsprinzip Griechenlands sei die Klientelwirtschaft.

Bakojannis: Die wird es nach dieser Krise nicht mehr geben können.

SPIEGEL: Das Gesetz über die einheitliche Gehaltsliste für Beamte und Staatsangestellte, das am 1. November in Kraft getreten ist, konserviert doch geradezu Klientelinteressen. Mitarbeiter der börsenorientierten halbstaatlichen Betriebe, in denen die radikalen Gewerkschaften den Ton angeben, müssen deutlich weniger Einschnitte hinnehmen, so etwa beim Stromkonzern DEI.

Bakojannis: Papandreou früherer Finanzminister hat einmal gesagt, wir können nicht gegen uns selbst vorgehen, weil ja all die starken Gewerkschaften von der Pasok geführt werden. Das zu akzeptieren war der größte Fehler Papandreou. Jetzt müssen alle Griechen dafür zahlen.

SPIEGEL: Wie erzieht man ein Volk um?

Bakojannis: Ich mag das Wort nicht, es ist politisch und historisch belastet: Man erzieht Völker nicht. Ich weiß, wie viele gute Eigenschaften das griechische Volk

besitzt, und ich bin stolz darauf. Als ich Oberbürgermeisterin von Athen war, hat uns niemand zugetraut, auch nicht der SPIEGEL, dass wir 2004 die Olympischen Sommerspiele organisieren könnten. Das hat mich sehr geärgert. Wir haben es geschafft, weil die Athener mitgemacht haben, ja das ganze Volk, und wir werden es jetzt wieder schaffen.

SPIEGEL: Die Regierung hat jüngst eine Liste von 15 000 Steuersündern zusammengestellt, die das Land um 37 Milliarden Euro betrogen haben. Warum fehlt es den Griechen an Gemeinsinn?

Bakojannis: Fehlender Gemeinsinn war das Argument, das ich mir vor den Olympischen Spielen immer wieder anhören musste. Wir hatten diesen Gemeinsinn und am Ende auch die Spiele. Das zeigt: Wir brauchen jetzt wieder eine Vision, einen Grund, an uns zu glauben.

SPIEGEL: Und die Einsicht, Wohlstand nicht mehr auf Pump zu finanzieren?

Bakojannis: Griechenland hat über seine Verhältnisse gelebt, das ist ganz klar. Anstatt zu produzieren, haben wir eingekauft und konsumiert, übrigens auch in Deutschland. Die deutsche Wirtschaft hat an uns und den anderen südeuropäischen Ländern irrsinnig gut verdient. Jetzt wollen wir produzieren, und wir hoffen, dass ihr bei uns einkauft.

SPIEGEL: Hat die politische Klasse Griechenlands versagt?

Bakojannis: Total. Wenn wir nicht selbstkritisch zu unseren Fehlern stehen, führen wir unser Land nicht aus der Krise.

SPIEGEL: Ein solches Eingeständnis muss Ihnen schwerfallen – als Tochter von Konstantin Mitsotakis, dem Ahnherrn einer der drei großen Politikerdynastien Griechenlands.

Bakojannis: Nein, mein Vater führte jene Regierung, die als Erste einen Primärüberschuss erwirtschaftete.

SPIEGEL: Sie nahm mehr ein, als sie ausgab, wenn man die Zinszahlungen für bestehende Schulden nicht berücksichtigt.

Bakojannis: Und er war der einzige Premier, der den Griechen schon vor 20 Jahren gesagt hat, dass sie über ihre Verhältnisse leben. Deshalb wurde er auch nicht wiedergewählt.

SPIEGEL: Sollte Griechenland aus der EU und der Euro-Zone austreten?

Bakojannis: Auf keinen Fall. Es wäre ein riesiger Fehler, wenn wir alles, was wir als Europäer aufgebaut haben, jetzt in Frage stellen. Aber auch Europa geht es nicht besonders gut: Es hat den Euro auf die Beine gestellt, war aber auf eine Krise der neuen Einheitswährung nicht vorbereitet.

INTERVIEW: MANFRED ERTL



Ferrari-Chef Montezemolo, Lederwaren-Produzent Della Valle: „Die Zeit ist abgelaufen“

ITALIEN

Der Letzte macht das Licht aus

Um Premier Silvio Berlusconi wird es einsam. Nach Abgeordneten seiner eigenen Partei distanzieren sich nun auch die Unternehmer des Landes von ihm und fordern seinen Rücktritt.

Zwölf Stunden hat er durchgeackert, jetzt beginnt der Feierabend. „Der Letzte macht das Licht aus“, sagt er, „und der Letzte bin wie immer ich.“ Es ist mitten in der Nacht im Veneto, der norditalienischen Vorzeigeprovinz mit den kreativen mittelständischen Betrieben. Er sitzt am Autotelefon, auf dem Parkplatz seiner Firma, ausgewanderte Italiener rufen an aus Japan und Argentinien und gratulieren ihm zu seinem Coup.

Der Mann am Telefon heißt Enrico Frare: Ganz Italien kennt ihn nun nackt. Frare ist 36 Jahre alt, ein Textilunternehmer aus Treviso, seit Januar Chef einer Skimodenfirma. Vorige Woche hat er sich eine Anzeige in Italiens auflagenstärkster Zeitung „Corriere della Sera“ geleistet. Frare posierte splitternackt und ganzseitig, daneben eine Warnung in großen Lettern: „Jeden Tag riskiert ein Unternehmer in Italien, ohne Unterhose dazustehen.“

Warum tat er das? Seit Monaten, sagt Frare, bekomme er kein Startkapital von den Banken, ihm fehlen 700 000 Euro, nur bis Ende des Jahres sind Produktion und Gehälter für 18 Angestellte gesichert. Er sagt, er wolle wachsen, in Italien, „dem Land, das ich liebe, das mich groß und mutig hat werden lassen“. Frare will bleiben,

eben nicht im Ausland produzieren, nicht sein Kapital über die Grenze schaffen, wie es seine Freunde machen. Was erwartet er von der Regierung in Rom? „Dass sie aufwacht und handelt, endlich Reformen durchsetzt, auch gegen Widerstände.“



Protest-Anzeige mit Firmenchef Frare „Ohne Unterhose dastehen“

Wachsen, vertrauen, bleiben ist nahezu unmöglich geworden im Italien dieser Tage. Ein Notgipfel jagt den nächsten, der Ausverkauf italienischer Staatsanleihen sorgt für Alarmstimmung im Land. Der Parteiführer der Demokraten spricht von den schlimmsten Zuständen seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Und allen ist mittlerweile klar: „Die Krise und die Regierungsfrage sind zwei Probleme, die zusammen gelöst werden müssen“, wie es Pier Ferdinando Casini, Vorsitzender der Zentrumsparterie, umschrieb. Auch Abgeordnete der eigenen Partei gehen auf Distanz zu Silvio Berlusconi: Sechs von ihnen schrieben ihm am vergangenen Mittwoch einen Brief und forderten eine neue Regierung. Zwei weitere Parteimitglieder wechselten zu den Zentristen.

Und auch prominente Unternehmer mucken auf gegen den Medienmogul. Diego Della Valle etwa, Inhaber der Lederwaren-Legende Tod's, er schaltete ebenfalls eine Anzeige, ohne Foto, aber mit Text: „Politiker, basta!“, es reicht, heißt es da. „Die Zeit ist abgelaufen, wir dulden euer Spektakel nicht länger, wir fordern kompetente Politiker, die nicht nur an sich, sondern an das Land denken.“

Noch wortgewaltiger trat Ferrari-Chef Luca di Montezemolo auf, den sich laut Umfragen knapp 60 Prozent der Italiener als Politiker wünschen, und forderte Berlusconis Rücktritt: „Wir müssen eine neue Seite aufschlagen.“

Mit einem Sanierungsplan will Montezemolo Italien vor dem Bankrott retten. Er fordert eine parteiübergreifende „Regierung des öffentlichen Wohls“, die Italiens Reiche besteuern und die Kosten der Politik radikal beschneiden soll, die Anzahl der knapp tausend Abgeordneten und



Premier Berlusconi (M.): Entfesselungskünstler in der Krise

Senatoren soll erheblich reduziert werden, ebenso die Anzahl der Provinzen.

„Wäre Berlusconi bloß Unternehmer geblieben, da hätten wir weniger Probleme“, sagt Enrico Frare, der Nackte.

Immer mehr Familienunternehmen, der eigentliche Motor der italienischen Wirtschaft, schaffen ihr Kapital lieber ins Ausland. An der Grenze zur Schweiz werden deshalb jetzt die Kontrollen verschärft. In Tirol und Kärnten erkundigen sich Italiener, unter welchen Bedingungen sie Privatkonten eröffnen können. Ein Unternehmerverband aus dem Friaul reiste eigens nach Slowenien, sie wollten ihr Geld lieber bei dortigen Banken anlegen statt in italienische Staatsanleihen.

Das Investitionsklima hat sich katastrophal verschlechtert: Für Ausländer ist der Standort schon lange nicht mehr attraktiv. Laut einer Umfrage unter deutschen Unternehmen in Italien liegt das Land weit abgeschlagen hinter Frankreich, Spanien und Portugal. Die Gründe: hohe Steuern, hohe Lohnnebenkosten, schlechte Zahlungsmoral, politische Instabilität.

Auch was der jüngste „Global Competitiveness Report“ des Weltwirtschaftsforums vermeldet, ist niederschmetternd: Bei der Effizienz des Arbeitsmarkts landete Italien auf Rang 123, knapp hinter Mosambik. Gründe dafür sind unter anderem der rigide Kündigungsschutz, absurd hohe Prozesslaufzeiten und die zunehmend restriktive Unternehmensfinanzierung durch italienische Banken, die auch Enrico Frare beklagt.

Politische Lösungen sind gefragt.

Die verlangte man auch auf dem G-20-Gipfel in Cannes von Berlusconi. Der Druck, den vielfach angekündigten Spar-

plan endlich umzusetzen, erhöht sich täglich, die Rekordaufschläge auf die Staatsanleihen tun es ebenso, allein am vorvergangenen Freitag beliefen sich die Zinsen auf rund 479 Millionen Euro. Berlusconi eilte zum Rapport, noch war der rote Teppich ausgerollt, er trug einen feinen Flanellmantel, seine Hände aber waren leer.

Er kam nicht mit Eildekreten, wie erwartet, er kam wieder einmal mit Ankündigungen, einer sogenannten Erweiterung des Stabilitätsgesetzes, einer Art Mini-Plan für das Wachstum, keine drastischen Maßnahmen. Die wurden abgeschnitten vom Staatspräsidenten, derart weitreichende Vorhaben könnten nicht per Notverordnung durchgesetzt werden.

So oder so, Berlusconis Maßnahmen werden nicht ausreichen, um die Märkte

**„Wir stehen bereit,
aber nur, wenn
Berlusconi zurücktritt.“**

zu besänftigen. Es ist zweifelhaft, ob sie überhaupt durchs Parlament kommen. Schon jetzt scheint ausgemacht, dass er versucht, seinen Anti-Krisen-Plan mit der 52. Vertrauensabstimmung durchzuboxen, in dieser Woche oder in der kommenden, einen Rechenschaftsbericht muss er bereits am kommenden Dienstag ablegen. Die letzte Vertrauensfrage gewann er vor gerade mal drei Wochen, mit nur einer Stimme. Jetzt sehen die Prognosen noch schlechter aus. Es ist zu vermuten, dass Berlusconi, der Entfesselungskünstler, der früher aus Krisen gestärkt hervorging, diese Krise nicht überlebt. Seit vergangener Woche steht das Land unter besonderer Beobachtung des Internationalen Währungsfonds in Washington.

Und während Berlusconi auf diversen EU-Gipfeln um Vertrauen buhlte, werk-

te daheim Italiens Staatspräsident daran, Politiker auf ihre Nach-Berlusconi-Fähigkeit zu testen, er will vorbereitet sein auf das baldige Ende der Regierung.

Giorgio Napolitano, 86, ließ sie der Reihe nach antanzen, die Vertreter der Opposition und der wackligen Regierungsmehrheit, auf den Colle, den Quirinal-Hügel, zurzeit so etwas wie Italiens eigentlicher Regierungssitz. Seine Frage war und wird sein: Wer kann dringende Reformen umsetzen? Eine Übergangsregierung könnte es sein, unter Mario Monti etwa, dem ehemaligen EU-Wettbewerbskommissar. Auch Merkel soll dem Staatspräsidenten die Frage nach einem möglichen Nachfolger gestellt haben, ihm, dem Gewissen der Nation, dem Einzigen, der einen kühlen Kopf bewahrt.

Bisher klingt die Antwort darauf nach der üblichen italienischen Kakophonie, eine Zumutung in Krisentagen nicht nur für Italien: Es kursieren Dolchstoßlegenden um Abtrünnige aus Berlusconis Partei und einen sturen Lega-Nord-Chef Umberto Bossi, der der Rentenreform den Mittelfinger zeigt. Da ist die zahnlose Opposition, die sagt: Wir stehen bereit, aber nur, wenn Berlusconi zurücktritt.

Und da gibt es den heftigen Streit mit Finanzminister Giulio Tremonti, der als Verräter beschimpft wurde, weil er ein Krisengespräch mit Berlusconi wütend abbrach und gesagt haben soll: Nicht Italiens Wirtschaft sei das Problem, „das Problem bist du“. Um dann einen Tag später wieder Seite an Seite mit Berlusconi am Konferenztsch öffentlichkeitswirksam in Akten zu blättern.

Italien zeigt sich derzeit von seiner hässlichsten Seite, ein gelähmtes, lächerlich gemachtes Land zwischen griechischer Tragödie und Opera buffa. Berlusconi werde nicht in den nächsten Tagen stürzen, glaubt der „Corriere della Sera“. Aber es sei vorbei, nicht morgen, aber in wenigen Wochen. Eine handlungsfähige Regierung gibt es schon lange nicht mehr, noch hält sie sich trotzdem. Nicht zuletzt, weil der Regierungschef sich ans Amt klammert wie ein Ertrinkender.

Denn wäre Berlusconi nicht mehr Premier, würde er die Privilegien verlieren, die ihn noch vor der Justiz schützen. Dann würden die vier laufenden Verfahren gegen ihn von einem Tag auf den anderen gefährlich: Beim Rubygate-Prozess drohen ihm zwischen drei und zwölf Jahre Haft. Die anderen drei Verfahren wegen Bestechung, Steuerhinterziehung und Bilanzfälschung bedrohen auch die Existenz seines Firmenimperiums.

Am Ende der turbulenten Woche kam dann doch noch eine gute Nachricht: Berlusconis lang geplante CD mit Liebesliedern kommt pünktlich zum Weihnachtsgeschäft heraus. Sie wird „Il vero amore“ heißen, wahre Liebe.

FIONA EHLERS

* Mit Außenminister Franco Frattini und Finanz- und Wirtschaftsminister Giulio Tremonti.



Israelischer Kampfpilot bei einem Trainingsflug über der Negev-Wüste: „Das Schwert an unserem Hals“

ZIV KOREN / POLARIS / STUDIO X

NAHOST

Dagans Bombe

Plant Israel einen Angriff auf Irans Atomanlagen? Seit Monaten warnt der ehemalige Mossad-Chef Meir Dagan öffentlich davor und hofft, damit eine Katastrophe zu verhindern. Die Regierung von Premier Netanjahu ist empört.

Meir Dagan redet wieder. Diesmal auf der Bühne des Industrie- und Handelsclubs in Tel Aviv, ein unauffälliger Ort für eine große Frage: Soll Israel iranische Nuklearanlagen angreifen? Meir Dagan, 66, bis Anfang des Jahres Chef des Mossad, des israelischen Auslandsgeheimdienstes, meint: Nein.

Wieder warnt er, wieder sagt er diesen Satz: Man müsse daran denken, was am Tag danach geschehe. Er hat schon oft gesagt, dass ein Angriff schrecklich sei für Israel, eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes.

Es ist der vorige Mittwoch, nur Stunden zuvor wurde bekannt, dass israelische Kampffjets über Sardinien eine Übung abgehalten haben. Ihr Trainingsprogramm: Angriff weit entfernter Ziele, Auftanken in der Luft, Abwehr von Boden-Luft-Raketen. In Israel zieht sich am Nachmittag weithin sichtbar ein senkrechter Kondensstreifen über den Himmel, getestet wird die neuentwickelte Jericho-3-Rakete, die vermutlich auch eine Atombombe tragen könnte, bis zu 4500 Kilometer weit.

Gleichzeitig meldet der britische „Guardian“, die Regierung von David Cameron plane die Verlegung von Kriegsschiffen mit Cruise Missiles Richtung Iran. Am nächsten Morgen gehen im Großraum Tel Aviv die Sirenen an. Menschen springen panisch aus ihren Autos, versuchen, sich in Bunker zu retten. Sie fürchten, der Krieg könnte begonnen haben. Aber es ist nur eine Übung.

Kann das Zufall sein? Bereitet Israel einen Angriff vor, oder ist das Teil der psychologischen Kriegsführung? Will es Druck machen auf die Welt, auf Europa und Amerika, nach dem Motto: Entweder ihr tut was, oder wir greifen an?

In dieser Woche wird in Wien ein neuer Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde vorgestellt, der erstmals offiziell bestätigen soll, dass Iran mit Technologie experimentiert, die nur einen Sinn hat: eine Atombombe zu bauen. Für Israel ist das ein guter Zeitpunkt, auf verschärfte Sanktionen zu drängen. Ein diplomatisches Manöver ist deshalb nicht ausgeschlossen, es ist sogar wahrscheinlich.

Aber das bedeutet nicht, dass Israel nicht trotzdem einen Angriff vorbereitet. Im Gegenteil, es ist sogar gut möglich, dass im Moment die Weichen dafür gestellt werden, politisch wie militärisch. Israel glaubt, es habe noch maximal neun bis zwölf Monate, um das iranische Nuklearprogramm militärisch zu stoppen. Die Amerikaner gehen von 18 bis 21 Monaten aus. Das ist nicht viel Zeit.

Die Debatte über einen Angriff führt Israel derzeit so öffentlich wie noch nie. Eine Debatte, die kaum Teil des Bluffs sein kann, weil es nicht gut ist für den Premier, wenn plötzlich das Volk mitreden will. Journalisten haben schon immer über einen Angriff spekuliert, aber plötzlich warnen auch Politiker, Militärs, Geheimdienstler in aller Offenheit. Der Innenminister sagt, diese Operation lasse ihn nicht mehr schlafen, was er am Tag darauf dementieren lässt. Die Zeitung „Jediot Acharonot“ veröffentlicht eine Geschichte unter dem Titel „Atomarer Druck“. Der erste Satz fragt suggestiv: „Haben der Premierminister und der Ver-

teidigungsminister unter sich eine Entscheidung getroffen, die Nuklearanlagen in Iran anzugreifen?“

Das ist die entscheidende Frage.

Und die Antwort könnte bei Meir Dagan liegen, dem Mann, der diese Debatte aus den Hinterzimmern der Geheimdienste in die Öffentlichkeit getragen hat.

Gut acht Jahre war Dagan der verschwiegenste Mann Israels, so lange war er Chef des Mossad. Der Mann mit dem Messer zwischen den Zähnen, so nannten sie ihn dort. Seine besondere Fähigkeit sei es, einem Araber den Kopf abzutrennen, sagte Ariel Scharon, damals Premierminister, als er Dagan zum Chef des Mossad machte. Doch seit dem 6. Januar 2011 redet Meir Dagan.

An seinem letzten Tag im Amt lud er zum ersten Mal israelische Journalisten in die Mossad-Zentrale ein, die keine Adresse hat und auf keiner Karte verzeichnet ist. Dann verkündete er, dass Iran eine Atombombe frühestens Mitte des Jahrzehnts entwickelt haben werde und das auch nur, wenn nichts und niemand in die Quere komme. Bis Iran einen nuklearen Sprengkopf entwickelt habe, würden noch einmal drei Jahre vergehen. Das wäre 2018. Es ist eine Zahl, die jeden Angriff derzeit als unsinnig erscheinen lässt.

Selbst wenn Israel sofort angriffe, fuhr Dagan fort, würde sich das iranische Nuklearprogramm nicht aufhalten lassen. Im Gegenteil, die Iraner würden erst recht aufrüsten und einen militärischen Kurs einschlagen, Israel aber würde auf jeden Fall „einen schrecklichen, unerträglichen Preis zahlen“. Iran und Syrien, damals noch stabil, aber auch die von ihnen finanzierten Terrormilizen von Hamas und Hisbollah, würden das Land von Norden und Süden mit Raketen angreifen, Tausende Menschen könnten sterben. „Wie können wir uns gegen einen solchen Angriff verteidigen? Ich habe keine Antwort darauf.“

Die oberste Militärsensorin Israels sitzt bei diesen Worten neben Dagan. Am Ende sagt sie zu den Journalisten: Nichts von dem, was Sie gehört haben, darf veröffentlicht werden. Nicht der Mossad-Chef soll diesmal vor der Öffentlichkeit geschützt werden. Sondern die Öffentlichkeit vor dem Mossad-Chef.

Das hat es in Israel noch nie gegeben: einen Geheimdienstchef, der sich mit einer Warnung an die Öffentlichkeit wendet, weil er der Regierung misstraut; weil er befürchtet, sie könnte einen unnötigen

Krieg riskieren. Und weil er offenbar glaubt, diese Entscheidung sei bereits gefallen oder stehe kurz bevor.

So bringt Dagan das geheime Ringen zwischen Diensten, Militär und Politik um diese für Israel so existentielle Frage ans Licht. Und wenn es stimmt, was Dagan bei seinen Überraschungsauftritten wiederholt, dann wollen der Premier und sein Verteidigungsminister tatsächlich einen Angriff.

Trotz Zensur tröpfeln Dagens Worte in die Zeitungen, sie sorgen für Aufsehen. Dagan äußert sich nun zu fast allen politischen Themen. Er nennt die Freilassung

behaupten, Dagan wolle sich rächen für seine Entlassung als Mossad-Chef. Er musste seinen Diplomatenpass abgeben, einige rechte Politiker fordern ein Verfahren gegen ihn. Würde man ihn verhaften können, sagt ein hochrangiger Militär, dann hätte man auch das getan.

„Ein Vertrauensbruch, einfach widerlich, eine verabscheuungswürdige Tat, entstanden aus dem Größenwahn bestimmter Leute“, sagt der Likud-Abgeordnete Benni Begin. Vize-Premier Mosche Jaalon nennt es einen Putschversuch.

Benjamin Netanjahu kämpft gegen den Eindruck an, es gebe noch Zeit, um die Bombe zu verhindern. Für ihn ist die iranische Bombe vergleichbar mit dem Holocaust. Er fürchtet nichts mehr, als dass die Welt lernt, mit der Bombe der Ajatollahs zu leben. Er forderte die Amerikaner zum Handeln auf, mehrmals, da war er noch Oppositionsführer, man kann das bei WikiLeaks nachlesen. Es handele sich um einen historischen Moment, sagte er, und Staatschefs müssten historische Entscheidungen treffen.

Es sieht so aus, als könnte dieser Moment gekommen sein. Und als habe Meir Dagan genau das verhindern wollen.

Wer ist dieser Meir Dagan, der lange ein Phantom war? Ist er ein mutiger Warner oder ein von der Politik Enttäuschter? Wie wird einer wie er, ein berühmter Mossad-Chef, zum größten Kritiker der Regierung? Und vor allem: Wie glaubwürdig ist seine Warnung?

Dagan wurde im Januar 1945 auf dem Boden eines eiskalten Güterzugs von Sibirien nach Polen geboren, mit 26 war er Kommandeur einer israelischen Spezialeinheit und bekannt dafür, keine Gefangenen zu machen. Er wurde dafür ausgezeichnet, dass er einem Terroristen mit einer Hand eine Granate entwand und ihn mit der anderen erwürgte. Der Stärkere sein, das ist für ihn eine Frage des Überlebens.

Solange Dagan beim Mossad war, hing in seinem Büro ein Foto. Darauf ein Jude mit Bart und Gebetsschal, er kniet, die Arme in die Luft erhoben, ein SS-Offizier richtet die Waffe auf ihn. „Dieser Mann war mein Großvater“, hat Dagan seinen Besuchern stets gesagt. „Kurz nachdem dieses Foto gemacht wurde, am 5. Oktober 1942, wurde er von den Nazis ermordet. Ich sehe auf dieses Bild und schwöre, dass ich alles in meiner Macht Stehende tun werde, damit so etwas nie wieder passiert.“

Wer in der Holocaust-Gedenkstätte Jad Vaschem nachfragt, der erfährt, dass es mehrere Familien gibt, die behaupten,



Mossad-Chef Dagan, Premier Netanjahu*: „Schrecklicher Preis“



Partner Cameron, Barack Obama: Kriegsschiffe Richtung Iran?

von über tausend Gefangenen im Austausch für Gilad Schalit einen „schweren Fehler“. Er kritisiert, dass die Regierung nicht mit den Palästinensern verhandelt, dass sie die Türkei verloren und Israel isoliert hat. Vor allem aber warnt er immer wieder vor einer Bombardierung iranischer Nuklearanlagen.

Seitdem ist er für die einen ein Held und für die anderen ein Staatsfeind. Die Regierung sieht ihn als Verräter, als Verrückten, Leute aus dem Umfeld des Premiers werfen ihm Sabotage vor und

* Auf einer Kabinettsitzung am 2. Januar.



mit dem Mann auf dem Foto verwandt zu sein. Aber Dagan glaubt daran, es ist seine persönliche Verbindung zum Holocaust. Und es ist für ihn auch eine ständige Mahnung, was eine iranische Bombe bedeuten könnte. Darin ähnelt er Benjamin Netanjahu, für den Mahmud Ahmadschad der neue Hitler ist.

Die beiden Männer haben die Verhinderung der iranischen Atombombe zu ihrer Lebensaufgabe gemacht, aber sie haben unterschiedliche Strategien und Zeitpläne. Netanjahu will angreifen, bevor es zu spät ist. Sein Vorbild sind zwei erfolgreiche Bombardierungen, 1981 im Irak, 2007 in Syrien; in beiden Fällen reagierten die Regime nicht.

Dagan meint, ein Militärschlag dürfe lediglich letztes Mittel sein, „erst wenn das Schwert an unserem Hals ist“. Er glaubt, ein Angriff würde einen endlosen Regionalkrieg auslösen. Als Mossad-Chef hat er einen Schattenkrieg geführt, mit dem Ziel, den Zeitpunkt für den Bau der Bombe in die Zukunft zu verschieben. Mit Hilfe des Stuxnet-Virus, mit merkwürdigen Unfällen und der „Entfernung wichtiger Kräfte“, wie Dagan es in einem privaten Gespräch nennt. Es gebe eine „weiße Desertion“, sagt er, immer weniger iranische Wissenschaftler wollten freiwillig am Nuklearprogramm mitarbeiten.

Der Bombenbau soll so lange aufgeschoben werden, bis das Regime in Teheran gestürzt ist. Und Dagan glaubt, genau dies stehe kurz bevor. Jetzt hat er Angst, Netanjahu könnte zu hastig handeln, seinen Plan zunichtemachen. Warten ist nicht die Sache von Netanjahu. Er warnt schon seit über zehn Jahren vor Iran, er glaubt nicht, dass sich mit Dagans Schattenkrieg allein die Bombe verhindern lässt. Es gibt hochrangige Militärs und Politiker, die Dagan vorwerfen, er habe den Iranern am Ende sogar Zeit verschafft.

Aber Dagan verteidigt seine Strategie, er fühle sich verpflichtet zu warnen. Wer

einen Angriff befiehlt, der entscheide über das Schicksal künftiger Generationen. Darüber könne nicht im kleinen Kreis befunden werden, sagt Dagan und meint auch: nicht von diesen Politikern.

Netanjahu sei nicht fähig, Israel zu führen, er habe in allen Bereichen versagt, so Dagan. Noch nie sei Israel militärisch so stark, die politische Führung aber so schwach gewesen. Während seiner Zusammenarbeit mit Netanjahu habe er nie Konkretes zu politischen oder militärischen Zielen von seinem Premier erfahren. Nur zu Iran habe Netanjahu eine Meinung – und auch ein Ziel. Um dieses Ziel zu erreichen, das ist Dagans Vorwurf, versuchten Netanjahu und Verteidigungsminister Ehud Barak, jegliche Kritik auszuschalten. Die beiden wollten entscheiden, ohne den Rest der Regierung einzubeziehen, auf eine Art und Weise, die Dagan für rechtlich problematisch hält.

Das sei der Grund, sagt er, warum er und Armeechef Gabi Aschkenasi in den ersten Monaten des Jahres 2011 entmachtet worden seien, warum Inlandsgeheimdienstchef Juval Diskin nach Ablauf seiner Amtszeit nicht Mossad-Chef werden durfte. Ersetzt wurden sie durch Nachfolger, von denen es heißt, sie stünden einem Angriff auf Iran weniger kritisch gegenüber, zumindest aber fehle es ihnen an Erfahrung, um entschieden Widerspruch zu leisten. Dagan nennt das einen Plot, einen stillen Putsch der Politik gegen die Sicherheitsdienste. „Diskin, Aschkenasi und ich konnten alle gefährlichen Abenteuer blockieren.“ Jetzt gebe es keinen mehr, der sie aufhalten könne.

Für diese Version spricht, dass viele ehemalige Militärs, Geheimdienstler und Politiker Dagan verteidigen und ähnliche Töne anschlagen. „Hört auf sie, in jedem Bereich“, sagt auch Zipi Livni, die Oppositionsführerin. Vorher war öffentliche Kritik selten, aber das gilt nicht mehr.

Dani Jatomi und Efraim Halevi, beide einst selbst Mossad-Chefs, meinen, Da-

gan habe das Recht, sich zu äußern, und offenbar gute Gründe dafür. „Die Öffentlichkeit sollte seine Meinung zu Iran hören“, so Jatomi. Wer Dagan kennt, frühere Generäle und Kollegen vor allem, der bestätigt, der Ex-Mossad-Chef meine, was er sagt. Er wolle nicht in die Politik, und er suche keinen Vorteil.

Auch die Amerikaner befürchten schon lange, Israel könnte Ernst machen mit seiner Angriffsdrohung. Im Frühjahr 2008 flog der damalige US-Präsident George W. Bush für einen Überraschungsbesuch nach Israel. Er verlangte ein Treffen mit Premier Ehud Olmert und dessen Verteidigungsminister Ehud Barak, warum, das wussten da auch die beiden noch nicht. „Ich brauche von euch ein Versprechen, dass ihr die Übergangsperiode zwischen mir und meinem Nachfolger nicht ausnutzt, um Iran anzugreifen“, drängte Bush, offensichtlich besorgt.

Einen ähnlichen Besuch absolvierte im Oktober US-Verteidigungsminister Leon Panetta. Alle Schritte gegen Irans Nuklearprogramm müssten mit der Weltgemeinschaft koordiniert werden, warnte er in Jerusalem – so deutlich, als hätten die US-Geheimdienste Wind von Angriffsvorbereitungen bekommen.

Hat Meir Dagan einen Angriff verzögert, vielleicht verhindert? Das wird sich vielleicht irgendwann beantworten lassen, vielleicht auch nie. Sicher ist, dass nichts einem geheimen Angriff mehr schadet als das Gerede darüber. Menachem Begin blies die erste Luftoperation gegen den irakischen Reaktor Osirak ab, nachdem der damalige Oppositionsführer Schimon Peres davon erfahren hatte. Die Piloten saßen da schon in ihren Jets. Einen Monat darauf zerstörten sie den Reaktor.

„Verzeiht mir“, sagt Dagan, „aber ich werde weiter bei jeder Gelegenheit reden.“ Man solle nicht versuchen, ihn zu stoppen. Er habe einen guten Anwalt. Und ein gutes Gedächtnis.

RONEN BERGMAN, JULIANE VON MITTELSTAEDT

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Assad könnte zurücktreten“

Großmufti Scheich Hassun, höchste islamische Autorität in Syrien und enger Vertrauter des Präsidenten, über einen drohenden Bürgerkrieg, mögliche Selbstmordattentate in Europa und die Ermordung seines Sohnes durch islamistische Aufständische

Für manche ist er ein Heiliger, für andere ein Hetzer. Aber keiner kann bestreiten, dass Großmufti Ahmed Badr al-Din Hassun, 62, einer der wichtigsten Männer in Syrien ist, der als höchstrangiger Religionsgelehrter und politischer Berater von Präsident Baschar al-Assad über Krieg und Frieden in seinem Land, in der gesamten nahöstlichen Region mitentscheidet.

Im Westen hat Scheich Hassun, sunnitisch-er Rechtsgelehrter mit Promotion an der ägyptischen Azhar-Universität und acht Jahre lang Abgeordneter, immer versöhnende Worte gefunden. Er prangerte vor dem Europaparlament den Begriff vom „Heiligen Krieg“ an: „Heilig ist nur der Frieden.“ Beim Ökumenischen Kirchentag in München beeindruckte er mit einem Plädoyer für den interreligiösen Dialog und verblüffte deutsche Bischöfe mit dem Vorschlag, die CDU solle aus Gründen des Säkularismus das C aus ihrem Namen streichen.

Jetzt im Oktober hat Hassun in seiner Heimat ganz andere Töne angeschlagen. Aus seiner Grabrede für den Sohn Saria, der von militanten Regimegegnern ermordet worden war, wurden folgende Sätze bekannt: „In dem Augenblick, in dem die erste (Nato-)Rakete Syrien trifft, werden alle Söhne und Töchter des Libanon und Syrien losziehen, um Märtyrer in Europa und auf palästinensischem Boden zu werden. Ich sage allen in Europa und den USA: Wir werden diejenigen, die das Martyrium suchen, darauf vorbereiten, sie sind jetzt schon unter euch. Ab jetzt gilt: Auge um Auge, Zahn um Zahn.“

Der SPIEGEL konnte den Großmufti in der vergangenen Woche durch Aleppo begleiten – eine seltene Gelegenheit, sich vor Ort ein Bild von den dramatischen Veränderungen in dem Land zu machen, dem US-Außenminister Henry Kissinger einst bescheinigte, ohne diesen Schlüsselstaat werde niemals Frieden im Nahen Osten möglich sein.

Syrien lebt im Ausnahmezustand. Seit acht Monaten tobt ein Aufstand, bei dem nach Uno-Angaben schon mindestens 3000 Menschen ums Leben gekommen sind. Syrien zerfällt in diesen Tagen aber auch in ein surreales Nebeneinander. Städte wie Homs, Hama und Latakia melden blutige Zusammenstöße, Amnesty International berichtet von Folterungen sogar in Krankenhäusern, von Verschleppungen und Sippenhaft. Aleppo, die 4000

voll restaurierten, zu Boutique-Hotels umfunktionierten osmanischen Herrenhäusern.

Fast gleichzeitig mit dem Ruf des Muizzin ertönen Kirchenglocken. Um die zahlreichen Moscheen stehen katholische und christlich-orthodoxe Gotteshäuser. Auf den Märkten drängen sich vollverschleierte Frauen neben Miniberockten in High Heels. Der bewaffnete Kampf scheint unendlich weit – und kommt

plötzlich ganz nah, als Sirenen aufheulen und Tote wie Verletzte angeliefert werden von einer blutigen Auseinandersetzung, nur 15 Kilometer vom Stadtkern entfernt.

Werden in der aufgeheizten Stimmung nun auch die Konfessionen gegeneinander ausgespielt? Droht die Rache der sunnitischen Mehrheit, 71 Prozent der Bevölkerung, gegen die schiitische Minderheit der Alawiten (12 Prozent), der auch die seit gut 40 Jahren autoritär herrschende Präsidentensippe angehört?

Am vergangenen Mittwoch stimmte die Regierung einem Friedensplan der Arabischen Liga zu. Von einer Beruhigung der Lage kann allerdings keine Rede sein – nach den Freitagsgelieben kam es wieder zu blutigen Kämpfen.

Der Großmufti empfängt im Arbeitszimmer seiner Wohnung nahe der Universität vor einer großen Bücherwand, die nur durch eine zisierte Kalligrafie unterbrochen ist: „Gott lehrt uns alles, auch den richtigen Umgang mit der

Sprache“, lautet er sinngemäß. Über zwei Nachmittage ziehen sich die Gespräche mit ihm, gelegentlich unterbrochen, wenn es um den Tod des Sohnes geht und die Trauer den Mufti übermannt; seltener durch einen Besucher gestört, der einen Brief abgibt und dabei traditionsgemäß die Hand des Religionsführers küsst. Die Übersetzung besorgt ein Freund des Hauses, den alle nur George nennen – kein Muslim, sondern ein armenischer Christ.



Religionsführer Hassun: „Das Blutvergießen muss aufhören“

Jahre alte Metropole, Schnittpunkt der legendären Seidenstraße, wirkt wie eine Stadt, die nervös innehält, Witterung nimmt auf das, was da kommen mag: Frieden auf Bewährung.

In den verwinkelten Gassen unter der Zitadelle, die zum Weltkulturerbe gehört, demonstrieren Handwerker und Händler trotziger Normalität – und tauschen gleichzeitig die einheimische Währung auf dem Schwarzmarkt gegen Dollar. Gespenstische Leere herrscht in den liebe-

LE FIGARO MAGAZINE/JAF



REUTERS

Begräbnis ermordeter Regierungsgegner nahe Homs: „Unerfreuliche Elemente“

SPIEGEL: Scheich Hassun, mindestens 3000 Tote sind in Syrien seit März zu beklagen – kann der Bürgerkrieg noch verhindert werden?

Hassun: Das ist möglich, allerdings müssen alle Seiten den Frieden auch wirklich wollen. Gerade hat die Regierung einer Vorleistung zugestimmt: Sie wird die Armee und alle Panzer aus den Innenstädten abziehen. Man muss sich bewusst machen, wie alles angefangen hat, um zu begreifen, wie weit der Weg zur Versöhnung noch ist – manche Kräfte, vor allem im Ausland, haben ein Interesse an einer weiteren Eskalation.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Hassun: Im März kam es in Daraa zu einer völlig berechtigten, friedlichen Kundgebung gegen den Gouverneur der Region, der hatte Schulkinder ins Gefängnis geworfen. Daraa ist ein für seinen Schmuggel bekannter Ort nahe der jordanischen Grenze. Ich bin da sofort hingereist und hatte die Lage schon beruhigt, den Menschen eine unabhängige Untersuchung versprochen. Auf meine Anregung hin setzte der Präsident den Gouverneur ab. Aber dann heizten vor allem aus Saudi-Arabien eingesickerte Imame mit ihren Hetzparolen die Lage an. Die in den Golfstaaten stationierten Nachrichtensender al-Dschasira und al-Arabija halfen dabei, indem sie fälschlicherweise behaupteten, die Geistlichkeit sei auf der Seite der Anti-Assad-Demonstranten.

SPIEGEL: Der Aufstand gegen Assad soll nicht durch die Repressionen des Regimes ausgelöst worden, sondern vom Ausland gesteuert sein?

Hassun: Sehen Sie sich neben Daraa die zweite Hochburg der Unruhen an: Homs.

Auch diese Stadt liegt ganz nahe an der Grenze, zur libanesischen. Auch da strömten unerfreuliche Elemente ein: Iraker, Afghanen, Saudis, Jemeniten. Alle mit einer radikalen, fundamentalistischen Agenda. Die Provokateure griffen sogar Polizeichefs und Militärs in ihren Privathäusern an.

SPIEGEL: Klingt wie eine Verschwörungstheorie, mit der Sie das Versagen des Assad-Regimes beschönigen wollen.

Hassun: Die Regierung ist nicht so, wie Sie sie beschreiben. Aber sie hat politische und ökonomische Fehler gemacht und sich nicht schnell und umfassend genug liberalisiert. Dafür trägt der Präsident Verantwortung.

SPIEGEL: Das sagen Sie ihm auch bei Ihren Gesprächen unter vier Augen?

Hassun: Es ist bekannt, dass ich die Politik des Präsidenten generell befürworte. Aber wenn ich denke, ich muss kritisieren und korrigieren, dann tue ich es auch. Etwa bei der notwendigen Verbesserung der Lebensumstände ärmerer Schichten, dem Umgang mit Dissidenten. Es gibt eine alte Garde in unseren Regierungskreisen, diese Leute sind Bremsen und müssen isoliert werden.

SPIEGEL: Und der Präsident hört auf Sie? Auf uns wirkt er beratungsresistent.

Hassun: Ich denke, er hängt gar nicht so sehr an seinem Amt.

SPIEGEL: Unter welchen Umständen wäre denn Assad Ihrer Meinung nach bereit zurückzutreten – eine Bedingung, die viele Aufständische stellen und die, von US-Präsident Barack Obama wie von europäischen Politikern geteilt wird?

Hassun: Ich bin überzeugt: Er wird schrittweise Reformschritte einleiten, faire und freie Wahlen mit unabhängigen Parteien

erlauben – und dann, nach einem friedlichen Übergang, könnte er bereit sein, seinen Hut zu nehmen. Er ist kein Präsident auf Lebenszeit. Der ehemalige Augenarzt Baschar al-Assad möchte wieder zurück in seinen alten Beruf: Ich kann mir das gut vorstellen, er hat mir schon mehrfach von seinem Traum erzählt, eine Augenklinik zu leiten.

SPIEGEL: Im Moment hat er sich allerdings erst sehr zögerlich zu Reformschritten entschlossen, unter dem massiven Druck der Arabischen Liga zu einer Beendigung der Gewalt innerhalb der nächsten zwei Wochen bereitgefunden. Hat Assad den revolutionären Aufbruch im Nahen Osten unterschätzt? Haben auch Sie nicht kommen sehen, dass die autoritären Herrscher der Region weggefedt werden könnten?

Hassun: Ach, die Arabische Liga und der sogenannte Arabische Frühling. Die Liga ist meiner Meinung nach tief gespalten, in einen Flügel, der sich primär im Widerstand gegen Israel sieht und in einen anderen, der sich gegen eine angebliche iranische Vorherrschaft positioniert. Wenn sich die Liga schon so um Syrien sorgt – wo ist denn ihr Aufschrei gegen die viel schlimmeren Verhältnisse im Jemen, in Bahrain? Und was ist denn wirklich in Ägypten besser geworden? Sollen wir den Aufstieg islamistischer Parteien begrüßen? Ich glaube an die strikte Trennung von Staat und Kirche.

SPIEGEL: Nicht alle Islamisten sind Feinde der Demokratie. Die Wahlsieger von Tunesien haben sich dem Pluralismus verpflichtet, die AKP in Ankara praktiziert diesen Pluralismus weitgehend.

Hassun: Ich war vor neun Monaten in der Türkei und habe fast alle Spitzenpolitiker

getroffen. Und ich muss zugeben, ich war sehr angetan.

SPIEGEL: Ihr nördlicher Nachbar hat sich auf die Seite der Assad-Gegner gestellt. Die Türkei erlaubt der sogenannten Freien Syrischen Armee von ihrem Boden aus, Angriffe gegen den Norden Syriens zu organisieren. Sie beherbergt auch den Syrischen Nationalrat, die Gemeinschaftsorganisation der Opposition, die hat vor wenigen Monaten in Istanbul ihre Formierung bekanntgegeben.

Hassun: Ja, das hat mich sehr überrascht und empört. Dabei gibt es noch nicht einmal ein politisches Programm dieses sogenannten Nationalrates. Ich sage denen: Legt etwas vor, verhandelt mit der Assad-Regierung über einen realistischen Zeitplan und lasst dann die Menschen entscheiden, wer die überzeugenderen Ideen hat.

SPIEGEL: Zumindest ein Teil der Assad-Gegner scheint inzwischen auf ein libysches Szenario zu setzen. Auf den bewaffneten Kampf ...

Hassun: ... der keine Chancen hat. Assad ist nicht Gaddafi, Syrien nicht vergleichbar mit Libyen. Wir sind eine große Kultur, blutige Revolutionen passen nicht zu uns. Außerdem haben wir eine funktionierende, traditionsbewusste und loyale Armee.

SPIEGEL: Das sagen Sie. Viele Soldaten haben sich dem Widerstand angeschlossen.

Hassun: Wie viele, 50 oder 55? Wir reden von einer Zehntausende Mann starken Armee. Aber manche der radikalen sunnitischen Prediger aus Saudi-Arabien und der Golf-Region hetzen die Menschen auf, sie finden leider unter sunnitischen Imamen in meiner Heimat einige Gleichgesinnte. Sie haben gegen mich eine Fatwa ausgesprochen, weil ich ihrer Meinung nach die Religion verrate, zu gemäßigt bin. Aber nicht nur ich stehe auf der Todesliste.

SPIEGEL: Wer noch?

Hassun: Sie haben meinen unschuldigen Sohn Saria ins Visier genommen, einen 22-jährigen Studenten, der stets zu allen freundlich war, der Internationale Beziehungen studierte und die Religion nicht zu seinem Beruf machen wollte – so viel zu der von Ihnen in anderem Zusammenhang angeprangerten Sippenhaft! Ach, wenn die vier Attentäter an seiner Stelle doch nur mich erwischten hätten!

Der Großmufti hat noch Termine: Kondolenzbesuche bei einer christlichen und einer muslimischen Familie. Und am Abend wird er wieder seine Frau trösten müssen, die der Tod Sarias völlig aus der



Präsident Assad, Militärs in Damaskus: „Er ist nicht Gaddafi“

Bahn geworfen hat – er war der jüngste der fünf Söhne des Ehepaars, der Einzige, der noch zu Hause lebte.

Die Kommilitonen Sarias halten eine Art Mahnwache am steinernen Sarkophag, auch jetzt noch, vier Wochen nach dem Mord. Seine letzte Ruhestätte hat der junge Mann im Hof einer bescheidenen Moschee gefunden. Auch Scheich Hassun kommt jeden Tag an diesen traurigen Ort: ein verzweifelter Vater, ein pathetischer Prediger, einer, der mit Worten Feuer legen und Feuer löschen kann.

SPIEGEL: Warum drohten Sie bei Ihrer Rede am Grab Europa und den USA mit Selbstmordattentaten?

Hassun: Ich habe nicht mit Selbstmordattentaten gedroht, sondern ein Szenario geschildert, wie es sich leicht aus der Situation entwickeln kann, und habe vor dem, was kommen könnte, gewarnt. Man hat Sätze aus dem Kontext gerissen und ihnen eine andere Färbung gegeben. Der Zusammenhang, auf den sich meine Äußerung bezogen hat, war im Übrigen eine Notwehrsituation: ein möglicher Nato-Angriff auf Syrien ...

SPIEGEL: ... den der frühere amerikanische Präsidentschaftskandidat John McCain und auch einige der im Ausland agieren-



Hassun beim SPIEGEL-Gespräch* „Nicht nur ich stehe auf der Todesliste“

den oppositionellen Syrer schon ins Spiel gebracht haben.

Hassun: Wenn es dazu kommt, wird die Welt explodieren. Dann kommt es zum ganz großen Blutbad, das auch Sie im Westen in Mitleidenschaft ziehen wird. Deshalb sollte sich gerade Europa mehr in der Region engagieren: Die Europäer wären bessere Friedensvermittler als die Arabische Liga.

SPIEGEL: Zurück zu Ihrer Grabrede ...

Hassun: ... deren Charakter durch die von Ihnen zitierten Sätze verfälscht wird. Mir ging es nicht um Kriegshetze, sondern um Versöhnung – sogar mit den Mördern meines Sohnes Saria. „Für diejenigen, die ihn umgebracht haben, bitte ich zu Gott, dass sie nicht aus demselben Be-

cher trinken müssen wie ich, diesem Becher des Leidens“, habe ich gesagt. „Ich bitte Gott, euch zu vergeben.“ Und ich habe allen Eltern zugerufen, deren Söhne Waffen tragen: „Stellt sicher, dass sie ihre Gewehre nicht mehr benutzen.“

SPIEGEL: Sie haben aber auch behauptet, worauf die Mörder abzielten, sei „nicht Saria, sondern Syria. Sie wollen, dass Syrien vor dem Zionismus und Amerika niederkniet“. Wenn Sie die Täter im Umfeld extremer Sunniten sehen, warum klagen Sie dann Israel und die USA an?

Hassun: Es gibt eine enge Verbindung zwischen dem saudischen Königshaus und dem amerikanischen Weißen Haus. Die Amerikaner sind sehr häufig auf der Seite der Unterdrücker. Ich bin immer auf der Seite der Unterdrückten.

SPIEGEL: Und das heißt für Ihre Rolle in Syrien?

Hassun: Ich fühle mich als Großmufti aller 23 Millionen Syrer, nicht nur der Muslime, sondern auch der Christen und sogar der Atheisten. Ich bin ein Mann des Dialogs. Wer weiß, wenn mich eines Tages ein Agnostiker mit den besseren Argumenten überzeugen sollte, trete ich über zum Nicht-Glauben. Und sollte mich ein oppositionelles Politikprogramm begeistern, wechsle ich auch da die Seiten.

SPIEGEL: Was soll Ihr Vermächtnis als Religionsgelehrter sein?

Hassun: Das Blutvergießen muss aufhören! Wenn es mir gelingen könnte, den Frieden herbeizuführen, dann können meine Feinde mich gern töten – dafür gäbe ich gern mein Leben!

SPIEGEL: Scheich Hassun, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Video: Die Macht von Großmufti Scheich Hassun
Für Smartphone-Benutzer:
Bildcode scannen, etwa mit der App „Scanlife“.

* Mit Redakteur Erich Follath in Aleppo.



Der Verteidigungsminister

Global Village: Wie ein Engländer seinen Kunden beibringt, sich gegen Randalierer auf der Straße zu wehren

Man könnte John Aldcroft einen Krisengewinnler nennen, aber fair wäre das nicht. Die Leute rennen ihm den Laden ein, aber was soll er machen: zusperren? Kunden aussortieren, die ihm nicht passen?

John Aldcroft, 45, bringt Londonern bei, wie sie sich wehren können, wenn sie auf der Straße angegriffen werden, ein gutes Geschäft nach den Krawallen im August. Er steht an der Tür in einem Keller im Stadtzentrum und lässt sich von Neukunden ihre Anmeldezettel in die Hand drücken. Es sieht aus wie am Flughafen-Gate. Die Kunden zeigen Aldcroft ihre Boarding-Karten, sie haben bei ihm mehr Sicherheit gebucht. So hat er es ihnen versprochen.

Seine Kampftechnik ist Krav Maga, auf Deutsch heißt das etwa Kontaktkampf. Juden in Bratislava haben diese Technik vor dem Zweiten Weltkrieg gegen antisemitische Gewalt entwickelt. Die israelische Armee nutzt sie bis heute. Krav Maga setzt auch natürliche und instinktive Reaktionen bei der Selbstverteidigung ein, Verhalten unter Stress wird intensiv trainiert.

Militärstrategen glauben, dass Krav Maga ideal ist für den Nahkampf gegen Palästinenser. John Aldcroft glaubt, dass es ideal ist für Leute, die sich unwohl fühlen auf der Straße, „ideal für London also“.

Halb sieben abends. Links Fitnessgeräte, rechts eine magentafarbene Trainingsmatte. 17 Männer, 3 Frauen und ein Ziel: zurückschlagen können. Sie beginnen mit Rollenspielen, einer ist Opfer, der andere Täter. Es sind normale Londoner, IT-Angestellte, Studenten, Banker.

Menschen wie John Tavaris, 42. Er zieht den Kopf ein, ballt die Fäuste, schaut sich um, als würde er verfolgt, dann sagt er: „So will ich nicht durch die Straßen laufen. Ich will selbstbewusster werden.“

Oder Graham Batstone, 22. Sein Bruder ist Polizist in Los Angeles und macht schon länger Krav Maga. „Fang lieber auch damit an“, hat er Graham gesagt. „Wir müssen uns wehren können.“

Wehren können gegen eine Gefahr, die lange Zeit fiktiv war in London und An-

fang August plötzlich sehr real wurde: Da erschoss die Polizei einen 29-Jährigen, der sich seiner Festnahme widersetzte. Angeblich hatte er zuvor auf die Polizei gezielt.

Viele aber glaubten das nicht, und auch die eingesetzte Untersuchungskommission kam zu dem Schluss, dass kein Schuss von dem Mann abgefeuert wurde. In den Tagen darauf machten Trupps verummelter Randalierer die Stadt zum Kriegsgebiet. Sie plünderten Läden, legten Feuer, überfielen Passanten.



Trainer Aldcroft: „Die Leute fühlen sich unsicher“

Nach fünf Tagen hatte die Polizei gewonnen, seitdem herrscht Ruhe. Eine Ruhe, die viele beunruhigt. Fragt man die Schüler von John Aldcroft, ob sie noch mal mit Randalie rechneten, sagen sie: „Sure.“ Vor der Randalie glaubten sie, in einer friedlichen Gesellschaft zu leben. Seither wissen sie vom Hass der anderen. Vielleicht ist es wie in der Politik. Wenn sich ein Land vor einem anderen fürchtet, erhöht es den Verteidigungsetat. Wenn sich Bürger vor der Unterschicht fürchten, investieren sie in Selbstverteidigung.

John Aldcroft, schwarze Shorts, schwarzes T-Shirt, schwarzer Gürtel, profitiert davon. Aldcroft ist ein höflicher Mann, ein Army-Veteran, der irgendwann merkte, dass er in der Armee nicht alt wird. Er quittierte den Dienst und wurde Fitnesstrainer. Einer seiner ersten Kunden war Richard Wright, der Keyboarder von Pink Floyd. Wright verlangte nach Selbstverteidigungstechniken. So lernte Aldcroft Krav Maga kennen. Und gründete seine Schule der Selbstverteidigung.

Mann gegen Mann, Frau gegen Frau. Schnelligkeit: „Versucht, die Hüfte des anderen zu berühren“, ruft Aldcroft. Befreien: Der eine spielt den Kriminellen, umfasst den Hals des anderen, der muss den Gegner mit einem gezielten Tritt loswerden. Oder eben: Messerangriff. Wie schlägt man jemandem das Butterfly aus der Hand? Krav Maga ist einfach. Wenn es gut läuft, beherrscht man nach drei Monaten die wichtigsten Griffe. Aldcroft will Krav Maga nun in England populär machen.

Es gibt hier einen Begriff für Leute aus den ärmeren Schichten: „Chav“. Es waren die Chavs, die „Prols“, die randalierten. Die Leute aus den Problemvierteln Croydon, Hackney, Tottenham. John Aldcroft nennt sie „feral“: wild, ungezähmt.

Er kennt die Chavs, er hat sie gesehen. Auf der anderen Straßenseite seines Studios liegt der City of Westminster Magistrates' Court, das Gericht, an dem viele der Randalierer verurteilt wurden. Die Richter verhandelten Tag und Nacht. Vor dem Eingang steht einer der bulligen Transporter, die Verurteilte ins Gefängnis bringen.

John Aldcroft will kein Krisengewinnler sein. Es ist ihm unangenehm, dass er jetzt Geld verdient mit der Angst. Aber: „Die Leute fühlen sich eben unsicher.“ Wieso soll er ihnen nicht helfen und ihnen Handgriffe zeigen, mit denen sie sich verteidigen können? Wieso nicht dabei helfen, die Angst loszuwerden?

Er versteht sie, seine Kunden. Er versteht ihre Wut. Er findet es richtig, dass die Randalierer hart bestraft worden sind. „Sie sagen, sie hätten nichts“, sagt er. „Ein Kind in Afrika könnte ihnen erzählen, was nichts bedeutet.“ Als die Verurteilten Anfang August am Gericht in die Gefängnistransporter einstiegen, stand er gegenüber und sah ihnen nach.

Es war Sommerpause in der Schule der Selbstverteidigung. Normalerweise geht es danach schleppend los. Dieses Jahr war es anders. Seit September drängeln sich neue Schüler auf der Trainingsmatte. „Die Krawalle“, sagt Aldcroft.

Bald zieht er um. In ein neues Studio, er braucht mehr Platz.

RAPHAEL GEIGER

GEISTESGESCHICHTE

„Wer sind wir?“

Die Schriftstellerin Thea Dorn, 41, über das Buch „Die deutsche Seele“ (Knaus Verlag), das sie gemeinsam mit ihrem Kollegen Richard Wagner verfasst hat und das in dieser Woche erscheint

SPIEGEL: Frau Dorn, Sie haben ein Buch über die deutsche Seele geschrieben. Sehen Sie sich als Patriotin?

Dorn: Absolut. Aber nicht im Sinn von „Wir sind wieder wer“, sondern im Sinne von „Wer sind wir?“ Wir denken viel zu wenig über uns nach, in Deutschland herrscht ein geistig-kulturelles Vakuum, wir haben einen Diskurs über uns selbst dringend nötig.

SPIEGEL: Seit der NS-Zeit finden die meisten Deutschen es vielleicht unangemessen, über ihre guten Seiten nachzudenken.

Dorn: Das ist verständlich, und ich selbst bin ja auch in diesem Geist aufgewachsen. Natürlich gab es diese zwölf verbrecherischen Jahre, aber die deutsche Geschichte erschöpft sich nicht darin.

Das Wissen um unsere reiche Kultur droht verlorenzugehen.

Wir leben in einem Zustand heiterer Gedankenlosigkeit und Ratlosigkeit.

SPIEGEL: Sie haben das Buch nach Begriffen geordnet, die Sie mit der deutschen Seele in Verbindung bringen. Manche Begriffe scheinen sich zu widersprechen: „Ordnungsliebe“ und „Narrenfreiheit“ zum Beispiel.

Dorn: Die deutsche Seele ist widersprüchlich. Ein Begriff trifft es am besten: Zerrissenheit. Ja, wir haben diese Ordnungsliebe, aber auch einen Hang zum Abgrund, zum Formlosen. Die Deutschen waren immer dann groß, wenn sie bereit waren, diese Widersprüche anzunehmen und etwas daraus zu machen. Um 1900 herum gab es einen radikalen Technikenthusiasmus und zugleich die Naturschwärmerei der Lebensreformer. Eine äußerst dynamische Zeit.

SPIEGEL: Wird es uns tatsächlich helfen, wenn wir, wie Sie, anfangen, über „Bierdurst“, „German Angst“, „Winnetou“ und „Weihnachtsmarkt“ nachzudenken?

Dorn: Ja. Wenn man diese Themen als Facetten des Ganzen begreift, zu dem so komplizierte Fragen wie die nach der deutschen „Arbeitswut“, unserer Sehnsucht nach Reinheit und dem in-nigen Verhältnis zum „Bruder Baum“ gehören. Nur wer sich selbst kennt, weiß, was er in Zukunft sein kann.

HUSSEIN CHALAYAN 2003, MUSIK: JEAN PAUL DESSY, FILMSTILLS: HUSSEIN CHALAYAN/NEUTRAL 2003



AUSSTELLUNGEN

Muße im Museum

Chalayan-Videoinstallation „Place to Passage“, 2003

Das Museum feiert sich selbst. Diesen Eindruck kann man bekommen, wenn sich das Kunstmuseum Wolfsburg nun als „Ort der Entschleunigung“ anpreist und „Raum und Zeit für Reflexion anbietet – Zeit, die in unserer Gesellschaft zunehmend fehlt“. Es steckt aber mehr dahinter. Die Wolfsburger halten sich nicht mit der Larmoyanz über hektische Zeiten auf, in denen das Museum Zuflucht bietet, sie thematisieren die Ruhe und das Innehalten in ihrer neuen Schau „Die Kunst der Entschleunigung. Bewegung und Ruhe in der Kunst von Caspar David Friedrich bis Ai Weiwei“, die von Samstag an (bis 9. April 2012) zu

sehen ist. Die präsentierten Werke sind in ihrer Auswahl und Gegenüberstellung durchaus widersprüchlich. Schienen die Avantgarde-Bewegungen von 1900 an Fortschritt und Geschwindigkeit oft ungebrochen zu feiern, so zeigt die Ausstellung, dass mit diesen künstlerischen Strömungen auch immer eine Suche nach der Ästhetik der Langsamkeit verbunden ist. Dazu präsentiert das Kunstmuseum Werke zeitgenössischer Künstler wie Andreas Gursky oder Hussein Chalayan. Dessen Videoinstallation „Place to Passage“ von 2003 etwa reflektiert das neue Lebens-tempo mit Hilfe einer simulierten Hochgeschwindigkeitsreise.

KINO IN KÜRZE

„Cheyenne – This Must Be the Place“. Das große amerikanische Knautschgesicht Sean Penn spielt einen Rockstar mit Fistelstimme, verblasstem Ruhm und viel Geld auf dem Konto. Und weil das allein nicht bizarr genug ist, macht sich der Rockstarheld bald mutterseelenallein auf die Suche nach einem alten Nazi-Verbrecher,

der einst seinen Vater gepeinigt hat. Dem italienischen Regisseur Paolo Sorrentino („Il Divo“) ist mit seinem ersten Amerikafilm herzerreißend melancholisches Gruselkino gelungen, und der einstige Talking-Heads-Sänger David Byrne macht schön traurige Musik dazu.

Penn



DELPHI VERLEIH

BIOGRAFIEN

Diven im Doppelpack

In amerikanischen Läden ist das manchmal so: „Buy two, get one free“ – zwei Pakete für den Preis von einem. Diese Art Glück widerfährt Käufern von Karin Wielands Doppelbiografie über Marlene Dietrich und Leni Riefenstahl („Dietrich & Riefenstahl. Der Traum von der neuen Frau“. Hanser Verlag, München; 632 Seiten, 27,90 Euro). Die Autorin gibt in einem einzigen Buch umfassende Einblicke in die Lebensläufe beider Frauen. Und es erweist sich als gute Idee, sie miteinander in Beziehung zu setzen. Beide wurden Anfang des 20. Jahrhunderts in Berlin geboren, stammten aus kleinbürgerlichen Verhältnissen und wurden in der Weimarer Republik berühmt. Sie gelten als Prototypen ihrer Zeit – in ihrem Verhältnis zur NS-Diktatur allerdings unterschieden sie sich völlig: Die Schauspielerin Marlene Dietrich (1901 bis 1992) lebte in Hollywood und war eine Nazi-Gegnerin, die Filmemacherin Leni Riefenstahl (1902 bis 2003) war Hitlers Lieblingskünstlerin. Biografin Wieland beschreibt, dass beide Frauen erstaunlich ähnlich vorgingen: Sie waren extrem ehrgeizig, diszipliniert und hartnäckig und spannten für ihr berufliches Weiterkommen zahlreiche Liebhaber ein. Leider geht die Autorin über eine Beschreibung der Lebensläufe kaum hinaus und hinterlässt am Ende ein etwas diffuses Bild. Warum lebten die beiden Frauen so freizügig? Woher nahmen sie ihr Selbstbewusstsein? Ein paar Thesen hätte Wieland schon wagen können, ihre vorzügliche Recherche hätte dadurch das bekommen, worüber ihre beiden Protagonistinnen nun wirklich verfügten: klare Konturen.



Dietrich, Anna May Wong, Riefenstahl 1928

LIFE MAGAZINE / TOPICS

LITERATUR

Farbspiele

In den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts wurden nur noch im dunklen Süden der USA Schwarze gelyncht, die man nicht nur dort „Nigger“ nannte. Doch auch im aufgeklärten New York bestanden strikte Grenzen zwischen Schwarz und Weiß. Allerdings gab es Farbige mit besonders hellem Teint, die heimliche Überschreitungen wagten. In jener Zeit forderte ein prominenter New Yorker die gerichtliche Annullierung seiner Ehe, weil seine Frau ihm ihre afrikanischen Vorfahren verheimlicht hatte. Doch die Geschworenen, allesamt weiße Männer, kamen nach Begutachtung der Brustwarzen der Frau zu dem Urteil, der Mann hätte ihre Herkunft erkennen müssen, und lehnten seinen Antrag ab. Zur selben Zeit tauchten vergnügungssüchtige Weiße tief ins Nachtleben im schwarzen Harlem ein. In dieser Atmosphäre schwarz-weißer Wechselspiele und ambivalenter Identitäten spielt der geheimnisvolle, faszinierend vielschichtige Roman „Passing“ von Nella Larsen, erschienen 1929, den es

unter dem Titel „Seitenwechsel“ nun erstmals auf Deutsch gibt. Er erzählt die stürmische Freundschaft und Hassliebe zwischen zwei blendend attraktiven jungen Frauen, die niemand für Farbige hielt: Der einen gelingt als Frau eines Arztes der Aufstieg in die schwarze Elite Harlems, die andere hat sich für den unwiderruflichen Seitenwechsel mit ewiger Selbstverleugnung entschieden, denn ihr schwerreicher weißer Ehemann ist zwar ein Gentleman, doch ein gnadenloser Rassist. Nella Larsen, geboren 1891, halb dänischer, halb karibischer Herkunft, gehörte in Harlem zum produktiven Kreis jener farbigen Künstler und Literaten, die sich gelegentlich selbstironisch „Niggerati“ nannten. „Seitenwechsel“ war, nach ihrem autobiografischen Erstling, Nella Larsens zweiter Roman – und blieb trotz des Erfolgs ihr letzter. Der dritte, entstanden in Paris und auf Mallorca, erschien nie. 1964 starb sie in Brooklyn. Es ist ungewiss, ob sie selbst je in Versuchung war, die Seiten zu wechseln.



grafischen Erstling, Nella Larsens zweiter Roman – und blieb trotz des Erfolgs ihr letzter. Der dritte, entstanden in Paris und auf Mallorca, erschien nie. 1964 starb sie in Brooklyn. Es ist ungewiss, ob sie selbst je in Versuchung war, die Seiten zu wechseln.

Nella Larsen: „Seitenwechsel“. Aus dem Englischen von Adelheid Dormagen. Dörlemann Verlag, Zürich; 192 Seiten; 19,90 Euro.

Er darf das, er ist Jude

Junge jüdische Künstler in Deutschland spielen selbstbewusst mit Vorurteilen und Klischees und erfinden sich eine Identität, die nicht mehr an die Vergangenheit gebunden ist – was die Deutschen mit der Frage alleinlässt, wer die Deutschen nun eigentlich sind. *Von Georg Diez*

Manchmal sieht das Monster ganz anders aus. Auf einmal ist Adolf Hitler auf der Bühne, aber der Mann trägt einen Trainingsanzug von Adidas und Badeschlappen von Adidas, und er heißt nicht Adolf Hitler, sondern Oliver Polak. Und das Monster, das ist auch nicht Adolf Hitler, das Monster, das ist das Lachen. Es gurgelt so, als müsse es erst einen Widerstand brechen; dann aber platzt es heraus, wie befreit.

Das sind die Momente, in denen Oliver Polak der Wahrheit sehr nah ist. Es ist eine komplizierte Wahrheit, weil die Sache lange geklärt schien: Die Deutschen schämen sich und trauern darum, was sie den Juden angetan haben. Und damit war es auch irgendwie gut.

Aber was passiert, wenn jemand auf einer Kabarettbühne in Berlin Witze über Juden macht und über den Holocaust, wenn er von der Bundesbahn immer sofort zu Deportationen kommt, wenn er schlau sagt: „Ich darf das, ich bin Jude“, und wenn sein Publikum vor allem deshalb lacht, weil es nicht weiß, ob es lachen darf?

Oliver Polak ist Komiker. Ein paar Wochen nach seinem Auftritt sitzt er in der Berliner Wohnung einer Freundin. Draußen versinkt die Alte Schönhauser Straße in der Dämmerung.

Es soll um den neuen Juden gehen, um neues jüdisches Selbstverständnis, um alte deutsche Unsicherheit und um die Frage, was es bedeutet, dass fast gleichzeitig ein paar Bücher erscheinen, die souverän mit jüdischer Biografie und antisemitischen Vorurteilen jonglieren.

In England ist schon vor einiger Zeit das „New Jew Manifesto“ veröffentlicht worden, das diese neue, selbstbewusste „Hallo ich bin jüdisch“-Generation als „laut und stolz“ beschreibt, als Menschen, die nicht mehr „mit diesem beschämten Flüstern durchs Leben gehen, das eigentlich für Kranke im Endstadium reserviert ist“, die sich nicht von Antisemiten sagen lassen wollen, wer sie sind, die das Wort Jude gelassen aussprechen, die sich durch 5000 Jahre Geschichte nicht davon ablenken lassen, dass die Zukunft für sie da ist.

Die Frage lautet: Beschreibt das auch ein Gefühl der Juden in Deutschland? Oder hält sie der Holocaust in der Vergangenheit fest?

Anders gesagt: Was bedeutet es, Jude zu sein in einer Welt, in der Juden Witze machen über den Holocaust und Deutsche darüber lachen?

Und wer wäre so ein neuer Jude?

Wäre das jemand wie der Komiker Oliver Polak, 35, der einzige, einsame jüdische Junge aus Papenburg im Emsland, der sich auf der Bühne über seine Mutter,

der mal ein jüdischer Feiertag, nur um die Reaktionen der Lehrer zu testen, und die „schon den Druck gespürt hat, sich hier als Opfer einfühlen zu müssen“?

Oder wäre das jemand wie der Fotograf Daniel Josefsohn, 50, der seinen Hund Jesus nennt, der eine Kalaschnikow in seinem Berliner Studio hängen hat, auf der steht „I love Jews“, der schon mal in den Garten des ehemaligen Hauses von Göring gestiegen ist, um dort eine israelische Fahne zu hissen, und der die Porträts zu dieser Geschichte gemacht hat?

Und wenn es einen neuen Juden gibt, was ist dann der alte Jude? Was unterscheidet den jungen Juden von älteren wie Henryk M. Broder oder Marcel Reich-Ranicki? Bedeutet diese Trennung schon die „Historisierung des Holocaust“, was immer etwas alarmistisch klingt? Ist damit also eine Bedrohung verbunden, weil die Relativierung der Verbrechen droht?

Oder ist das eher eine Befreiung, weil man nicht mehr der „Leidensjude“ sein will, wie Lena Gorelik das nennt, nicht mehr der „Neunte-November-Jude“, wie Sophie Mahlo das nennt, nicht mehr dieses bundesrepublikanische Maskottchen, das einmal im Jahr auftreten darf, wenn

die Bäume keine Blätter mehr haben, und sonst am liebsten vergessen wird.

Das war ja der Deal in Deutschland, das war die paradoxe Logik des Verbrechens: Die Juden sollten den Deutschen sagen, wer sie sind. Sie wurden, in den Worten des Schriftstellers Maxim Biller, „gebraucht“, um diesem Land die moralische Legitimation zu geben.

Der junge Historiker und Publizist Olivier Guez hat dieses verheulene Verhältnis in seinem Buch „Heimkehr der Unerwünschten“ mit ein paar harten Sätzen beschrieben. Er spricht davon, dass „die Idealisierung der jüdischen Opfer“ die Form eines „Rituals“ annahm, das oft nicht einmal den Juden galt, „denen zu begegnen die Deutschen nur selten Gelegenheit hatten“. Ziel des Rituals war etwas anderes: „Der Philosemitismus vermittelte seinen Anhängern eine moralische und gesellschaftliche Unschuld, ein besseres Selbstbild. Er half ihnen, ihre Unsicherheit zu überwinden.“ Klingt ge-



Holocaust-Mahnmal*: Man weiß nicht, ob man lachen soll

seine Vorhaut und den Zentralrat lustig macht und der dann besonders viele Lacher hat, wenn die Leute nicht wissen, ob sie gerade eine Anzeige wegen Volksverhetzung für dieses Lachen riskieren?

Wäre das jemand wie die Rechtsanwältin und Kulturveranstalterin Sophie Mahlo, 36, die so schön und so kühl ist, deren Mutter aus Tunesien stammt und der Vater aus Deutschland, die in Berlin aufwuchs und immer weggehen wollte und doch wiedergekommen ist und die sagt, dass „jüdische Identität sich nicht darin erschöpft, darüber nachzudenken, warum andere Leute einen umbringen wollten“?

Wäre das jemand wie die Schriftstellerin Lena Gorelik, 30, die mit ihren Eltern als Kind aus Russland kam und in Deutschland zum ersten Mal vom Holocaust hörte, die in der Schule in Ludwigsburg jeden dritten Tag sagte, es sei wie-

* In Berlin.



Oliver Polak, 35
Komiker

„Mir wurden ein Leben lang dumme Fragen gestellt, und ich gebe eben dumme Antworten.“

DANIEL JOSEF SOHN



Sophie Mahlo, 36
Kulturveranstalterin

„Das Leben erschöpft sich nicht nur in Holocaust und Shoah.“



Lena Gorelik, 30
Schriftstellerin

„Ich hatte schon den Druck, mich hier als Opfer einfühlen zu müssen.“



Daniel Josefsohn, 50
Fotograf

In Görings ehemaligem Garten hisste er die israelische Flagge.

fährlich? Guez ist Franzose und Jude und hat einen weniger sentimental Blick auf die, so wird das in Sonntagsreden gefeiert, große deutsche Nachkriegserfolgsgeschichte. „Heimkehr der Unerwünschten“ beschreibt sehr genau, was es bedeutete, in dieses Täterland zurückzukommen oder besser: „Fremd im eigenen Land“ zu sein, wie schon 1979 der Titel einer Anthologie lautete. Henryk M. Broder beschimpfte darin den Zentralrat als „Zwergenoper in Breitwand“ und sprach von „Berufsjuden“ und „Alibijuden“.

Damals waren die Juden unsicher, wer sie sein sollten in diesem Land. Heute sind es die Deutschen.

Oliver Polak sieht das so: „Viele Deutsche mögen sich immer noch nicht“, sagt er – und benutzt dieses Unbehagen für seine Komik.

„Ich darf das, ich bin Jude“, so heißen sein Buch und sein aktuelles Programm, er führt darin, und das ist der Trick, jüdische Klischees bis an den Rand des Antisemitismus vor: der reiche Jude, der jammernde Jude, der bemutterte Jude – lauter schlummernde Vorurteile, die er dem Publikum wie einen Witz hinwirft. Und erst beim Lachen merken die, dass sie nicht wissen, was sie da tun. Sind sie zu erleichtert? Sind sie betroffen genug?

„Oh“, sagt Polak und macht die Augen weit auf und hat sichtlich Spaß daran, die deutsche Angst vor dem eigenen Lachen zu beschreiben: „Darf ich das?“ Viele Leute schauen sich erst einmal um, bevor sie loslachen, erzählt er – und ihm ist auch klar, dass dieses Lachen sehr widersprüchlich ist und auch falsch funktionieren kann. „Es war schön, diese Geschichte mal von Ihnen zu hören, so lustig“, sagen ihm Leute nach seiner Show, wenn er mal wieder von Buchenwald oder

Auschwitz gewitzelt hat. „Aber mein Humor erteilt keine Absolution“, sagt Polak. Komik ist einfach das, was er tut, ist das, was er kann. Sein Leben ist sein Material, sagt er, er hat keinen pädagogischen Plan, er will die Leute nicht erziehen. „Mir wurden ein Leben lang dumme Fragen gestellt“, sagt er, „und ich gebe eben dumme Antworten.“

Hinter Polaks Heiterkeit, dem Außen-seiterkind aus Papenburg, steckt dabei auch etwas anderes. Es klingt, als ob er sich selbst meinte, wenn er sagt: „Deutsche Juden sind ein wenig wie Pandabären – es gibt nicht mehr so viele von uns, deshalb kommen die Menschen, um uns anzuschauen, bevor es zu spät ist.“

Tatsache ist, dass die jüdische Gemeinde in Deutschland in den vergangenen Jahren von 30 000 auf 100 000 gewachsen ist wegen der vielen, die aus Russland gekommen sind: Das Selbstverständnis der deutschen Juden hat sich auch dadurch verändert.

Tatsache ist aber auch, dass eine Fremdheit und Verklemmtheit bleibt, die von nichtjüdischen Deutschen ausgeht. „Ich fühle mich betrachtet“, sagt Sophie Mahlo. „Ich habe das Gefühl, dass man mich immer in das Bild zurückdrängt, das man von mir haben will. Ich will mich aber nicht mit Fragen auseinandersetzen, die nicht meine sind.“

Was hat sie sich alles anhören müssen: Bist du deutsche Jüdin oder jüdische Deutsche? Fühlst du dich schlecht wegen dem, was hier passiert ist? Wenn du die Wahl hättest, würdest du Jude sein?

„Ich habe für mich beschlossen, dass ich mich von dem Ganzen frei mache“, sagt Sophie Mahlo und macht mit ihren langen Fingern eine Geste, als wolle sie etwas wegschieben. Deshalb hat sie 2005 den deutschen Ableger von Limmud ge-

gründet, eine Art jüdischen Bildungsverein. „Judentum ist nichts Trauriges“, sagt sie, „das Leben erschöpft sich nicht nur in Holocaust und Shoah.“ Sie hofft, „dass nichtjüdische Deutsche einen so gleich und doch anders annehmen können und nicht dauernd auf ein Podest stellen“.

Wenn es nicht so ein doofes Wort wäre, könnte man sagen: Es fehlt Normalität.

Aber was würde das bedeuten? Die Selbstfindung der Juden in Deutschland verlief in Wellen und auch die Veränderung des Verhältnisses von Juden und Nichtjuden.

Ein erster Einschnitt war 1985 der Streit um Rainer Werner Fassbinders Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod“, das den Juden als Makler darstellte und an linken Antisemitismus anknüpfte, wie er sich im Frankfurter Häuserkampf zeigte.

Ein zweiter Einschnitt war 2004 Dani Levys Komödie „Alles auf Zucker!“, die ein Erfolg beim Publikum war und den Juden als Menschen zeigte und im Mainstream eine Heimat fand für jüdischen Alltag, der auf einmal gar nicht mehr fremd und merkwürdig war.

Das war etwas, das es erschütternderweise vorher so nicht gegeben hatte. Trotz Rafael Seligmanns Satire „Rubinsteins Versteigerung“ (1988), trotz Robert Schindels großartigem Roman „Gebürtig“ (1992), trotz des hartnäckigen Maxim Billers, der schon 1990 in seiner Erzählung „Harlem Holocaust“ vorführte, wie man mit den Vorurteilen und den Schuldgefühlen der Deutschen spielen kann – und wie man sich aus dieser Verunsicherung die Kraft holen kann, sich aus dem deutschen Teufelskreis von Anti- und Antisemitismus zu befreien.

Das war die Unsicherheit, das war die Situation Jahrzehnte nach dem Krieg. Es

gab Juden: prominente wie den Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki, dessen Autobiografie „Mein Leben“ ein Bestseller ist, provokante wie den Journalisten Henryk M. Broder, der sich vorzugsweise mit allen anlegt – der eine unterschneidet sein Judentum, der andere machte es zum Zentrum seiner öffentlichen Erscheinung. Aber Außenseiter blieben sie trotz des Ruhms, weil es sonst ja keine jüdische Gegenwart gab.

Es gab auch die alten Juden, die stillen, die heimlichen, die, so beschreibt es das „New Jew Manifesto“, immer versuchten zu erraten, wer noch Jude sein könnte, Roman Abramowitsch vielleicht doch, „und sei es nur wegen des Geldes“. Die neuen Juden dagegen sind eher am jüdisch-buddhistischen Dialog interessiert und restaurieren Synagogen in Kalkutta.

Der neue Jude ist nicht passiv, nicht fremdbestimmt, ist nicht mehr durch Angst oder Abwehr gekennzeichnet, nicht mehr durch eine andere Identität geprägt als die, die man sich selbst sucht.

Und das hat Folgen, gesellschaftlich und politisch: Welche Rolle soll der Holocaust noch spielen bei der Frage, wie sich ein Land definiert und wie sich die Menschen in einem Land definieren?

Deutschland stellt sich diese Frage. Israel stellt sich diese Frage. Und deutsche Juden stellen sich diese Frage. Fast 70 Jahre nach dem Krieg sterben die letzten Zeitzeugen, verändert sich das rituelle Erinnern, verändert sich die Rolle, die die Toten und die Überlebenden spielen, wodurch sich auch die Frage nach dem Verhältnis von Holocaust und Identität ganz anders stellt.

Lena Gorelik sagt es so: „Vielleicht ist es Zeit für einen anderen Ton“ – und sie meint den Humor, den sie in diesem Land so sehr vermisst. Sie sagt auch: „Vielleicht kann man weniger über die Vergangenheit reden“ – und meint, dass man hoffentlich irgendwann die Juden nicht mehr dazu braucht, ein paar deutsche Fragen zu klären.

„Lieber Mischa ... der Du fast Schlomo Adolf Grinblum heißen hättest, es tut mir so leid, dass ich Dir das nicht ersparen konnte: Du bist ein Jude ...“, so heißt das Buch von Lena Gorelik, nach drei Romanen ein Memoir der anderen Art, eine lustige, direkte Erforschung all der Vorurteile und Klischees, die, so sagt sie mit einem Schmunzeln, natürlich wahr sind.

Also, ein paar Highlights aus Gorelik's Top Ten der wahren, antisemitischen Vorurteile: Juden haben Hakennasen, Juden haben Glatzen, Juden sind Wucherer, Juden haben eine problematische Beziehung zu ihrer Mutter, Juden sind schlauer als andere, Juden sind verschlagen, hinterlistig, gerissen.

„Klischees“, sagt Gorelik, „sind dazu da, dass man sie so lange hin und her dreht, bis man nicht mehr weiß, wo das

Bestseller

Belletristik

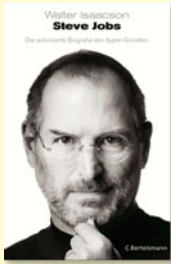
- 1 (1) Eugen Ruge**
In Zeiten des abnehmenden Lichts Rowohlt; 19,95 Euro
- 2 (2) Dora Heldt**
Bei Hitze ist es wenigstens nicht kalt dtv; 14,90 Euro
- 3 (3) Umberto Eco**
Der Friedhof in Prag Hanser; 26 Euro
- 4 (7) Jonas Jonasson**
Der Hundertjährige, der aus dem Fenster stieg und verschwand Carl's Books; 14,99 Euro
- 5 (18) Cecelia Ahern**
Ein Moment fürs Leben W. Krüger; 16,95 Euro
- 6 (8) S. J. Watson**
Ich. Darf. Nicht. Schlafen. Scherz; 14,95 Euro
- 7 (4) Walter Moers**
Das Labyrinth der Träumenden Bücher Knaus; 24,99 Euro
- 8 (5) Charlotte Roche**
Schoßgebete Piper; 16,99 Euro
- 9 (6) Jussi Adler-Olsen**
Erlösung dtv; 14,90 Euro
- 10 (10) Jussi Adler-Olsen**
Schändung dtv; 14,90 Euro
- 11 (9) Jo Nesbø**
Die Larve Ullstein; 21,99 Euro
- 12 (13) Patrick Rothfuss**
Die Furcht des Weisen – Teil 1 Klett-Cotta; 24,99 Euro
- 13 (12) Ferdinand von Schirach**
Der Fall Collini Piper; 16,99 Euro
- 14 (11) Sebastian Fitzek**
Der Augenjäger Droemer; 19,99 Euro
- 15 (14) Rebecca Gablé**
Der dunkle Thron Ehrenwirth; 24,99 Euro
- 16 (15) Iny Lorentz**
Töchter der Sünde Knaur; 19,99 Euro
- 17 (16) Derek Landy**
Skulduggery Pleasant – Rebellion der Restanten Loewe; 17,95 Euro
- 18 (–) Rita Falk**
Winterkartoffelknödel dtv; 12,90 Euro
- 19 (20) David Safier**
Happy Family Kindler; 18,95 Euro
- 20 (–) Siegfried Lenz**
Die Maske Hoffmann und Campe; 17,99 Euro

Siegfried Lenz
Die Maske

Fünf neue Erzählungen
des deutschen Altmeisters
der Literatur über das
Leben, die Liebe und die
Suche nach Wahrheit

Sachbücher

- 1 (–) **Walter Isaacson**
Steve Jobs
C. Bertelsmann; 24,99 Euro
- 2 (–) **Helmut Schmidt/Peer Steinbrück** Zug um Zug
Hoffmann und Campe; 24,99 Euro
- 3 (1) **Dirk Müller** Cashkurs
Droemer; 19,99 Euro
- 4 (2) **Gaby Köster mit Till Hoheneder**
Ein Schnupfen hätte auch
gereicht Scherz; 18,95 Euro
- 5 (6) **Martin Wehrle**
Ich arbeite in einem Irrenhaus
Econ; 14,99 Euro
- 6 (5) **Dieter Nuhr**
Der ultimative Ratgeber für alles
Bastei Lübbe; 12,99 Euro
- 7 (4) **Loriot**
Bitte sagen Sie jetzt nichts ...
Gespräche Diogenes; 21,90 Euro
- 8 (3) **Philipp Lahm mit Christian Seiler**
Der feine Unterschied
Kunstmann; 19,90 Euro
- 9 (7) **Michael Winterhoff**
Lasst Kinder wieder Kinder sein
Gütersloher Verlagshaus; 19,99 Euro
- 10 (11) **Joachim Fuchsberger**
Altwerden ist nichts für Feiglinge
Gütersloher Verlagshaus; 19,99 Euro
- 11 (13) **Andreas Altmann**
Das Scheißleben meines Vaters,
das Scheißleben meiner Mutter
und meine eigene Scheißjugend
Piper; 19,99 Euro
- 12 (12) **Richard David Precht**
Wer bin ich – und wenn ja,
wie viele? Goldmann; 14,95 Euro
- 13 (9) **Edmund de Waal**
Der Hase mit den Bernsteinaugen
Zsolnay; 19,90 Euro
- 14 (10) **Heribert Schwan**
Die Frau an seiner Seite –
Leben und Leiden
der Hannelore Kohl Heyne; 19,99 Euro
- 15 (–) **Thorsten Havener**
Denk doch, was du willst
Wunderlich; 17,95 Euro
- 16 (14) **Kevin Dutton**
Gehirnflüsterer dtv; 14,90 Euro
- 17 (15) **Alice Schwarzer**
Lebenslauf Kiepenheuer & Witsch; 22,99 Euro
- 18 (8) **Lilly Lindner**
Splitterfasernackt
Droemer; 16,99 Euro
- 19 (–) **Simon Sebag Montefiore**
Jerusalem – Die Biographie
S. Fischer; 28 Euro
- 20 (–) **Rolf Dobelli**
Die Kunst des klaren Denkens
Hanser; 14,90 Euro



Klischee aufhört und die Wahrheit anfängt.“ Auch bei ihren Lesungen fragen die Leute, ob sie lachen dürfen, auch bei ihr kommen Menschen, die erzählen, sie hätten einen SS-Vater und wüssten nicht, wie sie damit umgehen sollen.

„Wie Hiob“, schreibt Gorelik in dem Buch an ihren Sohn, „wirst Du innerlich schreien: Warum gerade ich? Warum muss ich zum auserwählten Volk gehören? Auserwählt wozu?“ Um am Ende doch ins Land auszuwandern, „wo Milch und Honig fließen und Krieg und Hitze herrschen“? Andererseits, Mischa: „Du bist ein Jude. Etwas Besseres hättest du nicht werden können.“

Was also ist passiert? In all den Jahren, als die Deutschen nicht wussten, was sie sagen sollten, wenn sie einen Juden trafen. Als George Tabori gefeiert wurde, weil er das museale Bild des Vorkriegsjuden bediente. Als Martin Walser und Botho Strauß und Ernst Nolte und Steffen Heitmann dann doch anfangen zu reden und den deutschen Diskurs Stück für Stück weiter nach rechts verschoben – bis zu Thilo Sarrazin: „Ein Schock“, sagt Oliver Polak, dem es die Luft abschnürte in dieser Debatte. „Ein Schock“, sagt Lena Gorelik, die sich fragte, ob das noch ihr Land sei.

Bei diesen Diskussionen, das wird langsam deutlich, ging es nie wirklich um Juden, die Einwanderung, Türken. Im Grunde waren alle diese Debatten sehr deutsche Veranstaltungen, die etwa die Juden und die Geschichte dazu benutzten, etwas Klarheit darüber zu bekommen, wer dieses unmögliche Volk nun eigentlich ist und wer oder was es sein soll. Der Holocaust war immer ihre Krücke. Wenn die Juden den Holocaust nun einfach wegnehmen? Gerät wieder alles ins Wanken.

Oliver Polak findet das natürlich lustig. Er findet es ja auch lustig, wenn 2000 Christen auf dem Kirchentag sein Lied singen: „Lasst uns alle Juden sein“.

Was die Deutschen, die nicht wissen, ob sie lachen dürfen oder nicht, aber von ihm und den anderen neuen Juden lernen können, ist ein Selbstvertrauen, ist eine Haltung, die sich nicht mehr abhängig macht vom Konsens, den eine andere Generation in einer anderen Zeit beschworen hat. Im Grunde sind die neuen Juden die neuen Deutschen.

Es geht nicht um einen Schlusstrich, aber das Monster Hitler, der Mensch Hitler, das ist alles vorgeführt worden, bis zur Sinnentleerung. Es geht um Neugier und Selbstvertrauen, es geht um Offenheit und Klugheit, es geht darum, dass man selbst bestimmt, wer man ist in diesem Land, als Christ, als Jude, als Muslim, als Atheist, als Bürger. Es geht um ein Land, das sich längst verändert hat.

Klingt pathetisch? Klingt fast nach bösem Multikulti? Ach was, klingt nach 21. Jahrhundert. ♦

KINO

Blutsfeinde

Roland Emmerichs neuer Film „Anonymus“ behauptet dreist, Shakespeare sei nicht der Autor seiner Stücke.

Am Anfang züngeln Flammen die Wände eines Theaters hoch. Am Ende stapft ein Mann durch die ausgebrannten Trümmer des Gebäudes. Doch die Feuersbrunst, die das Theater in Schutt und Asche legt, zeigt der Regisseur Roland Emmerich in seinem Film „Anonymus“ nicht. Die Katastrophe findet im Kopf des Zuschauers statt.

Emmerich, der in Blockbustern wie „Independence Day“ (1996) oder „2012“

Wer die britischen Kritiken des Films liest, der in dieser Woche in die deutschen Kinos kommt, könnte vermuten, Emmerich habe gerade eine V-2-Rakete auf London abgefeuert. „Anonymus“ sei in Babelsberg gedreht worden, schrieb der „Guardian“, das Studio sei „1933 von den Nazis übernommen worden“.

Das muss ein interessanter Film sein, der amerikanische Literaturprofessoren, britische Filmkritiker und deutsche Weltversther vereint.

„Anonymus“ spielt Mitte des 16. und Anfang des 17. Jahrhunderts in London und behauptet frech, William Shakespeare (gespielt von Rafe Spall), Sohn eines Handschuhmachers und einer Adligen, sei gar nicht der Autor von Theaterstücken wie „Ein Sommernachtstraum“, „Hamlet“ oder „König Lear“ gewesen, für die er noch heute gefeiert wird. Vielmehr habe ein Aristokrat, der Earl of Ox-

reich wurde; dass er sie geschrieben hat, ist indes nicht bewiesen – aber auch nicht zu widerlegen.

Raum genug also für interessante Spekulationen; Raum, den man Emmerich nicht gewähren will. Aber warum?

Seinen Gegnern geht es offenbar gar nicht darum, dass der Regisseur das Denkmal Shakespeare sprengt, sondern dass er es überhaupt wagt, sich ihm zu nähern, mit einer Tüte Popcorn in der Hand. Er, der Mann vom Jahrmarkt, der mit Entertainment Milliarden eingespielt hat, ausgerechnet er behauptet, ein einfacher Mann aus dem Volke sei nicht imstande gewesen, große Werke zu schaffen.

Dabei ist „Anonymus“ gar kein Film über Shakespeare; und er ist auch kein Thriller, wie allorten behauptet wird. Er ist eine doppelte Mogelpackung. Wer sich aber die Mühe macht, sie zu öffnen, was ziemlich mühsam ist, weil Emmerich seine Geschichte in verschachtelten Rückblenden versteckt, entdeckt ein spannendes und bewegendes Königsdrama.

„Anonymus“ erzählt, wie sich der Earl of Oxford, der einst eine Affäre mit Elizabeth I. (Vanessa Redgrave) hatte, ins Schreiben von Königsdramen flüchtet und sich den realen Kämpfen um die Erbfolge entzieht. Dafür beschreibt er in seinen Werken, was Menschen im Ringen um die Macht alles zu tun fähig sind und welche zerstörerische Kraft sie entfalten.

Bislang hat Emmerich in seinen Filmen gezeigt, wie die Menschen im Angesicht der Katastrophe zusammenwachsen, oft gar zu einer Art Weltgemeinschaft. In „Anonymus“ fragt er sich dagegen: Wo gehen all diese ungeheuren menschlichen Energien eigentlich hin, wenn sie sich nicht gegen eine übermächtige Kraft vereinen müssen?

Sie fließen in üble Ränkespiele, behauptet er in „Anonymus“ und beschreibt eine Welt, in der die Menschen oft keine Verwandten kennen. Emmerich entwirft ein Milieu, in dem jeder mit jedem verwandt ist, doch der engste Blutsverwandte der größte Blutsfeind sein kann.

Dabei nehmen sich Emmerich und sein Drehbuchautor John Orloff nur das Recht auf die Freiheit der Interpretation und bisweilen gewagten Spekulation – etwas, von dem auch Shakespeare selbst weidlich Gebrauch machte, wann immer er reale historische Personen in Figuren seiner Stücke verwandelte.

Was all die Shakespeare-Anhänger, die Emmerich nun so heftig attackieren, nicht wahrhaben wollen, ist die spielerische Seite von Emmerichs Destruktivität. In „Independence Day“ jagte der Regisseur das Weiße Haus in die Luft. Aber wer nach Washington kommt, stellt verblüfft fest, dass es immer noch steht.

Es ist doch alles nur ein Film.

LARS-OLAV BEIER



Regisseur Emmerich (l.) bei Dreharbeiten zu „Anonymus“: V-2-Rakete auf London

(2009) die Welt in ihre Einzelteile zerlegte und sich den Ruf ersprenkte, der „Meister der Zerstörung“ im Kino zu sein, bietet seinen Fans nicht, was sie von ihm erwarten. Und doch – oder vielleicht gerade deshalb – hat er etwas ausgelöst, was ihm mit seinen Katastrophen-Epen nie gelang: eine Riesenwelle der Empörung, einen wahren Anti-Emmerich-Tsunami.

Er sei ein Zyniker und verderbe die Kinder, schrieb der amerikanische Literaturprofessor James S. Shapiro. Er gehöre in den Londoner Tower gesperrt, meinten einige US-Filmkritiker. Er tue den Engländern einen schlimmen „Tort“ an, schrieb Josef Joffe, Mitherausgeber der „Zeit“.

ford (Rhys Ifans), diese Werke geschaffen und den Schauspieler William Shakespeare nur als Strohmann benutzt, um sie unter dessen Namen veröffentlichen zu können. Für Adlige war es damals eher anrühlich und peinlich, sich in die Welt des Theaters zu begeben.

Die These, der Emmerich in seinem kurzweiligen und glänzend gespielten Film folgt, ist nicht neu. Der literaturwissenschaftliche Streit um die Urheberschaft von Shakespeares Werken tobt seit über einem Jahrhundert. Es lässt sich zweifelsfrei belegen, dass der clevere Geschäftsmann Shakespeare die legendären Stücke zur Aufführung brachte und damit

ESSAY

EUROPAS SCHLEICHENDE AUFLÖSUNG

WARUM DIE WÄHRUNGSUNION ZWANGSLÄUFIG ZUR DESINTEGRATION FÜHRT
VON NIALL FERGUSON

Im März 2000 veröffentlichten der Kollege Larry Kotlikoff und ich einen Text in der Zeitschrift „Foreign Affairs“: Thema war die Degeneration der Europäischen Währungsunion. Wir schrieben: „In der Geschichte gibt es einige Beispiele für Währungsbünde, die sich auflösten, weil die Außenpolitik der Staaten nicht länger mit den Zwängen einer gemeinsamen Währung vereinbar war.“ Und wir schrieben auch, dass unsere Forschungsergebnisse damals Hinweise darauf gaben, dass diese Union tatsächlich degenerieren könnte – „nicht über Nacht, aber im Lauf des kommenden Jahrzehnts“.

Unser Timing war nicht schlecht. Tatsächlich hat im Jahr 2010 der Zerfall der gemeinsamen Währung begonnen, auch wenn sich ihre Krise erst in den vergangenen Monaten derart verschärft hat, dass sie mittlerweile sogar die Finanznachrichten in den Vereinigten Staaten beherrscht.

Den Begriff „Degeneration“ hatten wir mit Bedacht gewählt. Die Währungsunion ist instabil, weil das Gleichgewicht zwischen den Generationen gestört ist: Die Bevölkerung altert, gleichzeitig leisten sich die europäischen Gesellschaften großzügige Sozialsysteme. Auch ohne die vom amerikanischen Hypothekenmarkt ausgelöste Finanzkrise wäre die Währungsunion zwangsläufig degeneriert, da die Verschuldung der öffentlichen Hand ein unerträgliches Ausmaß erreicht hat.

Der Begriff der Degeneration schien uns auch deshalb treffend, weil wir eigentlich keine Möglichkeit sahen, wie die Euro-Zone, nachdem sie einmal eingerichtet worden war, jemals wieder aufgelöst werden könnte. Und so ist es auch heute: Die Kosten eines Ausstiegs für ein kleines Land wie Griechenland wären unannehmbar hoch, weil das Land über Nacht den Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten verlieren würde. Und ein Ausstieg Griechenlands würde die Wahrscheinlichkeit



Occupy-Protest in Frankfurt am Main

Niemand würde profitieren vom Ende der gemeinsamen Währung.

europäischen Desintegration auslöste. Und dass dieser Prozess schon damit begann, dass sich nicht alle EU-Mitglieder der Währungsunion anschlossen.

Wenn wir die Details der letzten Episode in der Euro-Seifenoper („Ist jetzt alles aus zwischen Nicolas und Angela?“ „Wird Silvio erneut mit heruntergelassenen Hosen erwischt werden?“) einmal beiseitelassen, so können wir feststellen, dass die europäische Desintegration zweigleisig verläuft: Erstens breitet sich die Krise des Wohlfahrtsstaats in einigen Ländern schneller aus, je nachdem, wie ihre Sozialsysteme angelegt sind. Zweitens hat die Einführung der gemeinsamen Währung entgegen den ursprünglichen Versprechungen dazu geführt, dass der europäische Arbeitsmarkt heute nicht einheitlicher, sondern uneinheitlicher ist als vor der Währungsunion, da die

weiterer Austritte erhöhen. Sollten sogar alle schwächeren Mitglieder die Währungsunion verlassen und nur Deutschland, Österreich, die Niederlande, Finnland und Frankreich übrig bleiben, würde die folgende Aufwertung des Euro den exportorientierten Industrien dieser Länder sehr zusetzen. So kann eigentlich niemand von einer Auflösung der gemeinsamen Währung profitieren. Das ist der Grund dafür, dass die Regierungen der Mitgliedsländer heute unter großer Mühe und erbittertem Streit versuchen, die Währungsunion zu flicken.

Die Währungsunion stirbt also nicht, sondern sie degeneriert. Aber meiner Meinung nach gibt es eine noch wichtigere Erkenntnis zum Schicksal der Europäischen Union: Zukünftige Historiker werden die Einführung der gemeinsamen Währung als Höhepunkt der Bemühungen um die europäische Integration beschreiben, die vor 60 Jahren mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl begann. Und sie werden zu dem Urteil gelangen, dass die Gemeinschaftswährung geradezu zwangsläufig einen Prozess der

BERND KAMMERER / ACTION PRESS

Lohnstückkosten in den Ländern am Rand der Euro-Zone rasant gestiegen sind.

Wer die Geschehnisse in den neunziger Jahren aufmerksam verfolgte, konnte sich vorstellen, welche Folgen eine europäische Währungsunion haben könnte, an der Deutschland beteiligt ist. Damals mussten die ehemaligen Bürger der DDR feststellen, dass ihnen die D-Mark zwar kurzfristig eine höhere Kaufkraft bescherte, aber langfristig vor allem Massenarbeitslosigkeit. Seit der deutschen Wiedervereinigung also bezahlen die westdeutschen Steuerzahler im Grunde einen großen Teil der ostdeutschen Bürger fürs Nichtstun. Die meisten Arbeitskräfte aus der früheren DDR hatten keine Chance, die Produktivitätslücke zu schließen. Sie bekamen die D-Mark und das Arbeitslosengeld.

Nun lautet die Frage, ob der (west-)deutsche Steuerzahler sich am Ende damit abfinden wird, dieselbe Last auch in der sehr viel größeren Währungsunion zu tragen, die Deutschland im Jahr 1999 zunächst mit zehn anderen europäischen Ländern gebildet hat. Die Meinungsfragen deuten nicht darauf hin.

Wenn man sich die europäische Integration als ein einvernehmliches System von Kriegsreparationen vorstellt, so entsprechen die Leistungen Deutschlands etwa denen, die ihm nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Versailler Vertrag aufgebürdet wurden. Berücksichtigt man nur die Nettobeiträge zum Budget des gemeinschaftlichen Europas, so zahlte Deutschland zwischen 1958 und 1992 mehr als 163 Milliarden D-Mark an den Rest Europas. Dazu kamen 379,8 Milliarden D-Mark an „Transferzahlungen ohne Gegenleistungen“ (17,4 Prozent davon entfielen auf offizielle Entschädigungsleistungen wie jene an Israel und einzelne Opfer des NS-Regimes).

Ich habe jedoch den Eindruck, dass die Deutschen mittlerweile keine Lust mehr haben, Reparationen zu zahlen. Ihre Stimmung hat sich seit den Tagen Helmut Kohls geändert. Damals betrachtete die Bundesrepublik es wohl noch als ihre moralische Pflicht, für Europa zu bezahlen. Möglicherweise gelingt es auch langfristig, an die gemeinsame nationale Identität zu appellieren, damit die Westdeutschen ihre Landsleute in Leipzig für Nichtstun bezahlen, aber es ist nur schwer vorstellbar, dass man sie davon überzeugen kann, andere Europäer, in diesem Fall die Griechen, dafür zu bezahlen, dass sie auf Lesbos nichts tun.

In meinem Buch „Der Westen und der Rest der Welt“ stelle ich die These auf, dass der Westen – das heißt Europa und später seine Kolonien in der Neuen Welt – die übrigen Zivilisationen ab dem Jahr 1500 dank einer Reihe von Innovationen überflügelte, die ich als „Killer-Applikationen“ bezeichne:

► **Wettbewerb** Europa war zersplittert in zahlreiche Monarchien und Republiken. Innerhalb dieser Kleinstaaten kämpften konkurrierende Körperschaften, unter denen auch die Vorläufer der modernen Unternehmen waren, um politischen Einfluss.

► **Wissenschaftliche Revolution** Sämtliche bahnbrechenden Entdeckungen in Mathematik, Astronomie, Physik, Chemie und Biologie wurden in Westeuropa gemacht.

► **Rechtsstaatlichkeit / Repräsentatives System** In der englischsprachigen Welt entstand eine optimale gesellschaftliche und politische Ordnung, die ursprünglich auf dem Schutz des Privateigentums und der parlamentarischen Vertretung der Grundeigentümer beruhte.

► **Medizin** Fast alle wichtigen medizinischen Fortschritte im 19. und 20. Jahrhundert fanden in Westeuropa und Nordamerika statt.

► **Konsum** Die industrielle Revolution fand dort statt, wo Technologien zur Erhöhung der Produktivität zur Verfügung standen und Nachfrage nach mehr, besseren und billigeren Gütern bestand, beginnend mit Kleidung aus Baumwolle.

► **Arbeitsethik** Die westlichen Gesellschaften waren die ersten, die eine extensivere und intensivere Arbeit mit höheren

Sparquoten verbanden, was es ihnen erlaubte, stetig Kapital anzuhäufen.

Und nun die traurige Wahrheit: Aus einem Bericht des Weltwirtschaftsforums zur globalen Wettbewerbsfähigkeit geht hervor, dass gerade in den wichtigen Bereichen Wettbewerb, Rechtsstaatlichkeit und Arbeitsethik Europa überhaupt nicht zusammengewachsen ist, sondern im Gegenteil auseinanderdriftet.

So brach vorvergangene Woche eine europäische Delegation zu einer demütigenden Reise nach Peking auf, um dort um Geld für den erweiterten Euro-Rettungsschirm zu betteln.

Was die Chinesen von uns halten, sehen wir daran, dass Jin Liqun, der Aufsichtsratsvorsitzende des Staatsfonds CIC (China Investment Corporation), die Europäer ermahnte: „Die Wurzel des Übels sind der überlastete Wohlfahrtsstaat, der nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa errichtet wurde – und die zur Faulheit und Trägheit verleitenden Arbeitsmarktregelungen. Die Menschen sollten ein wenig härter und länger arbeiten, und sie sollten innovativer sein. Wir Chinesen arbeiten wie verrückt.“

Wahrscheinlich hat er recht. Aber ein deutscher Leser wird den Vorwurf der Faulheit als Beleidigung empfinden. Solange die Bürger der Bundesrepublik das Gefühl haben, als Einzige in Europa hart zu arbeiten – und obendrein die Schecks auszustellen –, wird sich das Projekt der europäischen Integration weiter rückwärtsentwickeln, während sich die Degeneration der Währungsunion fortsetzen dürfte.

Ferguson, 47, ist Wirtschaftshistoriker und lehrt in Harvard. Sein Buch „Der Westen und der Rest der Welt“ ist im Propyläen Verlag erschienen.



MICHAEL WOLF / LAIF (O.); CHRISTIAN SINBALDI / EYEVINE (U.)

Chinesische Fabrikangestellte

„Die Europäer sollten ein wenig härter arbeiten. Wir Chinesen arbeiten wie verrückt.“



SPIEGEL-GESPRÄCH

„Künstler sind wie Seelenärzte“

Der Regisseur David Cronenberg über seinen Freud-Film „Eine dunkle Begierde“, die revolutionäre Kraft der Psychoanalyse und den Einfluss der freudschen Erkenntnisse über die menschliche Seele auf die Filme des 20. Jahrhunderts

SPIEGEL: Mr. Cronenberg, Ihr Film beginnt damit, dass die Schauspielerin Keira Knightley von einem Anfall gepeinigt wird: Minutenlang brüllt sie herum, windet sich in Krämpfen, um zu zeigen, wie eine psychisch kranke Frau leidet. Ist das nicht ein bisschen dick aufgetragen?

Cronenberg: Keineswegs. Denjenigen, die das zu hysterisch finden, kann ich nur sagen: Liebe Kritiker, ich habe einen Film gedreht, der von Hysterie handelt! Der muss hysterisch anfangen. Ich habe mir zusammen mit Keira Knightley eine Menge alter Fotografien angeschaut, auf denen Hysteriekranken zu sehen sind. Diese Fotos sind schockierend, fast unerträglich, weil die Gesichter der Menschen darauf oft schrecklich entstellt sind. Im Vergleich dazu ist der Film eher zurückhaltend. Vielleicht ist es ganz natürlich, wenn sich der Zuschauer erst mal denkt, o Gott, hoffentlich wird nicht der ganze Film so wie dieser Anfang. Aber Keira Knightley spielt nun mal eine Frau, die dringend Hilfe braucht.

SPIEGEL: Ihr Film „Eine dunkle Begierde“ erzählt die historisch verbürgte Geschichte der Sabina Spielrein, die erst Patientin war und dann selber Psychoanalytikerin wurde, und den Kampf zwischen dem Vernunftmenschen Sigmund Freud und dem Mystiker Carl Gustav Jung um diese schöne Frau. Und dann thematisiert der Film vor allem das Ringen der beiden um die Prinzipien der Psychoanalyse, was als Filmstoff etwas merkwürdig klingt.

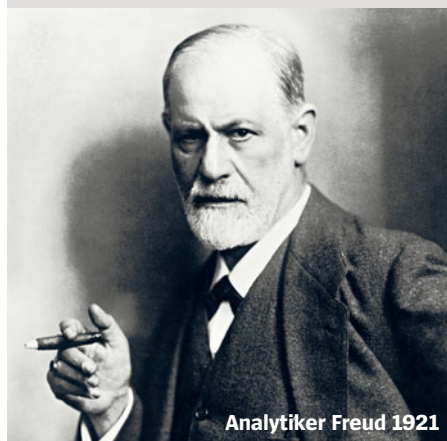
Cronenberg: In meinen Augen sind die Entdeckungen Freuds und Jungs ein welterlösender Augenblick, ein Glanzpunkt in der Geschichte der Menschheit. Ich glaube, dass sich ihre Wirkung nur mit dem Erdbeben vergleichen lässt, das Charles Darwin ausgelöst hat. Durch Freud lernten die Menschen die Welt und ihr eigenes Handeln neu begreifen. Sie lernten, dass in unserem Inneren Triebe und Kräfte herrschen, über deren Macht man sich zuvor keine Vorstellung gemacht hatte. Freud enthüllte auf völlig neue Art die Lust und den Schrecken der Sexualität. Das revolutionierte das Denken des modernen Menschen, und es verstörte viele zutiefst. Deshalb wird über die Lehren Freuds und seiner Schüler auch



ED ALCOCK / EYEINE

David Cronenberg

verwandelt seit rund vier Jahrzehnten Alpträume in Kunstwerke und gilt als der Psychologe unter den Horrorfilmern. Der kanadische Regisseur, Jahrgang 1943, beschäftigte sich in seinen Filmen immer wieder mit körperlichen Mutationen, etwa in „Die Fliege“ (1986), dem Remake eines Gruselklassikers aus den fünfziger Jahren, in dem ein Mensch mit einem Insekt verschmilzt. Zu seinen bekanntesten Werken gehören außerdem die Adaption von William S. Burroughs' Skandalroman „Naked Lunch“ (1991) sowie „Crash“ (1996), der die sexuell stimulierende Wirkung von Autounfällen zeigt. Nach eher konventionellen Gangster-Thrillern, „A History of Violence“ (2005) und „Tödliche Versprechen“ (2007), porträtiert Cronenberg in seinem neuen Film „Eine dunkle Begierde“ jetzt die Übersäuer der Psychoanalyse: Sigmund Freud und Carl Gustav Jung.



KEVORNE FRANCE / LAF

Analytiker Freud 1921

bis heute ähnlich unerbittlich gestritten wie über die Lehren Darwins. Für mich ist die Geburtsstunde der Psychoanalyse ein Glücksmoment auch für die Kunst.

SPIEGEL: Warum?

Cronenberg: Ich finde, es gibt eine Menge Gemeinsamkeiten zwischen dem, was Freud und Jung taten, und dem Job, den Künstler machen: Künstler sind wie Seelenärzte, sie wollen herausfinden, was es mit der menschlichen Natur auf sich hat, und die verborgenen Antriebe erkunden, die im tiefsten Inneren wirken. Und viele Menschen, die keine Künstler und keine Seelenärzte sind, finden das unangenehm.

SPIEGEL: Und was wollen Sie Ihre Zuschauer über diese geheimen Antriebskräfte lehren?

Cronenberg: Sie irren sich. Ich mache keine Filme, um irgendjemanden etwas zu lehren. Ich mache Filme, um selbst etwas zu lernen, um etwas herauszufinden. Freud beschäftigt mich schon lange. Während meiner Studienzeit in Toronto gehörte es für jeden neugierigen jungen Menschen zur Allgemeinbildung, die Freud-Essays und auch seine „Traumdeutung“ zu lesen. Das machte Spaß. Freud war nicht nur ein Entdecker, sondern auch ein großartiger Stilist.

SPIEGEL: Wie stark sind Sie und Ihre Filme von den Lehren und Erkenntnissen der Psychoanalyse beeinflusst?

Cronenberg: Ich habe keine Analyse gemacht, mit deren Hilfe ich dann meine Filme gedreht habe, wenn Sie das meinen. Anders als Bernardo Bertolucci, der gesagt hat, er benutze die Psychoanalyse ganz unmittelbar als Grundlage für seine Arbeit als Regisseur. Ich behaupte, mir werden Sie keinen direkten Einfluss nachweisen können. Andererseits ist die gesamte Kunst des 20. Jahrhunderts in großem Maße geprägt von Sigmund Freud. Schauen Sie sich die Bilder von Salvador Dalí an oder die Filme von Alfred Hitchcock: Phallussymbole überall, hier und da ein Ödipuskomplex, und in „Vertigo“ geht es vor allem um den Kampf gegen ein Trauma.

SPIEGEL: Warum halten Sie die Psychoanalyse für gefährlich, wie der Originaltitel Ihres Films „A Dangerous Method“ andeutet?

Cronenberg: Sigmund Freud wusste, dass seine Theorien den Menschen sehr unbehaglich waren. Er wusste, dass er der

Das Gespräch führte der Redakteur Wolfgang Höbel.



Schauspielerin Knightley in „Eine dunkle Begierde“*: „Welterschütternder Augenblick“

UNIVERSAL PICTURES

Menschheit eine neue Geißel beschert hatte, wie es einmal im Film heißt. Er sagte Dinge, die für seine Zeitgenossen absolut fürchterlich klangen: dass auch Kinder eine Sexualität haben, zum Beispiel, oder dass es Inzest gibt in vielen Familien. Aber es ging und geht nicht bloß um Sex, sondern auch um Politik.

SPIEGEL: Inwiefern?

Cronenberg: Weil er einer scheinbar prosperierenden, fortschrittlichen Gesellschaft erklärte, dass unter einer sehr dünnen Oberfläche von Normalität fürchterliche Dinge geschähen, dass es da weiterhin Gewalt, Gemeinheit gebe und dass das Zusammenleben der Menschen beherrscht sei von mörderischen Stammesinteressen. Das wollte niemand hören, und das will auch heute niemand hören. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs entsprach genau Freuds Analysen. Auch der Zweite Weltkrieg und alle späteren Konflikte bis hin zum Krieg in Bosnien und im Kosovo sind triftige Belege, dass Freud

nur allzu recht hatte, als er die Fähigkeit des modernen Menschen zu äußerster Grausamkeit und zum Genozid diagnostizierte. Freud sah auch erstaunlich genau voraus, dass er einen ungeheuren Streit auslösen würde. Und Freud hatte recht, als er sagte, auch in hundert Jahren werde man uns noch attackieren.

SPIEGEL: Aber stimmt nicht das Gegenteil? Freuds Lehren haben sich rund um den Globus durchgesetzt. Sie sind die Grundlagen unserer Sicht auf uns selbst und auf unsere Psyche.

Cronenberg: Das stimmt zum Teil. Jeder Mensch in der westlichen Zivilisation hat heute eine große Auswahl an Experten, wenn er sich über sein Seelenleben unterhalten will. Hunderte Schulen und Therapieformen bedienen sich der Prinzipien der Psychoanalyse. Neulich habe ich in der „New York Times“ gelesen, dass Freuds

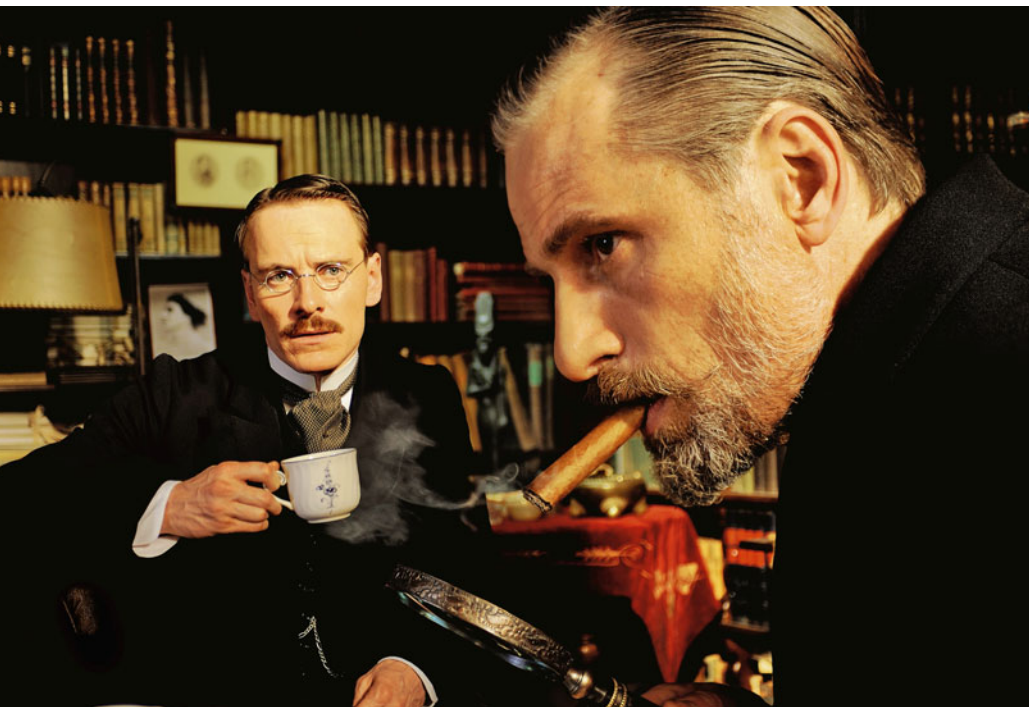
Theorien gerade in China populär werden. In dem Maß, in dem sich China in eine ökonomische Supermacht verwandelt, werden die Menschen dort bürgerlicher und kapitalistischer und denken nun über Methoden nach, das eigene Leben zu optimieren. Da landen sie fast zwangsläufig bei Freud. China braucht Freud.

SPIEGEL: Wie erklären Sie sich die immer wieder neuen Attacken von Wissenschaftlern, die Freuds Lehren als Irrtümer entlarven wollen?

Cronenberg: Ich glaube, seine Theorien werden vor allem deshalb angefeindet und für nichtig erklärt, weil es bis heute keine wissenschaftlich exakte Methode gibt, die Wirkung der Psychoanalyse zu messen. In der Wissenschaft gilt, dass ein Experiment an jedem Ort und zu jeder Zeit zu wiederholen sein muss. Das geht mit Menschen nicht.

SPIEGEL: Sie schildern im Film auch, dass die Ablehnung der Lehren Freuds sehr oft antisemitisch motiviert war.

* Als Sabina Spielrein, mit Michael Fassbender als Carl Gustav Jung.



UNIVERSAL PICTURES

Freud-Darsteller Viggo Mortensen (r.): „Die Logik des Kinos ist die Logik des Traums“

Cronenberg: Für mich ist das ein zentraler Punkt. Freud wollte Jung zum führenden Kopf der psychoanalytischen Bewegung machen, weil Jung Christ war. Freud wollte damit die jüdenfeindlichen Attacken auf seine Lehren entkräften. Er hat zeit seines Lebens erfahren, wie man die Psychoanalyse als jüdische Wissenschaft und als wertlos denunziert hat. So geschieht es bis heute.

SPIEGEL: Reizt Sie die Figur des Atheisten Freud auch deshalb, weil Sie in einer jüdischen Familie aufgewachsen und, wie Sie öfter gesagt haben, nicht religiös sind?

Cronenberg: Ähnlich wie Freud bin ich mir bewusst, dass die jüdische Kultur mich geprägt hat. Freud lebte in einer Gesellschaft und in einer Zeit, die man eine goldene Epoche der westlichen Zivilisation nennen kann. Davon erzählt mein Film: von einem perfekten Moment in der Geschichte des österreichisch-ungarischen Kaiserreichs. In Stefan Zweigs Buch „Die Welt von gestern“ kann man nachlesen, dass es eine Zeit maximaler Stabilität war. Die Menschen hatten das Gefühl, dass sie in einer Ära großer Fortschritte in Wissenschaft und Technik, in Kultur und Erziehung lebten. Es herrschte ein gewisser Reichtum. Jeder wusste, wo er hingehört und was passiert, wenn er gegen die Regeln verstößt. Aber es gab eben auch einen massiven, gesellschaftlich akzeptierten Antisemitismus in dieser goldenen Zeit. Als Jude konnte man es weder beim Militär noch in der Regierung zu etwas bringen. Freud hatte diesen Antisemitismus am eigenen Leib erfahren.

SPIEGEL: Viele Historiker halten Carl Gustav Jung für einen Antisemiten.

Cronenberg: Jung hat zum Beispiel gesagt, dass die Psychoanalyse nur bei Juden wirke. Oder dass Juden sich anders anziehen sollten als Nichtjuden, damit man sie besser erkennen könne. Natürlich klingt das wie schreckliche antisemitische Hetze angesichts dessen, was später die Nazis taten, und natürlich hätte ein intelligenter Mann wie Jung erkennen müssen, dass das Gefährliche und Verbrecherische solcher Gedanken schon darin besteht, sie zu denken. Aber ein Antisemit scheint mir Jung nur nach den Standards von heute gewesen zu sein, nicht nach denen seiner Zeit. Er sprach wohl Dinge aus, die im Kontext seiner Zeit als normal galten. Ich habe meinen Film auch nicht gedreht, um Jung zu verdammen, eigentlich ist er sogar die Hauptfigur in dieser Geschichte.

SPIEGEL: Aber ist nicht Sabina Spielrein die zentrale Heldin, die von der Geschichte vergessen und 1942 von den Nazis ermordet wurde?

Cronenberg: Ich bin kein Feminist. Aber ihr Leben ist natürlich eine sehr gute feministische Geschichte: Sie beginnt mit einer 18-jährigen Patientin, die verrückt ist, geheilt wird und später als anerkannte Psychoanalytikerin arbeitet. Sie kämpfte in einer Gesellschaft, in der Frauen es sehr schwer hatten, einen ziemlich heroischen Kampf.

SPIEGEL: Ist die Psychoanalyse bis heute ein Privileg der vermögenden und gebildeten Klassen?

Cronenberg: In der Pionierzeit der Psychoanalyse, von der mein Film erzählt, hatte nur die Oberschicht das Geld, sich auf die Couch zu legen. Dann wurde der Gang zum Psychiater in vielen Ländern

ein Mittelschichtphänomen. Bis heute verlangt die Therapie vom Patienten einen gewissen Grad an Bildung und einen gewissen Grad an Intelligenz. Und Geld. Der Niedergang der klassischen Psychoanalyse in den USA hat tatsächlich eine Menge damit zu tun, dass sich dort kaum noch jemand eine Analyse leisten kann. Ein gewöhnlicher Psychiater hat heute 10, 15 Minuten Zeit für seine Patienten und verschreibt ihnen lieber eine Pille als eine Therapie.

SPIEGEL: Mr. Cronenberg, ist der große Unterschied zwischen Künstlern und Psychotherapeuten nicht der, dass Künstler gar nicht anstreben, Menschen zu heilen?

Cronenberg: Diesen Anspruch haben seriöse Psychotherapeuten auch nicht. Niemand sollte glauben, er könne die Menschen heilen, sagt Freud in meinem Film. Man kann ihnen die Augen öffnen für die Zusammenhänge, heilen müssen sie sich selbst. Die Idee der Psychoanalyse und der Kunst ist: Wir zeigen dem Menschen, wie er wirklich ist, wir zeigen ihm die Realität seines Innenlebens. Und wir hoffen, dass ihm dies erlauben wird, ein Leben zu führen, das er vorher nicht führen konnte. Aber wir dürfen nicht so tun, als ob wir den Menschen unsere Hände auflegen und sie heilen. Genau davon war Carl Gustav Jung überzeugt. Er glaubte daran, Menschen heilen zu können durch seine Kunst. Er schrieb, dass er seit seinem zehnten Lebensjahr Visionen hatte. Wäre ich ein Analytiker, würde ich sagen, der Mann litt unter einer ausgewachsenen Psychose.

SPIEGEL: Sie sagen, das Kino funktioniere für den Verstand des Menschen wie ein Traum. Wie kommen Sie darauf?

Cronenberg: Durch eigene Erfahrung. Sobald ich ein Kino betrete und der Film beginnt, lasse ich meinen Körper hinter mir und begeben mich in einen anderen Raum und in ein anderes Leben. Selbst wenn ein Film so tut, als wäre er extrem realistisch, selbst wenn ein Film sich dokumentarischer Mittel bedient, für den Verstand des Zuschauers funktioniert er doch wie ein Traum. Davon bin ich überzeugt. Die Logik des Kinos ist die Logik des Traums.

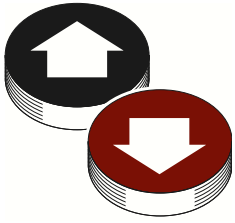
SPIEGEL: Das gilt aber nicht für die Filmemacher.

Cronenberg: Nein, die dürfen nicht träumen. Die müssen vollkommen nüchtern und bei sich bleiben. Sie sind dazu verdammt, um Geld und um Schauspieler zu feilschen und Politik zu betreiben. Da kann man sich keine Träume leisten.

SPIEGEL: Mr. Cronenberg, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Video: Kinofilm
„Eine dunkle Begierde“
 Für Smartphone-Benutzer:
 Bildcode scannen, etwa mit
 der App „Scanlife“.



Agentenoperette

Buchkritik: Der gefeierte „Tschick“-Autor Wolfgang Herrndorf überrascht mit einem Thriller.

Nicht alle Rätsel lösen sich in diesem rätselhaften Buch. Am Schluss aber erfahren wir, wer der Mann war, der zu Beginn der Geschichte „wie gekreuzigt“ auf einer Lehmziegelmauer stand, in der einen Hand einen verrosteten Schraubenschlüssel, in der anderen einen blauen Plastikkanister, die er gegeneinander schlug und dabei rief: „Meine Kinder, meine Kinder!“

Es ist der Ex-Soldat, Ex-Hippie, Ex-Surfer Jean Bekurtz, der schließlich seine Berufung darin gefunden hat, die verdreckten Kinder eines Slums in einer nordafrikanischen Hafenstadt ein wenig Schreiben und Rechnen zu lehren, ein bisschen Weltgeschichte und das, was er von Biologie versteht. Das meiste davon hat er sich angeeignet, als er in einer Kommune am Rande der Wüste für die kollektive Versorgung mit Nahrungsmitteln zuständig war. „Es war Jeans überborden, mitunter verzweifelter Enthusiasmus, der die Gemeinschaft anfangs zusammenschweißte, und es war auch Jean, der als Erster das Interesse am Gemüse wieder verlor.“

Der Witz dieses Satzes, der die größten Dinge im Kleinsten zur Strecke bringt – und eine Jesusfigur auf den richtigen Weg – ist typisch für Wolfgang Herrndorf.

Nachdem der 46-jährige Autor mit dem Jugendroman „Tschick“ im vergangenen Jahr einen großen, verdienten Erfolg hatte, widmet er nun seine lakonische Kunst einem neuen Genre, dem Agentenroman.

Auf knapp 500 Seiten folgt der Leser gebannt der komplizierten, aber perfekt konstruierten Jagd nach einem rätselhaften Objekt, das möglicherweise gefährlich, in jedem Fall aber von höchstem Interesse für die unterschiedlichsten Kreise ist. Ein schwedischer Atomspion gehört dazu, ein arabischer Waffenschieber ist bereit, dafür zu foltern und zu töten, und schließlich ist auch die CIA mit ihrem unvollkommenen Personal dabei. „Zwei

von uns können nicht mal Französisch. Einen Arabisch-Übersetzer hatten wir gleich gar nicht, da mussten wir aus Belgien noch einen einfliegen, der liegt jetzt mit Magen-Darm-Grippe im Hotel. Unser Funker ist schwerhörig, kommt aus Iowa und hat die ersten 48 Stunden geglaubt, dass er in Libyen operiert.“

„Sand“ ist ein perfekter Thriller, mit einem literarischen Überschuss, der sich an mindestens drei Merkmalen zeigt: Herrndorfs Liebe zu skurrilen Nebenfiguren, seiner Neigung zu künstlerischen Anspielungen und Verweisen (so taucht zweimal

Die Entscheidung für einen Thriller ist eine Entscheidung für Konfektion; es gilt, sich in einem Genre zu bewähren, dessen höchste Anforderung die Bewirtschaftung von Handlungskomplexität ist. Und den Leser für die Zeit seiner Lektüre folgenlos aus seiner Welt zu beamen, ist das größte Versprechen eines Thrillers. Vielleicht ist es gerade das Andere, das der existentiellen Not Ferne, das Herrndorf zu dieser Art Literatur führt (die ja die Frage von Leben und Tod in programmatischer Kühle verwaltet).

Sein Blog aber ist der Ort, an dem er seinem immensen, berechtigten Ehrgeiz als Autor gerecht wird. „Dass eine Gesellschaft es sich leisten kann“, heißt es da zum Papstbesuch am 22. September, „eine Millionenstadt einen Tag lang lahmlegen zu lassen durch den Besuch eines Mannes, der eine dem Glauben an den Osterhasen vergleichbare Ideenkonstruktion als für erwachsene Menschen angemessene Weltanschauung betrachtet, ist erstaunlich. Und herzlichen Dank. In hundert Jahren kennt dich kein Mensch mehr, römischer Irrer. Mich schon. – Wie Manie und Größenwahn sich

zuverlässig zurückmelden, wenn mir der Arsch auf Grundeis geht.“

Herrndorfs Blog ist Literatur im höchsten, emphatischen Sinn – der Text führt den Leser direkt zu sich selbst; er ist radikal in seiner Verdichtung, in seinem Humor, in seiner Beschreibung des Elends. Er spendet Sinn, Verzweiflung und Trost. Hier zeigt sich einer so, wie es nur dieser eine kann, und eben deshalb geht es uns alle an.

Mit „Sand“ nun verhält es sich etwa so, als hätte Beethoven am Ende seines Lebens noch eine Operette für das Bonner Stadttheater geschrieben.

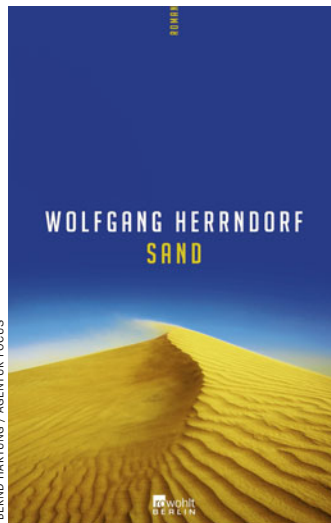
Es wäre sicher eine sehr gute Operette geworden.

Aber es sind die Streichquartette, die bleiben.

ELKE SCHMITTER



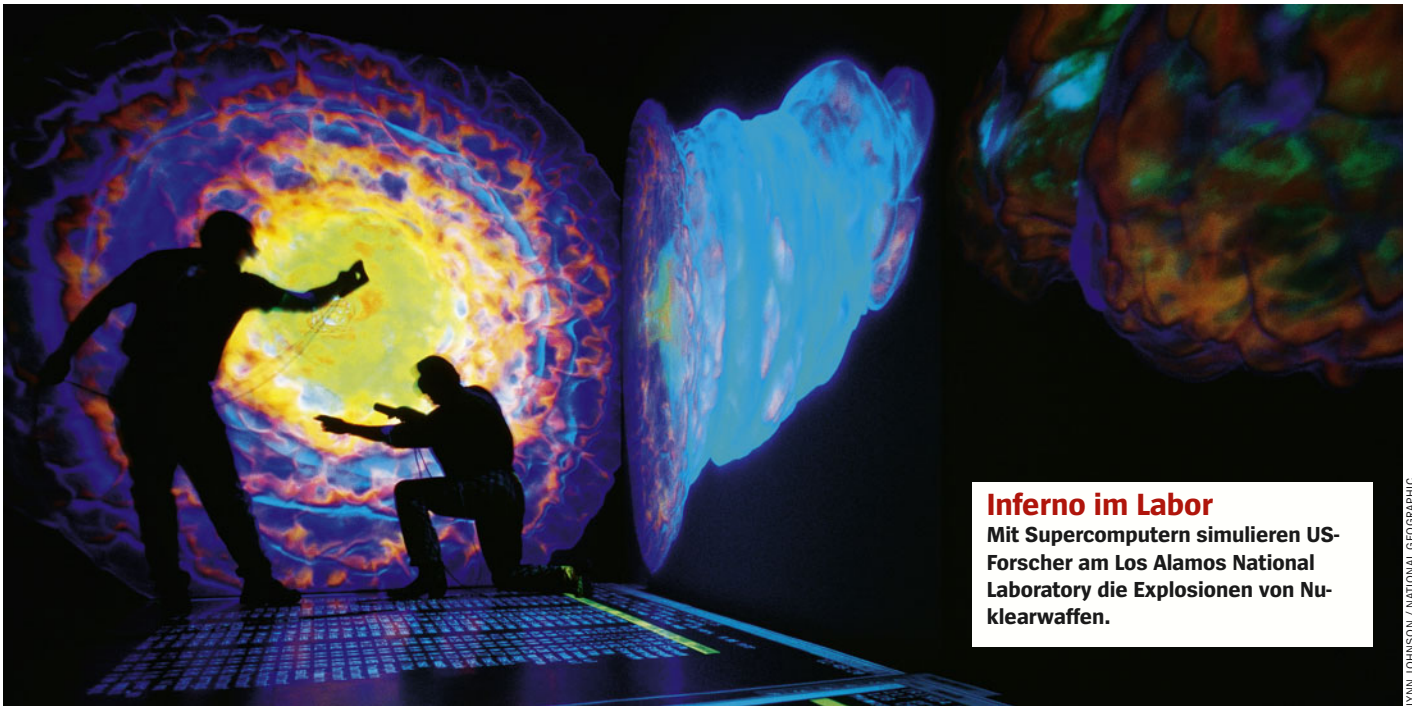
Schriftsteller Herrndorf



ein Ich-Erzähler auf, winzig und doch prägnant, wie die Selbstporträts der Maler in der Renaissance) und schließlich seiner immensen sprachlichen Kunst. Klassische Topoi des Genres, wie die Beschreibung von Paranoia und Gedächtnisverlust, verhandelt er so souverän wie kreativ. Und die Schönheit seiner Sätze ist zuverlässig melodisch und licht.

Das eigentliche Rätsel dieses Buchs ist, warum er es geschrieben hat. In seinem Blog „Arbeit und Struktur“ gibt Wolfgang Herrndorf seit März vergangenen Jahres darüber Auskunft, dass sein Leben ein kurzes wird. Mit der Diagnose bösartiger Gehirntumor im Februar 2010 ist er inzwischen ein Langzeitüberlebender, und „Sand“ kann das letzte Buch sein, dessen Erscheinen der Autor erlebt.

Wolfgang Herrndorf: „Sand“. Rowohlt Verlag, Berlin; 480 Seiten; 19,95 Euro. Erscheint am 15. November.



Inferno im Labor

Mit Supercomputern simulieren US-Forscher am Los Alamos National Laboratory die Explosionen von Nuklearwaffen.

LYNN JOHNSON / NATIONAL GEOGRAPHIC

MILITÄRTECHNIK

Roboter im Giftgaseinsatz

Ein dem Menschen nachempfunder Roboter soll für die US-Armee Schutzanzüge gegen chemische Waffen testen. Der von der US-Firma Boston Dynamics entwickelte „Protection Ensemble Test Mannequin“ („Petman“) ist nicht nur so groß und schwer wie ein Soldat, er bewegt sich auch wie einer: Er joggt über ein Laufband, beugt die Knie oder macht Liegestütze. Wird er geschubst, fällt er nicht hin, sondern balanciert sich aus. Nun soll „Petman“ dabei helfen, die Schutzanzüge bei einem simulierten Angriff



Menschenroboter „Petman“

mit Giftgas zu testen. Damit das realistisch abläuft, reagiert sein Körper auf anstrengende Aufgaben wie der eines Menschen: Er atmet schneller, seine Temperatur steigt, und er schwitzt. „Petman“ ist der erste zweibeinige Roboter des Unternehmens, der sich flüssig bewegen kann. In den vergangenen Jahren hatte die Firma bereits zwei vierbeinige Automaten gebaut, „BigDog“ und „LittleDog“. Zurzeit arbeitet das Technikunternehmen zusammen mit Darpa, der Forschungsagentur des US-Verteidigungsministeriums, an einem weiteren Vierbeiner, einem Geparden. Er soll nicht nur der schnellste Roboter auf Beinen werden, sondern auch etwas bekommen, das allen anderen Maschinen der Firma Boston Dynamics bisher fehlte: einen Kopf.

ELEKTRONIK

Gedrucktes Licht

Wie leuchtendes Papier sehen jene LED-Lampen aus, die das US-Unternehmen NthDegree mit einem Drucker herstellt. Statt herkömmlicher Leuchtdioden produziert die Firma in einem Siebdruckverfahren biegsame Leuchtblätter mit winzigen LED aus Gallium-Nitrid. Die Mini-Lämpchen werden mit einem speziellen Kleber aus Kunstharz und Bindemitteln vermischt und auf ein Trägermaterial ge-

druckt. Damit durch die einzelnen LED Strom fließen kann, dient eine Silberschicht als Elektrode. Ihr Gegenstück, ein feines Netz aus nahezu unsichtbaren Metalldrähten, überzieht die Oberseite der Leuchtschicht. Eine Phosphorschicht lässt das Papier in Weißtönen leuchten. Die fertigen Leuchtelemente können auch auf gebogenen Flächen angebracht werden. Allerdings sind sie noch ein bisschen schwächlich: Die Druck-LED erzeugen einen Lichtstrom von 20 Lumen pro Watt. Zum Vergleich: Energiesparlampen schaffen 65.



LED-Lampen



NORTH NEWS & PICTURES

Ausgräber Hodgson mit Amphore

ARCHÄOLOGIE

Bierverächter aus Rom

O bwohl die Römer fast 400 Jahre lang in Britannien lebten, konnten sie sich wohl an eines nie gewöhnen: das britische Bier. Dafür spricht der Fund einiger Weinamphoren neben dem ehemaligen römischen Kastell Arbeia in South Shields, im Nordosten Englands. Die Vorratsgefäße stammen wahrscheinlich aus der italienischen Region Kampanien. Von einer Amphore sind fast alle Scherben noch da. Sie war fast einen Meter hoch – Platz für viele Liter Wein. „Behältnisse dieser Art wurden zum Transport großer Mengen genutzt“, sagt Archäologe Nick Hodgson, der die Ausgrabungen leitete. „Das Bedeutende an dem Fund ist, dass diese Amphoren zu einem späten römischen Typus gehören, der erst ab 250 nach Christus hergestellt wurde. Es zeigt, dass die Römer in diesen späten Jahren immer noch lieber Wein vom Mittelmeer tranken, als dass sie mit Bier vorliebgenommen hätten.“ Zu diesem Zeitpunkt hatten die Römer seit der Invasion Britanniens im Jahr 43 nach Christus bereits rund 200 Jahre lang Zeit gehabt, sich mit dem britischen Gebräu anzufreunden.

AKUSTIK

Botschaft hoher Töne

Wenn Mobiltelefonierer in der Bahn die Worte ihres Gesprächspartners nur schwer verstehen, muss das nicht am Geräuschpegel liegen. Der Physiker Brian Monson von der University of Arizona vermutet, die Ursache könnte auch technischer Art sein: Beim Telefonieren werden meist

nur Frequenzen bis 3400 Hertz übertragen. Hohe Töne jedoch, so wiesen Monson und sein Team nach, sind für das Verstehen von Sprache durchaus bedeutsam. Die Forscher spielten Probanden Tonaufnahmen vor, aus denen sie alle Frequenzen unter 5700 Hertz entfernt hatten, unter anderem die US-Nationalhymne. Übrig blieb ein Gefiepe, das die Studienteilnehmer anfangs für das Zirpen einer Grille hielten. Doch nachdem sie sich einmal einge-

hört hatten, gelang es ihnen schnell, Lieder zu erkennen und gesprochene von gesungenen Tönen zu unterscheiden. Zudem konnten die Tontester männliche und weibliche Stimmen auseinanderhalten und ließen sich auch nicht durch Hintergrundgeräusche stören. Angesichts dieser Erkenntnisse scheint es durchaus sinnvoll, dass einige moderne Mobilfunknetze seit neuestem einen erweiterten Frequenzbereich von 50 bis 7000 Hertz übertragen.

INSEKTEN

Fremdgesteuerte Wespen

L arven der Art *Xenos vesparum* sichern ihr Überleben mit einem perfiden Trick: Die Parasiten nisten sich im Körper der Französischen Feldwespe ein und verwandeln diese in eine willenlose Sklavin. Der Insektenkundler Fabio Manfredini von der Pennsylvania State University hat mit einem Forscherteam diesen komplexen Fall von Parasitismus sieben Jahre lang beobachtet: Der Lebenszyklus von *Xenos* beginnt, wenn sich die einen halben Millimeter kleinen Larven im Frühjahr in den Leib der jungen Wespen bohren, um sich von deren Körperflüssigkeiten zu ernähren. Während die Larve wächst, bleibt die Wespe kleiner, ihre Geschlechtsorgane verkümmern. Zusätzlich programmieren die Parasiten das Verhalten ihres Wirts auf rätselhafte Weise um: Pünktlich zu ihrer Paarungszeit wecken die parasitären Larven im Sommer den Wandertrieb in den Wespen. Fremdgesteuert wie Ma-

rionetten versammeln sich diese: Sie bringen die Parasiten zu einer Art Paarungsparty. Kaum angekommen, reißen die geflügelten *Xenos*-Männchen ein Loch in den Leib der Wespe, die dann stirbt. Als Nächstes begatten sie die *Xenos*-Weibchen, die, weder Augen noch Flügel oder Beine besitzend, noch immer im Hinterleib ihrer Wirtswespe stecken. Das Sklavendasein der Wespen hat damit aber noch kein Ende: Damit der Nachwuchs des Parasitenweibchens in Ruhe heranwachsen kann, versetzt es die Wespe in eine Winterstarre. Im Frühling veranlassen die Parasiten dann ihren gelb-schwarzen Wirt dazu, die Junglarven direkt in Wespennestern auszusetzen. Erst wenn sie ihrer Herrin auch diesen letzten Dienst geleistet hat, darf die Wespe sterben. Wie es die Parasiten allerdings bewerkstelligen, sich die Wespen zu unterwerfen, vermag auch Forscher Manfredini nicht zu erklären.



HUBERT POLACEK

Französische Feldwespe, Parasit



Fischer auf dem Tschadsee: Abkömmlinge aus dem Orient?

DE AGOSTINI / PHOTOSHOT

GESCHICHTE

Treck in die Tropen

Schon in der Antike drangen Händler und Entdecker bis nach Schwarzafrika vor. Spuren weisen auf ein 2000 Kilometer langes Verbindungsnetz quer durch die Sahara. Die Römer kamen offenbar bis nach Uganda. Zogen einst sogar Israeliten in einer Wüstenwanderung bis zum Tschadsee?

Wenn König Sargon II. sich nicht gerade die Füße küssen ließ oder in seinem Palast Wachteln speiste, pfählte er Feinde oder führte Krieg. Der Morgenländer gilt als Urbild des Despoten. Sein „Neuassyrisches Reich“, das bis zu den Grenzen Ägyptens reichte, war aus Millionen Schwerthieben errichtet.

Im Jahr 722 vor Christus überrollten Kriegswagen auch den Staat Israel. Zehn der zwölf Hebräer-Stämme siedelten dort. Der Tyrann verschleppte sie.

Erst ein misslungener Feldzug in Anatolien setzte dem üblen Treiben dieses Mannes ein Ende. Er verweste unbestattet.

Die Menschheit aber ist seitdem um ein welthistorisches Rätsel reicher: Denn die Deportierten – einer Inschrift zufolge waren es 27 290 Personen – verschwanden spurlos. Als „verlorene Stämme Israels“ gingen sie in die Geschichte ein.

Der Lehrmeinung zufolge haben sich die Ur-Juden assimiliert. Von den Assyriern brutal umgesiedelt und unterjocht, hätten sie schlicht ihre kulturelle Identität verloren.

Der Afrika-Forscher Dierk Lange von der Universität Bayreuth schlägt nun eine andere Erklärung für das Geheimnis vor. Er vermutet, dass die verschwundenen Kinder Salomos sich 4000 Kilometer weit in die Tropen absetzten und dort ein Königreich gründeten (siehe Karte).

Im Fachblatt „Working Papers in African Studies“ schildert Lange, wie er sich den Massenexodus durch die Sahara vorstellt. Auf Pferden, Kamelen, auch zu Fuß seien die Leute bis zum Tschadsee geflüchtet: „Der Schwarze Kontinent erlebte den Donnerschlag einer gewaltigen Migration aus dem Norden.“

Als Datum nennt der Historiker die Zeit nach 609 vor Christus, als das assyrische Reich unter dem Ansturm seiner Feinde zerbarst. Vom Euphrat bis zum Nil klirrten damals die Waffen. Entwurzelte trieben kreuz und quer durch den Orient.

In dieser gefährlichen Lage, so Langes Szenario, nutzte ein Teil der Israeliten den Notausgang nach Süden und überschritt den Wendekreis des Krebses. „Diese Völkerwanderung“, so der Forscher, „hat das Gesicht Afrikas entscheidend verändert.“

Große Worte – aber stimmen sie auch?

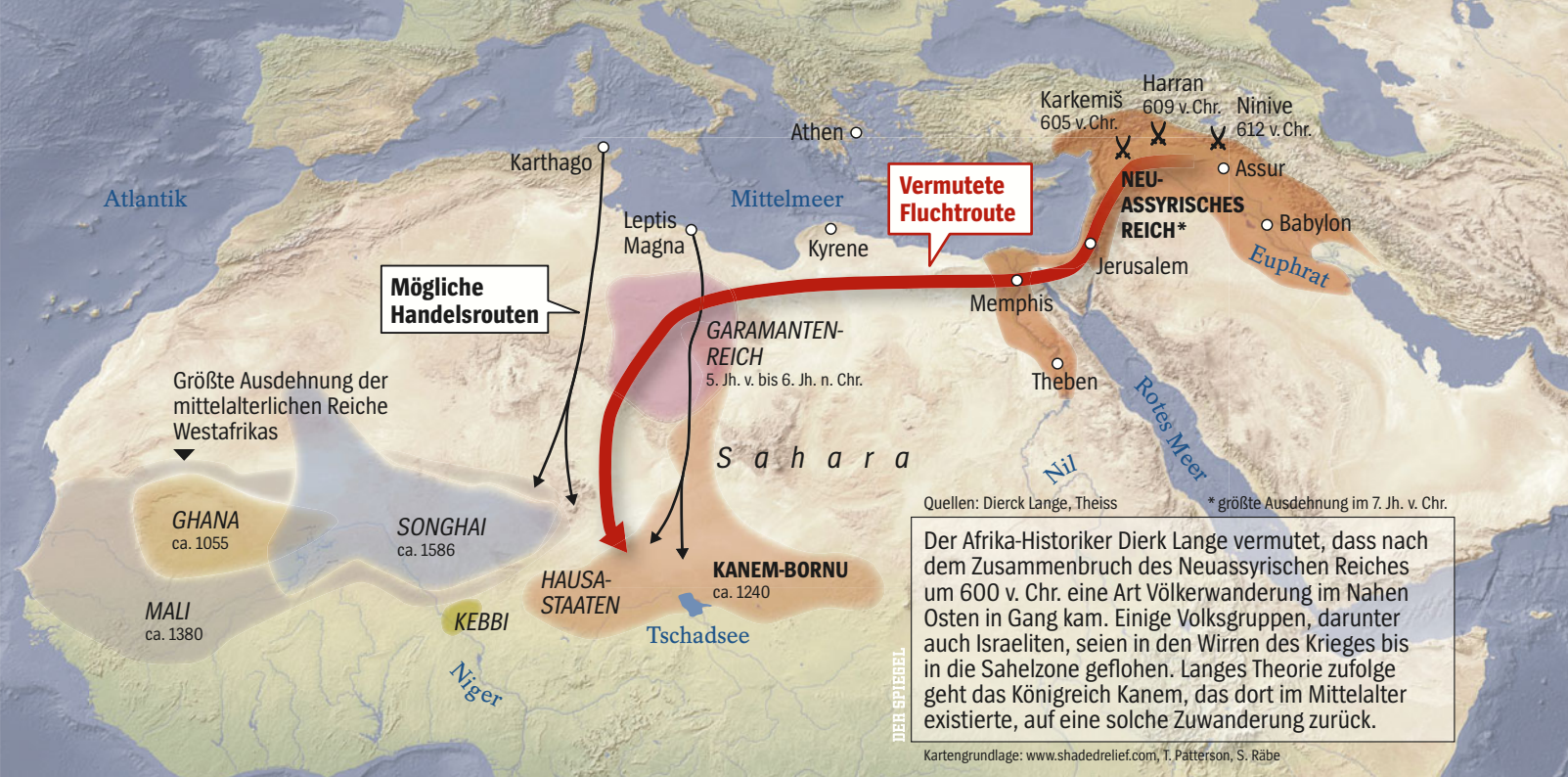
Seit einiger Zeit schon bombardiert der quirlige Emeritus seine Kollegen mit Fachartikeln und Analysen, die von einem antiken Sprung des weißen Mannes Richtung Äquator berichten.

Ausgelöst hat er damit Begeisterung, mehr noch aber giftigen Streit. „Interessant und fruchtbar“ nennt etwa der Afrika-Kundler Helmut Bley aus Hannover den Ansatz. Der Mainzer Ethnologe Detlef Gronenborn dagegen lehnt die Theorie als „Unsinn“ ab.

Lange, 70, selbst wüstenerprobt, ficht das nicht an. Er grub in Niger und speiste mit Tuareg. Seine Kollegen hält er mehrheitlich für Stubenhocker, „die sich nur um politisch korrekte Themen aus der Kolonialzeit kümmern“.

In die tieferen Schichten von Afrikas Vergangenheit dagegen wage sich kaum einer vor.

Das Dokument, auf das sich der Gelehrte stützt, gehört zu den seltsamsten Schriftzeugnissen des Kontinents: der „Diwan“. Es ist auf Arabisch verfasst und stammt aus dem alten Königreich Kanem-Bornu.



Schon die Entdeckung der Chronik durch den Erdkundler Heinrich Barth böte Stoff für einen „Indiana Jones“-Film. Im Jahr 1850 war der Deutsche zu einer Reise ins Innere Afrikas aufgebrochen.

Fünf Jahre durchstreifte er Wüsten und Savannen, er tarnte sich als Türke; Plünderer überfielen ihn. Einmal, kurz vorm Verdursten, „sog“ er an seinem „Blute“ und verlor danach das Bewusstsein.

Der Forscher gelangte auch in die 60 000-Einwohner-Stadt Kukawa – ein Meer schäbiger Lehmbauten westlich des Tschadsees. Es war die herabgesunkene Metropole des einst mächtigen Staats Kanem, der um 870 nach Christus in islamischen Quellen erwähnt wird.

Giraffen und Zibetkatzen durchstreiften die üppige Flora dieses Staats. Seine Häuptlinge lebten neben dem Handel mit Elfenbein vornehmlich vom Verkauf ihrer Untertanen an die Araber.

Derlei glänzende Sklavenreiche gab es im Mittelalter gleich mehrere in Westafrika. Songhai, Ghana, die Hausa-Staaten, aber auch das alte Mali seien Länder mit einer „effizienten Bürokratie“ gewesen, erklärt Gronenborn.

Ihre Anführer, dunkle Häuptlinge in Federschmuck, lebten in Lehmpalästen und trugen kiloweise Gold am Körper. In Sänften sitzend, ließen sie ihre Diener über befestigte Straßen eilen.

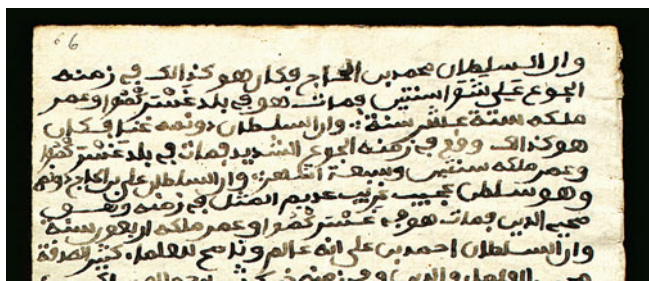
Nur, wie alt waren diese zivilisatorischen Gebilde? Wer gründete sie?

Bei seiner Suche geriet Barth an einen Höfling, der ihm eine Chronik überreichte. Sie enthielt eine Liste mit 67 Namen.

Es war ein Verzeichnis der Könige von Kanem-Bornu.

Beim Durchblättern des Papiers stellte Barth verblüfft fest, dass sich die schwarzen Herrscher auf die Stammväter der Bibel beriefen. Auch im Diwan beginnt die Geschichte mit Adam und dem Sintflut-Fahrer Noah.

Was weiter verwirrt: Die schwarzen Regenten gaben an, Abkömmlinge aus dem Orient zu sein. Mehr noch: Selbst die heilige Bundeslade aus dem Alten Testament habe einst am Tschadsee gestanden.



Chronik „Diwan“ (Ausschnitt): Adam in Schwarzafrika

Die Forschung stuft diese Aussagen bislang als Angeberei ein. Die Ahnentafel sei geschönt, die Legende von der Bundeslade erlogen.

Von den Patriarchen der Bibel, so die bisherige Annahme, erfuhren die Afro-Regenten erst um etwa 800 nach Christus, als die Karawanen der Araber verstärkt die Sahara durchquerten und bis nach Ghana vorstießen. Denn auch der Koran berichtet von Abraham und Noah.

Diese ehrwürdigen Herren hätten die tropischen Herrscher sodann „in ihren eigenen Stammbaum hineingebastelt, um sich aufzuwerten“, meint der Frankfurter Historiker Richard Kuba.

Diese Lehrmeinung stellt Dierck Lange nun in Frage. Er glaubt, dass der Diwan auf einem 2500 Jahre alten Original beruht. Urheber seien ebenjene Flüchtlinge, die einst aus dem Morgenland getürmt waren.

In der Tat enthält die Chronik seltsame Hinweise. So heißt es dort, dass die ersten Könige von Kanem-Bornu keine schwarze Haut besaßen, „sondern sie waren rot wie die Beduinen“.

Als weiteres Indiz wertet Lange, dass das Buch in der mündlichen Überlieferung auch als „Girgam“ bezeichnet wird: „Darin steckt das akkadische Wort für Bibliothek, Tontafelkasten.“

Gab es also wirklich einen Treck von Thoragläubigen bis in die Tropen?

Immerhin: Auch drei arabische Autoren aus dem 9. und 10. Jahrhundert (Ibn Kutaiba, al-Jaakubi und al-Masudi) berichten von einem gewaltigen Wanderzug von Babylon über Syrien bis in die Subsahara.

Doch so sehr Lange auch Wortwurzeln zieht, über Lautverschiebungen der Eingeborensprache Kanuri sinniert oder im Diwan Kosenamen altorientalischer Könige wiederzuerkennen glaubt – die Mehrheit der Kollegen lehnt seine Ansichten ab.

In Lehrbüchern wird die rund neun Millionen Quadratkilometer große Sahara mit ihren über 50 Grad heißen Geröllfeldern und Salzpfannen stets als unüberwindliche Todeszone beschrieben – als „Sperrriegel“, der das Altertum in zwei Sphären teilte.

Im Norden ragten die Pyramiden empor, der Turm von Babylon und die Zin-



GEORGE STEINMETZ / AGENTUR FOCUS

Hoggar-Gebirge in der Zentralsahara: Glühend heiße Geröllfelder und Salzpfannen galten als unüberwindliche Todeszone

nen Jerusalems. Im Hinterhof Afrikas dagegen hausten in Kral und Hütte die nur vom Hörensagen bekannten „Aithiopen“ (Brandgesichter).

Doch dieses Schema gerät auch durch andere Erkenntnisse ins Wanken. Klimadaten bezeugen, dass die große Wüste vor der Zeitenwende noch feuchter und damit durchlässiger war.

Ein noch kaum erforschtes Netz aus Kruglagern und Geheimpfaden, Karawanenwegen und Oasenstützpunkten zeichnet sich ab.

Vor allem die Phönizier drangen offenbar von Karthago aus erstaunlich tief ins Hinterland vor. Römische Tierfänger besorgten sich Nashörner, wohl aus Niger oder Mali, für ihre blutigen Tierhatzen im Kolosseum.

Als Verbündeter diente ihnen wahrscheinlich das Berbevölk der Garamanten, das in der Zentralsahara siedelte.

Bereits im 5. Jahrhundert vor Christus erlebte die Oasenwirtschaft dieser Menschen einen ungewöhnlichen Aufstieg. Der Verdacht: Sie dienten als Schleuser im antiken Transsaharahandel und leiteten Edelsteine und Elfenbein Richtung Mittelmeerküste.

Wegen des damals günstigen Klimas seien für derlei Gewaltmärsche „noch keine Kamele nötig gewesen“, so Gronenborn. „Esel oder Pferde schafften das auch.“

Damit klingen plötzlich auch jene antiken Notizen glaubwürdiger, die von ungeheuren Expeditionen in die Tropen erzählen.

Seneca zum Beispiel erwähnt, dass Kaiser Nero 61 nach Christus eine Reise zu den Quellen des Nil ausstattete. Im Sudan startend, überwandene seine Soldaten in Booten „immense Sümpfe“, ehe

sie nach wochenlanger Reise einen Wasserfall erreichten, der zwischen zwei Felsen hervorstürzte. Dabei handelte es sich wahrscheinlich um die heutigen Murchison-Fälle in Uganda.

Schlicht die Wahrheit schildern womöglich auch jene beiden griechischen Handschriften, die von Meeresfahrten Richtung Äquator erzählen.

Die eine erfolgte um 600 vor Christus unter Pharao Necho II. Er heuerte Seeleute an, um ganz Afrika zu umrunden. Gestartet wurde am Roten Meer. Die Reise dauerte drei Jahre. Verblüffendes Detail: Die Abenteurer erwähnen, sie hätten die Sonne mittags im Norden gesehen – was auf der Südhälfte der Welt ist.

Den anderen Törn unternahm der karthagische Admiral Hanno. Er ruderte mit rund 3000 Siedlern die atlantische Küste hinab und gründete entlang der Küste Marokkos Kolonien.

Zuletzt geriet er in Gebiete mit Krokodilen und Gorillas. Erst vor einem Vulkanmassiv – mutmaßlich dem Kamerunberg – stoppte der Vorstoß.

Sklaven und Balsame lockten die Fernfahrer, Tropenhölzer und die großen Goldminen in Ghana. Der Geograf Ptolemäus (gestorben um 170 nach Christus) kannte den Fluss Niger. Auf einer Weltkarte zeichnete er sogar eine Stadt im heutigen Tansania ein.

Wie stark die Einwohner dort vom Norden beeinflusst wurden, ist jedoch noch völlig unklar. „Da klafft eine riesige Wissenslücke“, gibt der Afrika-Historiker Bley zu.

Schuhsohlen von Legionären wurden südlich des 20. Breitengrads bislang nicht entdeckt. Nur ein einziger Fund belegt einen Kontakt zwischen Äquatorialafrika

und den Hochkulturen des Altertums. Es sind persische Glasperlen aus dem 3. bis 6. Jahrhundert, die man in Mali fand.

Doch dieser Mangel mag auch mit Desinteresse zusammenhängen. Der Boden Schwarzafrikas ist von Ausgräbern nahezu unberührt.

Immerhin arbeitet der Frankfurter Archäologe Peter Breunig derzeit in Nigeria. Er fand dort ummauerte Siedlungen, schlagartig errichtet um etwa 500 vor Christus. „Damals setzte ein rapider Prozess der Sesshaftwerdung in Westafrika ein“, erklärt er. Auch die Eisenverhüttung verbreitete sich jäh.

Den Verfechtern eines großen Wüsten-transfers passt das ins Bild. Überall sehen sie verborgene Pfade, auf denen Leute aus dem Norden die heiße Trockenzone überwandene, um den jenseits lebenden Eingeborenen Wissen und Know-how zu stecken.

Breunig dagegen hält das für Quatsch, vielmehr hätten die Schwarzafrikaner ganz allein den Weg aus der Steinzeit gefunden und ihre Städte ohne Anregung von außen gebaut. „Flüchtlinge aus einer vorderasiatischen Hochkultur“, meint er, „hätten ganz andere Scherben hinterlassen.“

Keine Frage: Da läuft eine spannende Debatte über die Anfänge jenes vergessenen Erdteils, der im Schatten der alten Hochkulturen lag.

Wer am Ende recht bekommt, wird sich so schnell allerdings nicht entscheiden. Weltweit beschäftigen sich kaum mehr als zehn Professoren mit der Geschichte Schwarzafrikas im Altertum.

„Lange ist ein Solitär“, sagt ein Kollege, „ob seine Ansichten stimmen oder abwegig sind, kann kaum einer überprüfen.“

MATTHIAS SCHULZ

ENERGIE

Tausend Meter in die Tiefe

Der Ruhrkonzern RAG rüstet um. Wenn im Jahr 2018 die letzten Steinkohlenzechen im Ruhrgebiet schließen, soll grüner Strom erzeugt werden – ausgerechnet in den alten Bergwerken.



DIETMAR KLINGENBURG / RAG

Zeche Prosper-Haniel in Bottrop: „Jeden Tag ein Stück weiter Abschied nehmen“

Kurz vor 14 Uhr blitzen am Ende des langen, dunklen Stollens auf der siebten Sohle der Zeche Prosper-Haniel in Bottrop winzige Lichter auf. Nur langsam nehmen sie Konturen an. Bergleute mit Grubenlampen an den weißen Helmen bahnen sich den Weg zurück an die Erdoberfläche. Mehrere Kilometer

haben sie durch das verzweigte Labyrinth der Stollen und Schächte zurückgelegt. Eine harte Schicht liegt hinter ihnen.

Schon in einigen Jahren könnte sich hier ein anderes Bild bieten: eines, das mit dem klassischen Geschäft der ehemaligen Ruhrkohle AG (RAG) wenig zu tun, aber möglicherweise eine große Zukunft hat.

Spätestens im Jahr 2018, das haben die Bundesregierung und die Europäische Kommission beschlossen, laufen die milliardenschweren Subventionen aus, mit denen der Bergbau im Saarland und im Ruhrgebiet in den vergangenen Jahrzehnten über Wasser gehalten wurde. Dann sollen die letzten Zechen der RAG unwiderruflich geschlossen werden. „Jeder Tag ist ein Stück weiter Abschied nehmen“, klagt ein Bergmann bitter.

Ausgerechnet in Bottrop auf Sohle sieben bahnt sich, noch weitgehend unbekannt von den Bergleuten, eine kleine Revolution an. Hier, genau 1159 Meter unter der Erdoberfläche, in den riesigen Umschlaghallen direkt vor dem steil nach oben ragenden Schacht der Zeche, will die RAG demnächst Strom erzeugen – umweltfreundlich und in großen Mengen.

Was utopisch klingt, hat einen durchaus realistischen Hintergrund. Denn die unterirdischen Hallen könnten problemlos eine oder zwei große Turbinen aufnehmen. Angetrieben würden sie mit Wasser. Von der Erdoberfläche soll es durch riesige Rohre in dem Bergwerkschacht bis zu tausend Meter tief fallen und dann mit gewaltiger Kraft auf die Laufräder der Turbinen treffen.

Eine Leistung von etwa 600 Megawatt könnten die Maschinen einmal haben. Das reicht bei jeder einzelnen – rein theoretisch – aus, um eine mittelgroße Stadt mit sauberem Strom zu versorgen. Wichtiger noch: Die geplanten Anlagen passen perfekt in die neue Energiestrategie Deutschlands. Sie wären ein elementarer Baustein der geplanten Energiewende.

Nach dem folgenschweren Atomunfall im japanischen Kernkraftwerk Fukushima hatte die Bundesregierung beschlossen, in Deutschland 8 von insgesamt 17 Atommeilern sofort abzuschalten und regenerative Energien wie Wind und Photovoltaik in Zukunft massiv auszubauen.

Schon im Jahr 2020 sollen 35 Prozent der deutschen Stromversorgung aus regenerativen Energiequellen stammen, im Jahr 2050 sogar schon 80 Prozent. Doch dabei gibt es nach wie vor ein gravierendes Problem: Wind und Sonne sind in hohem Maße unzuverlässig. An trüben und windarmen Tagen kann die Produktion von grünem Strom im Extremfall schon mal bis nahe null sinken. An sonnigen und stürmischen Tagen dagegen reichen die heute installierten Wind- und Photovoltaikanlagen manchmal schon aus, um den Strombedarf zu decken.

Stunden- und tageweise besteht sogar schon ein Überschuss. Doch Speicher für diesen Strom stehen nur in geringen Mengen zur Verfügung. Und so wird die sonst so teure Energie teilweise an europäische Nachbarländer verschenkt.

Genau das soll sich in Zukunft ändern. In ganz Deutschland sollen Energiespeicher gebaut werden. Zahlreiche Techno-

logien, wie etwa die Speicherung von Energie per Druckluft in Gas oder Wasserstoff, sind in der Erprobung. In großem Stil einsetzbar sind bislang hauptsächlich Pumpspeicherkraftwerke, wie sie die RAG nun im Ruhrgebiet plant.

Das Prinzip ist denkbar einfach. Ist viel Wind- und Sonnenenergie vorhanden, sollen Wassermassen aus den Stollen der Bergwerke in einen künstlichen See auf

Ökostrom unter Tage

Funktionsweise von Pumpspeicherkraftwerken in stillgelegten Kohlebergwerken

1 Durch ein Fallrohr in einem ehemaligen Kohleschacht wird Wasser aus einem See abgelassen.

2 Das Wasser treibt eine Turbine an. Die so erzeugte Energie wird über ein Umspannwerk in das Versorgungsnetz eingespeist.

3 Bis zu 40 Grad warmes Grubenwasser wird an die Oberfläche gepumpt und dort zum Heizen von Wohnsiedlungen, Schulen oder Industrieanlagen genutzt.

4 Mit Windkraft- und Photovoltaikanlagen soll auf den ehemaligen Zechengeländen ebenfalls Strom erzeugt werden.

den ehemaligen Zechengeländen gepumpt werden. Fehlt Strom oder treten Schwankungen in der Energieversorgung auf, werden die Schleusen geöffnet. Dann fällt das Wasser durch riesige Rohre rund tausend Meter tief auf die Turbine. In kürzester Zeit steht die komplette Leistung im Netz zur Verfügung.

Bislang waren solche Anlagen meist nur mit erheblichen Eingriffen in die Natur möglich. Denn wie etwa in dem von EnBW und RWE betriebenen Schluchseewerk im Schwarzwald nutzen Pumpspeicher normalerweise die Höhendifferenzen in Bergregionen aus. Leitungen und Turbinen müssen oft aufwendig in das Gestein gesprengt, Stauseen in großen Höhen völlig neu angelegt werden.

Bei der RAG, schwärmen die Ingenieure, sei all das nicht nötig. Schon heute werden aus den tiefen Schächten gewaltige Mengen Grundwasser abgepumpt, um die Stollen trocken zu halten. Die ki-

lometerlangen Schächte für die Rohrleitungen, große Hallen für die Aufnahme der Turbinen und auch die Netzanschlüsse sind vorhanden. Und selbst das Anlegen künstlicher Seen auf den stillgelegten Zechen dürfte sich eher positiv auf das Landschaftsbild auswirken und wohl kaum Proteste hervorrufen.

An insgesamt drei Standorten in NRW und an zwei im Saarland, sagt RAG-Direktor Peter Fischer, wäre der Bau solcher Pumpspeicherkraftwerke in den nächsten Jahren möglich. Das entspräche der Leis-

werden. Gleichzeitig planen die Ingenieure, an den Südlagen der kilometerlangen Hänge Photovoltaikanlagen aufzubauen. Selbst das Grubenwasser, das nach einer Schließung der Zechen noch Jahrzehnte abgepumpt werden muss, um etwa das Abrutschen ganzer Landstriche zu verhindern, soll demnächst zur Energiegewinnung genutzt werden.

In einer Tiefe von 1000 Metern hat das Wasser eine Temperatur von bis zu 40 Grad Celsius, erklärt Professor Ulrich Schreiber von der Uni Duisburg. Damit könne es direkt zum Heizen von Gebäuden, Wohnsiedlungen und Industrieanlagen genutzt werden. Erste Versuche in Essen, Bottrop und Bochum, wo die RAG bereits einige Wohnhäuser, Schulen und ein Freibad an entsprechende Wärmeleitungen angeschlossen hat, seien erfolgreich.

Mit einfachsten Maßnahmen, glaubt RAG-Manager Fischer, könnte das Unternehmen auf seinen ehemaligen Flächen regenerative Energie in einer Größenordnung von weiteren 600 bis 700 Megawatt bereitstellen. Das entspricht der Leistung eines mittleren Kohlekraftwerks – die Speicherkraftwerke sind dabei nicht einmal enthalten.

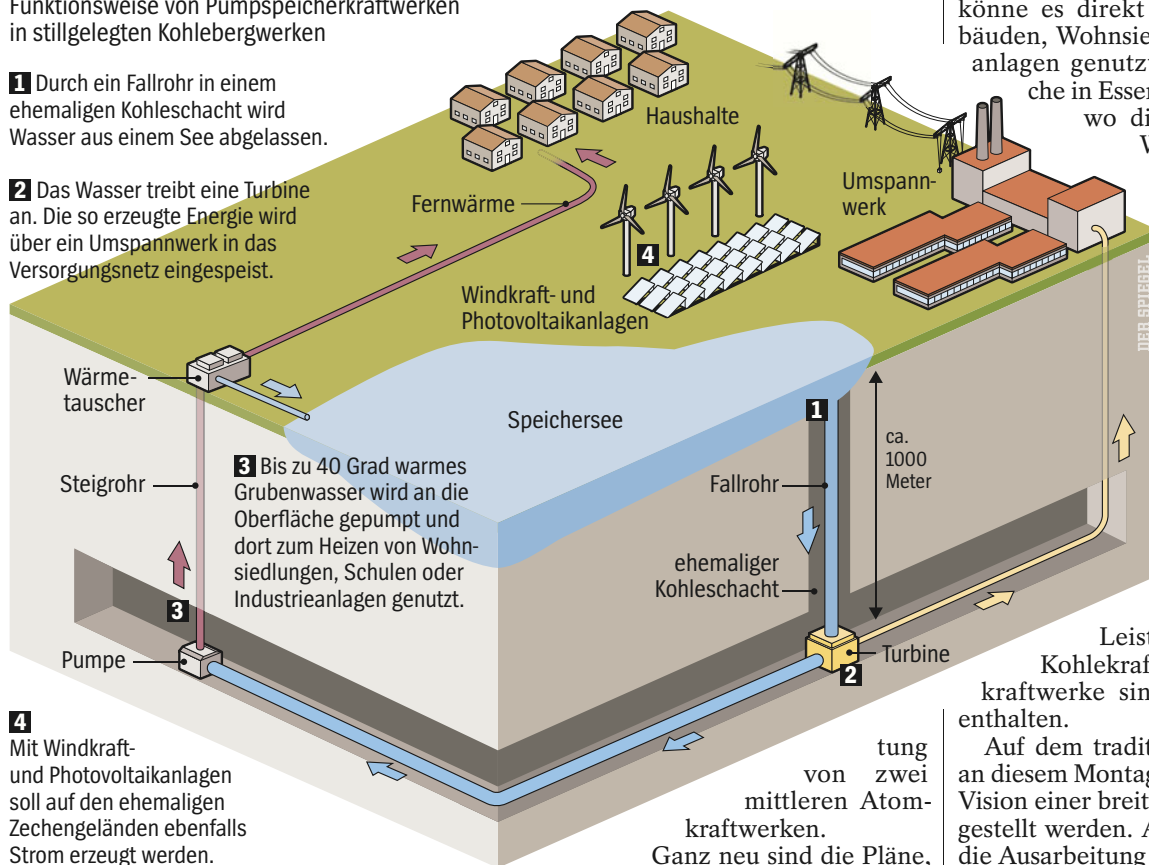
Auf dem traditionellen Steinkohletag an diesem Montag in Essen soll die grüne Vision einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt werden. Außerdem hat die RAG die Ausarbeitung eines Förderantrags für eine Pilotanlage der Kraftwerke in Auftrag gegeben. Sie soll den Nachweis erbringen, dass die Technik in der Tiefe der Kohlebergwerke funktioniert. „Ein anspruchsvolles Vorhaben, bei dem wir Neuland betreten“, sagt der Geologe Schreiber, „aber die Probleme sind lösbar.“

Was dann noch fehlt, um die Projekte in großem Stil anzugehen, wäre eine Genehmigung der RAG-Eigentümervertreter, also des Bundes und der Länder Nordrhein-Westfalen und Saarland.

Doch anders als bei dem schwierigen Verhandlungspoker um immer neue Kohlesubventionen in der Vergangenheit macht man sich darum im RAG-Management derzeit die geringsten Sorgen.

Denn selbst von den früher größten Kritikern des Unternehmens, den Grünen, kam für die neuen Projekte bislang nur Zustimmung.

FRANK DOHMEN,
BARBARA SCHMID



lung von zwei mittleren Atomkraftwerken. Ganz neu sind die Pläne, die mit der Universität Duisburg-Essen ausgearbeitet werden, nicht. Seit einigen Jahren bereits schlummern sie in den Schubladen der RAG-Manager. Doch lange überzog die Hoffnung, die deutsche Steinkohle und mit ihr die RAG stünden möglicherweise vor einem Comeback, der Ausstiegsbeschluss der Politik könne noch irgendwie rückgängig gemacht werden.

Dass das Wunschenken ist, weiß man inzwischen selbst am Stammsitz des Konzerns in Herne. Und so bemühen sich die Manager des Unternehmens, neben der Abwicklung, Schließung und dem Verkauf von Firmenteilen auch neue Perspektiven für die RAG und ihre heute noch rund 24000 Mitarbeiter zu entwickeln.

Dabei sind die Pumpspeicherkraftwerke nur ein Teil einer fast schon grünen Zukunftsvision. So sollen die hohen Hallen auf den Zechengeländen mit leistungsstarken Windrädern ausgerüstet

MEDIZIN

Keim-Alarm im Säuglingstrakt

Drei Todesfälle in einer Bremer Frühchenstation rücken eine neue Gefahr ins Blickfeld: Resistente Darmkeime breiten sich rasant in den Kliniken aus.

Mit Frühchen kennt sich Daniela Wendorff aus. Schließlich hat die Pflegerische Geschäftsführerin des Klinikums Bremen-Mitte vor 14 Jahren selbst eine frühgeborene Tochter zur Welt gebracht, und es ging dabei um Leben und Tod. „Das Kind musste mühsam aufgepöppelt werden“, erzählt sie. Deshalb kann Wendorff die Angst der Eltern, deren Kinder derzeit auf der neonatologischen Intensivstation liegen, gut nachempfinden.

Drei frühgeborene Säuglinge sind dort an einer Infektion mit multiresistenten Bakterien gestorben. Sieben weitere Kinder sind erkrankt, noch einmal sieben von dem Keim befallen.

Neue Kinder werden nicht mehr aufgenommen. Die alten allerdings müssen bleiben. „Völlig kopflos“ seien einige der Eltern, berichtet Wendorff. „Die sind natürlich alle in richtig großer Sorge.“

Doch was bleibt den Eltern übrig, als einfach auszuharren? „Ein Elternpaar hat um die dringende Verlegung seines Kindes gebeten“, sagt Wendorff, „doch die haben praktisch keine Chance wegzukommen. Welche Klinik würde sich schon freiwillig so einen Keim ins Haus holen?“

Der Bremer Erreger gehört zum Unangenehmsten, was die Mikrobiologie derzeit zu bieten hat. Es handelt sich um ein sogenanntes ESBL-bildendes Bakterium der Art *Klebsiella pneumoniae*, einen Darmkeim, der Enzyme bilden kann, die ihn für viele moderne Antibiotika unempfindlich machen. Inzwischen ermittelt sogar die Staatsanwaltschaft: Es besteht Verdacht auf fahrlässige Tötung.

Wären die Übertragungen vermeidbar gewesen? Fest steht, dass die Bremer Neonatologie in einem bundesweiten Klinikvergleich im Jahr 2010 gerade im Bereich Infektionen schlecht abschnitt. Die Sepsisrate etwa liegt in Bremen um ein Vielfaches über dem Durchschnitt.

Noch rätseln die Bremer Ärzte, wie es jetzt zum Ausbruch mit *Klebsiella pneumoniae* kam: Wird der Erreger von Kind zu Kind übertragen, durch schlecht desinfizierte Hände oder Geräte vielleicht? Gibt es irgendwo eine unerkannte Quelle, von wo aus das Bakterium zu den Kindern gelangt? Ein Tisch, ein Wasserhahn,



Frühchenstation im Klinikum Bremen-Mitte: „Wir müssen etwas übersehen haben“

vielleicht sogar eine Nährlösung oder ein Desinfektionsmittel?

Schon nachdem im August das erste Frühchen gestorben war, hatte das klinikeigene Hygieneinstitut die Arbeitsabläufe kontrolliert, zusätzliche Schutzkleidung angeordnet, alle Kuscheltiere verbannt und nur noch den direkten Angehörigen den Zutritt zur Station gestattet. Nichts davon half: Am 16. Oktober starb das zweite Kind, am 27. Oktober das dritte.

Ärzte und Schwestern wissen nicht mehr weiter. „Wir müssen etwas übersehen haben“, sagt Wendorff. Vergangene Woche rief das Krankenhaus das Robert Koch-Institut zu Hilfe. Das entsandte drei Mitarbeiter, die jetzt nach möglichen Ansteckungswegen fahnden. Erste Ergebnisse werden in den nächsten Tagen erwartet.

Doch nicht nur in Bremen geht die Angst um. „Wir müssen uns darauf ein-

stellen, dass Ähnliches in Zukunft noch viel öfter passieren wird“, sagt der Groninger Hygieneexperte Alexander Friedrich. Nicht einmal einen Monat ist es her, dass in einer Passauer Frühchenstation ein Junge starb, nachdem er sich mit ESBL-bildenden *Klebsiella*-Mikroben infiziert hatte. Im September wurde in Hamburg-Barmbek eine ganze Station wegen Keim-Alarm geschlossen.

Weltweit 31 Ausbrüche mit multiresistenten *Klebsiella*-Bakterien auf Frühchenstationen verzeichnete die „Outbreak Database“ des Hygieneinstituts der Charité bislang. Wahrscheinlich aber waren es noch viel mehr: „Weil oft gar nicht richtig getestet wird, ist das, was wir sehen, nur die Spitze eines Eisbergs, der sehr tief im Wasser schwimmt“, meint Hygieniker Friedrich.

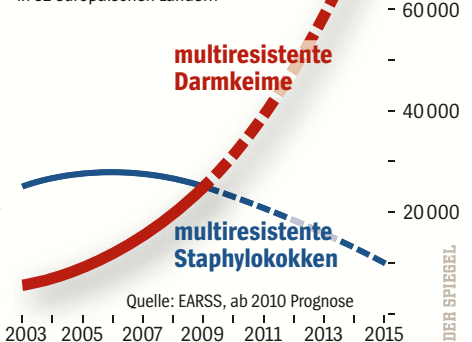
Während die auf Intensivstationen so gefürchteten multiresistenten Bakterien



Klebsiella-Bakterie
Die Schwächsten erkranken

Zähe Mikroben

Blutvergiftungen mit multiresistenten Bakterien
geschätzte Fälle
in 31 europäischen Ländern



der Art *Staphylococcus aureus* langsam rückläufig sind, befinden sich die ESBL-bildenden Darmkeime massiv auf dem Vormarsch (siehe Grafik).

Der unbedachte Griff zu den Antibiotika, in der Medizin ebenso wie in der Tiermast, hat die neuartigen Keime entstehen lassen. Vor zehn Jahren waren sie noch eine Rarität. Inzwischen sind sie fast allgegenwärtig: Etwa fünf Prozent aller Deutschen, zeigen Stichproben, tragen ESBL-bildende Bakterien in sich.

Die meisten Menschen merken nichts davon. Die Schwächsten jedoch erkranken – zum Beispiel die Frühchen. „Diese Kinder, deren Abwehrsystem noch elend schlecht ausgebildet ist, sind ähnlich gefährdet wie Menschen, die eine schwere Chemotherapie bekommen“, sagt der Berliner Neonatologe Rainer Rossi.

Jedes fünfte Frühchen unter 1000 Gramm erkrankt im Krankenhaus an einer schweren Infektion; bei den Kindern unter 750 Gramm ist es sogar jedes dritte. „Das Immunsystem mancher Kinder ist so unreif, dass sie selbst in diesem Fall kein Fieber kriegen“, sagt der Lübecker Frühchen-Experte Egbert Herting. „Sie sind dann einfach nur blässer, grauer, trinken nicht so gut, atmen schneller oder haben Atempausen.“

Das sind Symptome, die sofortiges Handeln erfordern. Auf eine genaue Bestimmung des Erregers, die mehrere Tage dauern kann, können die Ärzte da nicht warten. Um das Antibiotikum trotzdem nicht auf gut Glück auswählen zu müssen, werden auf Frühchenstationen ständig mikrobielle Abstriche genommen. So wissen die Ärzte, welche Keime gerade im Umlauf sind.

Auf den multiresistenten Erreger jedoch waren die Bremer Ärzte nicht vorbereitet: Zunächst bekämpften sie die Infektion mit den falschen Antibiotika. Erst als das erste Kind schon gestorben war, konnten sie den Erreger identifizieren.

Fatalerweise sind gerade Frühchen besonders häufig von multiresistenten Keimen befallen. Da sie oft per Kaiserschnitt geholt werden, also nicht mit den natürlichen, in der Regel harmlosen Scheidenkeimen in Berührung kommen, werden Haut und Darm nach der Geburt von den Erregern besiedelt, die sich auf der Intensivstation befinden – und das sind oft solche mit Resistenzen.

Gute Hygiene ist deshalb das beste Mittel, um die Verbreitung der Erreger zu verhindern. Eine zweite Waffe gegen die multiresistente Gefahr könnten neue Medikamente sein. Doch die sind nicht in Sicht: Mitte der achtziger Jahre wurden im Schnitt noch 15 Antibiotika pro Jahr zugelassen. Heute ist es kaum eines.

MICHAEL FRÖHLINGSDORF,
VERONIKA HACKENBROCH

Car2Go-Flotte in Hamburg „Taxis zum Selberfahren“



VERKEHR

Waffe der Feinde

Weil junge Menschen kein Auto mehr besitzen wollen, überfluten die Hersteller nun Großstädte mit Mietautos. Die Idee des Car-Sharing, die City zu entlasten, bleibt auf der Strecke.

Ein Gerät, das man nur wenige Minuten am Tag braucht, auch gleich zu kaufen, erscheint nicht schlau. Und doch hat der Mensch meist keine Alternative. Wer vermietet schon Kaffeemaschinen oder Rasierapparate?

Anders beim Automobil: Hier findet eine gemeinschaftliche Nutzung unter dem Stichwort „Car-Sharing“ zunehmend Verbreitung. Die Anbieter sind zahlreich – zu ihnen gehören neuerdings sogar die Autohersteller selbst.

Deutschlands Hauptstadt mal eben für ein Trinkgeld von wenigen Euro mit einem neuen BMW zu durchqueren, steht jedem frei. Er muss nur einen gültigen Führerschein haben und Mitglied des von dem Münchner Autokonzern und dem Vermieter Sixt gegründeten Nutzerclubs DriveNow werden. Einmalige Eintrittsgebühr: 29 Euro.

Dafür gibt es einen elektronisch lesbaren Führerschein-Aufkleber, der als Türöffner dient für Hunderte an Berliner Straßen geparkte Pkw von BMW oder der BMW-Tochtermarke Mini. Sie lassen sich über das Internet orten und reservieren. Wo die Fahrt zu Ende ist, lässt der DriveNow-Nutzer das Auto einfach stehen; fürs Tanken liegt eine Karte bereit. Benzin, Parkgebühren und Vollkaskoversicherung sind im Preis von 29 Cent pro Minute inbegriffen.

Wie soll sich das rechnen? Und was hat BMW davon?

Das Unternehmen hat, wie andere Hersteller, womöglich keine andere Wahl. DriveNow ist die Kopie eines Car-Sharing-Modells, das der Konkurrent Daimler für sein Stadtmobil Smart erfand und nach einem Pilotversuch in Ulm nun in zahlreiche Großstädte der Welt tragen will: Car2Go ist inzwischen in Hamburg, Vancouver und Austin (Texas) eingeführt, startet bald mit Elektro-Smarts in Amsterdam und San Diego und soll im Laufe der kommenden fünf Jahre in 40 bis 50 Großstädten verschiedener Kontinente etabliert werden – wenn nicht vorher ein anderer die Plätze besetzt. Volkswagen zum Beispiel entschied sich für Hannover: In der kommenden Woche startet der Hersteller dort sein Car-Sharing-Angebot Quicar.

„Das Modell hat schon seine Logik in größeren Städten“, erklärt VW-Vertriebsvorstand Christian Klingler, und er lässt bei diesen Worten deutlich erkennen, dass er dieser Logik nicht aus Begeisterung folgt, sondern aus schierer Not.

Es gibt einen Wertewandel in der Gesellschaft, der Deutschlands Schlüsselindustrie am Nerv ihres Daseins trifft: Das Automobil, einst stärkstes Symbol von Wohlstand und Freiheit, teuerstes Konsumgut der industrialisierten Welt,

verliert an Faszination. Immer weniger junge Menschen schaffen sich ein eigenes Auto an.

In einer Rede auf der Bundestagung des Kfz-Gewerbes stellte Stefan Bratzel von der Fachhochschule der Wirtschaft in Bergisch Gladbach Ende Oktober die Frage der Fragen: „Ist das Auto noch cool?“

Der Professor hat junge Menschen online befragt, und deren Antwort war ein deutliches „Nein“. Im Auditorium schlug diese Botschaft ein wie die Zahl der jüngsten Kirchenglieder auf einer Bischofskonferenz. „Autobesitz und Autonutzung“, dozierte Bratzel, „gehen bei der städtischen Jugend signifikant zurück.“ Noch im Jahr 2000 besaß mehr als die Hälfte der Männer im Alter zwischen 18 und 29 Jahren ein eigenes Auto. Inzwischen ist es noch gut ein Drittel.

In bestem Hochschuldeutsch detektiert der Dozent einen „Trend zur Entemotionalisierung der Automobilität“ und nennt auch Gründe für diese Entwicklung:

- Autofahren ist zu teuer. Seit 1995, rechnet Bratzel vor, sind die Kosten für Kraftstoff sowie Anschaffung und Unterhalt des Autos weit stärker gestiegen als die allgemeinen Lebenshaltungskosten. Und aufbringen muss sie ausgerechnet eine „Generation Praktikum“, die andere Sorgen hat, als ein Vermögen für einen VW Golf auszugeben;
- Autofahren ist unpraktisch, jedenfalls in Ballungsräumen. Staus und nervtötende Parkplatzsuche sind maßgebliche Gründe für Autoverzicht. Mit dem Angebot des öffentlichen Nahverkehrs dagegen erklärten sich die Befragten zufrieden.

Es ist nicht militante Ökonomie, sondern schlicht pragmatisches Denken, das junge Städter motiviert, nicht mehr eine Tonne Blech vom Wohnsitz zum Büro mitzuschleppen. Auch auf langen Urlaubsreisen nutzt der moderne Mensch gern den Billigflieger und mietet sich am Ziel ein Auto. Der ADAC, einst Gralhüter deutscher PS-Beseeltheit, empfiehlt sich inzwischen als Mitfahrzentrale. Motto: „Gemeinsam fahren. Bares sparen!“

Wer hier auf der Strecke bleibt, ist klar. Den einstigen Traumfabrikanten von Daimler und Co. dämmerte es bitter: Wenn dieser Trend sich fortsetzt, werden Menschen, die sich noch ein eigenes Auto anschaffen, bald die Neandertaler der mobilen Gesellschaft sein.

Noch ist die Katastrophe nicht da. Es gibt genug ältere Leute, die unverdrossen Autos kaufen, es gibt noch Märkte wie Russland und China, wo die Menschen noch neureich genug sind, um vergnügt ihr Statussymbol durch zähen Berufsver-



OBERHÄUSER / CARO

Junge Großstädter: Das Auto langweilt

kehr zu manövrieren. Doch auch hier wird der Überdruß kommen.

Die Hersteller werden diese Entwicklung nicht stoppen; es geht eher darum, zu retten, was zu retten ist. Und der erste Schritt wird gerade gemacht. Er heißt Car2Go, DriveNow und Quicar; und es ist ein Vorstoß von hoher strategischer Delikatesse: Mit Car-Sharing nutzt die Autoindustrie ein Instrument, das ursprünglich von radikalen Autogegnern entwickelt wurde, gleichsam eine der schärfsten Waffen ihrer Feinde.

Als erster „Autovermieter, der gegen Autos ist“ startete vor 21 Jahren in Berlin die Statauto Car-Sharing GmbH. Damals herrschte die wohl autofeindlichste Grundstimmung der Industriegeschichte. Saurer Regen und Waldsterben machten das Auto zum Umweltfeind Nummer eins. Hamburg erklärte eine vierspurige Hauptverkehrsader zur Tempo-30-Zone, und Zürich wurde durch drastischen Straßenrückbau zum Mekka autophober Stadtplaner.

Statauto passte perfekt in dieses Gefühlsgemenge. Wer Mitglied werden wollte, durfte kein eigenes Auto haben. Der Sinn des Teilens bestand darin, das Auto möglichst überflüssig zu machen. Die Gründer, drei hippe Berliner, bedienten alle Klischees kämpferischer Linksaußen-Folklore. Ihre Ziele waren die weitgehend autofreie Stadt und die Abschaffung des Privat-Pkw. Dieser solle dereinst „mit Dummheit assoziiert“ werden. Mitgründer Carsten Petersen verkündete: „Wenn es mit dem Verkehr so weitergeht, wird das Auto sowieso zu öde, um noch ein Lustobjekt zu sein.“

Das erwies sich als durchaus prophetisch. Das Auto ist artig geworden. Sein Kat-gereinigtes Abgas tötet keine Bäume mehr, seine in Crashtests optimierte Karosserie immer weniger Fußgänger. BMW wirbt nicht mehr nur mit „M Power“, sondern vorwiegend mit „Efficient Dyna-

mics“. Das Auto langweilt; es ist teuer und steht rum.

Doch auch Car-Sharing schaffte bisher nicht den großen Durchbruch. Etwa 200 000 Menschen in Deutschland entschieden sich bisher für diese Nutzungsform. Zugelassen sind 42 Millionen Pkw. Die Autoindustrie ist noch nicht da, wo die Kirche ist.

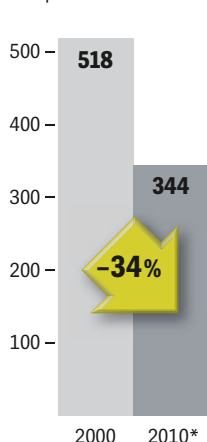
Aber sie ahnt, dass sie auf dem Weg dahin ist. Und ähnlich wie einst die Pfarrer Jeans anzogen und Gitarre spielten, macht sie nun Car-Sharing, und das nicht unbedingt zur Freude der etablierten Autoeiler.

Es gibt einen Bundesverband CarSharing e.V. Er hat das Kürzel bcs und die verkehrspolitische Zielsetzung der Gründerzeit gut konserviert. Wer Mitglied werden will, erklärt Geschäftsführer Willi Loose, muss nachweisen, dass durch sein Tun weniger Autos zugelassen und weniger Kilometer in der Stadt gefahren werden.

Teilen statt Kaufen

Fahrzeugbesitz

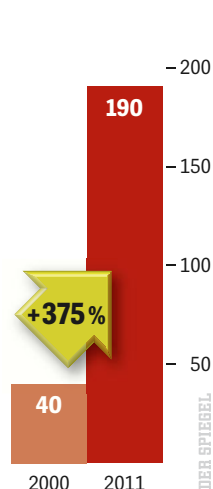
bei deutschen Männern von 18 bis 29 Jahren, Pkw pro 1000 Einwohner



* ohne vorübergehend stillgelegte Fahrzeuge; Quelle: KBA

Carsharing-Nutzer

in tausend



Stand: jeweils 1. Januar; Quelle: bcs

Den Car-Sharing-Anbietern von BMW und Daimler verweigert der bcs die Mitgliedschaft. Loose bezweifelt, dass sie die gewünschten Effekte bringen.

Kein Zweifel: Car2Go und DriveNow haben ein völlig anderes Ziel als bisherige Car-Sharing-Initiativen. Sie wollen keine Menschen vom Auto wegbringen, sondern Menschen, die ihre Mobilität bereits anders organisieren, das Autofahren wieder schmackhaft machen. Und deswegen haben sie auch ein anderes Organisations- und Tarifmodell.

Die klassische Car-Sharing-Firma hat feste Standorte für die Abholung der Autos und ein Abrechnungssystem, bei dem Zeit und die gefahrenen Kilometer bezahlt werden. Ihr Angebot ist zugeschnitten auf einen Nutzer, der das Auto nur für besondere Zwecke nutzt und im Übrigen meist mit Bus und Bahn fährt.

Die Autos von Car2Go und DriveNow sind „Taxis zum Selberfahren“ (Loose). Bei ihnen ist besonders die kurze, spontane Nutzung sehr billig. Sie sind ausschließlich für Fahrten im innerstädtischen Raum attraktiv und dürfen auch nur in diesem wieder abgestellt werden. Das Geschäftsmodell funktioniert für den Betreiber nur, wenn das Auto nahezu ununterbrochen genutzt wird, und das in einem Siedlungsraum, wo Busse und Bahnen stark und Autos das größte Problem sind.

Daimler und BMW schufen mit ihren Initiativen erbitterte Konkurrenten des öffentlichen Nahverkehrs, handeln mithin völlig kontraproduktiv im Sinne des ursprünglichen Car-Sharing-Gedankens. Car2Go bewirbt seinen Miet-Smart auf der Homepage sogar ungeniert als „das erste eigene öffentliche Verkehrsmittel“.

Der Erfolg dieser Projekte wird, wenn er sich einstellt, automatisch zur Plage der Innenstädte: Je dichter die abgestellten Autos stehen, desto attraktiver wird das Angebot, desto mehr Menschen werden teilnehmen, desto mehr Autos wird der Hersteller in den Pool schicken.

Volkswagen entschied sich mit Quicar für eine Mischform aus Car2Go und dem konventionellen Konzept. Die Autos, zunächst nur Modelle vom Standardtyp Golf, werden zwar auch zu einem günstigen Minutentarif angeboten, die Mietdauer beträgt aber mindestens eine halbe Stunde, und die Wagen müssen an 50 Stationen in Hannover abgeholt und dort wieder abgestellt werden.

Ein hochfrequenter Einsatz der Autos, Voraussetzung für die Rentabilität, ist so sehr unwahrscheinlich. Es sieht so aus, als wolle VW nur ein wenig gute Absichten bekunden und Quicar eher auf kleiner Flamme halten. „Wir gehen hier in Vorleistung“, erklärt Vertriebsvorstand Klingler. Die Aktion sei „wirtschaftlich vertretbar“. Von Rendite ist gar nicht die Rede.

CHRISTIAN WÜST



MEDIKAMENTE

Dünnes Blut

Gleich drei Pharmakonzerne treten an, den unbeliebten Gerinnungshemmer Marcumar durch neue Mittel zu ersetzen. Doch die sind extrem teuer, ihre Vorteile umstritten.

Es gibt wohl keine andere Tablette, deren Einnahme so kompliziert ist: Wem der Blutverdünner Marcumar verschrieben wird – etwa nach einer Thrombose oder bei Vorhofflimmern –, der darf das Mittel nicht einfach regelmäßig schlucken wie jede andere Pille. Er muss vielmehr anfangs täglich, später mindestens monatlich zum Arzt, der dann feststellt, wie dünnflüssig das Blut tatsächlich geworden ist. Erst daraus errechnet er für jeden Patienten individuell die nötige Dosis des Medikaments.

Marcumar ist kostengünstig, hoch wirksam – und äußerst unbeliebt. Wer lässt sich schon gern ständig Blut für die Gerinnungstests abnehmen? Außerdem schreckt das Wissen, dass der Wirkstoff hoch dosiert zum innerlichen Verbluten führt, und dass er in kaum veränderter Form auch als Rattengift verwendet wird.

Jetzt aber gibt es eine Alternative für jene rund eine Million Menschen, die allein in Deutschland das Mittel einnehmen müssen, etwa die Hälfte von ihnen sogar dauerhaft. Gleich drei neue Pillen versprechen, Marcumar ersetzen zu können – und zwar ohne die lästigen Tests:

► Dabigatran (Handelsname: Pradaxa) von Boehringer Ingelheim, das bereits seit längerem zur Vorbeugung gegen

Thrombosen nach Hüft- und Kniegelenkersatz dient, darf seit September auch zur Schlaganfallprophylaxe bei Vorhofflimmern eingesetzt werden;

► Rivaroxaban (Handelsname: Xarelto) von Bayer erhielt am Freitag in den USA die entsprechende Zulassung;

► vermutlich im nächsten Jahr wollen auch Bristol-Meyers-Squibb und Pfizer ihr Produkt Apixaban (Handelsname: Eliquis) auf den Markt bringen.

Der Marcumar-Ersatz gilt als künftiges Milliardengeschäft. Schon mit den Blutverdünnern alten Typs setzte die Industrie 2010 weltweit rund fünf Milliarden Dollar um. Bis 2015, schätzen Experten, wird der Markt auf über elf Milliarden Dollar anschwellen. Bayer erhofft allein für Rivaroxaban einen Jahresumsatz von zwei Milliarden Euro.

Für ihre neuen Medikamente verlangt die Industrie horrende Preise: Eine Tagesdosis kostet etwa 15- bis 20-mal so viel wie bei Marcumar; obwohl die kostspieligen Gerinnungstests entfallen, werden die Kassen pro Patient jährlich rund tausend Euro mehr zahlen müssen. Trotzdem zweifelt kaum jemand daran, dass sich die neuen Mittel durchsetzen werden.

Nicht nur die Industrie, auch viele Ärzte bejubeln die neuen Pillen als medizini-

Rivaroxaban-Forschung bei Bayer in Wuppertal
Kein Verzeihen bei Vergesslichkeit

sche Revolution. Die Zulassung von Dabigatran bei Vorhofflimmern etwa nennt Hans-Christoph Diener, Neurologe am Universitätsklinikum Essen, den „größten Erfolg in der Schlaganfall-Prävention seit zehn Jahren“.

Doch warum eigentlich? Einiges deutet inzwischen darauf hin, dass der Traum vom „besseren Marcumar“ schon bald zerplatzen könnte.

Ende Oktober schreckte ein „Rote-Hand-Brief“ die Fachwelt auf. Nach weltweit rund 50 Todesfällen, bei denen Dabigatran-Patienten innerlich verblutet waren, warnt Boehringer Ingelheim darin die Ärzte: Das Medikament sei ungeeignet für Patienten mit Nierenproblemen. Denn bei ihnen bestehe die Gefahr, dass der Wirkstoff nicht schnell genug ausgeschieden wird. Die mögliche Folge: Die Substanz reichert sich im Körper an und hemmt die Gerinnung so stark, dass es zu inneren Blutungen kommt – ein Problem, das auch die anderen neuen Blutverdünner betreffen könnte. Rivaroxaban wurde deshalb bereits in einer eigenen – niedrigeren – Dosierung für Nierenkranke getestet. Auch Apixaban soll bei solchen Patienten nur mit Vorsicht angewandt werden.

In dem Warnschreiben für Dabigatran heißt es, vor Beginn der Therapie sei stets die Nierenfunktion zu prüfen. Doch was ist, wenn die Niere bei einem Infekt oder nach einem Unfall schwächelt? Werden Arzt und Patient bei jedem Fieber und jedem Durchfall wirklich daran denken, die Nierenfunktion zu messen? „Der vermeintliche Vorteil der neuen Medikamente – dass die Gerinnungswerte nicht regelmäßig getestet werden müssen – entpuppt sich jetzt als Nachteil“, mahnt der Berliner Kardiologe Walter Thimme, Mitherausgeber des kritischen „Arzneimittelbriefs“ und Mitglied der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft.

Boehringer Ingelheim hingegen preist das „vorteilhafte Nutzen-Risiko-Profil“ seines Produkts und betont, „alle Meldungen zu Nebenwirkungen und Todesfällen sehr ernst“ zu nehmen.

Bei alledem ist durchaus fraglich, ob die neuen Mittel in der Praxis wirklich besser wirken als der Oldtimer Marcumar. Boehringer Ingelheim etwa verglich in einer Großstudie an 18 000 Patienten alte und neue Therapie. Fazit: Die Patienten, die Dabigatran erhalten hatten, lebten zwar etwas länger, doch war der Unterschied äußerst gering. In Zahlen ausgedrückt: Die Differenz lag bei ganzen 0,49 Prozentpunkten. In der Praxis hält Thimme das für irrelevant: „Das herauszustellen ist reines Marketing.“

Das Konkurrenzprodukt Apixaban schnitt in einer großen Studie in puncto

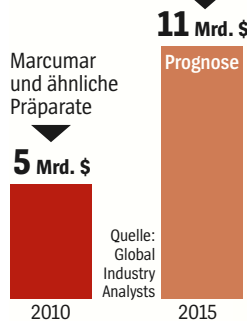
Sterblichkeit zwar etwas besser ab. Der Effekt zeigte sich jedoch vor allem in asiatisch-pazifischen Studienzentren, wo die Einstellung auf die alten Gerinnungshemmer erfahrungsgemäß schlechter klappt. In Europa ließ die Studie keinen wesentlichen Unterschied zwischen altem und neuem Medikament erkennen. Die Hersteller Bristol-Meyers-Squibb und Pfizer bestreiten diesen Zusammenhang.

Auch im Fall von Rivaroxaban kritisiert der prominente US-Kardiologe Steven Nissen, dass in der großen Zulassungsstudie die Kontrollgruppe nicht optimal eingestellt war. Nissen, der sich Anfang September im Expertengremium der Zulassungsbehörde FDA gegen Rivaroxaban aussprach, hält es nicht einmal für ausgeschlossen, dass sich die Therapie durch das neue Mittel verschlechtert: „Ich bin nicht völlig davon überzeugt, dass Rivaroxaban genauso gut ist wie die alten Gerinnungshemmer, vorausgesetzt dass diese fachkundig gegeben werden“, so Nissen. Bayer hingegen betont das „positive Nutzen-Risiko-Profil“ seines Produkts.

Kostentreiber

weltweiter Umsatz mit Gerinnungshemmern

nach Einführung der neuen
Medikamente zur Blutverdünnung



DER SPIEGEL

Körper – mit möglicherweise schlimmen Folgen: Es droht ein Schlaganfall.

Diese Sorge treibt auch den US-Kardiologen Nissen um. Besonders aber empört es ihn, dass ausgerechnet bei Rivaroxaban jede Pille eine ganze Tagesdosis enthalten soll, obwohl die Wirkung schon nach sieben bis elf Stunden nachzulassen beginnt. Auch Thimme ist überzeugt: „Für die einmal tägliche Dosierung haben die sich nur entschieden, weil das vielen Ärzten und Patienten praktischer er-

scheint. Rivaroxaban müsste eigentlich zweimal täglich gegeben werden.“

Das industriekritische „arznei-telegramm“ empfiehlt deshalb, vorerst lediglich solche Patienten mit den neuen Mitteln zu behandeln, bei denen einerseits ein besonders hohes Thromboserisiko besteht und die andererseits mit Marcumar nicht gut eingestellt werden können.

Herausgeber Wolfgang Becker-Brüser ahnt jedoch bereits, dass es dabei nicht bleiben wird: „Ich befürchte, dass am Ende doch wahnsinnig viele Patienten die neuen Mittel bekommen könnten.“

VERONIKA HACKENBROCH

Beunruhigend ist noch eine weitere Eigenheit der neuen Wirksubstanzen: Vor allem bei Rivaroxaban und Apixaban klingt die Wirkung im Vergleich zu Marcumar extrem rasch ab. Das Mittel verzeiht deshalb keine Vergesslichkeit.

Gerade bei älteren Patienten geschieht es leicht, dass die Marcumar-Tablette, statt sie zu schlucken, versehentlich auf dem Nachttisch liegen bleibt. Weil die Blutgerinnung auf die Medikation jedoch nur sehr träge reagiert, ist das nicht weiter tragisch. Anders hingegen bei den neuen Mitteln: Ohne die tägliche Ration verschwindet der Wirkstoff schnell aus dem

FUSSBALL

„Große Keule“



Der Sportwissenschaftler und Fanforscher Gunter A. Pilz, 66, über den Antrag des DFB-Kontrollausschusses, Dynamo Dresden aus dem Pokal-Wettbewerb der kommenden Saison auszuschließen

SPIEGEL: Weil Fans von Dynamo Dresden während des Pokalspiels bei Borussia Dortmund randalierten, soll der Club laut Strafantrag in der nächsten Saison nicht im DFB-Pokal starten dürfen. Was halten Sie von dieser Forderung?

Pilz: Die große Keule zu schwingen wäre nicht zielführend. Man trafe nicht ein paar Chaoten, sondern die ganze Fangemeinde. Das hätte wohl einen gegenteiligen Effekt zur Folge: Die besonnenen Fans würden sich eher mit den Randalierern solidarisieren, statt die Situation selbstkritisch zu reflektieren.

SPIEGEL: Kann man nicht mit der harten Maßnahme den Verein zwingen, seine Fans zu erziehen?

Pilz: Die Frage an die Fans muss lauten: Wollt ihr, dass es so weitergeht wie bisher – oder wollen wir gemeinsam etwas tun, um Gewalt zu verhindern? Man darf es nicht allein der Polizei überlassen, die Chaoten-Minderheit aus dem Stadion zu vertreiben. Der Club muss die Mehrheit der Fans, die vernünftigeren Anhänger, auf seine Seite bringen. Als rechtsradikale Werder-Fans mal ein Transparent ausrollten, haben die übrigen Ultras die Gruppe aus dem Block gebrüllt.

SPIEGEL: Dresden musste in den vergangenen zwei Jahren 14 Geldstrafen zahlen, weil Dynamo-Fans randaliert haben. Wie soll der DFB da auf Einsicht hoffen?

Pilz: Entscheidend ist, dass der Verein seine Fans ernst nimmt. Dazu gehört erstens, dass man auf die Bedürfnisse der Fans eingeht, dass man nach anderen Möglichkeiten sucht, Stimmung zu produzieren, als bengalische Feuer anzuzünden. Und dass man, zweitens, als Verein den Fans knallhart die Grenzen zeigt und diese auch durchsetzt.

SPIEGEL: Und warum hat das bisher nicht geklappt?

Pilz: Bei Dynamo scheint die Kommunikation gestört zu sein. Verein und Fans müssten sehr viel mehr miteinander sprechen. In Bremen hat man mit den Ultras einen Verhaltenskodex erarbeitet, es ging um die Frage, was die Fans im Stadion wollen und was sie können. Das hat den Effekt, dass alle darauf achten, die eigenen Regeln einzuhalten.



Dresden-Fans beim Spiel in Dortmund am 25. Oktober

CRICKET

Verräterische SMS

Neue Indizien weisen darauf hin, dass der Wettskandal im Cricket größer ist als bisher vermutet. Spezialisten der kanadischen Polizei konnten gelöschte Textnachrichten auf dem Handy eines vermeintlichen Buchmachers wiederherstellen. Die SMS legen nahe, dass möglicherweise ein weiterer Nationalspieler aus Pakistan vergangenes Jahr Begegnungen manipuliert hat. Zudem gibt es den Verdacht, dass bei vier anderen Matches der England-

Tour der pakistanischen Mannschaft betrogen wurde – darunter auch beim Spiel gegen Australien im Juli 2010. Am vorigen Dienstag sind in London zwei pakistanische Spieler verurteilt worden, weil sie sich nach Ansicht des



Cricketspiel Pakistan gegen Australien

Gerichts von Wettbetrügern haben bestechen lassen. Die zwei Spieler sollen bei einem Match im August vorigen Jahres gegen England im Lord's Cricket Ground absichtlich regelwidrige Würfe abgegeben haben, um die Partie so zu beeinflussen, dass die Zocker hohe Wettgewinne einfahren konnten. Die beiden sind zu einem beziehungsweise zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden. Ein dritter Spieler muss ein halbes Jahr in Haft. Wegen der neuen Hinweise will nun der Internationale Cricketverband seine Antikorruptions- und Sicherheitseinheit ermitteln lassen.



Beschuldigter Schiedsrichter Salver (r.), Kollegen Mike Pickel, Wolfgang Stark (M.): Als die Fahnder auftauchten, machte er reinen Tisch

AFFÄREN

Aktion Abseits

Die Untersuchungen gegen DFB-Schiedsrichter ziehen immer weitere Kreise, Steuerfahnder überprüfen mittlerweile rund 70 frühere und aktive Unparteiische. Die Ermittler vermuten systematischen Betrug – sie stießen auf frisierte Steuererklärungen und Schwarzgeldkonten.

Die Zielperson, auf die es die Beamten abgesehen hatten, war nicht zu Hause, dafür aber die Tochter. Mit Zustimmung der Ermittler rief das Mädchen bei seinem Vater an. Es war kein langes Telefonat. Er müsse bitte umgehend kommen. Überraschender Besuch stünde in der Tür: die Steuerfahndung.

Jan-Hendrik Salver reagierte schnell. 15 Minuten nach dem Anruf erschien der Schiedsrichter des Deutschen Fußball-Bunds (DFB) in seinem Haus im Stuttgarter Stadtteil Steckfeld. Und er war kooperationsbereit.

Salver, 42, zeigte den Fahndern vom Finanzamt Stuttgart II den Ort, wo er seine Unterlagen aufbewahrt. Und er übergab, unaufgefordert, auch einen Ordner, in dem sich unter anderem Hinweise auf ein ungewöhnliches Konto befanden – bei der Liechtensteiner LGT-Bank.

Es war der Montag vor zwei Wochen, als die Beamten bei Salver aufmarschierten. Es war kein guter Tag für das deutsche Schiedsrichterwesen.

Denn neben Salver suchten Steuerfahnder noch weitere DFB-Referees auf. Monatelang war die Aktion „Abseits“ von den Ermittlern vorbereitet worden, bereits Anfang August stand der Termin der Razzia fest: der Morgen des 24. Oktober. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, Einkünfte aus Spieleinsätzen vor allem im Ausland am Fiskus vorbeigeschleust zu haben.

Der Fall weckt Zweifel an der Integrität deutscher Schiedsrichter. Zwar versuchte der DFB, in dessen Frankfurter Zentrale die Ermittler ebenfalls Unterlagen einsammelten, in den Tagen danach den Vorgang herunterzuspielen. „Ich gehe davon aus, dass bei den allermeisten Fällen eher wenig oder überhaupt nichts herauskommen wird“, erklärte Präsident Theo Zwanziger. Tatsächlich weitet sich die Affäre immer weiter aus.

Als die Aktion „Abseits“ vergangene Woche anlief, richteten sich die Untersuchungen gegen 21 Unparteiische, darunter die Erstliga-Referees Felix Brych aus München und Markus Schmidt aus Stuttgart. Mittlerweile überprüfen die Behörden sämtliche Schiedsrichter, die in „den letzten zehn bis zwölf Jahren“ vom DFB international eingesetzt worden sind. Es handelt sich um einen Kreis von rund 70 Personen.

Von Kavaliärsdelikten könne nicht die Rede sein, heißt es aus Kreisen der Ermittler. Vielmehr müsse „von einem System ausgegangen werden“, so steht es in einer Notiz der Fahnder. Manche der Beschuldigten sollen über 100 000 Euro an Einnahmen verschwiegen haben, vor allem für die Leitung internationaler Spiele. Die Honorare wurden demnach von der Fifa und der Uefa auch auf Konten im Ausland überwiesen, im Falle der Fifa häufig in der Schweiz und in Liechtenstein. Auch soll ein Steuerberater aus Bay-



DFB-Präsident Zwanziger: Beunruhigt angesichts ständig neuer Enthüllungen

ern, ein ehemaliger Erstliga-Schiedsrichter, mit frisierten Steuererklärungen bei Trickserien geholfen haben.

Was rollt da auf den Deutschen Fußball-Bund zu? Je tiefer die Ermittler in der Schiedsrichterszene schürfen, desto mehr legen sie das Bild einer fragwürdigen Gesellschaft frei.

Der Job des Unparteiischen ist manchmal undankbar. Wenn Zehntausende Fans im Stadion ihre Wut über Entscheidungen herausbrüllen, wenn es Beschimpfungen hagelt, wenn Bierbecher fliegen. Und wenn hinterher die Fernsehsender jeden Fehler sezieren.

Der Job des Schiedsrichters hat aber auch seinen Reiz. Bis zu 5800 Euro verdienen die Besten pro Einsatz. Wer es in der Rangordnung des DFB zum Fifa-Schiedsrichter gebracht hat, lernt zudem die Welt kennen.

Deutsche Schiedsrichter sind beliebt im Ausland. Sie gelten als kompetent, konsequent und unbestechlich. Deutsche Referees pfeifen Spiele in der saudi-arabischen Premier League, der Stars League in Katar oder in der J-League in Japan. Sie werden gebucht für wichtige Meisterschaftsspiele in Rumänien, Moldau oder Aserbaidschan, in Ländern also, wo man wenig Vertrauen in die eigenen Leute hat. Und immer gibt es gutes Geld zu verdienen.

Auch der Stuttgarter Schiedsrichter Salver kam viel herum. Seinen bisherigen Karrierehöhepunkt erlebte der Schwabe bei der Europameisterschaft 2004 in Portugal, wo er als Linienrichter von Markus Merk im Finale an der Seite stand. 2008 assistierte Salver bei Partien der Olympischen Spiele in Peking. Erst vorigen Mittwoch hatte er wieder einen schönen Ein-

satz, im Giuseppe-Meazza-Stadion in Mailand, beim Champions-League-Spiel zwischen Inter und dem OSC Lille.

Insgesamt hatte Salver als Referee bislang über 450 Einsätze, mehr als 100 davon im Ausland. Wie viel Geld er damit verdiente, legte er dem Finanzamt nie vollständig offen. Erst am vorvergangenen Montag, als die Steuerfahnder auftauchten, machte er reinen Tisch.

Salver hatte offenkundig ein Schwarzgeldkonto bei der Liechtensteiner LGT-Bank. Mehr als 50 000 Euro hatte die Fifa ihm seit 2006 dorthin überwiesen: für Einsätze bei Spielen der Fußball-WM 2006 in Deutschland, bei zwei Junioren-Weltmeisterschaften in Kanada und in Nigeria sowie bei den Olympischen Sommerspielen in Peking.

Ein Einzelfall? Wohl nicht. Eher ein gängiges Modell.

Auch die Uefa überweist Honorare für deutsche Schiedsrichter auf Konten im Ausland. Es gebe „kein Reglement der Uefa“, welches festlege, dass Schiedsrichter ihre Gage nur auf Konten in ihren Heimatländern überwiesen bekommen dürften, heißt es in der Uefa-Zentrale im Schweizer Nyon. Ein Sprecher der Fifa betont, dass jeder, der für den Weltverband arbeite, „für die eigene Steuererklärung verantwortlich“ sei.

Deutsche Ermittler werten diese Praxis bei Fifa und Uefa als „Verstoß gegen die eigenen Ethik-Regeln“. Beide Verbände müssten „wissen, dass sie bei Auszahlungen auf ausländische Konten gegen eigene Vorschriften verstoßen und Beihilfe zur Steuerhinterziehung leisten können“.

Fifa und Uefa widersprechen dieser Deutung. Die Uefa betont, dass allen

Schiedsrichtern „sehr deutlich gemacht worden“ sei, dass sie ihre Einnahmen im jeweiligen Heimatland „gemäß der dort geltenden Gesetze zu versteuern haben“. Die Fifa argumentiert, es sei „nicht verboten, als Ausländer ein Bankkonto in der Schweiz zu führen“.

Die Spitzenleute des DFB dürften angesichts immer neuer Enthüllungen beunruhigt sein. Von einem regelrechten Netzwerk zur Steuerhinterziehung gehen die Fahnder offenbar aus. Und eine der Schlüsselfiguren, so steht es in den Akten, sehen sie in dem früheren DFB-Schiedsrichter Winfried Buchhart, der bis 1999 Spiele in der Bundesliga pfiff.



Referee Buchhart *
„Ordnung in den Büchern“

Buchhart, 53, ist Inhaber der Schrobenshausener Treuhand GmbH, eines Steuerbüros in der berühmten Spargel-Region zwischen Augsburg und Ingolstadt. Mindestens sechs der Schiedsrichter, die die Ermittler der Steuerhinterziehung bezichtigen, werden von Buchharts Kanzlei vertreten, auch die Stuttgarter Schiedsrichter Salver und Schmidt. Fahnder des Finanzamts Augsburg-Stadt gehen davon aus, dass die Treuhand GmbH Steuererklärungen der Referees fast schon routinemäßig mit erfundenen Kosten für Dienstfahrten, Bewirtung, Rechtsberatung oder Geschenke manipulierte, um so die Steuerbelastung ihrer Mandantschaft zu senken. Weder Salver noch Schmidt äußerten sich auf Fragen zu den Vorwürfen.

Auch Buchhart kommentierte die Anschuldigungen nicht, „aus Gründen des Steuergeheimnisses“, wie er sagte. Er beantwortete auch die Frage nicht, ob er seinem Mandanten Salver geraten hatte, sich jahrelang Geld von der Fifa auf ein Konto bei der Liechtensteiner LGT-Bank

überweisen zu lassen – und diese Einkünfte vor dem deutschen Fiskus zu verbergen.

Steuerfachmann Buchhart ist ein hochrangiger Fußballfunktionär. Er sitzt im Vorstand des Bayerischen Fußball-Verbands (BFV), wo er nach eigener Darstellung „für Ordnung in den Büchern sorgt“ – die Vereine des BFV haben ihn zum Wirtschaftsprüfer des Verbandes gewählt.

Was kommt da noch? Sicher ist schon jetzt, dass manche Funktionäre beim Deutschen Fußball Bund jenen Mann verfluchen werden, der die ganze Affäre ins Rollen gebracht hat.

Manfred Amerell war lange Schiedsrichterbosse im DFB. Vor knapp zwei Jahren verlor der streitbare Bayer wegen angeblicher sexueller Belästigung des jungen Referees Michael Kempfer seinen Posten. Seither führt Amerell einen Feldzug gegen den Verband und gegen Kempfer, weil er sich verleumdet und verraten fühlt.

Als ehemaliger ranghöchster Schiedsrichter in Süddeutschland weiß Amerell, was in der Szene läuft. Im März erstattete er bei der Steuerfahndungsstelle in Augsburg Strafanzeige gegen ehemalige Kollegen wegen des Verdachts diverser Steuerunregelmäßigkeiten. So brachte er die Fahnder auf die Spur. In den Wochen darauf belieferte Amerell die Beamten mit immer neuen Fakten und Daten, fast jede Woche erschien er in der Behörde, um neue Erkenntnisse vorzulegen.

Beinahe obsessiv verfolgte Amerell dabei die Steuersache Kempfer. Als Ermittler vorvergangenen Montag das Anwesen des jungen Schiedsrichters im baden-württembergischen Sauldorf aufsuchten, war Amerell bereits vor Ort. Doch die Beamten betraten das Haus nicht, sie nahmen auch keine Unterlagen mit.

Amerell ist ein Gegner, wie man ihn sich nicht wünscht. Er ist sehr wütend, er ist penibel – und er hat ein Elefantengedächtnis.

So hat Amerell auch manche Begegnungen mit dem Linienrichter Salver nicht vergessen. Etwa jene im Januar 2009 beim Neujahrsempfang der Schiedsrichter-Gruppe Stuttgart. Amerell hatte dort einen Vortrag gehalten. Danach sei Salver auf ihn zugekommen und habe ihm 300 Euro als Honorar offeriert, angeblich bar – und ohne Beleg.

Auch diese Petitesse brachte Amerell im Juni der Steuerfahndungsstelle Augsburg in einem einseitigen Schreiben mit „Betreff: Jan-Hendrik Salver“ zur Kenntnis. Der Bericht endete mit dem Satz: „Sollte dieser Vorgang strafrechtlich relevant sein, wird hiermit Anzeige gegen Herrn Salver erstattet.“

RAFAEL BUSCHMANN, GERHARD PFEIL,
MICHAEL WULZINGER

* Mit dem Fußballprofi Ciriaco Sforza beim Spiel 1. FC Kaiserslautern gegen den HSV im September 1999.

FUSSBALL

Reich im Herzen

Jean-Marc Bosman hat vor 16 Jahren ein Urteil erstritten, das eine Generation von Spielern zu Millionären gemacht hat. Er selbst lebt heute von Sozialhilfe.

Der Mann, der unzählige Fußballer unfassbar reich gemacht hat und dem es ihre Berater zu verdanken haben, dass sie sündhafte Honorare fordern können, dieser Mann bettelt um ein Essen.

Wenn man schon nicht bereit ist, ihn für ein Interview zu bezahlen, dann soll man ihn doch wenigstens ins Restaurant einladen. Und so geht es in Lüttich zum Italiener. Jean-Marc Bosman bestellt Mineralwasser und Fisch. Fisch isst er selten, den kann er sich nicht leisten.

In einem anderen, seinem ersten Leben war Bosman belgischer Junioren-Nationalspieler, und er spielte im Europapokal, im Mittelfeld, „ich war eine klassische Nummer zehn“, sagt er. Heute, in seinem zweiten Leben, mit 47 Jahren, lebt er von Sozialhilfe, 752 Euro im Monat, Heizkosten inklusive.

Es ist knapp 16 Jahre her, da stellte er das europäische Sportrecht auf den Kopf. Ohne ihn würde Wayne Rooney in Manchester wohl keine 180 000 Euro pro Woche verdienen, hätte der Portugiese Cristiano Ronaldo vielleicht nie bei Real Madrid spielen können. Nun sitzt Jean-Marc Bosman vor einer Seezunge Müllerin-Art, die er so behutsam zerlegt, als suchte er nach der Todesursache.

Zu seinen Füßen liegt eine Plastiktüte, darin ein blauer Aktenordner mit Briefen, Faxen, Fotokopien, Prozessunterlagen. Die Papiere, sie sind sein Schicksal.

„Alle profitieren von mir. Von meinem Kampf. Nur ich, ich habe nichts davon“, sagt er. „Als hätte ich jemandem die richtigen Lottozahlen verraten, aber dann werde ich nicht am Gewinn beteiligt.“

Sein Körper war früher, als er noch gespielt hat, schlank und durchtrainiert, jetzt ist sein Gesicht regungslos und füllig, und die Augen gucken müde. Bosman hat sich aufgerieben bei seinem Ringen um Recht und Gerechtigkeit.

„Ich bin durch die Hölle gegangen, ich habe an Selbstmord gedacht.“ Er ist zweimal geschieden, er hat zu viel getrunken und nimmt jeden Tag eine Tablette gegen Depressionen.

Jean-Marc Bosman ist ein Verlierer, so sieht er das, obwohl er eigentlich ein Gewinner sein müsste.

Als er am 8. August 1990 vor Gericht zog, ahnte er noch nicht, wohin ihn dieser Schritt später führen würde. Er klagte damals, weil sein Verein, Royal FC Lüttich,

ihm die Freigabe verweigert hatte, nach Frankreich zu wechseln, zu USL Dunkirchen in die zweite Liga. Es fing klein an, vor dem Tribunal de première instance in Lüttich, aber der Fall entwickelte sich wie eine Welle im Fußballstadion; wenn sie einmal rollt, dann rollt sie.

Gut fünf Jahre später, am 15. Dezember 1995, stellte der Europäische Gerichtshof in Luxemburg das Transfersystem auf den Kopf. Er schaffte die Ablösesummen für Spieler ab, deren Verträge ausgelaufen sind. Und erklärte Klauseln für ungültig, wonach nur eine bestimmte Zahl von Ausländern in einer Mannschaft ein-

gesetzt werden dürfen. In der EU galt plötzlich auch im Fußball das Recht, sich seinen Arbeitsplatz frei zu suchen.

Als das Urteil verlesen wurde, war Bosman arbeitslos und hauste in der Garage seiner Eltern, mit Teppich, Schrank und Fernseher. Er dachte, jetzt stehe ihm endlich die Fußballwelt offen, aber eine Hoffnung nach der anderen zerbrach.

„Kein Verein wollte mich haben.“ Bosman klingt seltsam mechanisch, wenn er spricht, manchmal streicht er sich über den kahlen Kopf, er sagt: „Ich galt als Verbrecher. Als derjenige, der den Fußball zerstört hat.“

Das Urteil lag auf ihm wie ein Schatten. Er dachte anfangs noch, er könne ihn vertreiben, doch der Schatten vertrieb ihn. Bosman war ein Revolutionär und wurde ein Geächteter.

Das Bosman-Urteil. Seitdem wächst die Macht der Spieler, es explodieren die Gehälter und Handgelder, weil die Profis die Möglichkeit besitzen, am Ende des Vertrags die bestmöglichen Konditionen für sich auszuhandeln. Geld, das vorher im Kreislauf der Vereine zirkulierte, lan-



Großverdiener Ronaldo, Sozialhilfeempfänger Bosman: „Alles mein Verdienst“

ALTERPHOTOS / ACTION PRESS (O.); ERIC HERCHART / LAIF / DER SPIEGEL (U.)

det nun auch bei den Spielern. In der Folge wurde der Markt offener, der Fußball globaler, wurden die Profis mobiler.

Bosman fängt an, in seinen Unterlagen zu blättern, er präsentiert Briefe von Fifa-Chef Joseph Blatter, „Bla-Bla-Blatter“, sagt er, zeigt Schreiben von der internationalen Spielergewerkschaft Fifpro vor und von seinen Anwälten. „Es ist alles mein Verdienst. Hier steht es drin.“

Für ihn sind die Akten der Beleg dafür, dass er einen Solidaritätsbeitrag verdient hat, dass es eine Art Bosman-Fonds geben müsste, um die Reste seines Daseins als Idol zu retten: „Wenn ich für jeden Transfer einen Euro bekäme. Das wäre fair.“

Einer seiner Anwälte war Jean-Louis Dupont, der Freund einer Nachbarstochter; ein eher unbekannter Jurist, als Bosman ihn um Hilfe bat. Dupont arbeitet nun für eine Kanzlei in Spanien, zu seinen Klienten zählten José Mourinho und Fenerbahçe Istanbul, zurzeit berät er den FC Sion, der im Rechtsstreit mit der Uefa liegt.

„Dupont hat auf meinem Rücken Karriere gemacht“, sagt Bosman. „Ich hätte ihm nie eine Vollmacht erteilen dürfen. Er hat zu wenig für mich getan.“

Jean-Marc Bosman fühlt sich als Opfer, aber das ist er nicht, jedenfalls nicht nur. Warum sollte ihm jemand Geld geben? Er hat kein Patent angemeldet, sondern einen Prozess gewonnen. Er kann sich nicht damit abfinden, dass es vorbei ist. Stattdessen klammert er sich an seine Akten wie an einen Rettungsschirm.

Bosman erhielt Schadensersatz vom belgischen Verband, knapp 400 000 Euro. Die Fifpro unterstützte ihn mit 300 000 Euro, in Barcelona fand ein Benefizspiel zu seinen Gunsten statt, und ein französischer Fernsehsender zahlte 200 000 Euro für einen Dokumentarfilm.

Es gab auch ein paar Profis, die ihm Geld spendeten. Die niederländische Nationalmannschaft spendierte nach einem Spiel gegen Belgien die Einsatzprämien, und Mark van Bommel, der nach dem Bosman-Urteil von Sittard nach Eindhoven und dann nach Barcelona wechselte, schickte eine vierstellige Summe und schrieb: Wenn er mal zu den Bayern komme, dann dank ihm. 2006 war es so weit, van Bommel ging nach München. „Warum haben das nicht viel mehr Spieler so gemacht wie Mark?“, fragt Bosman.

Er versteht es einfach nicht. Bosman ist ein Fass ohne Boden, in das immer ein anderer etwas reinschütten soll.

Er hat ungefähr eine Million Euro bekommen, aber das Geld ist weg. Er musste seine Anwälte bezahlen, und die waren teuer. Er hat zwei Häuser gekauft, einen Porsche 911 Carrera 4S und einen BMW Z4 Roadster. „Ich wollte den Leuten zeigen, dass ich etwas wert bin“, sagt Bosman.

Dabei saß er zu Hause und hatte nichts zu tun. Zwei Ehen gingen in die Brüche, er griff zur Flasche, „ohne Alkohol zitterten meine Hände“, sagt er und macht vor, wie das aussah. „Nach zwei Gläsern Wein oder Bier war das weg.“ Erst als seine Leberwerte bedrohlich waren, ließ sich Bosman behandeln, er entzog mit Valium. Seit Dezember 2007 sei er trocken, sagt er.

Vor vier Jahren meldete sich plötzlich das Finanzamt, er musste Steuern nachzahlen; 100 000 Euro, weil er Einkünfte als Spenden deklariert hatte. Bosman verkaufte ein Haus wieder und stotterte jeden Monat 2000 Euro ab.

Er wollte T-Shirts verkaufen, auf denen sein Name stand, das Stück zu 80

Euro; er dachte, man werde sich an ihn erinnern. Als ob die Generation Özil wüsste, wer Jean-Marc Bosman ist. Er blieb auf den T-Shirts sitzen. Bosman hätte als Nachwuchstrainer bei Standard Lüttich anfangen können, aber er hat abgelehnt. Vorgangene Woche habe man ihm einen Job als Fensterputzer angeboten, erzählt er. Bosman zuckt mit den Schultern, schüttelt den Kopf. Auch abgelehnt.

Er hat eine Freundin, die beiden haben zwei kleine Söhne. Bosman aber

wohnt allein in seinem Haus, in Villers-l'Évêque, 15 Kilometer außerhalb von Lüttich, brauner Klinker, gepflegter Vorgarten. Das Haus ist das Letzte, was ihm geblieben ist. Seine Freundin kriegte auch Sozialhilfe, würden sie zusammenwohnen, bekäme das Paar weniger Stütze.

In der Vergangenheit habe er manchmal über das Schweigegeld nachgedacht, das ihm die Uefa damals über Mittelsmänner angeboten habe. Gut eine Million Euro für den Fall, dass er seine Klage zurückziehe. „Ich bin nicht reich“, sagt er, „aber reich im Herzen.“

Jean-Marc Bosman spielt keinen Fußball mehr, er hat eine künstliche Hüfte, hin und wieder stemmt er Gewichte. Er sagt, die Spielergewerkschaft habe ihm gerade versprochen, ihn noch einmal drei Jahre lang zu unterstützen, er bekomme insgesamt 75 000 Euro, es müsse aber erst eine Stiftung gegründet werden.

Und was, wenn die Zeit rum ist?

„Ich weiß nicht“, sagt Bosman. „Aber es wird sich schon was ergeben.“

MAIK GROSSEKATHÖFER



Kläger Bosman (r.)*

„Zu wenig für mich getan“

* Mit seinem Anwalt Jean-Louis Dupont beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg 1995.

ZDF

Pilawa wirbt ohne Honorar

Das ZDF hat einen Nachfolger für Thomas Gottschalk gefunden – zumindest in seiner Rolle als Werbebotschafter der „Aktion Mensch“: Jörg Pilawa wird ab Januar das neue Gesicht der Soziallotterie. Die Sender Spitze in Mainz verbindet die Personalie mit einer politischen Botschaft: Der Neue wird für sein Engagement kein Honorar erhalten. So etwas sei nicht mehr vermittelbar, heißt es im ZDF. Allerdings könnte Pilawas Firma die Sendungen produzieren, was jedoch nur ein geringes Budget ausmache. Der Sender zieht damit auch Konsequenzen aus der öffentlichen Kritik an der ARD-Lotterie „Ein Platz an der Sonne“. Der SPIEGEL hatte Anfang des Jahres enthüllt, dass Moderatorin Monica Liehhaus als Botschafterin und Werbegesicht der Aktion jährlich 450 000 Euro Honorar bekommt. Pilawa war erst vor einem Jahr von der ARD zum Zweiten gewechselt. Dort war er unter anderem als neuer Moderator von „Wetten, dass ...?“ gehandelt worden, hatte aber öffentlich abgesagt.



Moderator Pilawa

MAX KOHR

NIGGEMEIERS MEDIENLEXIKON

Frei|heits|falle,

die; 1.) Gefahr, jeden Unsinn als Buch zu veröffentlichen, wenn man die Möglichkeit hat, jeden Unsinn als Buch zu veröffentlichen; 2.) Buch des Axel-Springer-Verlagschefs Mathias Döpfner

Als Mathias Döpfner im Sommer 2007 George W. Bush im Weißen Haus traf, rutschte ihm die Hand aus. Beim Abschied landeten nur seine Fingerspitzen im Händedruck des US-Präsidenten. „Ein Sekundenbruchteil Peinlichkeit“, schreibt Döpfner. Aber dann habe Bush gemeint, das könnten sie besser, sie hätten den Händedruck wiederholt, und schließlich habe er noch gesagt: Danke, dass Sie sich die Zeit genommen haben. Bush sagte das, schreibt Döpfner, nicht Döpfner! Das Buch, in dem der Vorstandsvorsitzende der Axel Springer AG diese Szene beschreibt, ist dennoch vorgeblich

kein Buch über die Eitelkeit oder die Gefahr, das rhetorische Charmieren eines Profis beim Wort zu nehmen. Es geht angeblich um die Freiheit, wobei die Definition zu sein scheint, dass „Freiheit“ alles ist, was im Wörterbuch zwischen „freihändig“ und „Freikarte“ steht oder sich von dort aus durch eine Assoziationskette aus maximal vier Gliedern erreichen lässt. Döpfner schreibt, wie er 1983 darauf bestand, dass ein Artikel von ihm ungekürzt in der „FAZ“ erschien – „ich wollte die Freiheit durchsetzen wie ein trotziges Kind seinen Willen“. Heute lasse er es zu, dass in den Blättern seines Hauses Dinge erscheinen, die ihm nicht gefallen (dies ist seine Gelegenheit, das für jede Freiheits-Diskussion obligatorische Rosa-Luxemburg-Zitat im Buch unterzubringen). Und neulich habe er sogar ein „gepflegtes bürgerliches Abendessen“ gesprengt, in-

dem er „den Namen des Leibhaftigen aussprach“ und George W. Bush lobte. Zwischendurch erklärt er, warum Künstler und Unternehmer sich schon seit Urzeiten so ähnlich sind: Weil beide etwa, wenn sie nach langer Seefahrt zu einer Insel mit „besonders dicken Kokosnüssen“ und „sehr großen Bananen“ kamen, nicht blieben, sondern weiterreisten auf der Suche nach noch dickeren Kokosnüssen und noch größeren Bananen. „Die Eroberer unter den Künstlern und Unternehmern

sitzen im selben Boot“, schreibt Döpfner. Dass das auch für die Eroberer unter den Fleischfachverkäuferinnen und den Vegetariern gilt, ficht ihn sicher nicht an.

Döpfner ist in eine ganz eigene Freiheitsfalle getappt. Mehr als über Freiheit lernt man in seinem Buch über die Korruption der eigenen Qualitätsfilter durch Macht.



TV-SHOWS

Der Harmlose

Günther Jauch ist der prominenteste Moderator des deutschen Fernsehens. Doch seine Methode stößt in seiner sonntäglichen Talk-Sendung an Grenzen: Er möchte niemandem weh tun – und kann es wohl auch nicht. *Von Stefan Niggemeier*

Der Abspann lief schon, aber das Mikrofon von Günther Jauch war noch nicht ganz heruntergedreht. Eine Stunde hatte er gerade in seiner Talkshow mit Bundeskanzlerin Angela Merkel gesprochen. „So“, sagte sie, während das Publikum applaudierte. „Danke schön“, sagte er, verneigte sich und schüttelte ihre Hand. Wer genau hinhörte, konnte durch die Titelmusik den Satz errahnen: Hat auch nicht so weh getan, oder?

Das sollte seine Sorge nicht sein.

Das sollte nicht die Sorge des Mannes sein, der gerade die Gelegenheit und die Aufgabe hatte, von der Bundeskanzlerin öffentlich Rechenschaft zu fordern.

Jauch ist der vielleicht prominenteste Moderator im deutschen Fernsehen. Seine Talkshow läuft auf dem dafür prominentesten Platz im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Die Bühne ist gewaltig; die Kuppel über dem Raum kann man als Symbol dafür lesen, dass „Günther Jauch“ in der Tradition seiner Vorgängersendungen als zentraler Ort der medialen Debatte über Politik wahrgenommen werden will. „Ersatzparlament“ hat man das früher genannt.

Jauch ist kein gewählter Volksvertreter, dem die Regierungschefin Rede und Antwort stehen muss, und natürlich ist er doch genau das. Anders als bei seinen Vorgängerinnen Anne Will und Sabine Christiansen folgt das sogar nicht nur aus seiner Rolle als Moderator dieser Talkshow. Es ergibt sich auch aus seiner Popularität, die darauf beruht: Er wird als jemand wahrgenommen, der an hervorgehobener Stelle stellvertretend für den normalen Bürger zu reden und zu fragen weiß.

Er sitzt dort am Sonntagabend in der ARD, um – für uns – die Kanzlerin dazu zu bringen, sich und ihre Entscheidungen zu erklären. Die Frage, ob das für sie ein bisschen unangenehm sein könnte, sollte ihn dabei nicht umtreiben.

Man könnte die Nachfrage bei Merkel als nette Plauderfloskel abtun, wenn der Satz nicht das Unbehagen beim Anschauen der Sendung so genau auf den Punkt brächte: Günther Jauch möchte niemandem weh tun.

Das ist auch nicht seine Art. Das ist aber ein Problem.



Talk-Gast Merkel, -Moderator Jauch: In einen dickgepolsterten Schutzmantel der Uneigentlichkeit

Bevor er es wagt, einige Minuten lang eine konsequente Gegenposition zu Angela Merkel einzunehmen, schlüpft er in einen dickgepolsterten Schutzmantel der Uneigentlichkeit: „Ich würd gerne bei uns auch so einen kleinen Laborversuch machen“, sagt er. „Ich bin Euro-Skeptiker, also ich schlüpf jetzt in diese Rolle, ich bin Zweifler, ich bin Abweichler, und Sie sind die Bundeskanzlerin, Sie erklären mir das, wir sind ganz offen miteinander, und wenn wir irgendwas nicht kapieren, fallen wir uns auch gern gegenseitig ins Wort.“

Ungeschützt traut er sich diese Konfrontation nicht zu. Dabei ist diese Konfrontation eine Selbstverständlichkeit. Sie dient der Klarheit.

Günther Jauch hat eine brauchbare Analogie formuliert, um die Qualität von Moderationen einer Talkshow zu beschreiben. Dem „Zeit-Magazin“ sagte er vor zwei Jahren: „Ich sitze oft vor dem Fernseher und denke: So, jetzt hat sie oder er den Politiker! Der Ball liegt vor dem leeren Tor, man muss ihn nur noch reinschieben. Aber was passiert? Die Kol-

legen stoppen den Ball und laufen mit ihm in die andere Richtung.“

Es ist immer leichter, das vom Tribünenplatz zu analysieren, als es auf dem Spielfeld selbst besser zu machen. Und doch ist es erstaunlich, wie oft Jauch in den ersten acht Wochen seiner neuen Aufgabe den Ball nicht nur gestoppt, sondern verdribbelt, ins Aus gespielt, im eigenen Tor versenkt hat – und gelegentlich sogar in die Hand genommen, um erst mal allen zu zeigen, was für niedliche Muster da draufgedruckt sind.

Als Hilmar Kopper, der frühere Vorstandssprecher der Deutschen Bank, sagt, wenn man nicht wolle, dass die Banken irgendwelche dubiosen Produkte verkaufen, solle man sie verbieten, „wir warten nur auf ein Gesetz“ – da konfrontiert Jauch mit diesem erstaunlichen Wunsch nicht den FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle, sondern den Grünen Jürgen Trittin, der dazu eigentlich nur nicken kann.

Als Altkanzler Helmut Schmidt meint, dass man China doch nicht mit Forderungen nach mehr Demokratie behelligen solle, und sich sogar in die skandalöse Formulierung versteigt: „Die haben das Recht, nach ihrer eigenen Façon selig zu werden“ (Applaus im Publikum) – da kommt Jauch nicht auf die Idee zu fragen, ob nicht genau das der Wunsch vieler Chinesen sei, den ihr Staat ihnen verwehrt.

Und als Peer Steinbrück erklärt, die SPD habe „kein Interesse“, jetzt die Kanzlerkandidatenfrage zu stellen – da weist Jauch ihn nicht einmal sachte auf die Ironie hin, dass er es ist, der diese Frage stellen lässt, nicht zuletzt in diesem Moment, in dieser Sendung, wenn er ein Buch bewirbt, in dem er sich von Helmut Schmidt das Siegel „kanzlerauglich“ abholt.

Wie gesagt: Vielleicht lernt er es noch. Aber es wird allmählich Zeit, denn wenn Jauch doch mal riskiert, die Behaglichkeit zu stören, wird es bisher oft pampiger Populismus: Angela Merkel erinnert an den Amtseid, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, und aus Jauch platzt es heraus: „Vom deutschen Volk und nicht von der EU“ (Applaus im Publikum).

Einiges, was in der Sendung spannt und kneift, mag Ausdruck davon sein, dass Jauch die Show, die seinen Namen trägt, noch nicht eingetragen hat. Den Experten, der gerade das Prinzip der Credit Default Swaps erläutert hat, fragt er: „Würde eine Finanztransaktionssteuer helfen?“ – „Nicht zwingend.“ – „Aber diese Steuer wird immer wieder erwähnt, und damit man einfach mal versteht, worum's da geht, versuchen wir, Ihnen das in einer Minute zu erklären“, Film ab.

Ein andermal zeigt er einen Einspielfilm, in dem der Generationenvertrag erklärt wird, aber bevor er eine Diskussion darüber führen lässt, fragt er die Teilneh-



CLEMENS BILAN / DAPD

geschlüpft

mer in der Runde, um wie viel jünger sie sich fühlen, als sie sind.

Die Redaktion hat ohnehin einen bestürzenden Hang zum Läppischen, der sich nicht allein durch den Versuch erklären lässt, die Sendung aufzulockern. Sie hat einen modernen Rollator ins Studio gestellt, der sich heute zehntausendfach verkauft, um zu zeigen, woran man sieht, „dass diese Republik älter wird“. Die Kanzlerin wird von Jauch als Erstes gefragt, ob sie ein glücklicher Mensch sei. Beim früheren Wirtschaftsminister Brüderle erkundigt er sich zunächst: „Haben Sie das Gefühl, dass Sie die Banken auch mal so richtig rangenommen haben, oder war das mehr Schonwaschgang?“

Und manchmal scheint es, als wollte Jauch nicht nur niemandem weh tun, sondern könnte es auch nicht.

Wenn es politisch ans Eingemachte geht, um komplexe Themen wie die Finanzpolitik, macht er keine gute Figur, und das auch im Wortsinne: Verknotet und sichtbar unbehaglich sitzt er da, und wann immer die Kamera ihn einfängt, schaut er gerade hilfeschend in seine Karten. Gelegentlich sitzt er wie ein Neffe von Opa Hoppenstedt zwischen den Polit- und Talkshow-Profis. An den Ball lassen ihn die anderen oft gar nicht erst ran.

Dass er nicht als Teil des politischen Spielbetriebs wahrgenommen wird, ist eine seiner Stärken, aber er müsste dessen Regeln beherrschen und genau wissen, worum gerade gespielt wird.

Manchmal reicht eine Nachfrage, um ihn aus dem Tritt zu bringen. Als er von Hilmar Kopper wissen will, wer denn jetzt schuld an der Krise sei, erwidert der: „Von welcher Krise reden wir jetzt? Die alte oder jetzt die neue?“ Nach einer schmerzhaften Sekunde des Schweigens rettet sich Jauch in ein: „Sowohl als auch.“ Später versucht er die Flucht auf vertrautes Terrain: „Ich möchte noch mal zurückgehen auf den normalen Kunden, der bei 'ner Bank ein Konto hat ...“

Natürlich muss Jauch seine Form in diesem für ihn neuen Genre noch finden, natürlich wird er eine Routine entwickeln. Aber das Problem, das zumindest in den ersten Ausgaben seiner Sendung deutlich wurde, ist fundamental: Jauchs Methode stößt hier an Grenzen.

Er ist sympathisch, zugänglich und neugierig. Er lässt es menscheln, und das ist ja nicht nur ein Fluch, sondern auch eine große Kunst: jemanden wie Angela Merkel dazu zu bringen, für einige Momente die Maske fallen zu lassen. Das ist nur vielleicht nicht die wichtigste Aufgabe einer Talkshow wie seiner in Zeiten wie diesen.

Jauch fragt aus der Position eines etwas naiven, aber gewitzten und lebensklugen Laien und fordert: Ich versteh das nicht, erklär mir das! Er repräsentiert trotz seiner Prominenz den kleinen Bürger, der die großen, abgehobenen Politiker mit

der Lebenswirklichkeit konfrontiert. Er tippt ihnen von unten ans Knie und ruft: „Nee, immer noch nicht kapiert.“

Das reicht nicht mehr. Es hilft nicht, um Themen wie die Schuldenkrise zu durchdringen und verständlich zu machen. Es genügt nicht, um die Entscheidungen und Positionen der Mächtigen ernsthaft und wirkungsvoll hinterfragen zu können (wenn wir jetzt überoptimistisch unterstellen, dass das gewollt ist).

Es müsste jemand da sitzen, der ausstrahlt: „Jawohl, Frau Merkel, das habe ich verstanden, und weil ich es verstanden habe, möchte ich Sie mit folgenden Einwänden konfrontieren.“ Jemand, der weiß, wo es weh tut, und dorthin geht.

Es wäre falsch zu sagen, dass es „Günther Jauch“ nicht gelingt, brisant zu sein. Es gelingt „Günther Jauch“ aktiv, nicht brisant zu sein. Das Erste, was Günther Jauch von Helmut Schmidt wissen will: Wie gravierend ist die aktuelle Krise, wenn er seine fast einhundert Lebensjahre Revue passieren lasse – im Vergleich

Jauch hat kein Interesse daran, etwas grundsätzlich in Frage zu stellen.

mit ein, zwei Weltkriegen sieht so ein Wirtschafts-drama doch gleich viel weniger bedrohlich aus.

Mag sein, dass das Publikum, das seit fast 14 Jahren vielleicht aus einem fehlgeleiteten Gefühl staatsbürgerlicher Pflicht nach dem „Tatort“ noch eine Stunde drableibt, nicht aufgerüttelt werden will. Vielleicht will es angesichts des ganzen beunruhigenden Gerüttels da draußen in der Welt bewusst ein Talk-Ritual als Beruhigungsmittel. Aber das wird nicht gutgehen. Dass der Widerstand, wie er sich in der Occupy-Bewegung formiert, sich nicht nur gegen die Banken richten könnte, sondern auch gegen die Zahnlosigkeit der Medien, gegen die Kuschel- und Beschwichtigungsroutinen einer Institution wie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, scheint hier undenkbar. Dabei ist Jauch dafür ein Paradebeispiel.

Jauch hat kein Interesse daran, etwas grundsätzlich in Frage zu stellen. Alles Anarchische ist ihm fremd, im Kleinen wie im Großen.

Gelegentlich liest er mit großem Ernst Zuschriften von Zuschauern vor wie den Hinweis eines Mannes, man müsse die Frau Merkel doch auch mal loben für ihre Konstanz: „Fragen Sie doch mal zwei Wirtschaftsexperten, und Sie bekommen drei Meinungen.“ Diese Kapitulation vor einem gemeinschaftlichen Versuch, zu verstehen und im Streit die beste Lösung zu finden, steht dank Jauch und seiner Redaktion stolz am Ende einer einstündigen Gesprächssendung mit der Kanzlerin.

Hat auch nicht so weh getan, oder? – Nein, ihr nicht. ♦

Impressum

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · **Facebook** www.facebook.com/DerSpiegel · **SPIEGEL ONLINE** www.spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTEURE Georg Mascolo (V. i. S. d. P.),
Matthias Müller von Blumencron

STELLV. CHEFREDAKTEURE Klaus Brinkbäumer, Dr. Martin Doerry

DEUTSCHE POLITIK · HAUPTSTADTBÜRO Leitung: Dirk Kurbjuweit,
Michael Sauga (stellv.), Christoph Schwennicke (stellv.). **Redaktion**
Politik: Ralf Beste, Ulrike Demmer, Christoph Hickmann, Wiebke
Hollers, Kerstin Kullmann, Peter Müller, Ralf Neukirch, René
Pfister, Christian Schwägerl, Merlind Theile. **Autor:** Markus Felden-
kirchen

Meinung: Dr. Gerhard Spörl

Redaktion Wirtschaft: Markus Dettmer, Katrin Elger, Alexander Neu-
bacher, Christian Reiermann.

DEUTSCHLAND Leitung: Konstantin von Hammerstein, Alfred Wein-
zierl; Hans-Ulrich Stoldt (Panorama, Personalien). **Redaktion:** Jan
Friedmann, Michael Fröhlingdorf, Carsten Holm (Hausmitteilung,
Online-Koordination), Anna Kistner, Petra Kleinau, Guido Klein-
hubbert, Bernd Kühn, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Christoph
Scheuermann, Katharina Stegelmann, Andreas Ulrich, Dr. Markus
Verbeet, Antje Windmann. **Autoren, Reporter:** Jürgen Dahlkamp,
Dr. Thomas Darnstadt, Gisela Friedrichsen, Beate Lakotta, Bruno
Schrep, Dr. Klaus Wiegrefe

Berliner Büro Leitung: Holger Stark, Frank Hornig (stellv.). **Redak-
tion:** Sven Becker, Markus Deckerich, Sven Röbel, Marcel Rosenbach,
Michael Sontheimer, Andreas Wassermann, Peter Wensierski. **Auto-
ren:** Stefan Berg, Jan Fleischhauer

WIRTSCHAFT Leitung: Armin Mahler, Thomas Tuma. **Redaktion:**
Susanne Amann, Markus Brauck, Isabell Hülsen, Alexander Jung,
Nils Klawitter, Alexander Kühn, Martin U. Müller, Jörg Schmitt, Jan-
ko Tietz. **Autoren, Reporter:** Markus Grill, Dietmar Hawranek,
Stefan Niggemeier, Michaela Schießl

AUSLAND Leitung: Hans Hoyng, Dr. Christian Neef (stellv.), Britta
Sandberg (stellv.), Bernhard Zand (stellv.). **Redaktion:** Dieter Bednarz,
Manfred Ertel, Julia Amalia Heyer, Jan Puhl, Daniel Steinworth,
Helene Zuber. **Reporter:** Clemens Höges, Susanne Koelbl, Walter
Mayr, Christoph Reuter

Diplomatischer Korrespondent: Dr. Erich Follath

WISSENSCHAFT UND TECHNIK Leitung: Johann Grolle, Olaf Stampf.
Redaktion: Jörg Blech, Manfred Dworschak, Dr. Veronika Hacken-
broch, Laura Höflinger, Julia Koch, Cordula Meyer, Hilmar
Schmundt, Matthias Schulz, Samiha Shafy, Frank Thadeusz, Christian
Wüst. **Autorin:** Rafaela von Bredow

KULTUR Leitung: Lothar Gorris, Dr. Joachim Kronsbein (stellv.).
Redaktion: Lars-Olav Beier, Susanne Beyer, Dr. Volker Hage, Ulrike
Knöfel, Philipp Oehmke, Tobias Rapp, Nora Reinhardt, Elke Schmit-
ter, Claudia Voigt, Martin Wolf. **Autoren, Reporter:** Georg Diez,
Wolfgang Höbel, Dr. Romain Leick, Matthias Matussek, Katja Thimm,
Dr. Susanne Weingarten

KulturSPIEGEL: Marianne Wellershoff (verantwortlich), Tobias
Becker, Anke Dürr, Maren Keller, Daniel Sanders

GESELLSCHAFT Leitung: Matthias Geyer, Cordt Schnibben, Barbara
Supp (stellv.). **Redaktion:** Hauke Goos, Barbara Hardinghaus, Ralf
Hoppe, Ansbart Kneip, Dialika Neufeld, Bettina Stiekel, Takis Wür-
ger. **Reporter:** Uwe Buse, Jochen-Martin Gutsch, Thomas Hüetlin,
Guido Mingels, Alexander Osang

SPORT Leitung: Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger. **Redaktion:** Lukas
Eberle, Cathrin Gilbert, Maik Großekathöfer, Detlef Hacke, Jörg
Kramer

SONDERTHEMEN Leitung: Dietmar Pieper, Annette Großbongard
(stellv.), Norbert F. Pötzl (stellv.). **Redaktion:** Annette Bruhns, Angela
Gatterbug, Uwe Klußmann, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Jo-
hannes Saltzwedel, Dr. Rainer Traub

MULTIMEDIA Jens Radü, Nicola Abé, Roman Hofner, Bernhard Ried-
mann

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Katharina Lützen (stellv.),
Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Christian Albrecht, Gesine Block, Regine Brandt,
Reinhold Bussmann, Lutz Diedrichs, Bianca Huneke, Anke Jensen,
Maika Kunze, Stefan Moos, Reiner Nagel, Dr. Karen Ortiz, Manfred
Petersen, Fred Schlotterbeck, Tapio Sirkka, Ulrike Wallenfels

PRODUKTION Solveig Binroth, Christiane Stauder, Petra Thormann;
Christel Basilon, Petra Gronau, Martina Treumann

BILDREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heft-
gestaltung), Michaela Herold (stellv.), Claudia Jeczawitz, Claus-Die-
ter Schmidt; Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke,
Andrea Huss, Antje Klein, Elisabeth Kolb, Matthias Krug, Peer
Peters, Karin Weinberg, Anke Wellnitz. **E-Mail:** bildred@spiegel.de
SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. (001212) 3075948

GRAFIK Martin Brinker, Johannes Unselt (stellv.); Cornelia Baumer-
mann, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Anna-Lena Kornfeld, Ger-
not Matzke, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Ralf Geilhufe (stellv.), Reinhilde Wurst
(stellv.); Michael Abke, Katrin Bollmann, Claudia Franke, Bettina
Fuhrmann, Kristian Heuer, Nils Küppers, Sebastian Raulf, Barbara
Rödiger, Doris Wilhelm

Sonderhefte: Jens Kuppi, Rainer Sennewald

TITELBILD Stefan Kiefer; Iris Kuhlmann, Gershom Schwalfenberg,
Arne Vogt

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
BERLIN Pariser Platz 4a, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft
Tel. (030) 886688-100, Fax 886688-111; Deutschland, Wissenschaft,
Kultur, Gesellschaft Tel. (030) 886688-200, Fax 886688-222

DRESDEN Maximilian Popp, Wallgäßen 4, 01097 Dresden, Tel.
(0351) 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Georg Bönisch, Andrea Brandt, Frank Dohmen,
Barbara Schmid-Schalenbach, Carlsplatz 14/15, 40213 Düsseldorf,
Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Simone Kaiser, Christoph
Pauly, Anne Seith, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel.
(069) 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel.
(0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Conny Neumann, Steffen Winter,
Rosental 10, 80331 München, Tel. (089) 4545950, Fax 45459525

STUTTGART Eberhardstraße 73, 70173 Stuttgart, Tel. (0711) 664749-
20, Fax 664749-22

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

ABU DHABI Alexander Smoltczyk, P.O. Box 35 290, Abu Dhabi

BANGKOK Thilo Thielke, Tel. (0066) 22584037

BRÜSSEL Christoph Schult, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel.
(00322) 2306108, Fax 2311436

ISTANBUL PK 90 Beyoglu, 34431 Istanbul, Tel. (0090212) 2389558,
Fax 2569769

KAIRO Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo,
Tel. (00202) 37604944, Fax 37607655

LONDON Marco Evers, Suite 266, 33 Parkway, London NW1 7PN,
Tel. (004420) 32394776, Fax 75045867

MADRID Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. (0034)
650652889

MOSKAU Matthias Schep, Ul. Bol. Dmitrowka 7/5, Haus 2, 125009
Moskau, Tel. (007495) 96020-95, Fax 96020-97

NAIROBI Horand Knaup, P.O. Box 1402-00621, Nairobi, Tel. (00254)
207123387

NEW DELHI Padma Rao, 101, Golf Links, New Delhi 110003, Tel.
(009111) 24652118, Fax 24652739

NEW YORK Ullrich Fichtner, Thomas Schulz, 10 E 40th Street, Suite
3400, New York, NY 10016, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Mathieu von Rohr, 12, Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel.
(00331) 58625120, Fax 42960822

PEKING Dr. Wieland Wagner, P.O. Box 170, Peking 100101, Tel.
(008610) 65323541, Fax 65325453

RIO DE JANEIRO Jens Glitsing, Caixa Postal 56071, AC Urca,
22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. (005521) 2275-1204, Fax 2543-9011

ROM Fiona Ehlers, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522,
Fax 6797768

SAN FRANCISCO Dr. Philip Bethge, P.O. Box 151013, San Rafael,
CA 94915, Tel. (001415) 7478940

SHANGHAI Sandra Schulz, Taiyuan Road, Lane 63, Block 7 (jia),
Room 101, Xuhui District, Shanghai 2000 31, Tel. (008621) 34141703

STAVANGER Gerald Trauffetter, Ryggiaveien 33a, 4020 Stavanger, Tel.
(0047) 51586252, Fax 51583543

TEL AVIV Juliane von Mittelstaedt, P. O. Box 8387, Tel Aviv-Jaffa
61083, Tel. (009723) 6810998, Fax 6810999

WARSCHAU P. O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, PL- 03-912 Warschau,
Tel. (004822) 6179295, Fax 6179365

WASHINGTON Marc Hujer, Dr. Gregor Peter Schmitz, 1202 National
Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. (001202) 3475222, Fax
3473194

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen, Axel Pult (stellv.), Peter Wahle
(stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Dr. Anja Bednarz, Ulrich Booms,
Dr. Helmut Bott, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Andrea Cur-
taz-Wilken, Heinz Egleder, Johannes Eltschig, Johannes Erasmus,
Klaus Falkenberg, Cordelia Freiwald, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. An-
dré Geicke, Silke Geister, Catrin Hammy, Thorsten Hapke, Susanne
Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger,
Joachim Immisch, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Jürgens,
Renate Kemper-Guseck, Jessica Kensicki, Jan Kerbusk, Ulrich Klöt-
zer, Anna Kovac, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann-Wiesner,
Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Nadine
Markwaldt-Buchhorn, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cor-
nelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Nicola Naber, Margret
Nitsche, Malte Nohrn, Sandra Ofner, Thorsten Olmert, Thomas Rie-
del, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Rolf
G. Schierhorn, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Ma-
rio Schmidt, Rainer Schumann-Eckert, Dr. Kristina Schuricht, Ulla
Siegenthaler, Rainer Staudhammer, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz,
Rainer Szimn, Dr. Eckart Teichert, Nina Ulrich, Ursula Wamser, Pe-
ter Wetter, Kirsten Wiedner, Holger Wilkop, Karl-Henning Windel-
bandt, Anika Zeller

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times /
Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Norbert Facklam

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 65 vom 1. Januar 2011
Mediaunterlagen und Tarife: Tel. (040) 3007-2540, www.spiegel-qc.de

Commerzbank AG Hamburg, Konto-Nr. 6181986, BLZ 200 400 00

Verantwortlich für Vertrieb: Thomas Hass

Druck: Prinovis, Dresden

Prinovis, Itzehoe

VERLAGSLEITUNG Matthias Schmolz, Rolf-Dieter Schulz

GESCHÄFTSFÜHRUNG Ove Saffe

Service

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln / Recherche

Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:

Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schrift-
licher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für
die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mail-
boxen sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

Deutschland, Österreich, Schweiz:

Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966

E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

übriges Ausland:

New York Times News Service/Syndicate

E-Mail: nytsyn-paris@nytimes.com

Telefon: (00331) 41439757

für Fotos:

Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966

E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

SPIEGEL-Shop

SPIEGEL-Bücher, SPIEGEL-TV-DVDs, Titelillustra-
tionen als Kunstdruck und eine große Auswahl an
weiteren Büchern, CDs, DVDs und Hörbüchern unter
www.spiegel.de/shop

Abonnenten zahlen keine Versandkosten.

SPIEGEL-Einzelhefte (bis drei Jahre zurückliegend)

Telefon: (040) 3007-2948

Fax: (040) 3007-857050

E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Ältere SPIEGEL-Ausgaben

Telefon: (08106) 6604 Fax: (08106) 34196

E-Mail: spodats@t-online.de

Kundenservice

Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr,

Sa. 10.00 – 16.00 Uhr

SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,

20637 Hamburg

Umzug/Urlaub: 01801 / 22 11 33 (3,9 Cent/Min.)*

Fax: (040) 3007-857050

Zustellung: 01801 / 66 11 66 (3,9 Cent/Min.)*

Fax: (040) 3007-857006

* aus dem Mobilfunk max. 0,42 €/Min.

Service allgemein: (040) 3007-2700

Fax: (040) 3007-3070

E-Mail: aboservice@spiegel.de

Kundenservice Schweiz

Telefon: (0049) 40-3007-2700 Fax: (0049) 40-3007-3070

E-Mail: kundenservice-schweiz@spiegel.de

Abonnement für Blinde

Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.

Telefon: (06421) 606265 Fax: (06421) 606259

E-Mail: info@blista.de

Elektronische Version, Stiftung Blindenanstalt

Frankfurt am Main

Telefon: (069) 955124-15 Fax: (069) 5976296

E-Mail: m-kirchner@t-online.de

Abonnementspreise

Inland: zwölf Monate € 197,60

Sonntagszustellung per Eilboten Inland: € 717,60

Studenten Inland: 52 Ausgaben € 153,40 inkl.

sechsmal UniSPIEGEL

Schweiz: zwölf Monate sfr 361,40

Europa: zwölf Monate € 252,20

Außerhalb Europas: zwölf Monate € 330,20

DER SPIEGEL als E-Paper:

zwölf Monate € 197,60

Halbjahresaufträge und befristete Abonnements

werden anteilig berechnet.



Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an

SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,

20637 Hamburg – oder per Fax: (040) 3007-3070.

Ich bestelle den SPIEGEL

☐ für € 3,80 pro Ausgabe (Normallieferung)

☐ für € 13,80 pro Ausgabe (Eilbotenzustellung am

Sonntag) mit dem Recht, jederzeit zum Monatsende

zu kündigen.

Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte

bekomme ich zurück.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten	
Straße, Hausnummer oder Postfach	
PLZ, Ort	
☐ Ich zahle	
☐ bequem und bargeldlos per Bankeinzug (1/4-jährl.)	
Bankleitzahl	Konto-Nr.
Geldinstitut	
☐ nach Erhalt der Jahresrechnung. Ein Widerrufsrecht besteht nicht.	
Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten	SP11-001-WT127

DER SPIEGEL (USPS No. 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Subscription price for USA is \$350 per annum.

K.O.P.: German Language Pub., 153 S Dean St, Englewood, NJ 07631.

Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and additional mailing offices. Postmaster:

Send address changes to: DER SPIEGEL, GLP, PO Box 9868, Englewood, NJ 07631.



GENE J. PUSKAR / AP

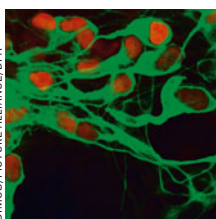
THEMA DER WOCHE

Das Hirn isst mit



D. EBENER/PICTURE ALLIANCE/DPA

Junkfood ist zu fett, zu salzig, zu süß. Und schmeckt vielen Menschen bestens. Jetzt arbeitet die Lebensmittelindustrie daran, ungesunde Nahrungsmittel gesünder zu machen, bei gleichem intensivem Geschmack: Duftstoffe sollen das Gehirn austricksen.



DIMOS/PICTURE ALLIANCE/DPA

Wie Verbraucher besser geschützt werden sollen

Welche Zusatzstoffe was bewirken

POLITIK | Röslers Euro-Krise

In der FDP gärt es, die Euro-Kritiker verspüren Aufwind. Nun will Philipp Rösler die Liberalen auf dem Parteitag wieder für das Projekt Europa begeistern.

KULTUR | Das Shakespearle

Katastrophen waren sein Hobby, jetzt drehte er ein Historiendrama über die wahre Identität William Shakespeares. Interview mit Regisseur Roland Emmerich über seinen neuen Film „Anonymous“.

einstages.de | Camouflage ahoi!



AP

Im Ersten Weltkrieg kreuzten plötzlich mehr als 4000 wild gemusterte Schiffe das Meer. Die irre Bemalung war eine Erfindung des britischen Künstlers Norman Wilkinson – und sollte der Tarnung dienen. Doch die wirkte nicht ganz wie gedacht.

www.spiegel.de – Schneller wissen, was wichtig ist

DONNERSTAG, 10. 11., 20.15 – 21.40 UHR | SKY

SPIEGEL TV GESCHICHTE

Blutbad My Lai

Der 16. März 1968 veränderte die öffentliche Meinung zum Vietnam-Krieg für immer und wurde zum Auslöser der Antikriegsbewegung: Beim Massaker in My Lai ermordeten US-Soldaten über 500 Einwohner



SPIEGEL TV

US-Soldat vor My Lai 1968

des vietnamesischen Dorfs. Unmittelbar nach dem Verbrechen zogen die Verantwortlichen eine Mauer des Schweigens um die Vorfälle. Über 40 Jahre später schildern Überlebende, Armeeangehörige und Ermittlungsbeamte, was tatsächlich geschah.

SAMSTAG, 12. 11., 20.15 – 0.15 UHR | VOX

DIE GROSSE SAMSTAGSDOKUMENTATION

Kämpfernaturen –

Wenn Krisen stark machen

Ist unser Leben bestimmt von Zufällen? In welchem Maß haben wir Einfluss auf unser persönliches Glück? Seit vielen Jahren beschäftigt sich die Psychologie mit Ängsten, Zwängen



SPIEGEL TV

Spitzenkoch Raue

und Depressionen. Warum zerbricht der eine an seinem Schicksal, und warum gewinnt der andere daraus neue Kraft? SPIEGEL TV zeigt Männer und Frauen, wie den Berliner Koch Tim Raue, die sich nach einer Lebenskrise neu orientiert haben.

SONNTAG, 13.11., 22.30 – 23.15 UHR | RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Wer will noch mal, wer hat noch nicht – Deutschland zahlt die Zeche; **Nicht nur eine griechische Tragödie –** Chaos in Europa; **Pronto in die Krise –** Italiens Absturz; **Einstürzende Neubauten –** Spanische Schrottimmobilien

GESTORBEN

Heinz Ludwig Arnold, 71. Der Göttinger Literaturwissenschaftler galt vielen als „das Zentralnervensystem des Literaturbetriebs“. So nannte ihn der Lyriker Uwe Kolbe, einer der vielen Freunde und Gesprächspartner des Mannes, der noch als Student die Edition „Text und Kritik“ begründete, ein regelmäßig erscheinendes Kompendium über deutschsprachige Autoren. Günter Grass war das erste Heft gewidmet, inzwischen sind mehr als 200 Bände erschienen: Interviews, Essays und Kritiken, die mit Sachkenntnis und wacher Intelligenz Werk und Person in den Blick nehmen und von denen kaum ein Leser sich jemals trennt. „Lutz“ Arnold, der zwischen 1961 und 1964 Ernst Jünger als „Secretarius“ diente, war lebenslang eine Produktivkraft des Literaturbetriebs; anspruchsvoll, ohne Dünkel, freundlich und von enthusiastischer Sachlichkeit. Er erfand 1978 das „Kritische Lexikon zur deutschsprachigen Gegenwartsliteratur“ und brachte zuletzt „Kindlers Literatur Lexikon“ auf den neuesten, seriösen Stand. Heinz Ludwig Arnold starb am 1. November an Krebs.



ISOLDE OHLEBAUM

Hartmut Häußermann, 68. Der engagierte Forscher war der bekannteste Stadtsoziologe Deutschlands. Im schwäbischen Waiblingen aufgewachsen, ging Häußermann zum Studium der Soziologie nach West-Berlin. Als die Freie Universität zum Brennpunkt der Studentenbewegung wurde, vertrat er die Studierenden 1967 als Vorsitzender des Allgemeinen Studentenausschusses. Der 68er promovierte bei dem Schweizer Soziologen Urs Jaeggi, lehrte als Professor in Kassel und Bremen sowie von 1993 bis vor drei Jahren an der Berliner Humboldt-Universität. Häußermanns Lebensthema war die soziale Dimension unserer Städte. Dabei erlangte der Sozialdemokrat in Berlin auch politischen Einfluss, als er für soziale Brennpunkte das Konzept des „Quartiersmanagements“ entwickelte. Gleichzeitig blieb er ein begeisterter Lehrer, der seine Studenten gern nach Hause einlud. Elitärer Dünkel und Isolation im universitären Elfenbeinturm waren ihm fremd. Hartmut Häußermann starb am 31. Oktober in Berlin an Krebs.



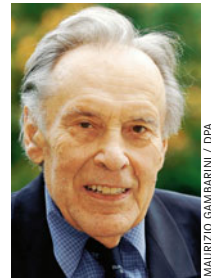
SABETH STICKFORTH / IMAGO

Rudolf Elvers, 87. Beharrlich umkreiste der heitere, agile Musikgelehrte ein Genie, das die deutsche Kultur des 19. Jahrhunderts geprägt hatte: den Komponisten Felix Mendelssohn Bartholdy. Rund zwei Jahrzehnte lang leitete Elvers an der Berliner Staatsbibliothek die Musikabteilung und das Mendelssohn-Archiv; seit 1988 sammelte er auf eigene Rechnung weiter. Die Ernte ist erstaunlich: Dank seiner Vorarbeit erscheinen seit 2008 die oft wunderbar erzählten Briefe des Komponisten in einer Gesamtausgabe; die über tausend Bilder, Bücher und Handschriften aus Elvers' Privatsammlung gingen an das Stadtgeschichtliche Museum Leipzig. Rudolf Elvers starb am 23. Oktober in Berlin.



AMIN AKHTAR / LAIF

Hans Benirschke, 86. Unaufgeregt und uneitel stand er von 1968 an über 20 Jahre lang an der Spitze der Deutschen Presse-Agentur (dpa), die unter seiner Ägide zu einer internationalen Nachrichtenagentur wurde. Als Bauernsohn im Altvatergebirge im heutigen Tschechien geboren, war er bereits als Kind fasziniert vom Weltgeschehen. 1952 begann der promovierte Historiker in der Auslandsredaktion der dpa in Hamburg, später war er deren Büroleiter in London. Bis kurz vor seinem Tod blieb er der Redaktion eng verbunden. Hans Benirschke starb am 4. November in Hamburg.



MAURIZIO GAVBARINI / DPA

Gilbert Cates, 77. Er war als Produzent für einige der schönsten, vor allem aber für die wohl witzigsten Momente in der Geschichte der Oscar-Show verantwortlich. Der gebürtige New Yorker engagierte Ausnahmekomiker wie Billy Crystal und Whoopi Goldberg sowie Lästermäuler wie David Letterman oder Jon Stewart als Moderatoren der alljährlichen Verleihungszereemonie. So schaffte er es, Hollywoods Jahrmarkt der Eitelkeiten sehr ironisch zu kommentieren. Cates, ein engagierter Gewerkschafter, dem es 1987 mit großem Verhandlungsgeschick gelang, einen Regisseurstreik in kürzester Zeit abzuwenden, inszenierte auch selbst zahlreiche Kino- und Fernsehfilme. Schauspieler wie Gene Hackman, Melvyn Douglas oder Joanne Woodward errangen unter seiner Regie Oscar-Nominierungen. Gilbert Cates starb am 31. Oktober in Los Angeles.

Stefan Mappus, 45, Ministerpräsident a. D., muss noch etwas Vergangenheitsbewältigung betreiben, bevor er sich seiner neuen Tätigkeit beim Pharmakonzern Merck vollauf widmen kann. Vor allem der einst als Wahlkampf-Coup angelegte Rückkauf von EnBW-Anteilen macht ihm zu schaffen. Wochenlang war Mappus („Lieber 15 Monate MP als gar nie MP“) für Nachfragen zu dem Milliardendeal nicht erreichbar – selbst als sein damaliger Finanzminister Willi Stächele vor wenigen Wochen wegen der EnBW-Affäre von seinem Posten als Landtagspräsident zurücktreten musste, schwieg der bullige Ex-Landesvater eisern. Jetzt schrieb der abgewählte Christdemokrat einen weidunden Brief an die CDU-Fraktion, in dem er sich bitter über die Berichterstattung in Sachen EnBW beklagt und erneut seine Glaubwürdigkeit beschwört. Auch ihn hätten die Medienberichte, bei denen „vorsätzlich ein völlig falscher Eindruck erweckt wurde“, „sehr bewegt“. Was jedoch die konkreten Vorwürfe zu dem Geschäft angehe, so kritisieren Parteikollegen, bleibe Mappus, der ab März 2012 die Merck-Niederlassung in Brasilien leiten soll, bewusst vage. Der drohende Untersuchungsausschuss wirft wohl schon seine Schatten voraus.



Cole

Lily Cole, 23, britisches Fotomodell und Einser-Absolventin der Universität Cambridge, geißelt die Umweltsünden der Modeindustrie. Die Kurzlebigkeit der Branche – alle sechs Monate kommt eine neue Kollektion – findet die frisch gebakene Kunsthistorikerin „überflüssig und verschwenderisch“. Um zu beweisen, dass es auch anders gehe, gründete sie gemeinsam mit einer Freundin eine Strickmodenfirma. „The North Circular“ verarbeitet ausschließlich Wolle einheimischer Schafe und produziert Teile, die „für immer“ halten sollen. Demnächst wird es sogar einen Stopfservice geben, „damit die Kunden wissen, dass sie nichts wegwerfen müssen“, sagt Cole.



Fischer, Hu, Liu (4. v. l.)

Hu Jintao, 69, chinesischer Staatspräsident, kam vergangene Woche dem wahren Österreich ganz nah. Auf dem Weg nach Cannes zum G-20-Gipfel machte er mit seiner Frau **Liu Yongqing**, 71, und einer 150-köpfigen Wirtschaftsdelegation Station in der Alpenrepublik. Bei den Gesprächen zwischen Hu, Bundespräsident **Heinz Fischer**, 73, Kanzler Werner Faymann und anderen hochrangigen Politikern ging es vor allem um die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder. Wien, Salzburg, St. Wolfgang standen auf dem Besuchsprogramm, ein Termin jagte den nächsten. Die Kaffeepause mit Gebäck in der guten Stube bei Familie Haas in St. Gilgen kam da gerade recht. Der Familienbetrieb produziert jährlich 610 Tonnen Milch. Hu zeigte sich beeindruckt – China könne von den Alpenbauern lernen, sagte er.

Mario Barth, 39, Komiker mit Hang zu flachen Zoten, versteht in Bezug auf seine eigene Person offenbar keinen Spaß. Mitte vergangener Woche setzte er den Berliner Medienanwalt Christian Schertz gegen den Jugendverband Linksjugend Mecklenburg-Vorpommern in Marsch. Der hatte Barths Konterfei auf einem Plakat gezeigt – mit der Zeile „Sexistische Rollenklischees haben so einen Barth!“. Dies, so Schertz, sei „rechtswidrig“. Sein Mandant müsse „es nicht dulden, dass mit seinem Antlitz für eine politische Organisation geworben wird“. Linksjugend-Sprecher Erik Butter sieht dies anders. Von Werbung könne keine Rede sein. Mit dem Plakat solle über die „psychologischen Herrschaftsmechanismen dieser männerdominierten Gesellschaft“ aufgeklärt werden. Es sei bedauerlich, dass Barth eine „komödiantische Auseinandersetzung“ über dieses Thema verweigere und stattdessen mit der juristischen Keule gegen die Meinungsfreiheit zu Felde ziehe.



Linksjugend-Plakat

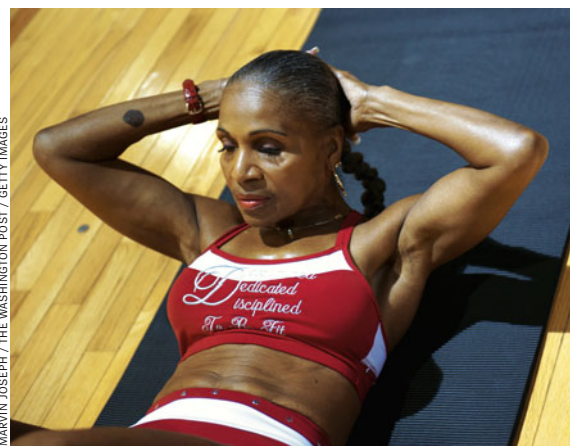
Hans-Dietrich Genscher, 84, ehemaliger Außenminister und FDP-Ehrenvorsitzender, verbrachte als junger Mann sechs Monate hinter Gittern. Dieses Geheimnis wurde jetzt auf einem Festakt in Bremen gelüftet. Dort verließ der „Club zu Bremen“ – einer der ältesten Gesellschaftsclubs Deutschlands – dem Liberalen kürzlich die Ehrenmitgliedschaft. Dabei erzählte der Club-Vorsitzende Rüdiger Hoffmann die Geschichte von der Zellenzeit. Es war im Jahr 1954, als der junge Jurist Genscher zum wiederholten Mal

wegen Tuberkulose ins Krankenhaus musste. Weil er aber im Mehrbettzimmer einer Bremer Klinik nicht zur Ruhe kam, nahm sich eine barmherzige Schwester seiner an und wies ihm für sechs Monate ein Einzelzimmer zu – mangels Alternative im Gefängnistrakt des Krankenhauses. Den Patienten störte das nicht, was, so der Laudator, von dessen „ganz besonderer Gabe“ zeuge, „wenn es sein muss, auch einmal ungewöhnliche Wege zu gehen“.



Ryan Gosling, 30, neuer Hollywood-Liebling, steht zu seiner femininen Seite. „Ich denke wie ein Mädchen“, bekannte der Schauspieler gegenüber der britischen Tageszeitung „Independent“. Der Einfluss seiner alleinerziehenden Mutter, die ihn ein Jahr lang zu Hause unterrichtet habe, und seiner Schwester, die die Heldin seiner Kindertage gewesen sei, habe ihn so stark geprägt, dass sein Gehirn anders gar nicht funktionieren könne. Außerdem habe er als Junge Ballettunterricht genommen – auch dort nur von weiblichen Wesen umgeben. Gosling, seit einiger Zeit mit der 37-jährigen Schauspielerin Eva Mendes liiert, geht auch heute noch zum Balletttraining. Er folge dabei einem inneren Zwang: „Es ist wie mit der Schauspielerei: Ich mache es, um herauszufinden, warum ich es tue.“

Ernestine Shepherd, 75, laut „Guinness-Buch der Rekorde“ älteste aktive Bodybuilderin der Welt, verdankt den Titel ihrer verstorbenen Schwester Mildred. Ohne die wäre sie nicht zum Fitnessfreak geworden, sagt die muskulöse alte Dame, die sich ein Dasein ohne Hanteln nicht vorstellen kann. Vor fast 20 Jahren hatten die beiden Amerikanerinnen beim Kauf eines Badeanzugs festgestellt, dass sie nicht mehr ganz so gut in Form seien, und mit Aerobic, Laufen und Bodybuilding begonnen. Kurz vor ihrem Tod 1992 habe Mildred ihre kleine Schwester gebeten, alles dafür zu tun, um einen Eintrag im „Guinness-Buch“ zu erhalten, so Ernestine Shepherd. Das ist ihr gelungen, und nun arbeitet sie daran, bald zum drit-



Shepherd

ten Mal in die Rekordchronik aufgenommen zu werden. Um fit zu bleiben, isst sie täglich fast 40 Hühnereiweiße, absolviert diverse Trainingseinheiten und steht um drei Uhr in der Früh auf, um zweieinhalb Stunden zu joggen. Außer sonntags, da geht Shepherd mit ihrem Ehemann in die Kirche.

Jens Beutel, 65, sozialdemokratischer Oberbürgermeister von Mainz mit Zechpreller-Erfahrung, hat in seiner Partei eine Debatte über den ordnungsgemäßen Umgang mit Getränkerechnungen ausgelöst. Es gebe schon „erste Überlegungen für eine Deckel-Bezahl-Richtlinie in unserer Satzung“, sagt der SPD-Vorsitzende in der Karnevalsstadt, Michael Ebling. Beutel hatte vergangene Woche seinen Rücktritt angekündigt, nachdem bekannt geworden war, dass er bei einer Delegationsreise in Ruanda die Rechnung für drei Gläser Wein an der Hotelbar nicht beglichen hatte. Ebling, der in SPD-Kreisen als aussichtsreichster Kandidat bei der Wahl eines neuen Oberbürgermeisters gehandelt wird, ging frühzeitig auf Distanz zu Beutel: „Manchmal reichen schon drei Gläser Wein, um das Fass zum Überlaufen zu bringen.“

MARVIN JOSEPH / THE WASHINGTON POST / GETTY IMAGES

ART STREIBER/AUGUST

Aus dem „Wiesbadener Tagblatt“: „Sie ist verheiratet und hat vier Kinder, einen sechsjährigen Sohn und ein Drillingspärchen von viereinhalb Jahren.“

Per Kugelschreiber ins Gehör der Bahn

Unterschriftenaktion in Gilching für barrierefreie Bahnhöfe im Landkreis gestartet

Aus dem „Starnberger Kreisboten“

Aus der „WAZ“: „Vor allem menschliche Senioren gingen auf Wanderschaft, aber auch der dreizehnjährigen Dackeldame Jette, von edelster Abstammung, konnten die zehn Kilometer nichts anhaben.“

Condorflug wegen Vögeln abgebrochen

Kurz nach dem Start in Harb

Aus der „Schwäbmer Allgemeinen“

Aus der „Mittelbadischen Presse“: „Die Hochrangige Gruppe für Demokratieabbau zu leiten, das ist die Aufgabe von Edmund Stoiber bei der EU.“

„Schwarze Schafe gibt es in jedem Beruf“

Insider verteidigt Ruf nach tödlichen Testfahrer-Unfällen

Aus der „Neuen Osnabrücker Zeitung“

Aus dem „Rhein-Main Extra Tipp“: „Am heutigen Sonntag, 30. Oktober, geht uns faktisch wieder eine Stunde Lebenszeit verloren, wenn die Uhrzeit für die Winterzeit von drei Uhr nachts auf zwei Uhr nachts zurückgestellt wird.“

Geruch in Kabine: Maschine muss

Aus der „Döbelner Allgemeinen Zeitung“

Aus der „Süddeutschen Zeitung“: „Die Polizei rät, Wohnungen gut zu sichern, und warnt, bei Geräuschen eine ‚direkte Konfrontation‘ mit einem Einbrecher zu vermeiden.“

Gastarbeiter Deutschland ist eine Gesellschaft geworden, in der 15 Millionen Menschen mit Wurzeln im Ausland leben. Von K... K...

Aus der „Leonberger Kreiszeitung“

Zitate

Die „Frankfurter Allgemeine“ zum SPIEGEL-Gespräch „Kunst – Keine Kühe und keine Wolken“ mit Anselm Kiefer und Mathias Döpfner (Nr. 44/2011):

Anselm Kiefer ist der Rudolf Scharping der Kunst. Auch der Politiker stand stets ein wenig im Hintergrund des öffentlichen Interesses, Scharping hinter Gerhard Schröder, Kiefer hinter Gerhard Richter. Und das zermürbte beide anscheinend so, dass sie auf anderen Wegen Aufmerksamkeit suchen ... Während in Japan die gravierenden Folgen der Atomkatastrophe von Fukushima zu ertragen sind, kauft sich Anselm Kiefer bester Laune den Kühlturm des abgeschalteten Kernkraftwerks Mülheim-Kärlich: „Dieses Atomkraftwerk ist phantastisch. Wunderbar. Das ist mein Pantheon“, schwärmt er im SPIEGEL.

Die „Süddeutsche Zeitung“ in einem Porträt über den Bundesbank-Chef Jens Weidmann und zum SPIEGEL-Bericht „Schuldenkrise – Der letzte Falke“ (Nr. 39/2011):

Auch Weidmanns neunjährige Tochter Charlotte (er hat noch einen Sohn) hat kapiert, was auf dem Spiel steht. Eine Ausgabe der TV-Nachrichtensendung „Logo“ im Kinderkanal erklärte einmal den Job des Vaters. Da begriff sie, was der Vater so treibt. Eine auf ihn gemünzte Überschrift im Magazin SPIEGEL – „Der letzte Falke“ – fand sie sogar richtig lustig. Als „Falken“ werden geldpolitische Hardliner bezeichnet, die auf strikten Kampf gegen Inflation und Schulden bestehen, im Gegensatz zu „Tauben“, den Weichlingen. In der Bundesbank wird die SPIEGEL-Ornithologie gern akzeptiert. „Der Falke jagt“, sagt einer zu Weidmann.

Die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ zum SPIEGEL-Titel „Er kann es“ – Helmut Schmidt über seinen Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück“ (Nr. 43/2011):



